

ZUR LAGE DER ABHÄNGIGEN ARBEIT IN GRIECHENLAND

**INAUGURAL - DISSERTATION
ZUR ERLANGUNG DES DOKTORGRADES
DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER JOHANN WOLFGANG GOETE - UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN**

**VORGELEGT VON
PANAJOTIS KABANAS
AUS DAPHNON / XANTHI**

1964

**ZUR LAGE DER ABHÄNGIGEN ARBEIT
IN GRIECHENLAND**

1. Referent: Prof. Dr. Th. W. Adorno
2. Referent: Prof. Dr. Max Horkheimer

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Juli 1964

I N H A L T

Vorbemerkung.....	11
-------------------	----

Einleitung.

ÜBER DEN ENTWICKLUNGSSTAND DER WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT GRIECHENLANDS

I. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VON DER FEUDALZEIT BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG.....	13
1. Die Entwicklung des Handelskapitals im byzantinischen und osmanischen Feudalsystem.....	13
2. Die bürgerliche Revolution von 1821.....	19
3. Die Anfänge der kapitalistischen Entwicklung (1833-1880).....	22
4. Der Industrialisierungsprozeß zwischen 1880 und 1920.....	25
5. Die Entwicklung von 1921 bis 1939.....	29
II. DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IN DER NACHKRIEGSPERIODE.....	32
1. 1945 bis 1952.....	32
2. 1953 bis 1957.....	35
3. Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage (1958 bis 1962).....	37
A. Das Volkseinkommen.....	37
a. Das Wachstum des Volkseinkommens....	37
b. Die Anteile von der Industrie und Landwirtschaft am Volkseinkommen....	40
c. Das Volkseinkommen pro Kopf.....	42
B. Die Investitionen.....	43
C. Einfuhr und Ausfuhr.....	53
a. Das Mißverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr (Defizit der Handelsbilanz).....	53
b. Zusammensetzung der Einfuhr und der Ausfuhr.....	54
D. Die Zahlungsbilanz.....	57
E. Die Finanzlage.....	60

III. STRUKTUR UND WIDERSPRUCH DER GRIECHISCHEN GESELLSCHAFT	68
1. Der Aufstieg der bürgerlichen Klasse.....	68
2. Das arme Bauerntum auf dem Wege zur Proletarisierung.....	71
3. Die Arbeiterklasse.....	73
4. Die Verschärfung der Klassengegensätze....	74
5. Zum Problem der Klassengesellschaft in Griechenland. (Bemerkung zu den Thesen von Pfeffer und Schaafhausen).....	80

Teil I

DIE BERUFGGLIEDERUNG

Erstes Kapitel. ALLGEMEINE BERUFGGLIEDERUNG.....	83
1. Die Einteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen.....	83
2. Die Einteilung der Erwerbstätigen nach Berufen. (Die Gesamtgliederung der Berufe)	87
Zweites Kapitel. DIE BERUFGGLIEDERUNG IN DEN EINZELNEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN.....	90
1. Die Berufsgliederung in der Landwirtschaft	90
a. Bodenertrag und extensiver Ackerbau....	90
b. Die Besitzverhältnisse in der Landwirt- schaft.....	93
c. Bodenertrag und Grundbesitzverhältnisse.	98
d. Die sozialökonomische Differenzierung der Erwerbstätigkeit in der Landwirt- schaft.....	102
2. Die Berufsgliederung in der Industrie.....	108
3. Die Berufsgliederung im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.....	112
Drittes Kapitel. ERGEBNIS DER BERUFSUNTERSUCHUNG BEI UNTERNEHMERN UND ABHÄNGIG BESCHÄFTIGTEN..	115

Teil II

DIE ÖKONOMISCHE LAGE
DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

Viertes Kapitel. DIE LOHNQUOTE.....	116
1. Bemerkungen über die Struktur der Einkommensgruppen in der Statistik des Koordinationsministeriums.....	116
2. Erläuterungen zur Veränderung der Einkommen (im Zusammenhang mit ihrer Besteuerung)....	120
3. Die Entwicklung der Einkommen nach amtlichen Zahlen und ihre Konfrontation mit verschiedenen Statistiken.....	128
4. Die Entwicklung des Nominallohns in den Jahren von 1953 bis 1963.....	132
5. Der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen.....	137
Fünftes Kapitel. DIE ENTWICKLUNG VON LOHN, PRODUKTION, BESCHÄFTIGUNG UND PRO-KOPF-JAHRES-PRODUKT IN DER INDUSTRIE.....	138
Sechstes Kapitel. ABZÜGE VOM NOMINALLOHN.....	141
1. Bemerkungen zur steuerlichen Belastung des Arbeitseinkommens.....	141
2. Abzüge vom Bruttolohn.....	147
3. Zusammenfassung.....	148
Siebttes Kapitel. DAS VERHÄLTNIS DES NOMINALLOHNES ZU DEN LEBENSHALTUNGSKOSTEN.....	149
1. Die Zunahme der Lebenshaltungskosten.....	149
2. Der monatliche Mindestbedarf.....	151
3. Nominal- und Reallohn.....	152
Achstes Kapitel. DAS WACHSENDE DEFIZIT IM ARBEITERHAUSHALT.....	153
Neuntes Kapitel. DIE GESETZGEBUNG ÜBER DIE LOHN-FESTSETZUNG.....	156

Teil III

DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE

Zehntes Kapitel. DIE ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGUNG	163
--	-----

Elftes Kapitel. ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTER- BESCHÄFTIGUNG.....	167
1. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbe- schäftigung zwischen 1946 und 1960.....	167
2. Die Arbeitslosigkeit im März 1961.....	170
3. Der Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung im März 1961.....	173

Teil IV

DIE ARBEITSEBEDINGUNGEN

Zwölftes Kapitel. INNERBETRIEBLICHE RATIO- NALISIERUNG.....	175
Dreizehntes Kapitel. ARBEITSZEIT.....	177

Teil V

DIE SOZIALVERSICHERUNG

Vierzehntes Kapitel. GRUNDZÜGE DES SOZIALVER- SICHERUNGSWESENS.....	180
1. Form und Organisation des Sozialver- sicherungswesens.....	180
2. Umfang der Versicherung bei dem IKA.....	181
3. Die Voraussetzungen für die Beteiligung an dem IKA.....	183
4. Höhe der Leistungen des IKA.....	183
a. Leistungen für ärztliche Behandlung....	183
b. Leistungen für Renten.....	185
5. Die Finanzierung des IKA.....	186

Teil VI

ÜBER DIE WOHNUNGSVERHÄLTNISSE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

Fünfzehntes Kapitel. WOHNVERHÄLTNISSE.....	190
--	-----

Teil VII

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND STREIKS

Sechszehntes Kapitel. UMRISSE DER GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG.....	196
1. Die Periode seit 1879 bis zur Gründung der "Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands" (GSEE).....	196
2. Spaltung und Verstaatlichung der Gewerk- schaftsorganisation (1919-1936).....	200
3. Das Scheitern des Aufbaus einer von kapitalistischem Einfluß freien GSEE in der Nachkriegszeit (1944-1946).....	201
4. Rivalitäten und Demoralisierung innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie.....	203
Siebzehntes Kapitel. STRUKTUR DER GEWERKSCHAFT...	207
Achtzehntes Kapitel. DIE ENTWICKLUNG DER STREIK- BEWEGUNG.....	208

Schlußbetrachtung

DIE GESELLSCHAFTLICHE LAGE IN GRIECHENLAND

I. DIE PRODUKTIONSGRUNDLAGE DER GESELLSCHAFT.....	215
1. Landwirtschaft.....	215
2. Industrie.....	217
II. DIE WIRTSCHAFTSLAGE DER ABHÄNGIGEN ARBEIT.....	219
1. Die Bauern.....	219
2. Die Arbeiter und Angestellten.....	220
III. DIE POLITISCHEN VERHÄLTNISSE.....	221
IV. DIE PERSPEKTIVE.....	225

ANHANG

NACHWEISE UND ANMERKUNGEN.....	229
LITERATUR.....	272
I. Werke.....	272
II. Aufsätze.....	278
III. Veröffentlichungen von Behörden und Verbänden.....	288



Digitized by the Internet Archive
in 2026

VORBEMERKUNG

In der vorliegenden Arbeit wird die Lage der Bauern, Arbeiter und Angestellten in Griechenland untersucht.

Diese Problemstellung gewinnt ihre Bedeutung dadurch, daß der griechische Kapitalismus seine Ziele vorwiegend durch Methoden zu erreichen sucht, die auf ein Maximum von Kapitalbildung ohne Rücksicht auf die physischen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten hinauslaufen. Das Streben nach Maximierung der Gewinne bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Investitionstätigkeit, das Fehlen einer schöpferischen Wirtschaftspolitik und das Festhalten an veralteten Arbeitsbedingungen stecken somit den Rahmen ab, innerhalb dessen versucht wird, die Lage der abhängigen Arbeit in Griechenland in den Griff zu bekommen. Um Einsicht in diesen allgemeinen Rahmen der Untersuchung zu erhalten, wird in der Einleitung der gegenwärtige Stand der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes unter Berücksichtigung ihrer geschichtlichen Entwicklung dargestellt.

Soweit möglich, werden nur offizielle Quellen herangezogen. Da die statistischen Angaben jedoch häufig lückenhaft sind und sich oft als manipuliert erwiesen, mußten sie durch die Gegenüberstellung mit anderen Quellen ergänzt oder korrigiert werden.

Einleitung

ÜBER DEN ENTWICKLUNGSSTAND DER WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT GRIECHENLANDS

I. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG VON DER FEUDALZEIT BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

1. Die Entwicklung des Handelskapitals im byzantinischen und osmanischen Feudalsystem.

Die Ausdehnung der Tauschverhältnisse und die Entstehung der handwerklichen Warenproduktion während der letzten Periode des byzantinischen Feudalsystems (im 14. und 15. Jahrhundert) hatten zur Bildung der ersten bürgerlichen Gruppen geführt, die im Laufe der Zeit Ansprüche auf staatspolitische Selbständigkeit stellten¹). Diese im byzantinischen Imperium vorhandene Tendenz wurde jedoch durch die Politik und die militärischen Niederlagen des Kaiserreiches entscheidend geschwächt. Weite Gebiete (in Asien, auf dem südlichen Balkan und auf den Ägäischen Inseln) gingen für die wirtschaftliche Entwicklungstätigkeit des "dritten Standes" verloren, und das Handelskapital von Venedig und Genua erhielt sogar Privilegien in Konstantinopel. Ebenfalls hemmend wirkte auf die Aktivität des Handels und des Handwerks die Spaltung des ökonomischen Raums des byzantinischen Reiches in lokale Hegemonien²). Die Frage, ob auf dieser Stufe der Warenverhältnisse und der handwerklichen Warenproduktion das vorwiegend kaufmännische Bürgertum als entscheidende Kraft bei einer möglichen Umwandlung der bestehenden Gesellschaftsordnung hätte auftreten können, ist zu verneinen. Die bloße Ausweitung des Handels und der Warenproduktion stellt als solche keine ausreichende Bedingung zur Auflösung der Feudalverhältnisse dar, sie ist keineswegs mit den Voraussetzungen für die Entstehung des Kapitalismus

gleichzusetzen³⁾, wenn sie nicht mit einer entsprechenden Veränderung der vorhandenen gesellschaftlichen Produktionsform verbunden ist⁴⁾. Die Feudalverhältnisse hätten also nicht durch bloße Ausweitung des Zirkulationsprozesses aufgelöst werden können, dazu wäre vor allem auch die Entwicklung der Produktivkräfte nötig gewesen. Und allein im Rahmen einer solchen Umwälzung der Produktionsform hätte das kaufmännische Bürgertum eine revolutionäre Kraft dargestellt⁵⁾. Das frühe Bürgertum verfügte noch nicht über die Voraussetzungen, um als treibende Kraft einer Neugestaltung der Gesellschaftsordnung wirken zu können.

1453 brach das byzantinische Reich durch die osmanische Eroberung endgültig zusammen. Die osmanische Herrschaft verursachte zunächst einen allgemeinen Rückgang des Wirtschaftslebens in Griechenland. Die Handels- und Handwerkszentren wurden zerstört, der Warenverkehr ging zurück. Die wichtigsten Handelspositionen wurden den Griechen durch die Eroberer entrissen und als Privilegien meistens Ausländern überlassen⁶⁾. Naturalwirtschaftliche Elemente traten wieder stärker hervor⁷⁾. Die ersten Elemente eines kaufmännischen Bürgertums, die unter dem byzantinischen Imperium entstanden waren, wurden geschwächt oder aufgelöst. Die Feudalverhältnisse dagegen entwickelten sich durch die Angliederung Griechenlands an das osmanische Reich weiter. Die Feudalrechte des christlichen Adels und des höheren Klerus blieben erhalten⁸⁾. Nur wenn die Christen bei der Eroberung dem türkischen Heer Widerstand geleistet hatten, wurden ihre Gemeinde-, Kloster und Privatgüter eingezogen. Die Errichtung neuer Lehnsgüter durch die Türken hatte zur Folge, daß auch reiche Christen sich neue Feudalrechte erzwingen (z.B. im Peloponnes)⁹⁾. Die osmanische Herrschaft brachte also eine Festigung und Erweiterung der vorhandenen Feudalverhältnisse mit sich.

Durch das neue Selbstverwaltungssystem der Gemeinden lag die politische und juristische Verwaltung sowie die Anwendung der Steuergesetze im Kompetenzbereich der Gemeindeverwalter (Kotzabassides oder Tsorbatzides genannt)¹⁰⁾, die aus den wohlhabenden Familien stammten. Den griechischen Grundherren war es also gelungen, ihre politische Macht auch unter der türkischen Herrschaft zu behalten, wenn nicht sogar auszudehnen.¹¹⁾

In der ersten Periode der Osmanenzeit hatten sich vor allem reiche Türken einen Teil des Kleingrundbesitzes durch Wucher und Gewalt angeeignet. In der letzten Periode waren es dann griechische Feudalherren und reiche Bürger, die mit denselben Mitteln den Grundbesitz in ihren Händen konzentrierten¹²⁾. Der Konzentrationsgrad des Grundbesitzes im vorrevolutionären Griechenland läßt sich daran ablesen, daß die Hälfte des Bodens griechischer Besitz und davon Dreiviertel Großgrundbesitz war¹³⁾. Die Enteignung des Kleingrundbesitzes unter der türkischen Herrschaft führte zum Anwachsen des besitzlosen Bauerntums und zu einem großen Angebot von Arbeitskräften.

Durch den privilegierten Monopolhandel unter der Militärherrschaft der Türken in Griechenland hatte das westeuropäische Handelskapital seine Positionen auf Kosten der griechischen Kaufleute beträchtlich verstärkt. Die wichtigsten Unternehmungen wurden von den merkantilistischen italienischen Republiken oder mit französischem, holländischem und englischem Kapital betrieben. Der Außenhandel lag ganz in den Händen der Westeuropäer, nur im Inland waren einheimische Händler als Lokalagenten tätig. Lediglich der Binnenhandel war einer selbständigen kommerziellen Tätigkeit der Griechen vorbehalten¹⁴⁾.

Obwohl die Feudal- und Militärstruktur des osmanischen Rei-

ches auf die Entwicklung der griechischen Warenwirtschaft stark hemmend wirkte, machten sich seit dem 16. Jahrhundert Anzeichen einer tiefen Veränderung bemerkbar. Die sich bildende Stadtwirtschaft und der sich belebende Handel ließen eine handwerkliche Produktion und eine Handwerkerschicht entstehen. Eine ähnliche Entwicklung fand auch in Konstantinopel statt, als bei der sich in der Hauptstadt zusammendrängenden¹⁵⁾ osmanischen Oberschicht die ursprüngliche Bedürfnislosigkeit nach den Eroberungskriegen um die Mitte des 16. Jahrhunderts einer luxuriöseren Lebensweise wich¹⁶⁾.

Als noch wichtigeres Anzeichen für die Veränderung muß die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion zur Monokultur, d.h. zur Warenproduktion angesehen werden, die unter dem Einfluß der Handelsbeziehungen zu Venedig in bestimmten Gebieten Griechenlands stattfand¹⁷⁾.

Andererseits standen der Entwicklung der einheimischen Warenproduktion sowie der Kapitalbildung noch schwere Hindernisse entgegen. Vor allem muß man sich hier die ökonomischen Folgen der Feudal- und Besatzungsherrschaft vor Augen halten: ein erheblicher Teil des griechischen Volkseinkommens wurde den Herrschenden als Tributzahlungen abgeführt, während der Bevölkerung nur die Mittel zur Sicherung ihres Existenzminimums verblieben¹⁸⁾. Die der osmanischen Oberschicht zufließenden Tributzahlungen dienten jedoch nicht zur Bildung von Kapital, sondern zum direkten Konsum. Daneben muß als weiteres Hindernis die Fronarbeit angesehen werden, die die unteren Volksschichten bei den örtlichen Behörden und Feudalherren (den griechischen wie auch den türkischen) abzuleisten hatten. So galten die Staatsbeamten und Steuereinnahmer beim Volk als "privilegierte Seeräuber"¹⁹⁾. Hinzu kamen Überfälle durch Piraten, an denen nicht selten auch Priester und Mönche beteiligt waren²⁰⁾.

Als dritte Komponente kommt der sehr niedrige Preis für

Arbeitskraft und Arbeitserzeugnisse hinzu, der zur Verarmung in Stadt und Land führte²¹). Unter dieser Bedingung war die Konsumkraft der großen Mehrheit des griechischen Volkes, der besitzlosen Bauern, sehr gering, so daß wenig Absatzmöglichkeiten vorhanden waren.

Die griechischen Grundherren sammelten in beschränktem Maß Kapital an, aber darüber hinaus waren aufgrund der Wirtschaftsbeziehungen zu Westeuropa die Chancen zur Bildung griechischen Kapitals, gemessen an dem privilegierten Außenhandel, der Ausländern überlassen worden war, äußerst gering. Die Griechen hatten keinen Anteil am Profit des Außenhandels ihres eigenen Landes; dagegen erzielte das fremde Kapital hohe Gewinne auf den Märkten Griechenlands: die Profitraten lagen bei 60 % für Getreide und 400 %, manchmal 500 %, für Tabak²²).

Infolge der strukturellen Umwandlung in Westeuropa traten im 18. Jahrhundert große Veränderungen ein. Die Bestrebungen des entstehenden westeuropäischen Kapitalismus, auch die Länder des osmanischen Kaiserreiches als Märkte und Durchgangswege nach Asien unter seinen Einfluß zu bringen, führten in Griechenland zur Spezialisierung und Intensivierung der Agrarwirtschaft, die fortan Rohstoffe für Europa produzierte, und zum Anwachsen des Binnen- und Außenhandels²³).

Das Eindringen des westeuropäischen Kapitals wurde dadurch erleichtert, daß das osmanische Kaiserreich keine Politik zum Schutz der inländischen Produktion betrieb. Das fremde Kapital konnte auf die inländischen Produzenten Druck ausüben, sich auf die Produktion der von Westeuropa benötigten Rohstoffe zu konzentrieren, indem es seinerseits völlig ungehindert seine industriellen Fertigwaren auf die osmanischen Märkte warf²⁴).

Es flossen also nicht nur die größten Profite ins Ausland, sondern darüber hinaus erlitten die Ansätze handwerklicher Produktion in Griechenland vernichtende Rückschläge.

Der Kampf um die Ausdehnung des wirtschaftlichen Einflusses auf das osmanische Reich und um die Gewinnung der Absatzmärkte für die eigenen Waren führte zu einem starken Wettbewerb zwischen den sich entwickelnden europäischen Industrieländern. Für diesen Konkurrenzkampf mußte sich das ausländische Kapital der Mitwirkung des griechischen Handelskapitals versichern, das dadurch im 18. Jahrhundert eine Vermittlerrolle zwischen ausländischer und einheimischer Wirtschaft übernahm und sich in immer stärkerem Maße an den Profiten beteiligen konnte²⁵). Diese Vermittlerrolle führte zu einem Anwachsen der eigenen Kräfte und gab ihm die Möglichkeit, die griechischen Märkte unter seiner Kontrolle zu vereinigen und von nun an wichtige Positionen im griechischen und internationalen Wirtschaftsleben zu erobern. Um die Wende zum 18. Jahrhundert errang das griechische Handelskapital im örtlichen Handel der Gebiete Zentral- und Westmazedoniens, in Epirus, in Thessalien, auf dem Peloponnes und auf den Ägäischen Inseln den Vorrang. Zwischen 1720 und 1750 wurden unter seiner Kontrolle die Handelsnetze der obengenannten Gebiete mit denen der übrigen Gebiete des osmanischen Reiches vereint²⁶). Nach 1774 (Abkommen von Kioutzouk Kainartzi zwischen Rußland und der Türkei) kam es zu einer raschen Entwicklung der griechischen Handelsschifffahrt unter russischer Flagge²⁷). Am Ende des Jahrhunderts war es dem griechischen Handelskapital gelungen, seine Position an allen Märkten des Orients und als Verbindungsglied zwischen dem östlichen Mittelmeer und Europa stark auszubauen²⁸).

Trotz dieser Entwicklungstendenzen bewirkte das griechische Handelskapital keine Umwälzung der Produktionsform²⁹).

Nach wie vor kam es nicht zu einer Verbindung zwischen Handelskapital und Produktion. Profitquellen waren allein die Differenz zwischen den Produktionskosten in Griechenland und Mitteleuropa³⁰⁾, die Vermittlung zwischen wenig entwickelten örtlichen Märkten im Inland sowie zwischen der Produktion einheimischer Rohstoffe und dem internationalen Markt³¹⁾. Diese Absonderung des Handelskapitals von der Produktion wurde verstärkt durch mangelnde Investitionsbereitschaft angesichts der unsicheren ökonomisch-politischen Bedingungen des Landes unter der Türkenherrschaft.

Das Handwerk andererseits konnte nicht aus eigener Anstrengung industrielle Produktionsweisen entwickeln, da es vom Handelskapital abhängig war und nur wenig rendierte. Diese Unterordnung der Produktion unter den Handel beweist, daß Griechenland sich um die Wende zum 19. Jahrhundert noch in einer Vorstufe der kapitalistischen Entwicklung befand³²⁾.

2. Die bürgerliche Revolution von 1821.

Die Massenproduktion der sich entwickelnden englischen Textilindustrie verdrängte bis etwa 1820 die griechischen Spinnereierzeugnisse vom mitteleuropäischen Markt. Zur gleichen Zeit strömten in immer stärkerem Maße industrielle Fertigwaren aus Westeuropa auf die Märkte des osmanischen Reiches. Beide Erscheinungen führten zu einer erheblichen Schwächung, teilweise sogar zur Auflösung der handwerklichen Produktion in Griechenland, und das griechische Handelskapital war gezwungen, sich von seinen in- und ausländischen Positionen zurückzuziehen. In diesem Prozeß ist ein wichtiges Element der allmählichen Unterordnung des griechischen Handelskapitals (und damit auch der handwerklichen Produktion) unter das westeuropäische Industriekapital zu sehen. Als das im

Ausland ansässige griechische Bürgertum, dessen materielle Grundlage die handwerkliche Produktion des Heimatlandes bildete, durch die Konkurrenz des bereits entwickelten westeuropäischen Industriekapitalismus in eine Notlage geriet, wurde deutlich, daß eine Änderung der Produktionsweise und die Schaffung einer geschlossenen ökonomischen Struktur unbedingt erforderlich war.

Auch das im Heimatland ansässige Bürgertum war durch das Eindringen industrieller Fertigwaren aus Westeuropa auf dem inländischen Markt bedroht. Dadurch geriet es in immer krasserem Gegensatz zu den Beschränkungen, die von der Feudalordnung ausgingen. Darunter muß vor allem verstanden werden: erstens der Mangel an erweiterter Nachfrage infolge des Verhältnisses der Leibeigenschaft, in dem die große Mehrheit der Bevölkerung lebte; zweitens die feudale Verwaltungsstruktur, die durch Binnenzölle den Warenaustausch beschränkte und drittens die drastische Besteuerung der griechischen Einkommen. Alle diese Faktoren hemmten stark die Erweiterung des Binnenmarktes und die Kapitalbildung.

Die Produktion, verbunden mit der Notwendigkeit eines eigenen, nach bürgerlichen Interessen gestalteten Wirtschaftsraumes, trat in den Mittelpunkt einer neuen Orientierung des ausländischen wie auch des inländischen griechischen Bürgertums. Die Verwirklichung dieser Ziele stand notwendigerweise im Widerspruch zu den herrschenden Interessen der türkischen und griechischen Feudalherren und zur feudalmilitärischen Staatsform überhaupt.

Zur gleichen Zeit verbreitete sich auf dem Land unter dem Druck der Leibeigenschaft, der Fronarbeit und der Ausbeutung eine revolutionäre Stimmung. Erst vereinzelte, dann häufigere Partisanenkämpfe und Aufstände bildeten den Auf-

takt zu einem revolutionären Bauernkrieg, mit dem die Leibeigenen die bestehenden Feudalverhältnisse umzustürzen versuchten. Zur Unterdrückung und Niederwerfung der aufständischen Landsleute bedienten sich die griechischen Großgrundbesitzer der türkischen Staatsgewalt. Dies führte zur Identifizierung des Feudalsystems mit der türkischen Militärmacht, und die soziale Revolution nahm die äußere Form einer nationalen Erhebung an.

Aus der bisherigen Darstellung wurde deutlich, daß die Revolution von 1821 ihrem Ursprung nach eine soziale Revolution des Bürgertums und der Bauern war, mit dem gemeinsamen Ziel der Auflösung der Feudalverhältnisse als Voraussetzung zur Entwicklung der Marktwirtschaft einerseits und zur Lösung der Agrarfrage andererseits.

Nachdem die griechischen Großgrundbesitzer den Befreiungsbestrebungen vergebens heftigen Widerstand geleistet hatten, machten sie sich die äußere Erscheinung der Bewegung als einer "nationalen" Revolution zu Nutze. Um sich die Herrschaftspositionen in einem von der türkischen Besatzung befreiten Griechenland zu sichern³³⁾ und die Erfüllung der eigentlich sozialen Forderungen zu verhindern, errichteten sie "als Griechen" an Stelle des noch unerfahrenen und unorganisierten Bürgertums eigene Verwaltungsorgane und übernahmen sogleich deren Führung. Trotzdem bildete die Revolution von 1821 den Ausgangspunkt eines Prozesses, durch den die Feudalordnung durch freie Eigentumsverhältnisse³⁴⁾ abgelöst, der Grundbesitz in griechischen Händen³⁵⁾ monopolisiert und neues Kapital gebildet wurde.

3. Die Anfänge der kapitalistischen Entwicklung (1833 - 1880).

Die Erhaltung und Erweiterung der Macht der Großgrundbesitzer blieb zunächst als entscheidendes Hindernis für eine Entwicklung der Agrarproduktion, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bauern und für die Entfaltung der Tauschverhältnisse im Land bestehen. Unter diesen gesellschaftlich-ökonomischen Bedingungen waren die Voraussetzungen für einen Aufstieg des Unternehmertums sehr ungünstig. Die Arbeitslosigkeit in den Städten und das Elend der nach wie vor besitzlosen Bauern führten immer wieder zu einzelnen spontanen Aufständen. Die Ablösung der Verfassung von Troisina (1827) durch die absolutistische Herrschaft des Grafen Johann Kapodistrias (1827-1831), den die verfassungsgebende Nationalversammlung zum ersten Präsidenten der griechischen Republik gewählt hatte³⁶), bedeutete erneut politische Willkür und Hemmung der wirtschaftlichen Entfaltung des Bürgertums³⁷). Die Rückwanderung der griechischen Kaufleute aus dem Ausland verzögerte sich, und auf dem inländischen Markt verschwand das einheimische Kapital, was zu einer beachtlichen Erhöhung des Zinssatzes führte³⁸). Die Abhängigkeit der Unternehmer von den Wucherern³⁹) und der täglich sich ereignende Bankrott von zahlreichen Unternehmungen⁴⁰) kennzeichneten die stagnierende Wirtschaft. Das Kapital für den bescheidenen Wiederaufbau konnte nur gegen sehr überhöhte Zinsen beschafft werden⁴¹). Das Bürgertum sah deshalb die Organisation des Kreditwesens als das Hauptproblem an, und die Gründung der Nationalbank von Griechenland im Jahre 1841 stellte den ersten Versuch seiner Lösung dar.

Als Folge der Knappheit auf dem einheimischen Geldmarkt, des Fernbleibens des im Ausland ansässigen griechischen Handelskapitals und der wachsenden Abhängigkeit der Nationalwirtschaft vom westeuropäischen Kapital wies die Zah-

lungsbilanz ein hohes Defizit auf. Die Ausfuhr von Rohmaterialien und die Einfuhr industrieller Fertigwaren wurde charakteristisch für die Rolle, die die griechische Wirtschaft im internationalen Warenaustausch spielte⁴²).

Trotz dieser ungünstigen Umstände setzte jetzt die kapitalistische Entwicklung ein. Sie begann in der Stadt Ermoupolis (auf der Insel Syros), die durch die Konzentration der vorher auf die Inseln Ydra, Spetzes und Psara verteilten Handels- und Schifffahrtsstützpunkte zum Knotenpunkt des Binnenhandels und zum Umschlagplatz für den Handel zwischen Europa und dem Osten wurde. (Erst um 1857 machte ihr Piräus die führende Stellung streitig.)

Die Konzentration der Bevölkerung und die Entwicklung der Städte wurden vom Auftreten zunächst handwerklicher und danach industrieller Betriebe begleitet⁴³). Die Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse und der Zusammenbruch der von den Türken errichteten Selbstverwaltung der Gemeinden bei gleichzeitiger Zentralisierung der Verwaltung wirkten als Antriebsfaktoren für die Abwanderung in die Städte⁴⁴), in denen es besonders in den sechziger Jahren zu einem starken Anwachsen der Bevölkerung kam. Die Zahl der Städte mit über 10.000 Einwohnern stieg von 6 mit insgesamt 126.078 im Jahr 1870 auf 14 mit insgesamt 459.504 Einwohnern im Jahr 1907 an. Athen hatte 5.000 Einwohner im Jahr 1830, 44.510 im Jahr 1870 und 170.000 im Jahr 1907⁴⁵).

Der Übergang der handwerklichen zur industriellen Produktionsform vollzog sich jedoch langsam. So gab es im Jahr 1870 nur 22 Fabriken mit insgesamt 296 PS Energieleistung⁴⁶) und 1873 95 Fabriken mit 1.967 PS⁴⁷). In der gleichen Zeit kam es zu Investitionen des im Ausland ansässigen griechischen Kapitals, vorwiegend in der Lebensmittelindustrie, und des westeuropäischen Kapitals im Bergbauwesen⁴⁸). Damit nimmt

der Industrialisierungsprozeß erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts seinen Anfang.

Einen Überblick über diese Entwicklung ermöglichen die Ergebnisse von Berufszählungen in den Jahren 1853, 1870 und 1879:

Tabelle 1

	1853	1870	1879
1. Unternehmer im Handwerk und in der Industrie	25.547	48.130	44.959
2. Unternehmer im Handel	6.250	18.952	34.138
3. Erwerbstätige in Ackerbau und Viehzucht:			
a) Großgrundbesitzer	+	+	32.345
b) Kleine und mittlere Bauern	+	218.000	256.906
c) Viehzüchter	+	44.532	+
4. Öffentliche Angestellte	+	11.525	+
5. Arbeiter	+	28.400	42.966
6. Privatangestellte ⁺⁺)	+	28.500	41.035
7. Schiffseigentümer und Matrosen	26.300	25.178	16.157
8. Erwerbstätige im Transportwesen	+	3.276	+
+ Keine Angaben			

Quelle: Zusammengestellt nach Kordatos, J., Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung, 2. Aufl., Athen 1956, S. 13 (gr.).
Nach Kordatos sind die Zahlenangaben nicht sehr zuverlässig.

⁺⁺) Wörtlich übersetzt müßte es "Diener" heißen.

Aus dieser Tabelle läßt sich vor allem eine rasche Zunahme der Erwerbstätigen im Handel ablesen, von denen ein Teil fahrende Händler^{48a)} waren. Diese hatten wahrscheinlich eine

Verbindungsfunktion zwischen isolierten Teilmächten in den griechischen Provinzen. Außerdem wird aus der Tabelle eine Zunahme der Arbeiter und Privatangestellten deutlich. Dagegen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in der Seefahrt ab.

4. Der Industrialisierungsprozeß zwischen 1880 und 1920.

Nach 1880⁴⁹⁾ gab es neue günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Dem nationalen Territorium Griechenlands wurden weite Gebiete angegliedert (gesamte Fläche des Landes 1821: 47.516 km² - 1928: 128.197 km²). Während des gleichen Zeitabschnitts stieg die Bevölkerungszahl von 938.765 im Jahr 1821 auf 6.204.684 im Jahr 1928⁵⁰⁾.

Obwohl die neuen Gebiete noch weitgehend agrarischen Charakter hatten, trugen sie zur Vermehrung des Arbeitskräftepotentials und des verfügbaren Kapitals im Lande bei. Der Anteil der im Gewerbe Tätigen nahm zu und der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen nahm ab⁵¹⁾. Die Absatzmöglichkeiten wurden durch die Erweiterung des inneren Marktes⁵²⁾ vergrößert.

Seit 1880 etwa wurde dann auch der Ausbau des Transportwesens vorangetrieben, dem vorher eine Reihe von Hindernissen entgegengestanden hatten: solange die Politik der Regierung vor allem auf die Vollendung der nationalen Einheit gerichtet war, hatten die Militärausgaben im Staatshaushalt den Vorrang. Das Privatkapital jedoch konnte oder wollte nicht die Kosten für den Bau von Eisenbahnen tragen. Der primitive Zustand des Transportwesens behinderte besonders im Inneren des Landes die wirtschaftliche Entwicklung⁵³⁾, während im Küstenland der Tauschverkehr mit Hilfe einer schon entwickelten Schifffahrt funktionierte⁵⁴⁾. Als die Blüte des griechischen Außenhandels, die der Tätigkeit der Auslands griechen⁵⁵⁾ zu verdanken war, eine Belebung der landwirtschaftlichen Produktion mit sich brachte⁵⁶⁾, wurde durch

das einflußreiche Handels- und Schiffahrtskapital die Ausdehnung des Transportwesens auf das Innere des Landes verlangt. Von 1880 an⁵⁷⁾ übernahm das ausländische und inländische Privatkapital den Bau von lokalen Eisenbahnen unter privilegierten Bedingungen⁵⁸⁾. Bis 1920 wurde ein Netz von 2.397 km Gesamtlänge gebaut⁵⁹⁾. In der gleichen Zeit wuchs das Straßennetz von ungefähr 1.500 km im Jahr 1882 auf 5.500 km im Jahr 1915⁶⁰⁾.

Die Einführung eines Zolltarifes im Jahr 1884⁶¹⁾ und die stetige Abwertung der Drachme von 1885 bis 1895⁶²⁾ übten dank ihrer protektionistischen Wirkung einen günstigen Einfluß auf die Entwicklung der inländischen Produktion aus.

In dieser Periode läßt sich zum ersten Mal eine intensivere Investitionstätigkeit der Auslands griechen und des westeuropäischen Kapitals nachweisen, während bis zum Jahr 1880 das ausländische Kapital fast ausschließlich im Kreditwesen Anleihen gegeben hatte⁶³⁾.

In der Zeit von 1821 bis 1893 wurden dem griechischen Staat Kredite im Nominalwert von 770 Millionen Gold-Franken gewährt, wovon er allerdings nach Abzug der Verleihkosten nur 530 Millionen Gold-Franken erhielt⁶⁴⁾. Von dieser Summe⁶⁵⁾ wurden nur 6 % für Investitionen im Produktionsbereich weitergegeben⁶⁶⁾, während der Rest zur Deckung des Budgetdefizits, der Militärausgaben und Militärentschädigungen diente⁶⁷⁾. 1893 mußte der griechische Staat den Bankrott erklären⁶⁸⁾. Daraufhin stieg die steuerliche Belastung erheblich und dem Unternehmertum konnten keinerlei Kredite mehr gewährt werden, was eine Stagnation des Wirtschaftslebens zur Folge hatte.

Die langsame Zunahme der Investitionstätigkeit bei gleichzeitiger Abwanderung der Bevölkerung vom Land verursachte einen hohen Überschuß von Arbeitskräften in den Städten,

denn die Beschäftigungsmöglichkeiten blieben beschränkt. Als Ausweg aus dieser Notlage blieb der Bevölkerung dann nur noch die Auswanderung, vor allem nach Nord-Amerika (von 1899 bis 1911 253.983 Personen)⁶⁹⁾.

Trotzdem stieg die Zahl der Erwerbstätigen bei gleichzeitiger Veränderung ihrer Zusammensetzung nach Branchen an. Zwischen 1870 und 1905 wuchs die Gesamtbevölkerung (einschließlich Thessalien) um 80 %, die Landbevölkerung für sich genommen aber nur um 17 %⁷⁰⁾. Betrachtet man nur die Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk, so ergibt sich eine Zunahme von 149 %. Der Anteil der Handel- und Gewerbetreibenden an der Gesamtheit der Erwerbstätigen zeigt von 1861 bis 1907 folgende Entwicklung⁷¹⁾:

	1861 (%)	1907 (%)
Erwerbstätige im Gewerbe	13,87	25,00
Erwerbstätige im Handel	8,43	16,00

Im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts machte die griechische Industrie trotz aller Störungen entscheidende Fortschritte. Während des ersten Weltkrieges und der Periode der Blockade verblieb die griechische Industrie als alleiniger Lieferant auf dem einheimischen Markt⁷²⁾. Diesem Umstand und der erheblichen Preissteigerung ihrer Erzeugnisse verdankte sie eine starke Gewinnsteigerung. Diese Kriegsprofite hatten ein rasches Wachstum des industriellen Kapitals zur Folge⁷³⁾.

Damit waren die Voraussetzungen einer schnellen Entwicklung der Industrie zwischen 1911 und 1917⁷⁴⁾ und besonders zwischen 1917 und 1920 gegeben. Eine Zählung im Jahr 1920 ergab 33.811 Unternehmen in Industrie und Handwerk mit 154.833 Arbeitern und Angestellten bei 95.744 PS Energieleistung.

Die Aufgliederung der Unternehmen nach Produktionszweigen und Stärke ihrer Belegschaft läßt sich den beiden folgenden Tabellen entnehmen:

Tabelle 2

INDUSTRIELLE UND HANDWERKLICHE
UNTERNEHMEN GRIECHENLANDS IM JAHR 1920.

Produktionszweig	Mit 1 - 5 Arbeitern	Mit 6 - 25 Arbeitern	Mit über 26 Arbeitern	Summe
Bergbau	4.067	250	97	4.414
Verarbeitung landwirtschaftl. Erzeugnisse	22.486	1.566	222	24.274
Textilindustrie	3.476	341	122	3.939
Chemische Indu- strie	669	96	22	787
Übrige Unternehmen	260	112	25	397
Insgesamt	30.958	2.365	488	33.811

Quelle: Zitiert nach Anonym,
"Die Industrie in Griechenland", in: Wörterbuch für
Sozialwissenschaften, 2. Bd., S. 1293 (gr.).

Größe der Unternehmen	Zahl der Unternehmen	Arbeiter (insges.)	Angestellte (insges.)	Installierte Energielei- stung (PS)
Mit 1 - 5 Arbeitern	31.987	84.816	-	38.616
Mit 6 - 25 Arbeitern	2.413	22.463	6.145	16.689
Mit über 26 Arbeitern	492	37.486	4.172	43.658
Insgesamt	34.892	144.765	10.317	98.963

Quelle: Zitiert nach Zolotas, X., "Griechenland auf der
Stufe der Industrialisierung, S. 20.

5. Die Entwicklung von 1921 bis 1939

Wie bereits oben erwähnt, waren nach dem Ende des ersten Weltkrieges die Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der griechischen Industrie sehr günstig. Der Krieg selbst hatte ihr Gelegenheit gegeben, neues Kapital zu akkumulieren⁷⁵). Die Profitbildung wurde nicht nur durch den privaten Verbrauch, sondern auch durch den Verbrauch der Entente-Streitkräfte und der griechischen Armee gefördert⁷⁶). Vorteilhaft wirkten ebenso die seit 1920 einsetzende Abwertung der Drachme⁷⁷), die eine umfangreiche Einfuhr aus dem Ausland verhinderte, und die gleichbleibenden Löhne und Preise für einheimische Rohstoffe. Außerdem zwangen psychologische Momente die griechischen Verbraucher dazu, sich der eigenen Produktion zuzuwenden⁷⁸), die deshalb konkurrenzlos zu ziemlich hohen Preisen absetzen konnte. Der allgemeine Aufschwung wurde begleitet von einem gesteigerten Umlauf von Papiergeld, das wiederum in den Ausbau industrieller Anlagen zurückfloß⁷⁹). Darüber hinaus führte die Zwangsemigration der griechischen Bevölkerung aus Kleinasien⁸⁰) neues Kapital⁸¹) und neue billige Arbeitskräfte zu. Im Jahr 1926 vergrößerte ein neuer Zolltarif⁸²) den Schutz der inländischen Industrie.

Dennoch vermochte es das industrielle Bürgertum nicht, innerhalb dieser Entwicklungsperiode die Produktionsweise umzuwandeln. Obwohl ab 1917 als Folge der Kriege eine erhebliche Erweiterung der Warenproduktion zu verzeichnen war und hohe Zölle⁸³) die einheimischen Erzeugnisse zusätzlich schützten, verwandte das Industrie-Unternehmertum die hohen Profite nur in beschränktem Umfang für neue Investitionen. Gelegentlich bewirkten diese Zollschutzbestimmungen und die monopolistischen Marktbedingungen⁸⁴) eher ein Nachlassen der Industrialisierungsbestrebungen⁸⁵). Sogar die fast gänzliche Beschränkung der Einfuhr ausländischer Waren im Jahr 1932⁸⁶) vermochte die Investitionstätigkeit nicht zu beleben

Die industrielle Entwicklung Griechenlands ist also nicht mit einer allseitigen und rationellen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes gleichzusetzen. Charakteristisch für die griechische Industrie blieb ihre Spezialisierung auf die Produktion von Konsumgütern (vor allem Textilien und Nahrungsmittel), die partielle Deckung der inneren Konsumnachfrage⁸⁷), das Fehlen eines schwerindustriellen Sektors und die dadurch bedingte Abhängigkeit von der ausländischen Schwerindustrie⁸⁸). Die Rückständigkeit der Industrie sowie das Fehlen einer dynamischen Investitionstätigkeit wirkte dann auch lähmend auf die Entwicklung der Landwirtschaft⁸⁹).

Diese Situation der griechischen Wirtschaft hatte ein fortwährend hohes Defizit in der Handelsbilanz zur Folge (im Jahr 1933 z.B. 3.075 Mio Dr)⁹⁰). Im Jahr 1932 kam es erneut zum Bankrott des griechischen Staates. Die Autarkietendenz des griechischen Bürgertums verstärkte sich infolge der Weltwirtschaftskrise und der Aufgabe der Goldbasis⁹¹).

Die folgende Tabelle enthält Angaben über die Entwicklung der gewerblichen Betriebe mit mehr als 5 Beschäftigten.

Tabelle 3

	1873	1920	1923	1938
Gewerbebetriebe und Fabriken mit 5 und mehr Beschäftigten	95	2.853	2.994	4.515
Arbeiter und Angestellte	7.342	59.120	72.100	140.000
PS	1.967	95.744	+	277.000
Anlagenwert (in Mio Gold-Dr)	20	220	260	1.080
Produktionswert (Mio Dr d. Kaufkraft von 1923)	+	1.950	3.191	6.898

+ = Keine Angaben

Quelle: Zitiert nach "Die Industrie in Griechenland", in: Wörterbuch für Sozialwissenschaften, 2. Bd., S 1294.

Dominierend bleiben bis zum zweiten Weltkrieg der Handelssektor und der Agrarsektor⁹²). Der Anteil der Einkommen aus der Industrie am gesamten Volkseinkommen betrug im Jahr 1937 nur etwa 19 %, der Anteil der Einkommen aus Industrie und Handwerk zusammen 24,3 %⁹³). Ökonomische Stagnation, Arbeitslosigkeit und deren Folgen ließen das Land in einen akuten Krisenzustand geraten. Bedingt durch diese Wirtschafts- und Gesellschaftskrise kam es bereits im Jahr 1936 zur Errichtung eines totalitären Regimes durch Ioannis Metaxas.

II. DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IN DER NACHKRIEGSPERIODE

1. 1945 bis 1952.

Die aus dem zweiten Weltkrieg geschwächt hervorgehende Wirtschaft Griechenlands stand im Unterschied zur Wirtschaft der westeuropäischen Länder ganz spezifischen Schwierigkeiten gegenüber. Während jene Länder ihren Produktionsapparat auf dem Fundament einer bereits vorhandenen Struktur unmittelbar wiederaufbauen konnten, bestand das griechische Problem darin, die Wiederaufnahme der Produktion und die Erneuerung der Produktionsausrüstung mit einer Umwandlung der Wirtschaftsstruktur insgesamt, d.h. mit der Vollendung der Industrialisierung zu verbinden¹). Die Wirtschafts- und insbesondere die Investitionspolitik des Staates stellte jedoch gerade "einer solchen ausgewogenen Entwicklung der Wirtschaft Hindernisse in den Weg"²).

Die Ursache des andauernden Krisenzustandes der griechischen Wirtschaft seit der Vorkriegszeit ist vor allem darin zu suchen, daß Griechenland nicht in der Lage war, die Grundprobleme einer rationalen Entwicklung der Produktivkräfte zu lösen, d.h. Vollbeschäftigung, eine Steigerung des Volkseinkommens und eine ausgeglichene Handelsbilanz zu sichern.

Deutlich nachweisen läßt sich der Krisenzustand der griechischen Wirtschaft daran, daß die einheimische Industrieproduktion nur zu einem geringen Teil die inländische Nachfrage decken konnte und sie "keine selbständige Rolle in der Dynamik der Wirtschaft spielte"³). Nach wie vor wurde der Hauptanteil am Volkseinkommen von der landwirtschaftlichen Produktion gestellt⁴). Die Position der griechischen Industrie ist durch die enge Verbindung zur landwirtschaftlichen Produktion, die selbst als Hauptausfuhrquelle des Landes sehr von der Weltmarktsituation abhängig ist, und durch die hohe

Importquote ausländischer Fertigfabrikate gekennzeichnet. Dargelegt wird damit, daß die griechische Industrie nicht nur unter direktem sondern auch indirektem Einfluß außenwirtschaftlicher Verhältnisse stand, was seinen Ausdruck in der Handelsbilanz findet.

Eine Ursache für das Mißverhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr ist vor allem in der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der griechischen Erzeugnisse auf dem internationalen Absatzmarkt zu suchen. Dabei muß auf die fehlende Elastizität in den Produktionskosten hingewiesen werden, die wiederum aus den Schwierigkeiten bei der Erhöhung des vorhandenen Produktivitätsniveaus Griechenlands resultiert⁵).

Auch die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft ist ohne ihre Intensivierung durch Mechanisierung, Ausbau der Bewässerungsanlagen und Anwendung preiswerter Düngemittel, d.h. also ohne eine Entwicklung der mit ihr zusammenhängenden Industriezweige, unerreichbar. Kurz gesagt, nach dem Krieg bestand in Griechenland die zwingende Notwendigkeit einer planmäßigen Industrialisierung verbunden mit der Rationalisierung des Außenhandels, der Erhöhung des Arbeitseinkommens, mit dem vollständigen Einsatz des akkumulierten Kapitals in der Produktion und der Streichung unproduktiver öffentlicher Ausgaben. Nur auf solch einer Grundlage hätten so elementare Prinzipien, wie die "Erweiterung der inländischen Produktionskapazität", die "Erweiterung der Exportkapazität" und die "Ablösung einzelner Importgüter durch einheimische Erzeugnisse"⁶) verwirklicht werden können.

Es kann wohl behauptet werden, daß im Programm der griechischen Investitionspolitik die allgemeinen Richtlinien einer wirtschaftlichen Entwicklung nicht zur Geltung gekommen sind. So erklärt eine von der griechischen Regierung herausgegebene Studie die gescheiterte Industrialisierung mit dem "Haupt-

fehler der griechischen Behörden sowie ihrer amerikanischen Mitarbeiter", die die amerikanische Hilfe "in so viele zusammenhanglose Projekte zersplitterten, daß keine grundlegende Umwandlung der Wirtschaftsstruktur zu erreichen war"⁷⁾.

Die Folgen dieser planlosen Politik traten rasch in Erscheinung: das Anwachsen des Handelsdefizits bedrohte mehr und mehr das Funktionieren der griechischen Wirtschaft⁸⁾. Immer stärker bemerkbar machte sich ein ständiger Kaufkraftverlust der Drachme im Inland und ihre Überbewertung ausländischen Währungen gegenüber⁹⁾. Die Marktpreise im Inland erhöhten sich verglichen mit denen im Ausland um mehr als 40%¹⁰⁾. Darüber hinaus wurde die steigende Inflation durch das Industrie-Unternehmertum zur Aneignung hoher staatlicher Geldmittel genützt. Schon während des Krieges hatte die Inflation dazu geführt, daß viele industrielle Unternehmungen sehr leicht ihre Schulden tilgen konnten; die gleiche Methode wurde dann in noch größerem Umfange in den Nachkriegsjahren angewandt: unter dem Vorwand, Kapital zu benötigen¹¹⁾, versuchten die Unternehmer unaufhörlich, möglichst hohe Kredite aus den Kapitalien der Bank von Griechenland und des Marshallplanes sich zu beschaffen. Da "der Wert der Drachme ständig sank, war die Aufnahme von Krediten in Drachmen eine sehr gewinnreiche Methode"¹²⁾. Den Finanzierungsorganen selbst sind dabei viele "unglückliche Kreditabgaben" zuzuschreiben¹³⁾. Dieses Verfahren wurde vom Ende des Krieges bis zum Ende des Jahres 1951 und dann wieder seit April 1953 praktiziert. Die Rückzahlung der sogenannten "gefrorenen Kredite", die bis zum Jahr 1951 (insgesamt 54 Millionen Dollar) vergeben wurden, wurde nach der Abwertung der Drachme auf die Hälfte ihres Ausgabewertes festgesetzt¹⁴⁾. Laut Gesetz 3956 aus dem Jahr 1959 werden die Schulden aber praktisch vollständig getilgt, vor allem durch ein verworrenes Rückzahlungsverfahren, "das den Mitgliedern des Kreditkomitees eine einträgliche Beschäftigung sichert, und zwar

ohne daß diese zur Verantwortung gezogen werden können, weil ihre Beschlüsse laut Gesetz unkontrollierbar sind"¹⁵).

Die Entkräftung des Wirtschaftslebens wurde seit Mitte 1950 durch die internationale Lage beschleunigt und endete in einer akuten Krise, die bis Ende 1951 andauerte und in erster Linie bestimmte Zweige der Industrie traf¹⁶).

2. 1953 bis 1957

Zur Überwindung dieser Krise wurde im April 1953 die griechische Währung nochmals um 50 % (auf Dollarbasis berechnet) abgewertet^{16a}) und die Einfuhr liberalisiert¹⁷).

Durch diese Währungsreform wurden Voraussetzungen geschaffen, die die Erhöhung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und infolgedessen eine Steigerung der Agrarproduktion und des Einkommens in der Landwirtschaft ermöglichten. Dies wirkte sich wiederum günstig auf die einheimische Industrie aus. Darüber hinaus führte die Währungsreform zu einer Verteuerung der Importgüter und somit zu einer erhöhten Nachfrage nach inländischen Industrieprodukten.

Doch auch diese Entwicklungstendenz wurde nicht zu intensiveren Investitionen genutzt. "Nach dem Ausbleiben dieser günstigen Auswirkungen und nachdem keine Voraussetzung für deren Fortführung durch eine entsprechende Produktionspolitik geschaffen worden war, gerät die Wirtschaft wieder in eine relative Stagnation, während das Bilanzproblem von neuem akut wird"¹⁸).

Andererseits war die Liberalisierung der Einfuhr¹⁹) nicht nur durch die unmittelbaren Erfordernisse der griechischen Wirtschaft bedingt, sondern auch durch die Verpflichtungen Griechenlands als Mitglied der OEEC, die "Ausweitung der

Liberalisierung des innereuropäischen Handels als Teil des Gesamtprozesses der Befreiung des Handels auf weltweiter Grundlage"²⁰⁾ im eigenen Bereich herzustellen. Diese Liberalisierung "verstärkte die Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft vom internationalen Markt"²¹⁾ und damit "von den Wellenschlägen der internationalen Wirtschaft"²²⁾. Sie setzte das griechische Unternehmertum unter den Druck der ausländischen Konkurrenz und leitete dadurch Bestrebungen ein, die Industrie Griechenlands an die weltwirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen.

In den Jahren 1953 und 1954 kam es durch die Erweiterung der Agrarproduktion auch zu einer zeitweiligen Belebung der industriellen Produktion. Erst in den Jahren 1955 und 1956 traten die eigentlichen Konsequenzen der Liberalisierung zu Tage. Infolge der stark anwachsenden Konkurrenz der ausländischen Industrie auf griechischem Boden "wurden die einheimischen Erzeugnisse weitgehend durch Importwaren ersetzt"²³⁾, und die Position der griechischen Industrie auf dem inländischen Markt verschlechterte sich. Im Jahr 1955 machte sich ein Nachlassen der industriellen Produktion bemerkbar, das im Laufe des Jahres 1956 fast zur völligen Stagnation führte²⁴⁾.

Aus dieser Situation heraus entwickelten sich im Industriekapital Gegenbestrebungen, die der Konkurrenzgefahr durch Erneuerung der Produktionsausrüstung zu begegnen suchten. Im Rahmen dieser Bestrebungen kam es in vielen Unternehmen zu einer Modernisierung veralteter Anlagen²⁵⁾, "bedeutenden Fortschritten vom Standpunkt der technischer Entwicklung und insbesondere der rationellen Organisation", sowie zum Aufbau "größerer konkurrenzfähiger Unternehmen durch Fusionierungen"²⁶⁾.

Obwohl die äußerst schwierige Lage der griechischen Wirtschaft²⁷⁾ Maßnahmen zum Schutz der inländischen Produktion erforderlich gemacht hätte, wurden schließlich nur solche Maßnahmen ergriffen, die "in direktem Widerspruch zu dem

an sich angestrebten Ziel" standen²⁸). Die Auswirkungen der Liberalisierung haben dann auch deutlich gezeigt, daß die Voraussetzungen für die Teilnahme der griechischen Wirtschaft am internationalen freien Markt keineswegs durch eine bloße Umstrukturierung des Außenhandels, sondern nur durch eine starke industrielle Basis hätten geschaffen werden können²⁹).

Kennzeichnend für die allgemeine Entwicklung blieben im Jahr 1957 das Anwachsen der Einfuhr und eine Tendenz zur Stagnation bei der Ausfuhr, sowie die sich verstärkende Abhängigkeit der Zahlungsbilanz von "unsichtbaren Einlagen"³⁰). Die bisherige Erhöhung des Volkseinkommens "beruht auf dem Zusammentreffen zufälliger Faktoren, deren kurzfristiger Einfluß die anhaltenden Probleme verdeckt, die in ihrer ganzen Schärfe fortbestehen"³¹).

3. Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage (1958 bis 1962).

A. Das Volkseinkommen.

a. Das Wachstum des Volkseinkommens.

In der Periode von 1958 bis 1962 ließ das Wachstum des Volkseinkommens - verglichen mit der vorangegangenen Periode - nach, das Jahr 1961 ausgenommen. Während der Durchschnitt der jährlichen Wachstumsrate für die Jahre 1953 bis 1957 bei 8,1 % gelegen hatte, betrug er für den Zeitraum 1958 bis 1962 5,2 %. Die Entwicklung des Brutto-Volkseinkommens von 1953 bis 1962 läßt sich an Hand der folgenden Tabelle aufzeigen.

Tabelle 4

DAS WACHSTUM DES BRUTTO-VOLKSEINKOMMENS
IN GRIECHENLAND

(Millionen Dr in konstanten Preisen von 1954)

Jahr	in Mio Dr	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
		+ %
1952.....	44.425	-
1953.....	50.525	13,7
1954.....	52.484	3,9
1955.....	56.405	7,5
1956.....	59.924	6,2
1957.....	65.404	9,1
1958.....	67.210	2,8
1959.....	70.464	4,8
1960.....	73.418	4,2
1961.....	81.874 ⁺	11,5
1962.....	84.250 ⁺	2,9

+ Provisorische Zahlen

Quellen: a. Für 1952-57: Koordinationsministerium (Hrsg.), Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1959, Athen 1961, S. 73.

b. Für 1958-61: Nationalrechnungen Griechenlands 1958-1961, S. 47.

c. Für 1962: Zitiert nach Ekonomikos Tachydromos, Nr. 462, Athen 21.2.1963, S. 1 (97).

Innerhalb des gesamten Zeitraums (1953-1962) wird eine Erhöhung der jährlichen Zuwachsrates in den Jahren 1953, 1957 und 1961 ersichtlich, deren Ursache allerdings in einer Ertragserweiterung der Agrarproduktion aufgrund günstiger Wetterbedingungen zu suchen ist³²). Die zeitweilige Zunahme der

Wachstumsrate ist also durch außerwirtschaftliche Faktoren hervorgerufen, deren spontanes Auftreten die erheblichen Unregelmäßigkeiten bei den jährlichen Zuwachsraten innerhalb der obengenannten Periode erklären.

Es folgen hier Angaben über die jährlichen Wachstumsraten der Einkommen aus der Landwirtschaft (einschließlich Viehzucht, Wald und Fischerei) und aus der Industrie (einschließlich Bergbau und Energieerzeugung), wobei die unregelmäßige Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens deutlich wird.

Tabelle 5

DIE ENTWICKLUNG DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN
UND INDUSTRIELLEN EINKOMMENS (1953-62)

Jahr	Einkommen aus der Landwirtschaft		Einkommen aus der Industrie	
	in Mio Dr (in konstan- ten Preisen von 1954)	Zuwachsrate des Vorjahr- standes in Prozent	in Mio Dr (in konstan- ten Preisen von 1954)	Zuwachsrate des Vorjahr- standes in Prozent
1952	14.332	-	9.363	-
1953	18.071	+ 26,1	10.932	+ 16,8
1954	17.729	- 1,9	12.415	+ 13,4
1955	19.304	+ 8,9	13.525	+ 8,9
1956	19.483	+ 0,9	14.784	+ 9,3
1957	22.499	+ 15,4	15.666	+ 5,9
1958	20.812	- 7,5	17.524	+ 11,8
1959	21.840	+ 4,9	18.215	+ 3,9
1960	20.435	- 6,4	20.316	+ 11,5
1961	24.153	+ 18,2	22.117	+ 8,9
1962	22.800	- 5,6	23.870	+ 7,9

Quelle: Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1958, S. 73
und 1958-1961, S. 47; Ekonomikos Tachydromos, 21.2.
1963, S. 1. Die Zuwachsraten wurden daraus errechnet.

Die folgende Tabelle zeigt, daß in den Jahren mit relativ großer Gesamtzuwachsrate das Einkommen aus der Landwirtschaft den weitaus größten Anteil hat:

Tabelle 6

DER ANTEIL DER LANDWIRTSCHAFT UND DER VERARBEITENDEN
INDUSTRIE AN DER JÄHRLICHEN ZUWACHSRATE
DES GESAMTEN VOLKSEINKOMMENS

Jahr	Landwirt- schaft %	Verarbeitende Industrie %
1953.....	61,3	19,2
1955.....	40,2	16,4
1957.....	55,0	12,2
1959.....	31,6	10,1
1961.....	44,0	12,9.

Quelle: Errechnet nach: Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1958, S. 73 und 1958-1961, S. 47.

Die Tatsache, daß die Entwicklung des Volkseinkommens maßgeblich durch eine landwirtschaftliche Produktion bestimmt wird, die aufgrund ihrer Rückständigkeit in hohem Maße von Naturfaktoren abhängt³³), führt zu dem Schluß, daß das zeitweilige Anwachsen des Volkseinkommens die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung nicht richtig widerspiegelt und daß keine wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierung sich daraus ableiten lassen.

b. Die Anteile von Industrie und Landwirtschaft
am Volkseinkommen.

Wurden im letzten Abschnitt die Anteile an den Zuwachsraten des Volkseinkommens dargestellt, so sollen jetzt die Beiträge zum Volkseinkommen selbst untersucht werden.

Tabelle 7

BEITRAG DER LANDWIRTSCHAFT UND DER VERARBEITENDEN
INDUSTRIE ZUM BRUTTO-VOLKSEINKOMMEN
(1937 und 1950-62)

Jahr	Landwirt- schaft %	Verarbeitende Industrie %
1937.....	41,3	19,0
1950.....	32,5	16,9
1951.....	34,1	16,4
1952.....	32,2	16,0
1953.....	35,8	16,4
1954.....	33,8	17,8
1955.....	34,2	17,9
1956.....	32,5	18,0
1957.....	34,4	17,6
1958.....	31,0	18,6
1959.....	31,0	18,2
1960.....	27,8	19,1
1961.....	29,7	18,2
1962.....	27,1	17,9 ⁺

Quelle: Zusammengestellt aufgrund von absoluten Zahlen nach: (für das Jahr 1937) Anastopoulos, G., Geschichte der griechischen Industrie, 3. Bd., S. 1581; (für die übrigen Jahre) Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1959 und 1958-1961; die Rate des Einkommens aus der verarbeitenden Industrie am gesamten Brutto-Volkseinkommen im Jahr 1962 zitiert nach Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Quarterly Review, Nr. 13-14, S. 9 (Errechnung aufgrund von Zahlen in fortlaufenden Preisen).

Es zeigt sich, daß der Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft am Volkseinkommen zwischen den Jahren 1937 und 1962 **sich um fast ein Drittel verringert hat, während der entsprechende Anteil aus der Industrie fast unverändert geblieben ist.** Dies verweist auf eine Erhöhung des Einkommens in den übr-

gen Sektoren, wie z.B. im Handel und im Dienstleistungssektor.

Die Zusammensetzung des Volkseinkommens der letzten Jahrzehnte läßt kaum die Behauptung zu, daß die Struktur der griechischen Wirtschaft sich zugunsten eines Anwachsens des industriellen Sektors nennenswert verändert hätte. Immer noch spielt die Landwirtschaft die entscheidende Rolle, insofern sie einmal der Hauptteil der Exportgüter erzeugt und zum anderen durch ihr schwankendes Einkommen eine kontinuierliche Nachfrage und damit die Existenz der Industrie ständig bedroht, die sich ja vor allem auf den inneren Agrarmarkt spezialisiert hat.

c. Das Volkseinkommen pro Kopf.

Den amtlichen Angaben nach stieg das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung von 178 Dollar im Jahr 1950 auf 315 im Jahr 1961³⁴⁾ und auf 333 im Jahr 1962³⁵⁾. Diese Werte entsprechen jedoch keineswegs den realen Einkommensverhältnissen. Nach einer Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge gab es 1954 2.420.000 Personen mit bis zu 80 Dollar Jahreseinkommen³⁶⁾. Nach einer anderen Statistik desselben Ministeriums gab es 1959 3 Millionen Personen mit 32 bis zu 48 Dollar Jahreseinkommen³⁷⁾. Nach den Angaben eines Berichtes des Direktors der Agrarbank Griechenlands vom Jahr 1959 hatten 2.157.000 Personen, d.h. 583.000 Agrarfamilien, 32 Dollar pro Kopf Jahreseinkommen, 1.121.000 Personen, d.h. 303.000 Agrarfamilien, 70 Dollar, ungefähr 359.000 Personen, d.h. 97.000 Agrarfamilien, 121 Dollar und nur ungefähr 115.000 Personen, d.h. 31.000 Agrarfamilien, 234 Dollar³⁸⁾. Daraus läßt sich ableiten, daß ungefähr 44 % der Gesamtbevölkerung Griechenlands, die in der Landwirtschaft tätig waren, ein pro-Kopf-Jahreseinkommen von 32 bis 121 Dollar hatten, d.h. also lediglich zwei Fünftel des angegebenen amtlichen Wertes (315 Dollar).

Bei der Analyse der amtlichen Zahlen zeigt sich also, daß die Angabe eines jährlichen Einkommens von 315 Dollar pro Kopf der Bevölkerung eine erhebliche Simplifizierung darstellt und die tatsächliche Verteilung des Volkseinkommens sowie die Lebensbedingungen der unteren Bevölkerungsschichten in Griechenland verschleiert³⁹⁾. Gleichzeitig wird zugegeben, daß "ein Einkommen von nur 150 bis 200 Dollar pro Kopf ... kaum zur Deckung des allerdringlichsten Bedarfes ausreicht"⁴⁰⁾ (obwohl auch diese Schätzung viel zu optimistisch ist). In der Auffassung aber, daß dieses so niedrige pro-Kopf-Einkommen (150 bis 200 Dollar) sich gegenwärtig schon verdoppelt hätte und daß dadurch ein "keimen-der Wohlstand" im griechischen Volk entstanden sei⁴¹⁾, offenbart sich eine tiefe Verkennung der Realität.

B. Die Investitionen.

Auf den ersten Blick läßt sich; verglichen mit der Zeit von 1953 bis 1957, in der Periode von 1958 bis 1962 eine gewisse Intensivierung der Investitionstätigkeit erkennen, wenngleich diese durch periodisch auftretende Stagnationserscheinungen gestört wurde.

Was die staatlichen Investitionen betrifft, so steht nicht nur ihr Umfang in krassem Mißverhältnis zum dringend notwendigen Kapitalbedarf, sondern das bereitgestellte Kapital wird auch noch wenig rationell eingesetzt. So "besteht ein großer Teil (der staatlichen Investitionen) in Ausgaben, die, wenn nicht überhaupt zwecklos, nur Bedürfnisse von sekundärer Bedeutung decken"⁴²⁾. Es handelt sich dabei unter anderem um Kapital für den Straßenbau (amtlich als "Verbesserung der Infrastruktur" bezeichnet), dessen sinnvolle Investition mit der Lösung des Problems eines allseitigen Funktionierens der Wirtschaft und mit der Verminderung der Transport- und Verkehrskosten für Güter und Personen

hätte gekoppelt werden müssen⁴³). Außerdem handelt es sich zum Teil um demonstrative Objekte, die lediglich Konsumcharakter aufweisen können und nur beschränkte Bedeutung für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung haben⁴⁴). In bezug auf die Zusammensetzung der staatlichen Investitionen muß noch betont werden, daß hier auch Ausgaben zugerechnet werden, die an sich zum ordentlichen Staatshaushalt gehören⁴⁵) und die früher auch als solche bezeichnet wurden. (So wird von einer "weit verbreiteten Verfälschung des Terminus Investitionen" gesprochen)⁴⁶).

Demgegenüber scheint die private Investitionstätigkeit stärker zu sein als die staatliche. Die hohen Angaben kommen aber dadurch zustande, daß bei dem Gesamtwert der privaten Investitionen der von Schiffen mitgerechnet wird, die vorher unter einer fremden Flagge gefahren sind, jetzt aber, begünstigt durch die Behörden, unter griechischer Flagge fahren. Ihr Wert erscheint also in der Statistik als neue Investition. Dies beweisen die Brutto-Investitionen im Sektor "Transportmittel und ihre Ausrüstung" (Millionen Dr in konstanten Preisen von 1954):

Tabelle 8

DIE INVESTITIONEN IM TRANSPORTWESEN

Jahr	Brutto- Investitionen (mit Schiffen)	Brutto Investitionen (ohne Schiffe)	Differenz (Schiffe)	A %
1958....	3.442	1.068	2.374	68,9
1959....	6.030	1.164	4.866	80,7
1960....	11.193	1.859	9.334	83,4
1961 ⁺ ...	9.019	2.369	6.650	73,7

A = Anteil der sogenannten Schiffs-Investitionen an der gesamten Summe der Brutto-Investitionen.

+ = Provisorische Zahlen.

Quelle: Zusammengestellt nach Nationalrechnungen 1958-1961, S. 49-50.

Daß sich dadurch ein ganz falsches Bild von der wirklichen Investitionstätigkeit ergeben kann, läßt sich an zwei Extremfällen verdeutlichen: würde die gesamte Handelsflotte griechischen Eigentums die griechische Flagge annehmen, so wäre der auf zehn Jahre veranschlagte Investitionsplan bereits nach drei Monaten erfüllt, ohne daß damit die griechische Wirtschaft um eine Drachme reicher geworden wäre. Würden dagegen die unter die griechische Flagge zurückgekehrten Schiffe auf den griechischen Flaggenschutz wieder verzichten, so wäre die Höhe der geleisteten Investitionen gleich Null⁴⁷⁾.

So hat "die Repatriierung des griechischen Schiffseigentums aus den sogenannten Asylländern ... ein neues irreales Moment für die Beurteilung der privaten Kapitalanlage erbracht, da damit praktisch keine neuen Investitionen, sondern nur Verlagerungen von einem ins andere Land erfolgen"^{47a)}.

Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß von den privaten Investitionen ein großer Teil auf den Wohnungsbau oder Wohnungsankauf verwandt wurde. Besonders viele aus dem Ausland zurückkehrende Griechen legten ihr Vermögen⁴⁸⁾ im Wohnungsankauf an. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß die aus dem Ausland stammenden Kredite den überwiegenden Teil der Gesamtinvestitionen finanzierten⁴⁹⁾, die also nicht mit nationaler Sparleistung gleichzusetzen sind.

Das Verhältnis von staatlichen zu privaten Investitionen in der Zeit von 1956 bis 1961 stellt sich folgendermaßen dar (die Privatinvestitionen in fixem Kapital sind hier ohne Schiffe angegeben):

Tabelle 9

DER PROZENTUALE ANTEIL DER PRIVATEN
UND STAATLICHEN INVESTITIONEN.

Jahr	Private Investitionen %	Staatliche Investitionen %
1956.....	70	30
1957.....	71	29
1958.....	72,7	27,3
1959.....	68	32
1960.....	64,6	35,4
1961.....	64,1	35,9

- Quellen: a. Für die Jahre 1956-1957:
Bank von Griechenland (Hrsg.), Die
griechische Wirtschaft im Jahr 1960,
Athen 1961, S. 137 (gr.).
- b. Für die Jahre 1958-1961: zusammenge-
stellt nach Nationalrechnungen Grie-
chenlands 1958-1961, S. 50.

Zur besseren Einsicht in die Zusammensetzung der Investi-
tionen ist es dabei zweckmäßig, die Investitionshöhe nach
Sektoren gesondert zu betrachten:

Tabelle 10

DIE PROZENTUALE VERTEILUNG DER INVESTITIONEN
AUF DIE VERSCHIEDENEN WIRTSCHAFTSBEREICHE

(In konstanten Preisen von 1954, ohne
Hinzurechnung der Schiffe).

Jahr	Landwirt- schaft	Industrie	Transport- wesen	Bauwesen	Übrige
1950.....	10,6	19,4	26,1	25,2	18,7
1951.....	11,0	20,0	16,9	22,5	29,6
1952.....	7,7	19,6	20,2	25,4	27,1
1953.....	7,1	13,5	12,8	34,5	32,1
1954.....	7,9	11,5	11,6	35,4	33,6
1955.....	6,8	12,7	12,4	35,2	32,9
1956.....	6,7	11,8	12,4	32,6	36,5
1957.....	10,7	13,6	16,2	31,5	28,0
1958.....	10,8	16,7	15,8	33,3	23,4
1959.....	16,0	11,6	17,6	31,3	23,5
1960.....	17,4	8,7	22,0	29,4	22,5

Quelle: Koordinationsministerium. Zitiert nach Bank von
Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft
im Jahr 1960, S. 137.

Aus dieser Tabelle läßt sich sowohl für die Jahre 1956-1960
als auch für die Jahre 1958-1960 eine fallende Investitions-
tendenz im Industriesektor ablesen. Diese Tendenz erscheint
um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß im allgemeinen
die industriellen Investitionen vor allem der technischen
Vervollkommnung des vorhandenen Produktionsapparates dienen⁵⁰⁾
und daher Modernisierungsinvestitionen sind, während die Er-
weiterungsinvestitionen nur einen kleinen Anteil ausmachen
und keine "Strukturveränderungen in der Zusammensetzung der
Produktion" herbeiführen⁵¹⁾.

Dagegen stieg die Höhe der Investitionen in der Landwirtschaft und im Transportwesen und deren Anteil an den Gesamtinvestitionen von 1958 bis 1960 an, was vor allem auf der wachsenden behördlichen Initiative in diesen Sektoren beruht⁵²). Diese Investitionstätigkeit der Behörden soll im folgenden für die Jahre 1957 bis 1961 genauer analysiert werden.

Tabelle 11

DIE AUFTEILUNG DER BEHÖRDLICHEN INVESTITIONEN
(in Millionen Dr)

	1957	1958	1959	1960	1961
in absoluten Zahlen					
1. Landwirtschaft....	1.135	1.580	1.873	2.732	2.997
2. Energieerzeugung..	536	972	945	668	966
3. Industrie.....	551	108	404	494 ⁺	830 ⁺
4. Sonstige für 2, 3.	55	58	39	64	81
5. Straßenbau.....	361	485	670	1.087	1.114
6. Eisenbahnen.....	108	134	174	93	207
7. Nachrichtenwesen..	83	134	228	405	401
8. Sonstige für 5,6,7	50	55	40	107	275
9. Fremdenverkehr....	48	262	296	342	369
10. Verwaltung.....	21	45	56	33	25
11. Erziehung.....	66	74	95	127	150
12. Gesundheit und Fürsorge.....	162	212	258	234	193
13. Übrige.....	105	36	273	- 56	113
Insgesamt	3.281	4.155	5.351	6.330	7.721
in Prozenten					
1. Landwirtschaft....	34,6	38,0	35,0	43,2	38,9
2. Energieerzeugung..	16,3	23,4	17,7	10,6	12,5
3. Industrie.....	16,8	2,6	7,5	7,8	10,7
4. Sonstige für 2, 3.	1,7	1,4	0,7	1,0	0,9
5. Straßenbau.....	11,0	11,7	12,5	17,2	14,5
6. Eisenbahnen.....	3,3	3,2	3,3	1,5	2,6
7. Nachrichtenwesen..	2,5	3,2	4,3	6,4	5,2
8. Sonstige für 5,6,7	1,6	1,3	0,7	1,6	3,6
9. Fremdenverkehr....	1,5	6,3	5,5	5,4	4,8
10. Verwaltung.....	0,6	1,1	1,0	0,5	0,5
11. Erziehung.....	2,1	1,8	1,8	2,0	1,9
12. Gesundheit und Fürsorge.....	5,0	5,1	4,8	3,7	2,5
13. Übrige.....	3,0	0,9	5,2	- 0,9	1,5
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

+ Darin sind 135 Millionen Dr staatlicher Beteiligung am Kapital der Organisation Industrieller Entwicklung eingeschlossen.

Quellen: Koordinationsministerium, Öffentliche Unternehmung für Elektrizität, Organisation für Nachrichtenwesen Griechenlands, Organisation für Arbeiterwohnung, Agrarbank von Griechenland und Organisation für die Finanzierung Wirtschaftlicher Entwicklung. Zitiert nach Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, Athen 1962, Statistischer Anhang, Tabelle 8.

Dabei fällt vor allem auf, daß von 1957 bis 1961 die staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft von 34,6 % auf 38,9 % steigen, im Straßenbau von 11 % auf 14,5 %, im Nachrichtenwesen von 4,1 % auf 8,8 % und im Fremdenverkehr von 1,5 % auf 4,8 %. Dagegen fallen die staatlichen Investitionen in der Industrie von 16,8 % auf 10,7 %, im Kraftwerksbau von 16,3 % auf 12,5 % und im Eisenbahnwesen von 3,3 % auf 2,6 %. Ebenso sind die staatlichen Investitionen zwischen 1957 und 1961 im Bereich der Erziehung von 2,1 % auf 1,9 % und im Bereich der Gesundheitspflege und der Fürsorge von 5,0 % auf 2,5 % gefallen.

Aus den bisherigen Angaben wird ersichtlich, daß der Strukturverbesserung der Wirtschaft keine zentrale Bedeutung bei den staatlichen Ausgaben zukommt. Dagegen spielen die Militärausgaben und die sogenannten "geheimen Ausgaben" sowie andere unproduktive Ausgaben des Staatsapparates mehr denn je die entscheidende Rolle. Wie der ehemalige Ministerpräsident Karamanlis am 24.10.1960 erklärte, "beschränkte sich der Beitrag des Staatshaushaltes zum Programm der Investitionen im Jahr 1959 auf 820 Millionen Dr, während im laufenden Jahr dieser Beitrag wegen der konstanten Zunahme der Pflichtausgaben noch geringer ausfallen muß"⁵³). Dabei handelt es sich nicht um eine zeitlich begrenzte Unzulänglichkeit der staatlichen Investitionspolitik, vielmehr kommt darin die Veränderung der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive

zum Ausdruck. "Bis noch vor wenigen Jahren glaubte man, die Industrialisierung vorrangig vorantreiben zu müssen, um das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und damit auch den Konsum zu heben und die Arbeitslosigkeit, das immer noch brennendste Problem, einzudämmen oder ganz zu beseitigen". "In letzter Zeit wurde (jedoch) erneut die Frage erörtert, ob beim Wirtschaftsaufbau des Landes mehr der Landwirtschaft oder der Industrie der Vorzug zu geben ist, oder wie sich dieser harmonischer als bisher vollziehen soll"⁵⁴).

Wenn nun davon ausgegangen wird, "daß Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig aufgebaut und gefördert werden müssen"⁵⁵), dann muß gerade im Falle Griechenlands beachtet werden, daß das Problem einer Entwicklung der Landwirtschaft mit dem ihrer Rationalisierung und Mechanisierung identisch ist, dessen Lösung wiederum größere Investitionen im industriellen Sektor zur Voraussetzung hat. Angesichts der Relationen zwischen Landwirtschaft und Industrie mag die parallele Förderung beider Bereiche auf dem ersten Blick begreiflich erscheinen⁵⁶). Jedoch ist, wie bereits angedeutet, beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der griechischen Wirtschaft ein weiteres Anwachsen der Agrarproduktion als Teil der Gesamtentwicklung undenkbar, ohne daß die industrielle Grundlage nicht schon als Voraussetzung geschaffen worden wäre. Dabei ist in diesem Zusammenhang auch nicht von einer isolierten Entwicklung der Industrie die Rede, sondern nur davon, daß die bereits vorhandene Produktivität in der Landwirtschaft eine intensive Industrialisierung ermöglichen⁵⁷, daß aber dann die Steigerung dieser Produktivität bereits eine entwickelte Industriegrundlage erforderlich machen würde⁵⁸). Eine Strukturveränderung der Landwirtschaft setzt eine entsprechende rationelle Industrialisierung voraus⁵⁹). Angesichts der Knappheit des zur Verfügung stehenden Investitionskapitals ist dessen Zersplitterung auf einige Fabriken und auf die Landwirtschaft, d.h. also die absolut unrationelle Förderung dieser beiden Bereiche, als eine Politik

anzusehen, die die Rückständigkeit der griechischen Wirtschaft nur perpetuiert⁶⁰⁾.

Weiterhin ist bezeichnend, daß auf der einen Seite die griechische Regierung vorgibt, die industrielle Entwicklung als Tätigkeitsbereich des Unternehmertums zu betrachten, und dabei argumentiert, daß der Privatinitiative der Vorrang zu belassen sei. Auf der anderen Seite aber zeigt das Unternehmertum keine Bereitschaft, mehr eigenes Kapital in der Industrie zu investieren. In der Praxis jedoch ergibt sich insofern ein anderes Bild, als sich die Regierung doch nicht nur auf die Entwicklung der Infrastruktur^{60a)} beschränkt, sondern sie auch die Initiative ergreift⁶¹⁾ und mit staatlichem Kapital verschiedene Projekte realisiert⁶²⁾, um diese dann dem Privatkapital zu überlassen, das selbst keinen Beitrag dazu geleistet hatte. Ohne die Führung der Industrialisierung zu übernehmen, strebt die griechische Regierung danach, die allgemeine Investitionstätigkeit sozusagen programmatisch zu lenken, d.h. eine vorübergehende Planung der wirtschaftlichen Entwicklung als Hilfsinstrument der Privatinitiative⁶³⁾ zu betreiben. Es scheint angebracht, die Ursache der widersprüchlichen Lage und Entwicklung der griechischen Wirtschaft im Wesen dieses plankapitalistischen Experiments zu suchen.

Zunächst ist das Vorhandensein einer "Planwirtschaft" im eigentlichen Sinne deshalb anzuzweifeln, weil wie im Kapitalismus überhaupt so auch im griechischen zumindest nicht "alle entscheidenden Wirtschaftszweige planmäßig reguliert werden"⁶⁴⁾. Der Plan für wirtschaftliche Entwicklung besteht hauptsächlich in einer mehr formellen Festsetzung einer gewissen Steigerung der Investitionen in einem bestimmten Zeitabschnitt, ohne daß doch damit der Staat allein über das Investitionskapital verfügte und die gesamte Verantwortung für die Erfüllung des Planes trüge. Wenn nämlich etwa 65 % der "geplanten" Investitionen von der Initiative des privaten Unternehmertums abhängen,

kann von eigentlicher Planung nicht gesprochen werden. Es "ist nicht einzusehen, wie ein Plan durchführbar sein sollte, wenn die einzelnen Eigentümer der Produktionsmittel die Möglichkeit haben, seine Anweisungen in dem Umfang zu befolgen, wie es ihnen zusagt"⁶⁵). Die griechische Regierung erkennt selbst die Verfügungsgewalt über das Eigentum an Produktionsmitteln im Rahmen der "Planwirtschaft" an und sanktioniert somit den Gegensatz der kapitalistischen Unternehmer zur Planwirtschaft⁶⁶).

C. Einfuhr und Ausfuhr.

a. Das Mißverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr. (Defizit der Handelsbilanz)

Die Entwicklung der Einfuhr und der Ausfuhr im Zeitabschnitt von 1958 bis 1962 zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 12

EINFUHR UND AUSFUHR GRIECHENLANDS VON 1956 BIS 1962 in Millionen Dollar

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Defizit	Differenz des Defizits gegenüber dem des Vorjahres + -
1955.....	352,0	206,5	145,5	-
1956 ⁺	440,7	209,6	231,1	+ 85,6
1957 ⁺	475,1	222,8	252,3	+ 21,2
1958 ⁺⁺	491,5	242,8	248,7	- 3,6
1959 ⁺⁺⁺	454,8	212,5	242,3	- 6,4
1960 ⁺⁺⁺	497,1	208,6	288,5	+ 46,2
1961 ⁺⁺⁺	561,2	234,3	326,9	+ 38,4
1962 ⁺⁺⁺⁺	608,1	242,6	365,5	+ 38,6

Quellen: + Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 28.

++ Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 56.

+++ Die Neue Ökonomie, 17. Jg., Nr. 4, Athen April 1963, S. 351.

Im Jahr 1958 stiegen zunächst die Einfuhren um 16,4 Millionen Dollar und die Ausfuhren um 20 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr an, wodurch sich das Defizit der Handelsbilanz um 3,6 Millionen Dollar verringerte. Die weitere Verringerung um 6,4 Millionen Dollar im Jahr 1959 beruhte allerdings nicht mehr auf einer weiteren Aufwärtsentwicklung der Ausfuhren bei gleichzeitiger Verminderung der Einfuhren, was der Ansatz zu einer Gesundung der Handelsbilanz gewesen wäre, sondern darauf, daß sowohl Ausfuhren als auch Einfuhren abnahmen⁶⁷), wobei den absoluten Zahlen nach zumindest der Rückgang der Einfuhren überwog. (In Prozenten ausgedrückt nahmen die Einfuhren allerdings nur um 7,5 % und die Ausfuhren dagegen um 12,5 % ab)⁶⁸ Diese Tendenz verstärkte sich 1960 dahingehend, daß die Einfuhren sogar um 42,3 Millionen Dollar zunahmen und die Ausfuhren um weitere 3,9 Millionen Dollar abnahmen. 1961 nahmen dann die Einfuhren wieder um 64,1 Millionen Dollar zu und die Ausfuhren um 25,7 Millionen Dollar, 1962 dagegen entsprechend um 46,9 und um 8,3 Millionen Dollar. Bei einem zusammenfassenden Vergleich ergibt sich also ein Anwachsen des jährlichen Defizits der Handelsbilanz um ungefähr 45 % zwischen 1957 und 1962.

b. Zusammensetzung der Einfuhr und der Ausfuhr.

Den Hauptanteil an der Einfuhr stellen die Konsumgüter, die auch meistens in Griechenland schon produziert werden oder produziert werden können. Die Investitionsgüter dagegen machen nur einen geringen Anteil aus. Das Verhältnis

der Konsumgüter- zur Investitionsgütereinfuhr zeigen die folgenden Zahlen:

Tabelle 13

INVESTITIONSGÜTER- UND KONSUMGÜTEREINFUHR

VON 1957 BIS 1961

(Angaben in Millionen Dollar)

	1957	1958	1959	1960	1961
Investitionsgüter	64,1	101,4	90,0	77,2	103,4
Konsumgüter.....	444,8	408,3	360,3	427,7	463,8
Insgesamt.....	508,9	509,7	450,3	504,9	567,2

Quelle: Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 58.

Der Anteil der Investitionsgüter an der Gesamteinfuhr betrug in den Jahren 1958 19,8 %, 1959 19,9 %, 1960 15,3 % und 1961 17,9 %.

Die Ausfuhr umfaßt hauptsächlich Rohstoffe und landwirtschaftliche⁶⁹⁾ Erzeugnisse⁷⁰⁾. Industrielle und handwerkliche Erzeugnisse dagegen machen nur einen geringen Anteil aus. Das Verhältnis des Investitionsgüterexports zum Konsumgüterexport in den Jahren 1955 bis 1957 und 1958 bis 1961 läßt sich wie folgt in Prozenten ausdrücken:

Tabelle 14

ENTWICKLUNG DES VERHÄLTNISSSES

VON INVESTITIONSGÜTER- UND KONSUMGÜTEREXPORT

	Durchschnitt 1955-1957	Durchschnitt 1958-1961
Investitionsgüter..	12,4 %	18,3 %
Konsumgüter.....	87,6 %	81,7 %
Insgesamt.....	100,0 %	100,0 %

Quelle: Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 61.

Im einzelnen waren in den Jahren 1955 und 1961 am Export Griechenlands folgende Erzeugnisse beteiligt (in Prozent der Gesamtausfuhr):

Tabelle 15

ANTEIL VERSCHIEDENER EXPORTGÜTER
AN DER GESAMTAUSFUHR GRIECHENLANDS
1955 und 1961

	1955	1961
Nahrungsmittel.....	22,8 %	25,8 %
Tabak.....	37,6 %	34,4 %
Roh- und halbverarbeitete Stoffe.....	18,5 %	22,7 %
Bergbau-Erzeugnisse.....	6,1 %	6,7 %
Industrie- u. Handwerks- erzeugnisse.....	1,6 %	3,4 %
Bestellungen der NATO...	8,5 %	3,3 %
Übrige.....	4,9 %	3,7 %
Insgesamt.....	100,0 %	100,0 %

Quelle: Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 64.

Sowohl daran, daß die Konsumgüter den größten Anteil an der Einfuhr stellen, als auch daran, daß die Ausfuhr in der Hauptsache aus Erzeugnissen der Landwirtschaft und aus Rohstoffen besteht, läßt der Agrarcharakter der griechischen Wirtschaft und die spärliche Industrialisierung sich nachweisen.

D. Die Zahlungsbilanz.

Die ungünstige Entwicklung der Einfuhr und Ausfuhr erscheint erheblich gemildert, betrachtet man sie im Rahmen der gesamten Zahlungsbilanz des Landes. Diese bedarf ergänzend einer zusammenfassenden Analyse.

Tabelle 16

DIE ZAHLUNGSBILANZ GRIECHENLANDS

ZWISCHEN 1958 UND 1961

in Millionen Dollar

	1957	1958	1959	1960	1961
Handelsbilanz..	-252,3	-248,7	-242,3	-288,5	-326,9
Bilanz der "unsichtbaren" Einnahmen.....	186,0	169,9	182,3	207,7	243,5
Defizit der Zahlungsbilanz	- 66,3	- 78,8	- 60,0	- 80,8	- 83,4
Reine Kapitalbewegung+	28,2	35,0	55,8	52,7	72,2
Bilanz vor Auslandshilfe....	- 38,1	- 43,8	- 4,2	- 28,1	- 11,2
Auslandshilfe u. Auslandskredite++	26,9	26,6	50,1	44,0	38,2
Veränderung der Devisenreserven	- 11,2	- 17,2	45,9	15,9	27,0

Quelle: Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 55.

+ Soweit nicht in den "unsichtbaren" Einnahmen enthalten.

++ Auslandshilfe und Auslandskredite von P.K. geschätzt.

Der wachsende Überschuß der "unsichtbaren" Einnahmen, bezogen auf die Ausgaben, verweist darauf, daß der Anteil dieses Postens, der zur Deckung des Defizits aus der Handelsbilanz verwendet wird, zunimmt. Die Aktiva der Bilanz der "unsicht-

"offenbart" "die beachtliche Höhe" der "unsichtbaren" Einnahmen "die größte Schwäche" der griechischen Wirtschaft, nämlich "die starke Abhängigkeit von äußeren, von Griechenland selbst nicht zu beeinflussenden Umständen". Überweisungen von im Ausland arbeitenden Griechen und Seeleuten, Geschenke von Auswanderern, Einnahmen aus dem Fremdenverkehr usw. "sind ihrer Natur nach ... sehr unbeständig und in ihrer jeweiligen Höhe abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ursprungsländern. Bei einer wirtschaftlichen Rezession in jenen Ländern ist also mit einem kurzfristigen Devisenschwund zu rechnen, der aber umgekehrt keineswegs von einer Senkung der Ausgaben für Einfuhren begleitet sein muß. Durch diese starke Abhängigkeit Griechenlands von der Entwicklung im Ausland ist also auch das innere Gleichgewicht der griechischen Wirtschaft ständig gefährdet" ^{70b}).

Die Kapitaleinfuhr besteht hauptsächlich in Vermögen griechischer Auswanderer, die als Flüchtlinge nach Griechenland zurückkehren, sowie in Krediten von ausländischen Firmen an griechische Importeure, und in ausländischem bzw. zurückgeführtem griechischen Kapital, das in Form von Depositen bei griechischen Handelsbanken hinterlegt wird. Mit Ausnahme des ausländischen Kapitals machen diese Posten fast drei Viertel des gesamten eingeführten Privatkapitals in den letzten Jahren aus ^{70c}). Die private

Kreditgewährung hat zugenommen: von 1954 bis 1956 einschließlich betrug sie insgesamt 13 Millionen Dollar, in den Jahren 1957 und 1958 aber schon 12,3 Millionen Dollar. Die entsprechenden Zahlen für die Deviseneinlagen bei den Handelsbanken sind 7,7 und 24,7 Millionen Dollar^{70d}). Daß die Kapitaleinfuhr nur beschränkt einen produktiven Charakter hat, läßt sich deutlich an der Tatsache erkennen, daß nur 11% der Gesamteinfuhr von Privatkapital zwischen 1958 und 1961 in der Produktionssphäre investiert wurde^{70e}). Das eingeführte Staatskapital stammte vorwiegend aus dem Kredit der Bundesrepublik (48,2 Millionen Dollar), aus Reparationen und aus Krediten europäischer Banken (1960-1961: 12,5 Millionen Dollar für Industrieinvestitionen). Der zunehmenden Kapitaleinfuhr entspricht demnach eine entsprechend steigende Verschuldung, insbesondere des Staates, im Ausland. Wegen der meist unproduktiven Verwendung des eingeführten Kapitals droht die Verschuldung zu einer ernststen Gefahr in der Zukunft zu werden.

Die Ansammlung von ausländischem Kapital in Form von Hilfe, von Privatkrediten für Importzwecke und von Depositionen führt andererseits dazu, daß Griechenland eine günstige Devisenbilanz aufzeigen kann. Die griechischen Regierungen bemühen sich, die Erhöhung der Devisenreserven als ein Zeichen für die Gesundung der nationalen Wirtschaft darzustellen, um dadurch eine positive Beurteilung der Zahlungsbilanz zu sichern. Da jedoch diese Devisenreserven keineswegs als "Produktionskapital zur Beschaffung von Anlagegütern", sondern nur als "Vertrauensbasis für Auslandskredite und als monetäre Feuerwehr für kurzfristige Schwierigkeiten in der Außenhandelsbilanz" angesehen werden, "so widerspricht eine so hohe Liquidität doch dem angestrebten Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung (des) Landes, denn die Schaffung von Liquidität kann niemals Selbstzweck sein"^{70f}). Die Eigen-

tümlichkeit des offiziellen Standpunktes, der in der Praxis realisiert wird, scheint trotzdem in der Annahme zu bestehen, für den Reichtum eines Landes sei nicht die Produktivität, sondern die Höhe seiner Devisenreserven maßgebend^{70g}). Es handelt sich aber nicht bloß darum, daß die griechische Finanzpolitik einen sogen. Devisen-fetischismus als Zentralmoment ihrer Orientierung in der Vordergrund stellt. Hinter dieser Denkweise steht die Tatsache, daß die angehäuften Devisen geliehenes Geld repräsentieren, dessen wirkliche Funktion unter den in Griechenland geltenden Bedingungen die rasche und enorme Zunahme der Verschuldung in ausländischer Währung ist sowie die wachsende Schwierigkeit der Gesamtwirtschaft, sich Devisen für die Rückzahlung der Kredite zu verschaffen^{70h}).

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz wird nun "nicht durch einen 'organischen' — sich selbst entsprechenden — Aufbau der griechischen Wirtschaft bedingt, sondern ist auf äußere Einflüsse zurückzuführen, die keinen stetigen Charakter haben, vielmehr politisch bzw. situationsbedingt sind"⁷⁰ⁱ); dies drückt kein Bestreben zur Entwicklung der Produktivkräfte bzw. zur Überwindung ihrer strukturellen Schwäche aus, sondern stützt sich auf wachsende Verschuldung im Ausland.

E. Die Finanzlage.

Alle Maßnahmen der griechischen Regierungen sind darauf gerichtet, nach außenhin die Stabilität der Kaufkraft und die Gesundung der Wirtschaft mit dem Hinweis auf den geringen Preisauftrieb, auf die verstärkte Spartätigkeit und auf die Verbilligung des Pfund Sterling zu belegen. Doch

hinter dieser Fassade betreiben die Behörden in Griechenland eine im wesentlichen inflationistische Wirtschaftspolitik, und gerade ihre Maßnahmen zur Beseitigung inflationistischer Tendenzen dienen bloß dem Schein.

Der Vorrang, den die Konsum- und Militärausgaben^{70k}), sowie die sogenannten "geheimen Ausgaben"⁷¹) im Staatshaushalt⁷²) genießen, verdeutlicht, daß ein großer Teil der Gesamtausgaben keinen produktiven Zwecken dient. Da der griechische Staat einen derart aufgeblähten Staatshaushalt nicht mit mehr Einnahmen aus einer bereits entwickelten Industrieproduktion, der er ja gerade eine großzügigere Unterstützung in Form von Investitionen versagt, ausgleichen kann, muß er auf inflationsfördernde Maßnahmen wie Vergrößerung des Geldumlaufes⁷³) und Staatsverschuldungen zurückgreifen.

Der Geldumlauf in Griechenland zwischen 1952 und 1962 betrug (in Millionen Dr):

Tabelle 17

ENTWICKLUNG DES GELDUMLAUFS
von 1952 bis 1962

1952	2.347	1958	7.613
1953	3.378	1959	8.802
1954	3.847	1960	10.505
1955	4.894	1961	12.177
1956	6.030	1962	14.405
1957	6.996		

Quelle: Zitiert nach Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. 178; Ders., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 191.

Innerhalb eines Jahrzehntes nahm also der Geldumlauf um 514 % zu.

Zu den Vorkriegsschulden Griechenlands von ungefähr 200 Millionen Dollar kamen in den Jahren 1950 bis 1961 noch 310,2 Millionen Dollar und außerdem 77,7 Millionen Dollar Darlehensschulden an die USA hinzu⁷⁴). Bis September 1962 belief sich die gesamte Schuldenlast der Nachkriegszeit auf 12,873 Milliarden Dr oder 429,1 Millionen Dollar. Abgesehen von den eben genannten Darlehen erhöhte sich die Verschuldung Griechenlands innerhalb von neun Monaten, von Januar bis September 1962, um 118,9 Millionen Dollar. Die Rückzahlungsverpflichtungen des griechischen Staates beliefen sich im Jahr 1963 schon auf 1,425 Milliarden Dr oder 47,5 Millionen Dollar. Für 1964 wird eine Zunahme auf 65 Millionen Dollar angenommen⁷⁵). Da nach der bereits oben erwähnten Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis vom 24.10.1960 die Regierung gezwungen ist, wegen anderer "Pflichtausgaben" sich die "notwendigen Investitionskapitalien durch Kredite zu verschaffen", "führen die zunehmenden Darlehensverpflichtungen dem Ausland gegenüber Jahr für Jahr stärker zur Abnahme der Reserven des Staatshaushaltes".

Der Versuch, den durch unproduktive Ausgaben schwer belasteten Staatshaushalt durch Staatsverschuldungen und Erweiterung des Geldumlaufes auszugleichen, führt mit zwin-
gender Notwendigkeit zur offenen Inflation, falls der expandierte Geldumlauf nicht gleichzeitig durch expandierte Produktion gedeckt und das flüssige Kapital, das sich in Privathänden angesammelt hat, absorbiert wird. Dagegen vertritt die griechische Regierung die Auffassung, die Inflationstendenzen durch Liberalisierung der Einfuhren bekämpfen zu können, wobei jede Steigerung der Nachfrage, die auf der Vermehrung der flüssigen Mittel beruht, zur Erweiterung der Einfuhr führt. Um die Stabilität der

Kaufkraft erhalten zu können, muß die steigende Nachfrage somit durch ein fortwährend steigendes Angebot aus dem Ausland befriedigt werden⁷⁶). Doch setzen diese antiinflationistischen Maßnahmen, d.h. also die Absorption des wachsenden Geldumlaufes durch liberalisierten Warenimport, das Vorhandensein ausreichender Devisenreserven voraus, die wiederum nur durch entwickelte Produktivkräfte und ausgedehnte Produktionstätigkeit geschaffen werden können. Da aber die staatlichen Subventionen und Investitionen im industriellen Bereich nur in beschränktem Maße und völlig unkonzentriert und unrationell geleistet werden, ist diese zweifache Voraussetzung nicht gegeben und der Staat gezwungen, nun selbst seine Devisenreserven zumindest teilweise durch neue Kredite aus dem Ausland aufzufüllen. Dies hat zur Folge, daß die Verschuldung in ausländischer Währung die Devisenreserven selbst binnen kurzer Zeit überrundet, wie die nachstehende Tabelle verdeutlicht (in Millionen Dollar):

Tabelle 18

ENTWICKLUNG VON DEISENRESERVEN UND VERSCHULDUNG
IN AUSLÄNDISCHER WÄHRUNG (1955-1962)

Ende des Jahres	Devisen- reserven	Verschuldung in ausl. Währung	Reserven gegenüber der Verschuldung
1955.....	186,8	106,1	+ 80,7
1956.....	190,1	131,2	+ 58,9
1957.....	178,9	171,9	+ 7,0
1958.....	161,7	210,7	- 49,0
1959.....	207,6	229,3	- 21,7
1960.....	223,5	265,6	- 42,1
1961.....	250,5	310,2	- 59,7
1962.....	270,0	364,0	- 94,0

Quellen: Zitiert nach Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. 188. Für das Jahr 1962: ders., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 187.

Die eben angedeutete Tendenz der Bilanz der Devisenreserven und der Verschuldung in ausländischer Währung (die nur die Entwicklung in der Nachkriegsperiode betrifft, während die Vorkriegsverschuldung außerdem noch 200 Mio Dollar ausmacht), führt offensichtlich die griechische Wirtschaft in eine Sackgasse. Da der steigenden Nachfrage eine Stagnation, wenn nicht ein Nachlassen der inländischen Produktion gegenübersteht, muß in immer stärkerem Maße auf den Import zurückgegriffen werden, ohne daß gleichzeitig aus eigener Kraft die Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, der wachsenden Verschuldung im Ausland entgegenzuwirken.

Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der Inflation bilden nach Auffassung der Regierung die amerikanischen Darlehen in Form von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die zur Absorption der flüssigen Mittel auf dem Inlandsmarkt verkauft werden. Da aber die gleichen Güter durch die einheimische Landwirtschaft erzeugt werden, wird die Nachfrage nach inländischen Produkten eingeengt und das Einkommen in der Landwirtschaft verringert. Für die einheimische Produktionstätigkeit insgesamt bedeutet diese Einkommensschmälerung ein zusätzliches Hindernis für die Vergrößerung des Absatzes.

Ein weiteres Hauptelement ihrer antiinflationistischen Politik sieht die Regierung in der möglichst weitgehenden Beschränkung der Lohneinkommen für Arbeiter und Angestellte, zu deren Rechtfertigung sie auf die angestrebte Stabilität der Kaufkraft hinweist, obgleich gerade die Wirtschaftspolitik der Regierung selbst und die überhöhte Konsumtion des Unternehmertums als eigentliche Ursachen der Inflationstendenzen anzusehen sind.

Wenn es auch auf den ersten Blick so aussieht, als ob die äußerst niedrigen Löhne die unternehmerische Aktivität begünstigen könnten, so halten doch die mit ihnen eng zusammenhängenden allgemeinen Bedingungen des Wirtschaftslebens, auf die oben eingegangen wurde, die Unternehmer

von jeder größeren Initiative ab. Ihre Profitbildung konzentriert sich also nicht auf die Produktionssphäre, da sie das Risiko einer Produktionsausweitung bei gleichzeitig stagnierender Nachfrage nicht tragen wollen, sondern auf die Zinseinnahmen ihrer Spareinlagen im Bankwesen. Diese verstärkte Spartätigkeit innerhalb der letzten Jahre⁷⁷⁾ spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder: (Gesamte Spareinlagen in Mio Dr am Ende jedes Jahres):⁷⁸⁾

<u>1955</u>	<u>1958</u>	<u>1960</u>	<u>1961</u>
3.105	10.031	16.632	24.741

Entgegen der Behauptung der Regierung beweist diese erhöhte Spartätigkeit nicht Gesundheit, sondern chronische Erkrankung der griechischen Wirtschaft. Sie bedeutet nämlich nicht, daß ein Überschuß von Kapitalien sich in den Händen der Unternehmer aufgrund erhöhter Profitbildung in der Produktionssphäre angesammelt hätte, sondern eher, daß diese der allgemeinen Marktlage wegen Kapitalien aus dem Produktionszyklus zurückgezogen haben.

Durch diese zunehmenden Einlagen kommt es nun zu einer Belebung des Kapitalmarktes. Wenngleich der Staat einen Teil (1963 insgesamt 2 Mrd Dr)⁷⁹⁾ dieser Einlagen als Kredite für sich in Anspruch nimmt, so stehen der Wirtschaft immer noch hohe Darlehensmittel zur Verfügung⁸⁰⁾. Die an solchen Darlehen interessierten Unternehmer beklagen sich, daß keine langfristigen Darlehen mit niedrigem Zinssatz gewährt werden (der Zinssatz betrug 1960 zwischen 12 % und 18 %⁸¹⁾), wobei die Provision, die Pflichtversicherung und der Zinseszins schon miteinbezogen sind); andererseits führt jedoch die Frage, weshalb Unternehmer Darlehen suchen, zu einem bemerkenswerten Ergebnis: da die meisten Konsumenten nur über ein äußerst niedriges Einkommen verfügen, benutzen die Unternehmer diese Kredite, um in großem Umfang Ratenkäufe

zu finanzieren und dadurch eine fiktive Nachfrage zu schaffen. Das Argument, die Darlehen dienten einer Erweiterung des Produktionsprozesses, trifft nur beschränkt zu, denn die höheren Kapitalreserven in den Händen der Unternehmer sind neben der Finanzierung der Produktion auch zur Finanzierung der Zirkulation erforderlich. Dem ist noch hinzuzufügen, daß dieser Verkaufsprozeß ein viel größeres Kapital beansprucht als der eigentliche Produktionsprozeß⁸²).

Da also die Unternehmer mit den Krediten die Ergänzung des an sich abgeschlossenen Produktionszyklus, d.h. die Verwandlung der Fertigwaren in Geld, und nicht so sehr die Finanzierung des nächsten Produktionszyklus sicherstellen wollen, darf die Belebung des Kapitalmarktes unter diesen Bedingungen nicht mit einer weiteren Förderung der Produktionstätigkeit und der Wirtschaft im allgemeinen gleichgesetzt werden.

Dabei drängt sich die Frage auf, inwieweit die Unternehmer überhaupt in der Lage sind, ihre anwachsenden Darlehensverpflichtungen zu erfüllen.

Denn, wenngleich es zutreffen mag, daß das Vorhandensein hoher Kapitalreserven bei den Banken durch die Darlehensbeschränkung zu erklären ist, die die Regierung als antiinflationistische Maßnahme verordnet hat⁸³), ändert sich kaum etwas daran, daß die Kreditaufnahme durch die Unternehmer zu meist unproduktiven Zwecken den Kapitalmarkt und damit die Stabilität der Kaufkraft auf die Dauer eher bedroht als fördert. Wie der Direktor der Nationalbank 1959 berichtete, "konnte die einheimische Nachfrage nicht die gesamte industrielle Produktion absorbieren, mit dem Ergebnis, daß über das als normal angesehene Maß hinaus sich Reserven (meistens Fertigwaren) angesammelt haben. Gleichzeitig haben sich auch beim Importhandel nicht absetzbare Reserven gebildet"⁸⁴).

Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage wird also bei stagnierendem Volkseinkommen durch die Finanzierung von Ratenkäufen mit Hilfe von Krediten seitens der Unternehmer nur scheinbar verringert, in Wirklichkeit jedoch führt die Inanspruchnahme zukünftigen Einkommens für die Bezahlung des laufenden Verbrauchs zu einer weiteren Beschränkung der Nachfrage, wodurch die Finanzierung der Warenzirkulation wiederum immer höhere flüssige Mittel erforderlich macht. Demzufolge muß es zu einer zunehmenden Verschuldung der Unternehmer kommen, sie werden also immer weniger in der Lage sein, ihre Darlehensverpflichtungen zu erfüllen und das geliehene Kapital und die Zinsen zurückzuzahlen.

Der Grundwiderspruch der Ökonomie Griechenlands beruht einmal auf der Rückständigkeit der Produktivkräfte, zum anderen auf der geringen Beteiligung der Arbeiter, Angestellten und Bauern am Volkseinkommen sowie den überhöhten Konsumausgaben des Staates. Während demgemäß die Ursachen der allgemeinen Verschlechterung in der Produktionssphäre zu suchen wären, unternimmt man es, der Gegensätze durch Regulierungsmaßnahmen in der Sphäre der Zirkulation Herr zu werden. Es wird also völlig verkannt, daß das Hauptproblem der griechischen Wirtschaft das Produktionsproblem ist, dessen Lösung aber durch die Kurzsichtigkeit der herrschenden Klasse verhindert wird.

III STRUKTUR UND WIDERSPRUCH DER GRIECHISCHEN GESELLSCHAFT

1. Der Aufstieg der bürgerlichen Klasse.

Die Entstehung der bürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse ging einher mit einer entsprechenden Umwandlung in der Gesellschaftsstruktur.

Während die Schicht der Händler, Handwerker und Reeder in der Zeit der Befreiung Griechenlands sich gegenüber den noch mächtigen Großgrundbesitzern mit ihren staatspolitischen Ansprüchen nicht hatte durchsetzen können, vergrößerte sich ihre wirtschaftliche Kraft ziemlich schnell durch die weitere Entwicklung der Warenwirtschaft und durch ausgedehnte Handelsgeschäfte außerhalb des jungen griechischen Staates, vor allem in der Türkei, den Balkanländern, in Südrußland und im Nahen Osten¹). Von dieser Entwicklung her erhielt auch die inländische Handwerks- und Industrieproduktion ihren entscheidenden Anstoß. Zweifellos wurde das griechische Bürgertum in seiner wirtschaftlichen Entfaltung durch die politischen Mächte Westeuropas, deren Einwirkung auf Griechenland direkt oder indirekt die Transformation der bestehenden Gesellschaftsordnung in eine industrielle hemmte, noch schwer behindert. Auf der anderen Seite kam es zu einer Zusammenarbeit des griechischen mit dem ausländischen Kapital, wodurch z.B. "die Griechen Nutznießer der wirtschaftlichen Durchdringung des Nahen Ostens durch die Engländer und Franzosen (Eisenbahnen, Telegraphie u.a.) wurden, an deren Geschäften sie sich seit 1860 als Partner, Bankiers und Agenten beteiligten"²).

Nach seinem ökonomischen Aufstieg verstärkte das Bürgertum seinen die innere Liberalisierung anstrebenden Kampf gegen den Absolutismus und die einflußreichen Großgrundbesitzer.

Seit der Zeit von Trikoupis (1875)³⁾ spielte es dann eine aktivere Rolle auf der politischen Bühne Griechenlands⁴⁾.

Der Kampf zwischen dem Bürgertum und den Großgrundbesitzern war entscheidend für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes. Wie noch näher zu erläutern sein wird, wurde allerdings später die Grundlage zu einer Verschmelzung dieser früher antagonistischen gesellschaftlichen Mächte dadurch geschaffen, daß durch die nach dem ersten Weltkrieg allmählich durchgeführte Agrarreform (diese bestand im Verkauf eines Teils des Großgrundbesitzes an Bauern, die dann noch Jahrzehnte hindurch den Kaufpreis abzahlen mußten)⁵⁾ die Transformation des Großgrundbesitzes in Geldkapital, oder, anders ausgedrückt, die der Lehnsherren in Geldkapitalisten eingeleitet wurde.

Bis vor dem zweiten Weltkrieg hatte die bürgerliche Klasse in Griechenland eine liberal-kapitalistische Gestalt. Obwohl Aktiengesellschaften seit 1836 zumindest im Ansatz bestanden⁶⁾ und seit 1922 sich rasch entwickelten⁷⁾, behielten die Unternehmungen meist einen persönlichen Charakter. Dazu hat die Tatsache beigetragen, daß der griechische Kapitalismus die technische Entwicklung der Produktivkräfte vernachlässigte und sein Hauptinteresse auf die Zirkulations-sphäre richtete. Die vorhandenen Arbeitskräfte konnten daher nicht alle in der Produktion beschäftigt werden, der einheimische Markt konnte seine engen Grenzen nicht sprengen, und die gesamte Wirtschaft stagnierte.

So blieb der griechische Kapitalismus durch seine Konzentration auf eine vorherrschend kaufmännische Tätigkeit auf einer niedrigen Stufe fixiert. Das Handelskapital konnte, soweit es an dem Tauschverkehr unter den gegebenen Produktionsbedingungen interessiert war, keine revolutionäre Rolle in der griechischen Ökonomie spielen, ja es wurde sogar zum Hindernis für die Entwicklung neuer Produktionsmethoden.

Wenn auch das Industriekapital Schritt für Schritt an Boden gewann, so stellten dennoch die Bankiers und Händler und nicht die Fabrikanten die beiden entscheidenden bürgerlichen Kräfte dar.

In der Nachkriegszeit vollzieht sich eine Wende. Das industrielle Kapital ist verhältnismäßig stark gewachsen, es kommt immer häufiger zu Fusionierungen, auch die Vereinigung des Geldkapitals mit der Produktionssphäre schreitet fort⁸). Zugleich wird diese Entwicklung noch durch das Eindringen ausländischer Monopolunternehmungen gefördert, die selbständig oder in Zusammenarbeit mit griechischen Partnern wichtige inländische Wirtschaftszweige unter ihre Kontrolle bringen. Ebenso üben der Integrationsprozeß der westeuropäischen Wirtschaft sowie die fortschreitende Annäherung der einheimischen Wirtschaft an den internationalen Markt einen tiefen Einfluß auf die Struktur des griechischen Kapitalismus aus. Obwohl die Entwicklung seiner Produktionsgrundlage noch schwach ist, kommt es doch zu einer Beschleunigung der monopolistischen Umgestaltung des Kapitalismus in Griechenland.

Mit der anwachsenden Konzentration geht einher die Entstehung einer kapitalistischen Oberschicht von Industrie- und Finanzherren, Reedern, Großhändlern und Managern, die sich an die Spitze der gesellschaftlichen Pyramide setzt.

Dieser Prozeß der Monopolisierung bei gleichzeitig verringerten Kaufkraft der breiten Volksschichten vernichtet die ökonomischen Existenzbedingungen der klein- und mittelbürgerlichen Gruppen, von denen ein Teil Bankrott macht und eine abhängige Erwerbstätigkeit übernehmen muß. Auch die noch nicht monopolistisch oder oligopolistisch organisierte obere Schicht des Unternehmertums wird durch diese Konzentration des Monopolkapitals bedroht.

Die sich verhärtenden gesellschaftlichen Gegensätze drängen die herrschende Klasse in die Defensive und erhöhen gleichzeitig die Bedeutung des Berufsmilitärs, das daher über eine privilegierte Position verfügt; es muß allerdings dulden, daß die herrschende Schicht über seine Loyalität sehr besorgt ist und es überwachen läßt. So müssen die einzelnen Militärs ständig mit der Versetzung in den Ruhestand rechnen.

Wachsende Bedeutung kommt auch der Staatsbürokratie und der (weitgehend vom Staat beeinflussten) Gewerkschaftsbürokratie zu.

2. Das arme Bauerntum auf dem Wege zur Proletarisierung.

Die Abschaffung des Großgrundbesitzes nach dem ersten Weltkrieg kam nur einer "äußeren Lösung der Agrarfrage gleich"¹⁰). Durch die Aufteilung des Bodens in kleine und kleinste Parzellen wurden zwar die auf Großgrundbesitz sich stützenden Abhängigkeitsverhältnisse liquidiert, so daß sich eine unabhängige Bauernschaft bilden konnte, doch vermochte es diese Bodenreform nicht, die materielle Existenz der "befreiten" Bauern zu sichern. Die Landverteilung führte also "nur zu einer anderen Form der bleibenden Armut des größten Teils der landwirtschaftlichen Bevölkerung"¹¹).

Die weitere Aufteilung des gerade geschaffenen Kleingrundbesitzes an erbende Familienangehörige trägt dazu bei, daß der Ertrag der Agrarproduktion sich immer weiter verringert. Deswegen sind die Bauern, die einen Hof von 15 Stremma Anbaufläche im Durchschnitt bewirtschaften (das waren 1951 ungefähr 300.000 Bauernfamilien oder 37% aller Landwirte), auf eine abhängige Erwerbstätigkeit angewiesen.

Aber nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit außerhalb des eigenen Hofes sind diese Bauern als abhängig zu bezeichnen. Auf der obengenannten Gruppe der Bauern wie auf denen mit einem Hof von 38 Stremma Anbaufläche im Durchschnitt (das waren 1951 ungefähr 480.000 Bauernfamilien oder 59% der Gesamtzahl) lasten schwer die Ausbeutung durch den Großhandel, die hohen Preise der Industrieerzeugnisse und ihre hohe Verschuldung bei der Agrarbank. Die Liberalisierung der Einfuhren und der Verkauf landwirtschaftlicher Überschüsse der USA durch die Regierung im Inland sowie Absatzschwierigkeiten auf den ausländischen Markt vernichteten mehr und mehr die Existenzbedingungen der griechischen Landwirtschaft im allgemeinen und des armen Bauerntums, insbesondere.

Unter der Fassade einer scheinbaren Unabhängigkeit gerät die gewaltige Mehrheit der griechischen Bauern unter die Kontrolle des kaufmännischen und industriellen Kapitals sowie des Bankkapitals und verarmt völlig. Durch die Auflösung seiner ökonomischen Grundlage wird das arme Bauerntum gezwungen, in immer stärkerem Maße eine abhängige Erwerbstätigkeit anzunehmen. Diese Transformation formell unabhängiger Bauern in Lohnarbeiter (wobei ein Teil nach ausländischen Arbeitsmärkten abwandert) ist zu einem unaufhaltsamen Prozeß angewachsen und muß als besonderes Charakteristikum der letzten Zeit angesehen werden.

3. Die Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse ist im Zuge der Industrialisierung in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts entstanden. Die maschinelle Verarbeitung von Rohstoffen ließ allmählich das Handwerk in den Hintergrund treten und das Industriearbeitertum entstand; die erweiterte Förderung der Rohstoffe für den ausländischen und auch einheimischen Bedarf führte zu einer Vermehrung der Arbeiter in den Bergwerken; infolge der Schaffung neuer Verkehrseinrichtungen entstand zugleich die Gruppe der Transportarbeiter; es wuchs die Zahl der Lohnarbeiter im Handel und im Dienstleistungsgewerbe; und als dann sogar das Lohnverhältnis in die Landwirtschaft übernommen wurde, führte das auch hier zur Formierung einer Landarbeiterschaft. Soweit also die kapitalistische Produktionsweise sich ausbreitete, änderte sie die Struktur der Gesellschaft selbst, insofern zusammen mit der bürgerlichen Klasse die Arbeiterklasse sich entwickelte.

Allerdings läßt sich erst nach dem ersten Weltkrieg eine rasche Vermehrung der Arbeiterklasse feststellen. Zwischen 1920 und 1961 zeigt diese Entwicklung folgendes Bild:¹⁴⁾

Tabelle 19

ANWACHSEN DER ARBEITERKLASSE IN GRIECHENLAND
ZWISCHEN DEN JAHREN 1920 UND 1961
(Angaben in Tausend)

Jahr	Arbeiter	Angestellte	Summe
1920.....	144,8	10,3	155,1
1928.....	686,5	165,8	852,3
1951.....	+	+	914,9
1961.....	+	+	1.076,9

+ Eine Aufteilung zwischen Arbeitern und Angestellten ist nicht angegeben.

- Quellen: a) Für 1920: Zolotas, X., Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, S. 20.
- b) Für 1928: Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Labour Problems in Greece, S.25.
- c) Für 1951 vgl. Tabelle 22 der vorliegenden Arbeit; (ohne Beamte: 131,2 Tausend).
- d) Für 1961: Errechnet nach Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 26, 27, 29 und 30. Dabei wurden die Manager und höheren Verwaltungsangestellten im privaten Bereich (9.100) sowie die Beamten einschließlich des Berufsmilitärs im öffentlichen Bereich (123.900) abgezogen.

Aufgrund der amtlichen Angaben machen die Arbeiter und Angestellten rund 30 % der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aus.

Einen laufenden Zuwachs erhält die Arbeiterklasse aus den unteren bürgerlichen Schichten, dessen Ursache in der durch die Konkurrenz der größeren Betriebe hervorgerufenen Verarmung sowie in der mangelnden Profitbildung der Klein Händler zu suchen ist. Ehemalige Bauern, die, in die Stadt abgewandert, zunächst als Klein Händler ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, werden meistens durch Bankrott schnell zu Lohnarbeitern. Besonders die große Mehrheit der Jugendlichen aus dem armen Bauerntum, jedoch auch aus dem Klein- und Mittelbürgertum, tritt in der Regel in die abhängige Erwerbstätigkeit ein, oder wählt eine Ausbildung, die qualifizierte Lohnarbeit ermöglicht.

4. Die Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Etablierung einer kapitalistischen Oberschicht brachte eine entsprechende Umgestaltung und Zentralisation in den realen Machtverhältnissen mit sich. Die Konzentration der entscheidenden Produktionsmittel der Gesellschaft in ihrer Hand hat der Oberschicht die Kontrolle des ganzen

Wirtschaftslebens gebracht, und sie bestimmt die gesamte Entwicklung des Systems. Im einzelnen bedeutet das:

1. Organisation und Kontrolle des Hauptteils des Produktionsprozesses.
2. Bestimmung der Richtung und des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft wird also mit Rücksicht auf die Klasseninteressen der Oberschicht vorgenommen. (Hierher gehört z.B. die Frage, inwieweit die vorhandenen Produktivkräfte der Gesellschaft genutzt werden sollen).
3. Dadurch wird die Art und das Ausmaß der Bedarfsdeckung sowie die Distribution des Sozialprodukts von der Oberschicht bestimmt.

Aufgrund dieser ökonomischen Machtstellung beherrscht die Oberschicht auch den Staatsapparat und die Apparate der kapitalistischen Parteien.

Trotzdem fehlt der herrschenden Oberschicht in Griechenland ein wirkliches Selbstvertrauen. Das griechische Unternehmertum hat nie seine Interessen mit der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes, d.h. mit der Hebung des Lebens- und Kulturniveaus der Bevölkerung, verbunden. Es hält "an reaktionären Ansichten und Methoden fest. Seine Politik läßt sich folgendermaßen umreißen: niedrige Löhne, hohe und rasche Profite und geringe Investitionen"¹⁵). In der sich verschärfenden Krise der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft, die gerade durch seine eigene engstirnige Interessenpolitik hervorgerufen wird, fürchtet das griechische Bürgertum mehr denn je die unberechenbare Stimmung der Massen, durch die es seine herrschende Position verlieren könnte. Die großen Herren stehen daher in Bereitschaft, notfalls das Land zu verlassen. Seton-Watson gibt die Grundstimmung dieser Schicht wieder:

"Wir wollen ... unser Vermögen in die Schweiz oder nach New York ... bringen. Der nächste Krieg¹⁶⁾ wird den Kommunismus vernichten. Wenn er Griechenland vernichtet, wie schade! Aber wir werden in ... Argentinien sein. Wenn alles vorbei ist, werden wir im Kielwasser der amerikanischen Armee zurückkommen, wie im Jahr 1944 hinter der englischen, als uns die Deutschen nicht mehr zu schützen vermochten. Dann soll keiner übrigbleiben, der uns etwas anhaben könnte. Die griechischen Massen werden inzwischen gelernt haben, wo sie hingehören!"¹⁷⁾

Diese Grundstimmung innerhalb der Oberschicht führt dazu, daß sie durch die Anlehnung an ausländische Mächte sich zu schützen versucht. Insofern sie dieses Streben mit der sogenannten "freien Existenz" der "Nation" in Verbindung setzt und den "fremden Faktor"¹⁸⁾ als Schutzmacht der griechischen "Rasse" hinstellt, ohne deren Hilfe die griechische "Zivilisation" zugrunde gegangen wäre, sanktioniert sie das Abhängigkeitsverhältnis zum Ausland. Durch diesen Zusammenhang der Herrschaft der kapitalistischen Oberschicht und den Interessen der Großmächte in Griechenland kommt es dazu, daß die Rivalitäten der Großmächte in diesem Land fast immer mit den innenpolitischen Rivalitäten verbunden sind. Nach dem Übergang Griechenlands als Einflußgebiet Englands an die USA im Jahr 1947¹⁹⁾, vertrat das Bürgertum z.B. einstimmig die Auffassung, es hinge von "den Amerikanern" ab. Doch in den letzten Jahren, als der Kampf um Einfluß zwischen England und USA wieder aktualisiert worden ist, versucht ein Teil der einheimischen Oberschicht, seine Interessen durch Verschiebung des Abhängigkeitsverhältnisses des Landes von den USA zu England zu wahren²⁰⁾.

Doch die Anlehnung an ausländische Großmächte genügte nicht für die Sicherheit eines Systems, dessen "Erfolge" (sofern man davon sprechen darf), vorsichtig ausgedrückt "mit zahlreichen Unregelmäßigkeiten und sogar mit politisch auf die Dauer nicht ungefährlichen sozialen Unge-

rechtingkeiten erkauf't werden mußten"²¹⁾). Um den Widerstand der unteren Volksschichten gegen die (durch die damaligen alliierten Großmächte erzwungene) Restauration des kapitalistischen Systems nach dem zweiten Weltkrieg in Griechenland und später gegen die zunehmenden Mißstände zu brechen, mußte hinter der parlamentarischen Fassade eine rücksichtslose Diktatur errichtet werden.

Der "weiße Terror", die Hinrichtungen und Unterdrückungen der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Massendeportationen in Konzentrationslager gehören zwar der Vergangenheit an, doch hat der Staatsapparat lediglich die Form der Unterdrückung geändert; nun versucht er durch umfassende Kontrolle des öffentlichen Lebens, durch faktische Entmachtung der Gewerkschaften^{22a)} und durch Ausnutzung der Unsicherheit des Arbeitsplatzes Angst unter der Bevölkerung zu verbreiten und sie direkt oder indirekt unter Druck zu setzen²²⁾. Hinzu kommt, daß Zehntausende von Bürgern mehr oder weniger unfreiwillig als Angehörige paramilitärischer Organisationen unter dem Befehl von Berufsoffizieren in das Militär integriert sind. Faschistische Jugendorganisationen, mit dem Hakenkreuz im Wappen, nehmen an öffentlichen Paraden teil und terrorisieren die Bevölkerung. Mehrere Geheimdienste entfalten im In- und Ausland ihre Tätigkeit, die Zahl der Spitzel und Agenten scheint nach dem Krieg erheblich angewachsen zu sein. Auch der politische Mord ist nicht ausgeschlossen²³⁾. Die gewöhnliche Verfolgung wegen oppositioneller Ansichten und Aktionen läuft praktisch auf ein Arbeitsverbot hinaus, so daß die Betroffenen sich kaum noch den Lebensunterhalt sichern können. Von Staatsbeamten, besonders von Polizisten, wird die Würde des einzelnen kaum geachtet; unterwürfig muß er darum bitten, Gehör zu finden, und wenn sein Anliegen überhaupt bearbeitet wird, muß er dies als Zeichen der Gnade mit tiefer Dankbarkeit beantworten.

Die oppositionelle Presse ist in den Dörfern praktisch verboten, und in den Städten muß der Leser seine Zeitung mit verdeckter Titelseite vom Kiosk abholen. Sogar traditionelle Organe des Großkapitals, wie die Zeitungen *To Vima* und *I Eleftheria* wurden wegen ihrer oppositionellen Haltung zur Regierung Karamanlis im Land als kommunistisch diffamiert.

Bei der Wahl wird zu den Mitteln der Bestechung, der Erpressung und sogar des Terrors vorwiegend jeweils durch die Partei, die bis zur Wahlperiode die Regierung stellte, gegriffen.

Der Bürger ist zwar formell frei, hat jedoch gleichzeitig Angst, frei zu sein: "La situation a eu ... une lourde consequence psychologique. La liberté est un droit, mais le climat morale et politique a souvent amené le citoyen à avoir peur d'en faire usage"²⁴).

Es bestehen starke Bestrebungen, auch die formelle Freiheit durch Verfassungsreform einzuschränken. Das für die Revision der Verfassung zuständige Regierungsreferat behauptete Anfang 1963, daß "die demokratischen Institutionen ununterbrochen mißbraucht werden", und daß "die parlamentarische Maschinerie ein Hemmschuh geworden ist auf dem Weg, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden"²⁵). So sieht denn auch ein Revisionsentwurf der Verfassung vor, daß "der Mißbrauch der Privatrechte zu Lasten des demokratischen Regimes und der Freiheit des Volkes verboten werden muß", daß als Voraussetzung für die Herausgabe von Zeitungen "Qualifikationen" (ohne nähere Bestimmung) nachgewiesen werden müssen und daß neben gewählten auch eine bestimmte Anzahl nominierter Abgeordneter im Parlament vertreten sein muß²⁶).

Anfang 1961 berichtet Karl Kerber, daß "die Gefahr der Radikalisierung in Griechenland nach wie vor gegeben ist"²⁷). Ende des gleichen Jahres dann, im Dezember, kam es beim Streik der Bauarbeiter in Athen zu Zusammenstößen mit den Streitkräften und zu Brandstiftungen; ein revolutionäres Klima begann sich auszubreiten. Die Streikkämpfe wurden in der Folge, trotz des Einsatzes von Truppen und Polizei und des heftigen Widerstandes der Gewerkschaftsbürokratie, immer massiver und offensiver.

Neben der Arbeiterklasse gehen aber auch immer häufiger andere Gruppen der Bevölkerung auf die Straße. "Langsam aber stetig läuft eine starke Bewegung von unten an. Die miserabel bezahlten Angestellten der öffentlichen Betriebe und andere Schichten, besonders die unteren beschäftigten Klassen, beginnen in wachsendem Maße durch Streiks und andere Mittel ihren Forderungen ... Nachdruck zu verleihen"²⁸); dies in einem Bericht schon vom August 1963. Bereits ein Jahr früher, im September 1962, kam es zu einem Aufstand von vier Tausend teilweise bewaffneter Bauern in West-Stereia Hellas, den die mit Flugzeugen hintransportierten Streitkräfte erst nach harten Kämpfen niederwerfen konnten.

Jedoch nicht nur Gewalt, sondern auch die Diffamierung gehört zu den Mitteln, die die herrschende Klasse der zunehmenden Opposition des Volkes entgegensetzt. So ist die Regierung immer häufiger bestrebt, die gewaltsame Unterdrückung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter, der armen Bauern und des Kleinbürgertums mit dem Argument zu rechtfertigen, diese Kämpfe seien durch die Kommunistische Partei angestiftet²⁹).

Anstatt zur Lösung der lebenswichtigen Probleme der großen Mehrheit der griechischen Gesellschaft beizutragen,

anstatt also die Produktion zu fördern, Arbeitsstellen zu beschaffen und den Lebensstandard zu heben, hat die herrschende Klasse dem Volk außer zunehmender Verarmung nur Gewalt, Korruption und Manipulation anzubieten.

Hier muß im Hinblick auf die politische Entwicklung seit Juni 1963 einschränkend gesagt werden, daß die Darstellung nur bis zum Ende der Regierung Karamanlis verbürgt ist. Es handelt sich jedoch dabei um Erscheinungen, die notwendig aus der vom griechischen Kapitalismus betriebenen Politik, insbesondere seiner Wirtschaftspolitik, folgen. Das Argument der bürgerlichen Opposition, daß diese Erscheinungen allein dem "Regime von Karamanlis" zuzuschreiben seien, trifft also nicht zu und soll nur die Unzufriedenheit der Bevölkerung von den wahren Ursachen der Krise ablenken. Da diese Opposition ihrerseits keine Politik betreibt, die zur Lösung der Grundprobleme des Landes beitragen könnte, dient ihre Forderung nach "Demonkrtisierung" des politischen Lebens offensichtlich als propagandistischer Vorwand, um selbst die Machtpositionen in Griechenland leichter erringen zu können.

5. Zum Problem der Klassengesellschaft in Griechenland. (Bemerkungen zu den Thesen von Pfeffer und Schaafhausen).

Pfeffer und Schaafhausen bezeichnen in einer Arbeit über Griechenland die gesellschaftlichen Verhältnisse als "vorbürgerlich" und die Klassen als "Erfolgsklassen"³¹).

Ferner behaupten sie, daß in Griechenland keine Klassengesellschaft sondern ein "Pluralismus" von Gruppen existiere³²). Wahrscheinlich beruhen diese Auffassungen auf mangelnden Kenntnissen der sozialökonomischen Prozesse und Verhältnisse in diesem Land. Die Produktionsmittel

seien "nicht zum ständigen Instrument der Herrschaft von Menschen über Menschen geworden"³³), da sie (angeblich) ihre Besitzer wechselten. Die Verfasser liefern dafür keinerlei genauere statistische Angaben oder Untersuchungsergebnisse. Dabei weisen sie selbst auf das Bestehen einer stabilen Gruppe hin³⁴).

Auch trifft ihre Behauptung nicht zu, nach der die Angehörigen der Oberschicht "keinen gemeinsamen Willen und keine gemeinsamen Auffassungen entwickelt (haben), so daß sie sich in dieser Hinsicht erheblich von der Großbourgeoisie eines westeuropäischen Staates unterscheiden"³⁵). Für das Gegenteil sprechen beispielsweise solche Verlautbarungen wie die vom Verband griechischer Fabrikanten: "Durch die zwischen uns bestehende reale Einheit müssen wir der Reaktion, welche von Zeit zu Zeit offen gegen uns auftritt, einheitlich entgegentreten"³⁶). "Die Regierung ... hat die Organisation für industrielle Entwicklung gegründet, deren Direktion zwei hervorragenden griechischen Fabrikanten anvertraut worden ist, die beide Vorsitzende unseres Verbandes gewesen sind ... Der berufliche Erfolg der Direktion der Organisation für industrielle Entwicklung ist bekannt. Vor allem ist aber ihre nicht zu erschütternde Anhänglichkeit an die Grundsätze der liberalen Wirtschaft und ihre kompromißlose Haltung zugunsten der Privatinitiative bekannt"³⁷).

Teil I

D I E B E R U F S G L I E D E R U N G

Im vorliegenden Teil steht die strukturelle Gliederung der selbständig und abhängig erwerbstätigen Bevölkerung Griechenlands in bezug auf Produktions- und Zirkulationsbereiche im Mittelpunkt der Darstellung.

Erstes Kapitel

ALLGEMEINE BERUFGSLIEDERUNG

1. Die Einteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen.

Mit der Gliederung der erwerbstätigen Bevölkerung nach Wirtschaftszweigen kann die Struktur der allgemeinen sozialen Differenzierung der Erwerbstätigen im Zusammenhang mit dem sozialökonomischen Entwicklungsstand deutlich gemacht werden. Dabei zeigt sich, daß die Bewegung der Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Branchen der Wirtschaft mit den entsprechenden Möglichkeiten der jeweiligen Entwicklungsstufe des Landes zusammenhängt und daß die mangelhafte Industrialisierung die neuen Arbeitskräfte vorwiegend in andere Branchen drängt. Die Stärke dieser Tendenz zeichnet sich hier allerdings noch nicht klar ab, denn die Erwerbstätigen wandern nicht nur in nicht-industrielle Zweige im Inland, sondern auch ins Ausland ab. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die Abwanderung von Arbeitskräften ins Ausland nach amtlichen Angaben in den Jahren 1901 bis 1920 ungefähr 370.000, dagegen in den Jahren 1951 bis 1961 ungefähr 260.800 erreichte, dann wird ersichtlich, daß die an-

gegebenen Zahlen die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen und die realen Beschäftigungsverhältnisse nicht richtig wiedergeben.

Die folgende Tabelle umfaßt vier Stufen dieser Entwicklung in Griechenland (Angaben in absoluten Zahlen und in Prozenten):

Tabelle 20

GLIEDERUNG DER ERWERBSTÄTIGEN
NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN (1920-1961)

Wirtschaftszweig	1920 ⁺	1928 ⁺	1951 ⁺⁺	1961 ⁺⁺⁺
(absolute Zahlen in Tausend)				
Landwirtschaft.....	926,3	1.475,2	1.367,3	1.955,0
Industrie u. Bergbau..	380,4	436,2	550,2	690,3
Handel, Banken und Transport.....	150,9	315,3	357,9	422,9
Dienstleistungsgewerbe	137,0	188,4	387,6	443,0
Kein Nachweis.....	-	-	176,5	151,9
Insgesamt.....	1.594,6	2.415,1	2.839,5	3.663,1
in Prozenten				
Landwirtschaft.....	58,09	61,05	48,15	53,37
Industrie u. Bergbau..	23,86	18,10	19,38	18,84
Handel, Banken und Transport.....	9,46	13,05	12,61	11,55
Dienstleistungsgewerbe	8,59	7,80	13,65	12,10
Kein Nachweis.....	-	-	6,21	4,14
Insgesamt.....	100,00	100,00	100,00	100,00

- Quellen: + Bernaris, A., Die Struktur und die Anpassungsbestrebungen der griechischen Wirtschaft, in: Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 13. Jg., Heft 2, Athen April-Juni 1933, S. 146
- ++ Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 39-40.
- +++ Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 21.

Bemerkung: Die Mehrheit der Gruppe "kein Nachweis" gehört zum Handel und zu den Dienstleistungen; (vgl. Der Wirtschaftskurier, Nr. 300, Athen 14. Januar 1960, S. 47). Bei den Dienstleistungen ist auch die Zahl der Beamten mit einbezogen.

Die Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterliegt in den Jahren zwischen 1951 und 1961 einer unterschiedlichen Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft verzeichnet zwar die stärkste Zunahme (42,9 %), dies ist aber durch die Registrierung einer größeren Zahl von mithelfenden Familienangehörigen im Landwirtschaftsbereich in der Statistik von 1961 (556.900) zu erklären.

In Industrie und Handwerk beträgt die Zunahme der Erwerbstätigen zwischen 1951 und 1961 25,5 %.

Beim Handel, Bank- und Transportwesen zeigt die Entwicklung eine Zunahme von (1951-61) 18,1 % und bei den Dienstleistungen 14,3 %. Wenn zusätzlich berücksichtigt wird, daß die Mehrheit der Erwerbstätigen "ohne Nachweis" hauptsächlich im Handels- und Dienstleistungssektor beschäftigt ist, so liegt die Vermutung nahe, daß die Beschäftigtenzunahme beim Handel und im Dienstleistungsgewerbe größer sein muß.

Bei einem Vergleich der prozentualen Aufteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen ergibt sich für verschiedene europäische Länder folgendes Bild:

Tabelle 21

INTERNATIONALE ZAHLEN FÜR DIE GLIEDERUNG
DER ERWERBSTÄTIGEN NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

		Land- wirt- schaft %	Indu- strie usw. %	Handel, Banken usw. %	Trans- port usw. %	Dienst- leistg. %	Kein Nach- weis %
Belgien	(1947)	12,2	48,8	13,4	7,0	15,8	2,8
Bulgarien	(1956)	64,2	18,7	3,4	3,1	9,8	0,8
Deutschland	(1957)	15,5	47,5 ⁺	19,5 ⁺⁺	-	16,0	1,5
England	(1951)	5,0	49,1	14,0	7,7	23,7	0,9
Frankreich	(1957)	25,7	36,5	-	5,1	31,9 ⁺⁺⁺	0,8
Griechenland	(1951)	48,2	19,4	7,7	4,9	13,6	6,2
Italien	(1958)	29,9	35,2	-	32,6 ⁺⁺⁺⁺	-	2,3
Jugoslawien	(1953)	70,7	16,1	3,2	2,3	7,4	0,3
Niederlande	(1947)	19,3	33,3	14,1	6,2	24,5	2,6
Österreich	(1951)	32,3	37,1	8,8	5,3	15,3	1,2
Portugal	(1950)	48,4	25,0	7,3	3,4	15,7	0,2
Schweden	(1950)	20,3	40,8	13,0	8,1	17,0	0,8
Schweiz	(1950)	16,5	46,7	11,7	4,5	19,8	0,8
Spanien	(1958)	50,1	26,1	12,0	6,6	28,9	2,1

+ Ohne Bauindustrie.

++ Einschließlich Bauindustrie sowie Transport usw.

+++ Einschließlich Handel usw.

++++ Einschließlich Handel usw. sowie Dienstleistungen.

Quelle: UNO-Ziffern zitiert nach Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 426-428. Für Griechenland vgl. Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 21.

Bemerkung:

In die verarbeitende Industrie sind auch der Bergbau, die Bauindustrie sowie die Energie-Industrie und das Installationswesen mit einbezogen; im Handel sind auch die Banken, die Versicherungen und die Immobiliengeschäfte erfaßt; das Transportwesen schließt auch das Lagerungs- und das Nachrichtenwesen ein.

Daran läßt sich zeigen, daß Griechenland mit 48,2 % in der Landwirtschaft Beschäftigten eines der Länder mit dem stärksten Agrarcharakter darstellt (nach Jugoslawien mit 70,7 %, Bulgarien mit 64,2 %, Spanien mit 50,1 % und Portugal mit 48,4 %). Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten betrug in Griechenland dagegen nur 19,4 %, womit es an drittletzter Stelle steht (vor Bulgarien mit 18,7 % und Jugoslawien mit 16,1 %).

2. Die Einteilung der Erwerbstätigen nach Berufen. (Die Gesamtgliederung der Berufe).

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach Berufen muß sich auf das vorhandene statistische Material beschränken. Folgende Berufsgruppen¹⁾ werden unterschieden: Unternehmer (die Arbeiter und Angestellte beschäftigen), selbständige bzw. auf eigene Rechnung tätige Unternehmer (die keine Arbeiter und Angestellten beschäftigen), mithelfende Familienangehörige und Arbeiter und Angestellte (abhängig Erwerbstätige).

Es folgt die Berufsgliederung der Erwerbstätigen nach dem Zensus von 1951 und der Stichprobe von 1961:

Tabelle 22

ALLGEMEINE BERUFGSLIEDERUNG DER ERWERBSTÄTIGEN
(1951 und 1961)

Angaben in Tausend

Wirtschaftszweig	Unter- nehmer	Selbst. Erwerbs- tätige	Arbeiter, Angest. u. Beamte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis	Summe
1 9 5 1 :						
Landwirtschaft..	17,4	765,7	124,4	425,2	34,6	1.367,3
Grundstoff- industrie.....	0,2	0,7	12,4	0,1	0,2	13,6
Verarbeitende Industrie.....	26,1	96,7	298,6	14,7	14,4	450,5
Bauindustrie....	2,6	15,9	53,2	1,0	2,2	74,9
Energiewirtschaft Wasser, sanitäre Dienste.....	0,1	0,1	11,0	0,0	0,0	11,2
Handel, Banken, Versicherungen, Grundstücksgew..	15,9	112,0	74,6	12,5	4,9	219,9
Transport, Lager- häuser, Nach- richtenwesen....	3,8	24,3	103,3	1,9	4,7	138,0
Dienstleistungen	10,7	58,6	308,5	5,4	4,4	387,6
Kein Nachweis...	0,3	3,2	60,1	0,5	112,4	176,5
Insgesamt.....	77,1	1.077,2	1.046,1	461,3	177,8	2.839,5
1 9 6 1 :						
Landwirtschaft..	31,1	775,7	164,7	982,1	1,4	1.955,0
Grundstoff- industrie.....	0,6	1,2	19,1	0,4	0,0	21,3
Verarbeitende Industrie.....	25,3	132,1	304,7	17,1	1,8	481,0
Bauindustrie....	4,0	23,6	136,9	1,8	0,6	166,8
Energiewirtschaft Wasser, sanitäre Dienste.....	0,0	0,3	20,7	0,1	0,0	21,1
Handel usw.	22,5	129,8	93,5	17,5	0,3	263,6
Transport usw. .	4,0	36,5	116,6	1,5	0,7	159,3
Dienstleistungen	11,3	80,3	340,7	9,0	1,8	443,1
Kein Nachweis...	0,6	2,2	13,0	0,5	135,6	151,3
Insgesamt.....	99,3	1.181,7	1.209,9 ⁺	1.030,0	142,2	3.663,1

+ Die Zahl der Arbeiter im Ausland ist nicht eingeschlossen.

Quelle: Zusammengestellt nach Statistical Yearbook of Greece, 1959-1960, S. 39-40, und Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 26.

Die folgende Tabelle umfaßt die prozentuale Aufteilung der Erwerbstätigen nach Berufen, verglichen mit anderen europäischen Ländern:

Tabelle 23

PROZENTUALE GLIEDERUNG DER ERWERBSTÄTIGEN
NACH BERUFEN IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN EUROPAS

	Unternehmer u. selbständig Erwerbstätige	Arbeit- nehmer	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
Belgien.....(1947)	22,2	71,4	6,4	-
Deutschland...(1957)	13,2	74,4	10,9	1,5
England.....(1951)	7,3	87,8	0,2	4,7 ⁺
Frankreich....(1957)	33,2 ⁺⁺	66,0	-	0,8
Griechenland..(1961)	34,9	33,3	28,1	3,7
Italien.....(1958)	23,7	60,5	13,5	2,3
Jugoslawien...(1953)	25,1	31,6	35,7	7,6
Niederlande...(1947)	18,6	68,4	10,4	2,6
Österreich....(1951)	17,6	61,9	17,7	2,8
Portugal.....(1950)	20,7	69,8	6,1	3,4
Schweden.....(1950)	19,3	76,8	3,9	-
Schweiz.....(1950)	19,0	74,5	6,1	0,4
Spanien.....(1958)	22,0	65,7	11,1	1,2

+ Es sind hier die Männer im Militärdienst sowie die Arbeitslosen mitgerechnet.

++ Die mithelfenden Familienangehörigen sind eingeschlossen.

Quelle: UNO-Ziffern zitiert nach Statistical Yearbook of Greece, 1959-1960, S. 433-434.

Für Griechenland vgl. Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 23.

Zweites Kapitel

DIE BERUFSGLIEDERUNG
IN DEN EINZELNEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN

1. Die Berufsgliederung in der Landwirtschaft.

Diese Untersuchung über die Berufsgliederung in der Landwirtschaft enthält Angaben über die allgemeinen sozioökonomischen Verhältnisse und besonders über die Gestalt der selbstständigen und abhängigen Berufsgruppen auf dem Lande, wozu als Vorarbeit der Zusammenhang zwischen dem Bodenertrag und der vorherrschenden Ackerbauweise sowie die Verteilung des Grundbesitzes in Griechenland analysiert werden.

a. Bodenertrag und extensiver Ackerbau.

Zunächst muß unterstrichen werden, daß die Höhe des Bodenertrages durchaus nicht nur von Naturbedingungen bestimmt wird. Der Behauptung also, daß die Möglichkeiten einer Produktivitätssteigerung in der griechischen Landwirtschaft wegen der ungünstigen natürlichen Bedingungen gering seien¹⁾, ist entgegenzuhalten, daß bisher in Griechenland lediglich eine extensive und kaum eine intensive Bodenbearbeitung betrieben wurde. Die Möglichkeit aber, die natürlichen Mängel des Bodens, soweit vorhanden, durch technische Anlagen auszugleichen, ist bisher noch nicht oder kaum ergriffen worden. Auch die landwirtschaftliche Anbaufläche ist unter dem Gesichtspunkt der modernen Agrartechnik nicht eine unveränderliche Größe, sondern sie stellt durchaus einen relativen Faktor innerhalb einer allgemeinen Entwicklung der Produktivkräfte dar²⁾.

Den Anteil von Ackerland, Wald usw. an der Fläche Griechenlands zeigt eine Aufstellung aus dem Jahr 1950 (zum Vergleich wird auch der entsprechende Anteil bei einer Stichprobe aus dem Jahr 1958 hinzugefügt):

Tabelle 24

GLIEDERUNG DER GESAMTFLÄCHE GRIECHENLANDS
NACH LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZARTEN

	1 9 5 0 +		1 9 5 8 ++	
	in Tausend Stremma ³⁾	%	in Tausend Stremma	%
Ackerland.....	30.797	23,3	36.530	27,9
Weidefläche....	53.745	40,5	61.100	46,7
Wald.....	21.872	16,5	24.230	18,5
Übrige Fläche..	26.148	19,7	9.058	6,9
Gesamtfläche...	132.562	100,0	130.918	100,0

Quelle: + Statistical Summary of Greece, 1954, S. 30 u. 33.

++ Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 184.

Bemerkung:

Die Differenz der Gesamtfläche zwischen den Jahren 1950 und 1958 beruht auf dem Ergebnis einer neuen Vermessung (1958).

Aus der obigen Tabelle wird deutlich, daß der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche keine unveränderliche Größe darstellt: so hat z.B. die landwirtschaftlich nicht genutzte Fläche um rd. 60 % abgenommen (von 19,7 % im Jahr 1950 auf 6,9 % im Jahr 1958), während die landwirtschaftlich am intensivsten genutzte Fläche (Ackerland) erheblich zugenommen hat⁴⁾. Die Entwicklung des Anteils des Ackerlandes an der Gesamtfläche Griechenlands von 1929 bis 1950 zeigt die folgende Tabelle.

Tabelle 25

VERÄNDERUNG DER FLÄCHENGLIEDERUNG GRIECHENLANDS
NACH LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZARTEN (1929-1950)

	(in Tausend Stremma)		
	1929	1939	1950
Ackerland.....	16.690	26.118	30.797
Übrige bewirtschaftete Fläche.....	43.335	50.985	75.617
Übrige Fläche.....	69.855	52.103	26.148
Gesamtfläche.....	129.880	129.880	132.562

Quelle: Zusammengestellt nach Kriaris, A.,
Ausdehnung und Intensivierung des Acker-
landes, in: Antaios, 1. Jg., Nr. 9,
Athen 5. Oktober 1949, S. 204-207.

Daraus wird ersichtlich, daß das Ackerland zwischen 1929 und 1950 sich um 14.107.000 Stremmas ausgedehnt hat, während die übrige Landfläche sich um 32.282.000 Stremmas vergrößert hat. Zudem ist das Vorhandensein ausgedehnter Weideflächen ein Beweis dafür, daß noch weitere Möglichkeiten für die Ausdehnung des Ackerlandes bestehen⁵⁾.

Diese Tatsachen lassen den Schluß zu, daß eine naturbedingte "Beschränktheit des Landes" kaum als Hindernis für die Entwicklung der Produktivität der griechischen Landwirtschaft bezeichnet werden kann. Dagegen ist darauf hinzuweisen, daß die Fruchtbarkeit des Bodens durch den Entwicklungsstand des Ackerbaus, ferner durch den Stand der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft mitbestimmt wird.

Der extensive Ackerbau sowie die extensive Viehzucht und Waldbewirtschaftung sind ein Zeichen dafür, daß die Kapitalinvestitionen noch keine entscheidende Rolle in dem wirt-

schaftlichen Leben des Landes überhaupt und in der Landwirtschaft im besonderen spielen. Als Bewirtschaftungssystem mit niedrigen Produktionskosten, darum aber auch mit geringer Produktivität, hängt der extensive Ackerbau von den Verhältnissen ab, die sich durch beschränkte Industrialisierung, Rückständigkeit des Transportwesens und mangelhaften Ausbau des Bewässerungssystems am besten ausdrücken lassen.

Der geringe Bodenertrag der griechischen Landwirtschaft läßt sich also nicht nur durch rückständige Ackerbaumethoden und schlechthin ungünstige Naturbedingungen erklären, sondern hängt aufs engste mit dem Problem rationaler Investitionen im Landwirtschaftsbereich zusammen, das noch immer seiner Lösung harret.

b. Die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft.

Eine Aufteilung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Größe hat vorwiegend die Ergebnisse der Agrarzählung von 1950 zu beachten. Hieraus erwachsen jedoch gewisse Schwierigkeiten. Die Agrarzählung von 1950 erfaßt die landwirtschaftlichen Betriebe so, daß, wenn die Parzellen eines Betriebes sich über zwei oder mehrere Gemeinden erstrecken, die Einheit entsprechend so viel mal gezählt wird^{5a}). Somit wird die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf Gemeindebasis mit 1.311.980 gegeben, während die tatsächliche Gesamtzahl 1.006.937 Betriebe beträgt^{5b}). Daraus ergibt sich eine Differenz von 305.043 Betrieben, die als Doppelrechnung interpretiert werden muß und eine Bewertung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft erschwert.

Es ist noch die Tatsache zu berücksichtigen, daß in der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auch eine Zahl von Viehzuchtbetrieben miteinbezogen wird, die keinen Boden be-

bauen. Diese Zahl (7,8 Tausend)^{5c)} wird in der Gruppe der "Bauernhöfe bis zu 9 Stremma" registriert und in dieser Arbeit von deren Gesamtzahl abgezogen; (für den Fall einer Doppelrechnung von Viehzuchtbetrieben auf Gemeindebasis wird die Gesamtzahl der "Bauernhöfe bis zu 9 Stremma" auf 6,9 Tausend reduziert -d.h. 287,1 - 6,9 = 280,2. Demnach beträgt die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe 1950 1 Million).

Auf Grund einer Aufteilung der tatsächlichen Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Fläche (Agrarzählung von 1950)^{5d)}, und nach Umrechnung der Angaben für die Gesamtfläche, die jeder Betriebsgruppe entspricht,⁶⁾ ergibt sich folgender Bild der Grundbesitzverhältnisse im Jahr 1950. (Hinzu kommt für Vergleichszwecke die Aufgliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Größe gemäß der Agrarzählung von 1929).

Tabelle 26

DIE GRUNDBESITZVERHÄLTNISSE IN GRIECHENLAND
(in den Jahren 1929 und 1950)

Größe in Stremma	Zahl der landwirt. Betriebe (in Tausend)	Fläche in Stremma (in Tausend)	Anteil an der Ge- samtzahl d. Betriebe %	Anteil an der ge- samten Fläche %	Durchschnitt- liche Fläche je Betrieb in Stremma
		1 9 2 9			
1- 10...	358,7	1.972,9	37,6	5,3	5,5
11- 50...	471,6	17.667,2	35,1	47,2	31,8
51-100...	84,9		23,3		
101-500...	35,3	17.810,5	3,8	47,5	466,2
501 u.mehr	2,9		0,2		
Insgesamt	953,4	37.540,6	100,0	100,0	39,3

1 9 5 0

1- 9...	280,2	2.308,5	28,0	6,4	8,2
10- 49...	573,2	15.627,7	57,3	43,3	27,2
50- 99...	114,3	7.967,3	11,4	22,1	69,7
100-499...	31,3	5.344,0	3,2	14,8	170,7
500 u.mehr	1,0	4.807,3	0,1	13,4	4.807,3
Insgesamt	1.000,0	36.054,8	100,0	100,0	36,1

Quellen: Zählungsergebnisse des Statistischen Amtes oder seiner Vorläufer. Zitiert:

- a) für das Jahr 1929 nach Kriaris, A., Ausdehnung und Intensivierung des Ackerlandes, in: Antaios, 1. Jg., Nr. 10, Athen 20.10.1945, S. 233; (dazu vgl. Kalitsounakis, D., Angewandte Volkswirtschaft, S. 110 und Sarakandanis, K., Ebenda, S. 37);
- b) für das Jahr 1950 nach Wirtschafts- und Buchhaltungsenzyklopädie, 4. Bd., S. 371 und Statistical Summary of Greece, 1954, S. 31.

Die Studienabteilung der Bank von Griechenland hat, gestützt auf die Ergebnisse der Agrarzählung von 1950, eine Aufteilung der landwirtschaftlichen Betriebe und der entsprechenden Agrarbevölkerungsgruppen für die Jahren 1953 und 1954 vorgenommen, wobei als Basis deren durchschnittliche Fläche in Stremma dient.

Tabelle 27

AUFTEILUNG DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE
UND DER AGRARBEVÖLKERUNG
(in den Jahren 1953 und 1954)

Zahl der landwirt. Betriebe (in Tausend)	Zahl der Personen (in Tausend)	Durchschnittliche Fläche in Stremma je Betrieb	je Person
1	9	5	3
111,1	665,6	3,27	0,53
373,1	1.883,7	16,86	3,25
303,3	1.324,3	35,93	8,00
136,6	563,7	68,00	16,00
55,5	163,2	96,67	32,00
8,0	30,6	244,30	63,80
1,6	6,5	564,37	122,00
0,6	1,9	902,00	266,00
0,2	0,5	2.245,00	693,00
990,0	4.640,0	36,43	7,77
1	9	5	4
112,5	673	9,89	1,65
376,4	1.904	16,71	3,30
305,6	1.339	35,65	8,14
138,3	570	67,15	16,29
56,2	165	95,41	32,62
8,2	31	235,30	62,67
1,8	7,3	305,60	76,38
0,7	2,1	477,20	149,40
0,2	0,6	1.350,00	412,70
1.000,0	4.692,0	36,05	7,68

Quelle: Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, S. 112.

Im Hinblick auf die angegebenen Daten der Agrarzählung von 1950 muß darauf hingewiesen werden, daß die Zusammenfassung der Betriebe von 10 bis 49 Stremma insofern inadaquat ist, als eigentlich mindestens alle Betriebe bis 19 Stremma den Lebensunterhalt einer durchschnittlichen Bauernfamilie nicht sichern können und deshalb von der oberen Größeklasse unterscheidet werden müssten. Durch die amtliche Gruppenbildung wird die zahlenmäßige Stärke der Zwergbetriebe verschleiert. Um diesen Nachteil annähernd auszugleichen, wird in der folgenden Tabelle versucht, durch Verarbeitung der Daten der Agrarzählung von 1950 und der Berechnung der Bank von Griechenland für das Jahr 1954 eine angemessenere Aufteilung der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten; (dabei wurde angenommen, daß zwischen 1950 und 1954 keine oder keine wesentlichen Änderungen stattgefunden haben).

Tabelle 28

STRUKTUR DER LANDVERTEILUNG
IN DER LANDWIRTSCHAFT (1950)

Durchschnittliche Fläche je Betrieb in Stremma	Zahl der landwirt. Betriebe (in Tausend)	Fläche in Stremma (in Tausend)	Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe %	Anteil an der gesamten Fläche %
15,1 ⁺	488,9	7.402,2	48,9	20,5
38,6 ⁺⁺⁺	478,8	18.501,3	47,9	51,4
170,7 ⁺⁺	31,3	5.344,0	3,1	14,8
4.807,3 ⁺⁺	1,0	4.807,3	0,1	13,3
36,1	1.000,0	36.054,8	100,0	100,0

Quellen: + Bank von Griechenland (vgl. Tabelle 27).
 ++ Statistisches Amt (vgl. Tabelle 26).
 +++ Errechnet auf Grund des Restes der Gesamtzahlen für die landwirtschaftlichen Betriebe und die Fläche.

Wie bereits erwähnt, gründen die heutigen Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft in der Agrarreform, die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt wurde und den Großgrundbesitz auflösen sollte. Diese Reform war jedoch "nur ein psychologisches Beruhigungsmittel, es hat das sozioökonomische Problem der Landwirtschaft keineswegs gelöst"; nämlich durch "die Bildung wirtschaftlich leistungsfähiger Betriebe"^{6a}). Die Landverteilung hat die besitzlosen Bauern zu Kleingrundbesitzern verwandelt^{6b}), deren Mehrheit ihren Lebensbedarf aus diesem Grundbesitz allein nicht befriedigen kann und entweder auf einem sehr niedrigen, fast unmenschlichen Lebensstandard ihr Dasein fristet oder in die abhängige Erwerbstätigkeit im Landwirtschaftsbereich eintritt und in noch stärkerem Maße in die Städte oder sogar ins Ausland abwandert.

c.. Bodenertrag und Grundbesitzverhältnisse.

Daß die eben beschriebene Aufteilung des Bodens die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft stark hemmen muß, wird an zwei Punkten deutlich: einmal erfordert die Anwendung intensiver Anbaumethoden einen Kapitalkaufwand, der in der Regel die finanziellen Möglichkeiten der Bauernhöfe mit 15 Stremma im Durchschnitt übersteigt, so daß für diese Höfe eine Intensivierung von vornherein nicht in Frage kommt. Zum anderen stößt eine Produktionssteigerung auf agrartechnische Schwierigkeiten, insofern intensive Anbaumethoden auf einer derart beschränkten Fläche (15 oder auch 38 Stremma im Durchschnitt) undurchführbar sind. Das heißt also, daß für ein Drittel aller Bauernhöfe das Existenzminimum einer durchschnittlich fünfköpfigen Bauernfamilie nicht gegeben ist.

Daß ein Grundbesitz von weniger als zwanzig Stremma "eine Bauernfamilie nicht ernähren kann" und "in diesem Fall die Bodenbearbeitung der Familie nur als Nebenbeschäftigung

dient" ⁷⁾, wird durch folgende tabellarische Übersicht untermauert. Das jährliche Pro-20 Stremma-Einkommen bei verschiedenen Anbauarten ergäbe 1959 die nächsten Durchschnittswerten, wobei die Annahme zugrunde liegt, daß 20 Stremma zusammenhängenden Ackerlandes mit dem betreffenden Produkt bebaut werden können. Das ist jedoch bei der in Griechenland herrschenden Bodenzer-splitterung eine für die meisten Betriebe unrealistische Annahme, d.h. die wirkliche Produktivität wäre nicht nur bei Betrieben mit weniger als 20 Stremma -sondern durch die Parzellierung des Bodens auch bei größeren Betrieben ⁸⁾ - wesentlich geringer als das durchschnittliche Pro-20 Stremma-Einkommen..

Tabelle 29

DURCHSCHNITTSWERTE
DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN EINKOMMENS
BEI VERSCHIEDENEN ANBAUARTEN
(1959)

Anbauart	Jahreseinkommen pro 10 Stremma (in Dr)	Ungefähres Jahreseinkommen pro 20 Stremma in Dr	Jahreseinkommen in LM
Weizen.....	1.685,20	3.400	440
Tabak.....	10.932,80	22.000	2.860
Baumwolle.....	2.052,80	4.100	540
Rosinen.....	13.790,80	27.600	3.600
Korinthen.....	6.368,50	12.800	1.670
Gartenerzeugnisse	15.394,43	30.400	3.950
Olivöl.....	3.964,20	8.000	1.040

Quelle: Errechnet auf Grund der Angaben für das Jahreseinkommen pro 10 Str. nach Agrarbank von Griechenland, Jahresbericht des Geschäftsjahres 1959, Athen 1960; zitiert nach Sykianakis, G., Strukturveränderungen im Wirtschaftsleben Griechenlands als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, Mainz 1962, S. 20.

Unter der Annahme, daß eine fünfköpfige Bauernfamilie im Durchschnitt ein Jahreseinkommen von 30.000 Dr benötigt, wäre folgende Betriebsgröße für einen ausreichenden Lebensunterhalt erforderlich:⁹⁾

Weizen.....	178	Stremma
Tabak.....	28	"
Baumwolle.....	74	"
Rosinen.....	22	"
Korinthen.....	47	"
Gartenerzeugnisse.....	20	"
Olivöl.....	76	"

Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Tabakanbau durch behördliche Anordnungen begrenzt und nur für bestimmte Bodenarten und Flächengrößen genehmigt wird¹⁰⁾. So betrug

im Jahr 1961 die Tabakanbaufläche 1.044.564 Stremma bei insgesamt 37.081.056 Stremma Ackerland¹¹). Der Anbau von Rosinen ist in bestimmten Gebieten des Landes konzentriert und betrifft für das Jahr 1961 eine Fläche von 421.087 Stremma¹²), d.h. er könnte einen kleinen Anteil der Gesamtzahl von Betrieben unter 2 Hektar umfassen. Außerdem wird es von den Wetterbedingungen und von den Exportmöglichkeiten erheblich beeinflusst. Die Gartenerzeugnisse, deren Anbau wiederum beschränkt ist (1961: 1.169.404 Stremma)¹³), erreichen beim Verkauf an den Großhandel oft kaum die für ihren Anbau aufgewendeten Produktionskosten¹⁴). Darüberhinaus verändert sich das landwirtschaftliche Einkommen durch den hohen Abstand der Preise zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen. Auch darf die Belastung dieser Einkommen durch die für die Landwirtschaft geltenden Kreditbedingungen nicht außer acht gelassen werden.

Diese Beispiele müssen zu dem Schluß führen, daß mindestens ein landwirtschaftliche Betriebe unter 20 Stremma, d.h. die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe, eine Bauernfamilie nicht ernähren können. Das heißt also, daß die durchschnittlich fünfköpfige Bauernfamilie mehr als **zwanzig** Stremma für intensive Bebauung geeignetes Land braucht, um sich ausreichend ernähren zu können. Daraus erweist sich die ökonomische Lage des Anteils der Agrarbevölkerung, dem durchschnittlich 15,1 Stremma Grundbesitz zukommen, als außerordentlich ungünstig. Aufmerksam zu machen ist auf die Tatsache, daß auch ein Anteil der Bauerngruppe mit 38,6 Stremma im Durchschnitt in Wirklichkeit weniger als 20 Stremma besitzt oder eine intensive Bebauung nicht anwenden kann, was die materielle Existenzweise eines sehr großen Teils der Bauernschaft als recht kritisch erscheinen läßt. Die Agrarbank gab für 1959 folgende Jahreseinkommen von 983.000 Bauernfamilien an:

Tabelle 30

JAHRESEINKOMMEN
PRO KOPF UND PRO BAUERNFAMILIE (1959)

Zahl von Bauernfamilien	Jahreseinkommen pro Kopf (in Dollar)	Jahreseinkommen pro Bauernfamilie		Defizit im Bauernhaushalt (Jahresbedarf 30.000Dr) in Dr
		in Dollar	in Dr	
583.000	32	118	3.540	26.460
303.000	70	259	7.770	22.230
97.000	121	448	13.440	16.560
983.000	52	194	5.820	24.180

Quelle: Errechnet nach Angaben der Agrarbank von Griechenland; (vgl. S. 29 der vorliegenden Arbeit).

Die Zahl der oben angeführten Bauernfamilien entspricht der der Bauernfamilien mit 15,1 bzw. 38,6 Stremma Landbesitz nicht genau. Es dürfen dabei auch noch Familien von besitzlosen Bauern (deren Zahl für 1951 mit 60.000 angegeben wird)^{14a)} miteinbezogen sein. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß beide Gruppen sich nur elende oder schlechte Lebensbedingungen durch die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit sichern können.

d. Die sozioökonomische Differenzierung
der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft.

Die obige Analyse verdeutlicht, daß durch die Struktur der Grundbesitzverhältnisse selbst die Existenz eines großen Teils der griechischen Bauernbevölkerung in Frage gestellt ist. Eine Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der ihnen zur Verfügung stehenden Anbaufläche (bezogen auf Landbesitzer, die im Landwirtschaftsbereich erwerbstätig sind), bedarf zunächst jedoch eine Korrektur der angegebenen Zahlen.

Nach der Erhebung von 1951 beträgt die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (ohne die mithelfenden Familienangehörigen und die Landarbeiter) 817,7 Tausend (vgl. Tabelle 22). Dagegen macht die Gesamtzahl

der landwirtschaftlichen Betriebe (mit Viehzucht) nach der Agrarzählung von 1950 1.006,9 Tausend aus. Die Differenz (189,2 Tausend) betrifft offensichtlich Personen, die als Landbesitzer (1950), nicht aber auch als erwerbstätig in der Landwirtschaft (1951) statistisch erfaßt wurden^{14b}). Ohne diese Gruppe dürfte damit die Zahl der Landbesitzer bzw. Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (1.000,0 - 189,2 =) 810,8 Tausend betragen.

Es erhebt sich die Frage, in welche Größenklasse die 189,2 Tausend landwirtschaftlichen Betriebe (die auf ausgedehnte Abhängigkeitsverhältnisse in der Landwirtschaft durch **Verpachtung** hinweisen) gehören. Angaben sind hierfür nicht verfügbar. Daß allen nichtlandwirtschaftlich erwerbstätigen Landbesitzern eine durchschnittliche Landfläche von 15,1 Stremma zukommen könnte, ist auszuschließen. Trotzdem wird den weiteren Ausführungen diese Annahme zugrunde gelegt, um dadurch die Anzahl der nichtselbständigen Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft in ihrer immerhin hypothetischen Mindesthöhe zu erfassen. So erfährt die Struktur der Grundbesitzverhältnisse folgende Veränderung:

Tabelle 31

DIE GRUNDBESITZVERHÄLTNISSE
DER ERWERBSTÄTIGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT
(1950)

Durchschnittliche Fläche je Betrieb (in Stremma)		Zahl d. landwirt. Betriebe, die Erwerbstätigen i. d. Landwirt. gehören (in Tausend)	Fläche in Stremma ge- (in Tausend)	Anteil der Gesamtzahl d. Betriebe %	an der gesamten Fläche %
1)	15,1	299,7	4.545,3	37,0	13,7
2)	38,6	478,8	18.501,3	59,0	55,7
3a)	170,7	31,3	5.344,0	3,9	16,1
3b)	4.807,3	1,0	4.807,3	0,1	14,5
	36,1	810,8	33.197,9	100,0	100,0

Quelle: Errechnet auf Grund der Tabelle 35.

Bemerkungen:

zu 1) Die Bauernhöfe der ersten Gruppe (37% aller Betriebe mit 15,1 Stremma durchschnittliche Fläche je Bauernhof) können den minimalen Lebensunterhalt der Familie in keinem Fall sichern, so daß der betreffende Teil der Bauernbevölkerung zusätzlich eine abhängige Erwerbstätigkeit ausüben muß, die sogar die primäre Tätigkeit **sein** kann.

Zu 2) Die Bauernhöfe der zweiten Gruppe (59% aller Betriebe mit 38,6 Stremma Grundbesitz im Durchschnitt je Bauernhof) bieten den Familien dann genügend Lebensunterhalt, wenn alle Familienangehörigen in der Landwirtschaft erwerbstätig sind. Eine selbständige Agrarerwerbstätigkeit ist schon möglich. (Dies ist aber nicht der Fall für die Familien mit einem Landbesitz ~~bis~~ unter 20 Stremma, von denen ein Teil wahrscheinlich in der Gruppe mit 38,6 Stremma statistisch erfaßt werden).

Zu 3a) Die Betriebe der dritten Gruppe (3,9% aller Betriebe mit 170,7 Stremma durchschnittliche Fläche je Betrieb) liefern einen so hohen Ertrag, daß ihn die Inhaber vorwiegend mit Hilfe von Lohnarbeitern einbringen können, sie werden also als Unternehmer tätig.

Zu 3b) Die Betriebe dieser Gruppe (0,1% aller Betriebe mit 4.807,3 Stremma Grundbesitz im Durchschnitt je Betrieb) sind entwickelte landwirtschaftliche Unternehmungen, die ausschließlich durch Lohnarbeit funktionieren.

Die Differenzierung des Grundbesitzes läßt sich also als sozioökonomische Differenzierung der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft ausdrücken. In der hier folgenden, etwas verallgemeinernden Aufstellung werden die Hauptarten der Erwerbstätigkeit mit dem jeweils auf sie entfallenden Anteil an den Betrieben und an der Anbaufläche ausgeführt:

Tabelle 32

VERHÄLTNIS VON GESAMTZAHL DER BETRIEBE UND GESAMTFLÄCHE
BEI VERSCHIEDENEN ERWERBSTÄTIGKEITSGRUPPEN
IN DER LANDWIRTSCHAFT

1950	Anteil 1) der Gesamt- zahl d. land- wirt. Betriebe %	an: 2) der ge- samten Fläche %
I. NICHTSELBSTÄNDIGE ERWERBS- TÄTIGKEIT IN DER LANDWIRT- SCHAFT:		
Bauernhöfe, die den Unter- halt einer Bauernfamilie nicht gewährleisten ⁺	37,0	13,7
II. SELBSTÄNDIGE ERWERBSTÄTIG- KEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT:		
Bauernhöfe, die den Unter- halt einer Bauernfamilie gewährleisten, unter der Bedingung, daß die ganze Familie mit der Landwirt- schaft beschäftigt ist.....	59,0	55,7
III. UNTERNEHMERTÄTIGKEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT:		
a) landwirtschaftliche Unter- nehmungen, in denen die Unternehmer vorwiegend Lohnarbeiter beschäftigen	(3,9)	(16,1)
b) landwirtschaftliche Unternehmungen, in denen die Unternehmer aus- schließlich die Ver- waltung haben.....	(0,1)	(14,5)
c) Insgesamt.....	4,0	30,6

+ Unter Ausschluß der verpachteten Betriebe (vgl. S. 92 u. 98).

Während also nach dieser Zusammenstellung auf eine weitge-
hend nichtselbständige Agrarerwerbstätigkeit zu schließen
ist, zeigt die Prozentuierung der amtlichen Zahlen für die
landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit im Jahr 1951 (ohne
die mithelfenden Familienangehörigen und die Lohnarbeiter)
ein ganz anderes Bild.

Tabelle 33

VERHÄLTNIS DER ERWERBSTÄTIGKEITSGRUPPEN
IN DER LANDWIRTSCHAFT
NACH DER AMTLICHEN STATISTIK

1 9 5 1	In der Landwirtschaft erwerbstätige Landbesitzer:	
	Anzahl (in Tausend)	Anteil am Gesamtzahl %
I. SELBSTÄNDIGE ERWERBSTÄTIGKEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT.....	793,4 ⁺	97,8
II. UNTERNEHMERTÄTIGKEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT	17,4	2,2
Insgesamt.....	810,8	100,0

Quelle: Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 37.
(Vgl. Tabelle 22 der vorliegenden Arbeit).

+ Die Gruppe "kein Nachweis" (34,6 Tausend) ist miteinbezogen. Dagegen ist die angenommene Anzahl der reinen Viehzuchtbetriebe (6,9 Tausend) nicht berücksichtigt.

Es fällt auf, daß die Aufgliederung der landwirtschaftlich erwerbstätigen Landbesitzer nach dem Selbständigkeitsgrad (Tabelle 33) im Widerspruch zum Ergebnis der Differenzierung nach den Grundbesitzverhältnissen (Tabellen 31 und 32) steht. Deshalb soll die amtliche Berufsgliederung in der Landwirtschaft überprüft werden.

(1) U n t e r n e h m e r. Aus der Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe wurde bereits ersichtlich, daß diese Gruppe (mit 170,7 bzw. 4.807,3 Stremma Grundbesitz im Durchschnitt) 32,3 Tausend Unternehmungen umfaßt. Ihr Kennzeichen besteht darin, daß die Bauernfamilie mit 170,7 Stremma nur teilweise, und bei noch größerem Grundbesitz überhaupt nicht an der körperlichen Arbeit teilnimmt, sondern sich lediglich mit der Verwaltung der Unternehmung beschäftigt. Da in der obenstehenden Tabelle die Zahl dieser Unternehmer mit nur 17,4 Tausend angegeben wird, ist anzunehmen, daß

die übrigen Unternehmer in die Kategorie "selbständig Erwerbstätige" und "kein Nachweis" eingestuft wurden. (Es ist üblich, daß die Unternehmer mit noch relativ beschränktem Grundbesitz nur während der Saison Lohnarbeiter beschäftigen. Diese zeitlich begrenzte Beschäftigung von Lohnarbeitern ändert aber nichts daran, daß der Ackerbau durch abhängige Erwerbstätigkeit durchgeführt wird. Es ist wahrscheinlich, daß solche Unternehmer sich selbst als "selbständig Erwerbstätige" bezeichnen und daß diese Einstufung kritiklos in die statistische Gliederung übernommen wurde).

(2) S e l b s t ä n d i g E r w e r b s t ä t i g e. Diese Gruppe mit 38,6 Stremma Anbaufläche im Durchschnitt umfaßt 478,8 Tausend Bauernhöfe und repräsentiert (soweit sie auch Bauernhöfe mit weniger als 20 Stremma nicht miteinbezieht) die eigentlich selbständige Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft. Auffallend ist jedoch die Differenz (rund 300.000) zwischen der amtlichen und der aus den Grundbesitzverhältnissen errechneten Zahl der selbständig Erwerbstätigen in der Landwirtschaft (vgl. Tabellen 31 und 33). Es ist deutlich, daß in dieser Differenz die Bauernhöfe mit 15,1 Stremma Landfläche im Durchschnitt enthalten sind, deren Besitzer als "selbständig Erwerbstätige" eingestuft wurden. Die Erfassung aller nicht unternehmerisch (oder außerhalb der Landwirtschaft) tätigen Landbesitzer in der Gruppe der "selbständigen Agrarerwerbstätigkeit" ist auf die Verwechslung zwischen "Selbstanbau" und "selbständige Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft" zurückzuführen. So taucht in der Aufgliederung der amtlichen Statistik überhaupt nicht die Frage auf, inwieweit Selbstanbau und Selbständigkeit des Landbesitzers gleichgesetzt werden dürften. Über die besondere ökonomische Situation der Bauernhöfe mit 15,1 Stremma Grundbesitz im Durchschnitt wurde jedoch schon gesprochen. Die daraus schliessende Erwerbstätigkeit ist primär als abhängig anzusehen.

Auf Grund der bisher vorgenommenen Ausführungen stellt sich nun die gesamte Berufsgliederung in der Landwirtschaft wie folgt dar:

Tabelle 34

DIE BERUFGGLIEDERUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT
IM JAHR 1951

(Nach Ausarbeitung der amtlichen Ziffern)

Berufsgruppe	Anzahl (in Tausend)	Anteil an der Gesamtzahl %
1. Unternehmer.....	32,3	2,4
2. Selbständig Erwerbstätige ⁺ ..	485,7	35,5
Mithelfende Familienange- hörige.....	425,2	31,1
3. Abhängig Erwerbstätige:		
a. Landbesitzer.....	299,7	
b. Landarbeiter.....	124,4	
c. Gesamtzahl.....	424,1	31,0
Insgesamt.....	1.367,3	100,0

+ Die angenommene Zahl der reinen Viehzüchter (6,9 Tausend) wird bei den selbständig Erwerbstätigen miteinbezogen.

Da die entsprechenden Ergebnisse der Zählung von 1961 bis zur Niederschrift dieser Arbeit noch nicht veröffentlicht waren, ist eine sich darauf stützende Ausarbeitung der Berufsgliederung in der Landwirtschaft nicht möglich.

2. Die Berufsgliederung in der Industrie.

Der folgende Abschnitt geht ein auf die Berufsgliederung in der Industrie mit ihren Zweigen: Grundstoffindustrie, verarbeitende Industrie, Bauindustrie, Energiewirtschaft (und Installationswesen) und Transport-, Lagerungs- und Nachrichtenwesen. Die Ergebnisse der Volkszählung von 1951 lassen sich in der nächsten Tabelle zusammenfassen:

Tabelle 35

BERUFSGLIEDERUNG IN DER INDUSTRIE
(1951)

Wirtschaftszweig	Summe	Unter- nehmer	Selbst. Erwerbs- tätige	Arbeiter u. Ange- stellte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
in absoluten Zahlen (Tausend)						
Grundstoff- industrie.....	13,6	0,2	0,7	12,4	0,1	0,2
Verarbeitende Industrie.....	450,4	26,1	96,7	298,6	14,6	14,4
Bauindustrie....	74,9	2,6	15,9	53,2	1,0	2,2
Energiewirtschaft	11,2	0,1	0,1	11,0	0,0	0,0
Transport usw. .	138,0	3,8	24,4	103,3	1,8	4,7
Insgesamt.....	688,1	32,8	137,8	478,5	17,5	21,5
in Prozenten						
Grundstoff- industrie.....	100,0	1,8	5,4	91,0	0,8	1,0
Verarbeitende Industrie.....	100,0	5,8	21,5	66,3	3,2	3,2
Bauindustrie....	100,0	3,5	21,3	70,9	1,3	3,0
Energiewirtschaft	100,0	0,7	1,0	97,9	0,2	0,2
Transport usw. .	100,0	2,7	17,7	74,9	1,3	3,4
Durchschnittlich	100,0	4,8	20,0	69,5	2,5	3,2

Quelle: Die absoluten Zahlen nach Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 39-40.

Hier muß besonders auf die beträchtliche Verbreitung der selbständigen Erwerbstätigkeit hingewiesen werden, die in der verarbeitenden Industrie von 21,5 %, in der Bauindustrie von 21,3 % und im Transportwesen von 17,7 % aller Beschäftigten ausgeübt wird. Gliedert man innerhalb der einzelnen Zweige weiter auf, ergeben sich für die verarbeitende Industrie und für das Transportwesen folgende Zahlen:

I. Selbständig Erwerbstätige in der verarbeitenden Industrie.....	100,00 %
Davon in:	
a) der Nahrungsmittelindustrie.....	9,48 %
b) der Textilindustrie.....	50,11 %
c) der Holz- und Möbelindustrie.....	15,18 %
d) der Metallindustrie und dem Maschinenbau....	13,84 %
e) den übrigen Bereichen.....	11,38 %
II. Selbständig Erwerbstätige im Transport-, Lagerungs- und Nachrichtenwesen.....	100,00 %
Davon:	
a) im Transportwesen.....	99,43 %
b) in den übrigen Bereichen.....	0,57 %

Wie sich die mithelfenden Familienangehörigen in der verarbeitenden Industrie auf deren einzelne Branchen verteilen, wird in der folgenden Zusammenstellung berechnet, wobei mit Sicherheit angenommen werden kann, daß nahezu alle mithelfenden Familienangehörigen entweder bei selbständig Erwerbstätigen oder bei Kleinunternehmern beschäftigt sind.

Mithelfende Familienangehörige in der verarbeitenden Industrie.....	100,0 %
Davon in:	
a) der Nahrungsmittelindustrie.....	18,5 %
b) der Textilindustrie.....	34,0 %
c) der Holz- und Möbelindustrie.....	15,1 %
d) der Metallindustrie und dem Maschinenbau.....	17,9 %
e) den übrigen Bereichen.....	14,5 %

Zum besseren Verständnis dieser Zusammenstellung sei noch einmal erwähnt, daß von der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Industrie 4,8 % als Unternehmer, 20 % als selbständig Erwerbstätige, 69,5 % als Arbeiter und Angestellte und 2,5 % als mithelfende Familienangehörige bezeichnet werden; bei 3,2 % war kein Nachweis zu erhalten.

Die Berufsgliederung in der Industrie läßt sich aufgrund der amtlichen Angaben für das Jahr 1961 in der nächsten Tabelle ablesen:

Tabelle 36

BERUFSGLIEDERUNG IN DER INDUSTRIE

(Schätzung 1961)

Wirtschaftszweig	Summe	Unter- nehmer	Selbst. Erwerbs- tätige	Arbeiter ⁺ u. Ange- stellte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
in absoluten Zahlen (Tausend)						
Grundstoff- industrie.....	21,3	0,6	1,2	19,1	0,4	0,0
Verarbeitende Industrie.....	481,0	25,3	132,1	304,7	17,1	1,8
Bauindustrie....	166,9	4,0	23,6	136,9	1,8	0,6
Energiewirtschaft	21,1	0,0	0,3	20,7	0,1	0,0
Transport usw. .	159,3	4,0	36,5	116,6	1,5	0,7
Insgesamt.....	849,6	33,9	193,7	598,0	20,9	3,1
in Prozenten						
Grundstoff- industrie.....	100,0	2,9	5,6	89,7	1,8	0,0
Verarbeitende Industrie.....	100,0	5,2	27,4	63,6	3,5	0,3
Bauindustrie....	100,0	2,4	14,1	81,0	1,1	0,4
Energiewirtschaft	100,0	0,0	1,4	98,1	0,5	0,0
Transport usw. .	100,0	1,5	22,9	73,2	1,0	0,4
Durchschnittlich	100,0	4,0	22,8	70,4	2,5	0,3

Quelle: Die absoluten Zahlen nach Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 26.

+ Die Zahl der Arbeiter im Ausland ist nicht mitgerechnet.

Verglichen mit dem Jahr 1951 stieg der Anteil (und die absolute Zahl) der selbständig Erwerbstätigen in der Industrie

von 20 % auf 22,8 % (bzw. von 137.800 auf 193.700), in der verarbeitenden Industrie von 21,5 % auf 27,4 % (bzw. von 96.700 auf 132.100) und im Transport-, Lagerungs- und Nachrichtenwesen von 17,7 % auf 22,9 % (bzw. von 24.400 auf 36.500).

Die Gesamtzahl der Unternehmer im gesamten Industriesektor ist leicht (um Tausend) angestiegen, wohingegen sie innerhalb der verarbeitenden Industrie geringfügig abgenommen hat (um 800).

Zwischen 1951 und 1961 blieb der Anteil der Arbeiter und Angestellten in der Industrie gleich (rd. 70 %).

3. Die Berufsgliederung im Handel und im Dienstleistungsgewerbe.

Die Erwerbstätigkeit im Handel (mit einbezogen sind Banken, Versicherungen und Immobiliengewerbe) und im Dienstleistungsgewerbe für das Jahr 1951 stellt folgende Tabelle dar:

Tabelle 37

BERUFSGLIEDERUNG IM HANDEL UND IM DIENSTLEISTUNGSGEWERBE (1951)

Wirtschaftszweig	Summe	Unter- nehmer	Selbst. Erwerbs- tätige	Arbeiter, Angest. u. Beamte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
in absoluten Zahlen (Tausend)						
Handel.....	219,9	15,9	112,0	74,6	12,5	4,9
Dienstleistungsg.	387,6	10,7	58,6	308,6 ⁺	5,3	4,4
Insgesamt.....	607,5	26,6	170,6	383,2	17,8	9,3
in Prozenten						
Handel.....	100,0	7,2	51,0	33,9	5,7	2,2
Dienstleistungsg.	100,0	2,7	15,1	79,6	1,4	1,2
Durchschnittl. .	100,0	4,4	28,1	63,1	2,9	1,5

Quelle: Die absoluten Zahlen nach Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 37-38 und 40.

+ Es sind hier die Beamten eingeschlossen (131.243, vgl. Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 40)

Auch hier muß vor allem der hohe Anteil der selbständig Erwerbstätigen (28,1 %) beachtet werden, der den in der Landwirtschaft (23,2 %) und den in der Industrie (20 %) noch um einiges übertrifft. Dies beruht teilweise auf der Besonderheit der selbständigen Erwerbstätigkeit im Handel und im Dienstleistungsgewerbe, wo - verglichen mit den übrigen Zweigen - lediglich ein relativ niedriger Kapitalaufwand notwendig ist. Auf der anderen Seite ist die anhaltende Arbeitslosigkeit als ein die selbständige Erwerbstätigkeit fördernder Faktor zu nennen: die beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten zwingen vor allem die vom Land in die Städte Zugewanderten sich nach irgendeiner Beschäftigung und Lebensgrundlage umzusehen und irgendeinen Kleinhandel anzufangen¹⁶⁾, was sich in den betreffenden Anteilen der selbständig Erwerbstätigen ausdrückt.

Tabelle 38

BERUFSSTRUKTUR IM GROSS- UND KLEINHANDEL
(Angaben in Prozenten)

	Unter- nehmer	Selbst. Erwerbs- tätige	Arbeiter u. Ange- stellte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
Kleinhandel [†]	7,0	64,8	19,8	5,0	3,4
Immobilien-gewerbe	5,7	69,9	20,5	2,2	1,7
Großhandel.....	11,0	37,2	47,1	2,7	2,0
Durchschnittlich.	7,9	57,3	29,1	3,3	2,4

+ Betrifft "Handel ohne Bestimmung", "Kleinhandel" und "Straßenhandel".

Hervorgehoben werden muß dabei, daß diese Ausdehnung der kleinen Handels- und Dienstgeschäfte die wirtschaftlichen

Bedürfnisse Griechenlands auf die Dauer übersteigt¹⁷⁾).

Die nächste Tabelle gibt eine Übersicht über die Berufsaufteilung im Handel und im Dienstleistungsgewerbe aufgrund der Stichprobenergebnisse von 1961:

Tabelle 39

BERUFSSTRUKTUR IM HANDEL
UND DIENSTLEISTUNGSGEWERBE IM JAHR 1961

Wirtschaftszweig	Summe	Unter- nehmer	Selbst- Erwerbs- tätige	Arbeiter, Angest. u. Beamte	Mithelf. Familien- angehör.	Kein Nach- weis
in absoluten Zahlen (Tausend)						
Handel.....	263,6	22,5	129,8	93,5	17,5	,3
Dienstleistungsg.	443,0	11,3	80,3	340,7 ⁺	9,0	1,8
Insgesamt.....	706,6	33,8	210,1	434,2	26,5	2,1
in Prozenten						
Handel.....	100,0	8,5	49,2	35,5	6,6	0,2
Dienstleistungsg.	100,0	2,5	18,1	76,9	2,2	0,4
Durchschnittlich	100,0	4,8	29,7	61,5	3,7	0,3

Quelle: Die absoluten Zahlen nach Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 26.

+ Es sind hier die Beamten eingeschlossen (123,9 Tausend: vgl. Results ..., Heft 3, S. 29).

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Handel und im Dienstleistungsgewerbe ist zwischen 1951 und 1961 ungefähr um 100.000 angestiegen, wovon ungefähr die Hälfte (50.000) selbständige Erwerbstätige und ihre mithelfenden Familienangehörigen sind. Verglichen mit der entsprechenden Zunahme in der Landwirtschaft und in der Industrie ist für diesen Teil der griechischen Wirtschaft die Steigerung der Beschäftigten recht hoch.

Drittes Kapitel

ERGEBNIS DER BERUFSUNTERSUCHUNG
BEI UNTERNEHMERN UND ABHÄNGIG BESCHÄFTIGTEN

Im vorliegenden Kapitel werden die Ergebnisse der Analyse über die Unternehmertätigkeit und über die abhängige Erwerbstätigkeit zusammengefaßt. Das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. Angestellten gibt die folgende Tabelle wieder.

Tabelle 40

VERTEILUNG UND PROZENTUALES VERHÄLTNIS
DER UNTERNEHMER UND ARBEITER BZW. ANGESTELLTEN
IM JAHR 1951

(Absolute Zahlen in Tausend)

Wirtschaftszweig	Unternehmer	%	Lohnar- beitende	%
1. Landwirtschaft	32,3	2,5	424,1	32,5
2. Industrie....	32,8	2,5	478,5	36,6
3. Handel und Dienstl.	26,6	2,0	251,9	19,3
4. Kein Nachweis	0,3	0,0	60,1	4,6
Insgesamt.....	92,0	7,0	1.214,6	93,0

Quellen: Vgl. Tabellen (1) 34, (2) 35, (3) 37 (ohne Beamte: 131,2 Tausend) und (4) 22.

Die Gesamtübersicht für 1961 über das Verhältnis der selbständigen Arbeit (hier wieder im weiteren Sinne) zur abhängigen Arbeit wird besonders durch das Fehlen entsprechender Angaben über die Landwirtschaft so erschwert, daß ihre Darstellung hier noch nicht gegeben werden kann.

Teil II

DIE ÖKONOMISCHE LAGE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

Unter den widerspruchsvollen Bedingungen, unter denen die mangelhaft entwickelte und stagnierende Wirtschaft die Bedürfnisse der Gesellschaft in Griechenland nur unzulänglich befriedigt, ist es eine schwierige Aufgabe, Einsicht in das Verhältnis von Lohnarbeit und Gesellschaft zu gewinnen. Zu der Lösung bedarf es vor allem der Aufhellung der wahren Struktur dieses Verhältnisses. Dies bedeutet im einzelnen, daß Manipulationen in der amtlichen Statistik aufgezeigt und lückenhafte Angaben mit Hilfe von Ergebnissen anderer Untersuchungen ergänzt werden müssen.

Viertes Kapitel

DIE LOHNQUOTE

Bei der Untersuchung über die Lohnquote, bzw. den Anteil des Arbeitseinkommens¹⁾ am Volkseinkommen, wird zunächst die Statistik des Koordinationsministeriums behandelt.

1. Bemerkungen über die Struktur der Einkommensgruppen in der Statistik des Koordinationsministeriums.

Die amtliche Statistik über die Verteilung des Volkseinkommens behandelt drei Einkommensgruppen:

1. Einkommen aus der Landwirtschaft,
2. Löhne und Gehälter (ohne Landwirtschaft),
3. Einkommen aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen.

Zum Begriffsinhalt dieser Einkommensgruppen:

Zu 1) Die Gruppe "Einkommen aus der Landwirtschaft" umfaßt das Brutto-Einkommen "nach Abzug der Produktionskosten"²⁾ in diesem Bereich. Während man erwarten könnte, daß das Einkommen der abhängigen Arbeit als Bestandteil der Produktionskosten von dem Einkommen der selbständigen Arbeit (hier im weiteren Sinne gebraucht) abgezogen würde, daß also die Gruppe "Einkommen aus der Landwirtschaft" dabei nach selbständiger und abhängiger Arbeit gegliedert würde, ist das nicht der Fall. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß das Einkommen der Lohnarbeiter in der ganzen Einkommensgruppe enthalten ist³⁾, so daß diese also nicht nur das Einkommen aus selbständiger Arbeit und Unternehmertätigkeit, sondern zugleich das Einkommen aus abhängiger Arbeit umfaßt. Diese Unzulänglichkeit der Statistik macht es unmöglich, die Einkommenshöhe der abhängigen Arbeit in der Landwirtschaft zu bestimmen.

Ebenso steht es mit dem Wert der Agrarprodukte, die dem Eigenkonsum dienen: er ist im landwirtschaftlichen Gesamteinkommen enthalten. Da auch die Methode der Berechnung des Gesamteinkommens nicht aus der Statistik hervorgeht, bleiben die Daten unbekannt und können nicht überprüft werden. Es braucht nicht betont zu werden, daß ein solches Verfahren dem Statistiker fast unbegrenzte Freiheit läßt. So kann er z.B. bei der Bestimmung der Menge und des Geldwertes des landwirtschaftlichen Eigenkonsums **recht willkürlich verfahren.**

Zu 2) Über die Gruppe "Löhne und Gehälter" wird ebensowenig ausgesagt. Zunächst wird erwähnt, daß in dieser Gruppe auch die mithelfenden Familienangehörigen der Unternehmer oder der selbständig Erwerbstätigen mit einbezogen sind⁴⁾. Mithelfende Familienangehörige stehen jedoch nicht in einer "abhängigen Erwerbstätigkeit" in dem allgemein gebräuchlichen Sinn dieser Kategorie, so daß sie eigentlich nicht zu der

Gruppe der abhängig Arbeitenden hinzugerechnet werden dürfen, wie es in der Statistik geschehen ist. Darüber hinaus ist in Wirklichkeit das Einkommen dieser mithelfenden Familienangehörigen in vielen Fällen nur ein auf sie formell aufgeteiltes Unternehmereinkommen, das die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens der Unternehmer herabsetzen soll.

Die Gruppe "Löhne und Gehälter" umfaßt außerdem die Einkommen der Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaften⁵⁾. Dies ist insofern von Bedeutung, als durch die juristische Umformung ihrer Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften die Unternehmer zu "Gehaltsempfängern" werden. Sie "bekommen für ihre Dienste ein Gehalt, und es wachsen die Zahl und das Einkommen der Lohnarbeiter"⁶⁾. Es handelt sich also hier um eine Verzerrung des Begriffsinhaltes der Einkommensgruppe "Löhne und Gehälter", der selbst übrigens im Gegensatz zu den behördlichen Auffassungen über die Besteuerung der Einkommen steht. Laut Rundschreiben Nr. 129 zur Erläuterung des "Gesetzes für einheitliche Steuern" (Kap. C, § 34b) werden die Vorstandsmitglieder als "Beauftragte" und nicht als Angestellte der Aktiengesellschaften betrachtet: wenngleich ihnen die Verwaltung eines Zweiges der Unternehmung anvertraut sei, womit sie Dienste außerhalb ihrer Aufgaben als Vorstandsmitglieder leisten, könnten doch ihre Einkünfte kaum als "Einkommen aus Lohnarbeit" bezeichnet werden⁷⁾.

Außerdem sind in die Gruppe "Löhne und Gehälter" die Einkünfte des Klerus⁸⁾ sowie die der Verwaltungsangehörigen des wirtschaftlichen, staatlichen, politischen und gewerkschaftlichen Apparates mit einbezogen.

Wie weit die Verschleierung in dieser Einkommensgruppe geht, wird durch folgendes Beispiel deutlich. Der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters betrug im Juni 1960 60 Dr bei 25 Arbeitstagen im Monat (vgl. Tabelle 63), der Arbeiter be-

zog damit ein monatliches Einkommen von 1.500 Dr und mit dem Monatseinkommen seiner Frau (560 Dr) zusammen 2.060 Dr. Selbst wenn qualifizierte Arbeiter gelegentlich höhere Tageslöhne erhalten, die aber nur ausnahmsweise 200 Dr übertreffen, kann also behauptet werden, daß das Monatseinkommen der abhängig Erwerbstätigen in jedem Fall weniger als 5.000 Dr beträgt.

Als Gegenüberstellung folgt eine statistische Gliederung der Einkommensgruppen "Fabrikanten und Händler" und Lohn- und Gehaltsempfänger" nach Prozentsen, die die gesamte Skala der Jahreseinkommen umfaßt.

Tabelle 41

PROZENTUALE EINKOMMENSGLIEDERUNG
IN DEN JAHREN 1958 UND 1960

Einkommensskala in Dr	Fabrikanten und Händler		Lohn- u. Gehalts- empfänger	
	1958 %	1960 %	1958 %	1960 %
Bis 60.000....	53,0	59,3	54,0	48,7
Über 60-200.000....	28,3	26,9	40,0	45,5
Über 200-600.000....	13,0	9,3	4,6	4,6
Über 600.000....	5,7	4,5	1,4	1,2

Quelle: Zitiert nach Kyllonas, D., Angleichung von Einkommen und Preisen, in: *Ökonomikos Tachydromos*, 8. Jg., Nr. 392, Athen 19. Oktober 1961, S. 826 (12).

Bei den oben angedeuteten Einkommensverhältnissen ist zu berücksichtigen, daß von der Gruppe "Lohn- und Gehaltsempfänger" nur leitende Angestellte bzw. Beamte ein Jahres Einkommen von mehr als 60.000 Dr beziehen. Dagegen verdienen die Arbeiter und die kleinen Angestellte sogar viel weniger. Demzufolge ist die große Mehrheit der abhängig Erwerbstätigen (Arbeiter und kleine Angestellte) nur in den genannten 54,0% (1958) bzw. 48,7% (1961) der obigen Tabelle enthalten. Von allen übrigen Einkommensempfängern läßt sich mit Sicherheit sagen, daß sie an sich nicht in die Gruppe der Arbeiter und kleinen Angestellten gehören, sondern entweder leitende Angestellte bzw. Beamte

darstellen, oder Unternehmer, die als "Gehaltsempfänger" (bei den Vorständen der Aktiengesellschaften) angegeben werden. Durch die Hinzurechnung von 46,0% hochbezahlter Personen (1958) bzw. 51,3% (1960) wird die durchschnittliche Einkommenshöhe der Gruppe der Arbeiter und kleinen Angestellten täuschend nach oben verschoben.

Zu 3) Die Höhe des "Einkommens aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen" ist nicht auf Grund statistischer Angaben direkt bestimmt worden. "Da das vorhandene statistische Material für die direkte Berechnung der betreffenden Gruppe nicht genügt, ergab sich diese Größe als Rest aus der Größe des Volkseinkommens nach Abzug der Gruppen 'Einkommen aus der Landwirtschaft'..., 'Löhne und Gehälter (ohne Landwirtschaft)'..., 'Ersparnis der Aktiengesellschaften'..., 'Einkommen aus der öffentlichen Unternehmertätigkeit und den Vermögen' ... und nach Addition der 'Zinsen aus Schulden der öffentlichen Hand'¹¹). Die Ergebnisse dieser Berechnung des Koordinationsministeriums sind in Tabelle 46 wiedergegeben. Nach allem bisher Gesagten geben diese Zahlen zweifellos ein viel zu niedriges Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit an: es soll nur etwa ein Viertel des gesamten Volkseinkommens ausmachen

2. Erläuterungen zur Veränderung des Einkommen (im Zusammenhang mit ihrer Besteuerung).

Es soll hier untersucht werden, in welchem Maß sich die Einkommensverteilung den Steuerangaben zufolge verändert hat. Hierzu kann als Ausgangspunkt die Gliederung der Einkommen von 1959 und 1960 aufgrund der Steuererklärungen übernommen werden (in Millionen Dr):

Tabelle 42

QUELLEN DES ANGEgebenEN STEUERPFlichtIGEN

EINKOMMENS IN DEN JAHREN 1959-1960.

(In Millionen Dr)

Einkommensquellen	1959 ⁺	1960 ⁺⁺
Immobilien.....	2.070,0	2.436,7
Bewegliche Werte.....	310,5	311,4
Handels- und Industrie- unternehmungen.....	4.950,4	4.897,1
Löhne und Gehälter.....	4.514,3	4.975,5
Freie Berufe.....	680,8	682,8
Agrarunternehmungen.....	18,0	28,0
Landverpachtung.....	22,3	13,7
Insgesamt.....	12.566,3	13.345,2

Quelle: + Statistical Yearbook of Greece, 1959-60, S. 327.

++ Statistical Yearbook of Greece, 1961, S.300.

Kennzeichnend für die Veränderung in dieser Tabelle ist die allgemeine Hebung des erklärten Einkommens aus allen wichtigen Quellen mit Ausnahme des Einkommens aus "Handels- und Industrieunternehmungen", wo eine Verminderung stattgefunden zu haben scheint. (Demgegenüber steigen die Löhne und Gehälter um 10,2%).

Bei der Erforschung der Ursachen dieser auffallend von der allgemeinen Tendenz abweichenden Veränderung können von vornherein folgende Annahmen ausgeschlossen werden:

- 1) Weder ist nach allen bisherigen Anzeichen die Zahl der Lohnarbeiter gestiegen, noch hat der Umfang der Unternehmer-tätigkeit abgenommen.
- 2) Löhne und Gehälter selbst sind nicht in dem Ausmaß erhöht worden, daß damit die Verringerung der Einkommen aus Handels- und Industrieunternehmungen erklärt werden könnte.

3) Auch ist die allgemeine wirtschaftliche Aktivität nicht zurückgegangen, denn dann müßte neben der Einkommensschmälerung aus den Unternehmungen eine entsprechende Schmälerung in den übrigen Sektoren festzustellen sein.

Auf der Suche nach den wahren Gründen der oben erwähnten Veränderung wird im folgenden auf die Einkommensstruktur, die den Steuererklärungen für die Jahre 1958 und 1960 zugrunde lag, eingegangen.

Tabelle 43

STEUERERKLÄRUNGEN UND EINKOMMEN
NACH BERUFSGRUPPEN GEGLIEDERT (1958 und 1960)

Berufsgruppe	1 9 5 8 ⁺		1 9 6 0 ⁺⁺	
	Anzahl der Personen	Angegebenes Einkommen (in Tausend Dr)	Anzahl der Personen	Angegebenes Einkommen (in Tausend Dr)
Rentner.....	22,575	1.129.788	20.233	927.567
Händler, Fabrikanten, Handwerker u. Gewerbetreibende.....	104.625	5.002.248	131.913	5.904.768
Landwirte.....	209	11.995	827	30.831
Lohn- u. Gehaltsempfänger.....	54.250	2.963.095	64.949	3.769.901
Freiberuflich Tätige.....	13.190	826.402	17.221	1.222.782
Pensionierte...	13.360	537.102	31.931	1.489.349
Insgesamt.....	208.290	10.470.630	267.074	13.345.198

Quelle: + Statistical Yearbook of Greece, 1958, S. 326 und 328.

++ Statistical Yearbook of Greece, 1961, S. 299.

Auch hier gewinnt man bei der Betrachtung der Einkommensveränderungen den Eindruck, daß das Einkommen der Rentner, Händler und Fabrikanten sich vermindert hat, während das der Lohn- und Gehaltsempfänger, der freiberuflich Tätigen und der Pensionierten angestiegen ist¹³). Würde man das durchschnittliche Monatseinkommen eines Händlers oder Fabrikanten mit dem eines Lohn- bzw. Gehaltsempfängers vergleichen, käme man zu folgenden erstaunlichen Ergebnis:

	Durchschnittliches Monatseinkommen in Dr	
	1958	1960
Händler oder Fabrikant	3.984	3.730
Lohn- bzw. Gehalts- empfänger.....	4.551	4.837

In Worten ausgedrückt, hieße das, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger 1958 bereits ein im Durchschnitt um 565 Dr höheres und 1960 dann ein um rund 900 Dr höheres Einkommen bezogen hätten als die Händler oder Fabrikanten.

Der Eindruck, daß diese Zahlen nicht die tatsächliche Einkommensverteilung wiedergeben, verstärkt sich noch, wenn man die Steuerpflichtigen nach Einkommensgruppen aufgliedert:

Tabelle 44

VERTEILUNG DER STEUERPFLICHTIGEN
NACH EINKOMMENSGRUPPEN (1960)

	Einkommensgruppen in Dr			
	unter 30.000	30.000 bis unter 100.000	100.000 bis unter 400.000	400.000 u. mehr
in absoluten Zahlen				
Rentner.....	10.443	8.533	1.117	140
Händler und Fabrikanten.....	65.892	58.545	6.718	758
Lohn- u. Gehaltsempfänger	10.248	48.992	5.558	151
Landwirte.....	350	441	31	-
Freiberuflich Tätige	2.737	11.578	2.815	91
Pensionierte.....	9.023	21.610	1.271	27
Insgesamt.....	98.693	149.699	17.510	1.167
in Prozenten				
Rentner.....	51,6	42,2	5,5	0,7
Händler und Fabrikanten.....	49,8	44,5	5,1	0,6
Lohn- u. Gehaltsempfänger	35,8	55,4	8,6	0,2
Landwirte.....	45,0	52,5	2,5	-
Freiberuflich Tätige	16,0	67,2	16,3	0,5
Pensionierte.....	28,3	67,7	4,0	-

Quelle: Zitiert nach Roukis, Emm., Die Besteuerung der Einkommen aufgrund der statistischen Gegebenheiten, Die Neue Ökonomie, Nr. 9, September 1961, S. 588.

Sähe man diese Statistik als glaubwürdig an, so hieße das, daß ungefähr 50 % der Rentner und der Händler und Fabrikanten, dagegen aber nur 35,8% der Lohn- und Gehaltsempfänger 1960 ein Jahreseinkommen bis unter 30.000 Dr bezogen. Zur Einkommensgruppe von 30.000 bis 100.000 Dr gehören demnach 44,5 % der Händler und Fabrikanten und 55,4% der Lohn- u. Gehaltsempfänger. In der Einkommensgruppe von 100.000 bis 400.000 Dr sind die entsprechenden Anteile 5,1 % und 8,6 %. Man gewinnt hier den Eindruck, daß die Rentner und die Händler und Fa-

brikanten hauptsächlich in der unteren Einkommensgruppe erfaßt sind, die Lohn- und Gehaltsempfänger, die freiberuflich Tätigen und die Pensionierten dagegen in den beiden mittleren Gruppen. In der obersten Gruppe (mit über 400.000 Dr jährlich) ist der Unterschied zwischen den einzelnen Raten unerheblich, bei Betrachtung der absoluten Zahlen gehören hierzu sogar mehr Lohn- und Gehaltsempfänger als Rentner (151 zu 140). Zu denken gibt außerdem, daß die Zahl der Händler und Fabrikanten, die ein Jahreseinkommen von über einer Million Dr angegeben haben, von 55 im Jahr 1958 auf 18 im Jahr 1960 gesunken ist¹⁴).

Für das Jahr 1961 weisen die Angaben über Steuererklärungen und Einkommen in den einzelnen Berufsgruppen die gleiche Tendenz auf.

Tabelle 45

STEUERERKLÄRUNGEN UND EINKOMMEN NACH BERUFS-
GRUPPEN IM JAHR 1961.

Berufsgruppe	Anzahl der Personen	Angegebenes Einkommen in Mill. Dr	A	B
Händler, Fabri- kanten, Handwer- ker usw.	135.922	6.823,5	- 2,7 %	- 4,3 %
Lohn-u.Gehaltsempf.	78.138	4.975,6	+ 1,4 %	+ 3,3 %
Rentner, Landwir- te, freiberufl. Tätige und Pen- sionierte.....	71.839	3.932,5	+ 1,3 %	+ 1,1 %
Insgesamt.....	285.899	15.731,6	-	-

A = Prozentuale Veränderung der Anzahl der Personen im Vergleich zu der des Jahres 1958.

B = Prozentuale Veränderung der Höhe des angegebenen Einkommens im Vergleich zu dem des Jahres 1958.

Quelle: Statistisches Amt von Griechenland (in Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Direktion für Besteuerung).

Zitiert nach To Vima, Beilage To Ökonomiko Vima, Athen 11. August 1962 (gr.).

Bemerkung: Das angegebene Einkommen bezieht sich auf lfd.Preise.

Würde man diese Angaben zugrunde legen, dann betrüge das durchschnittliche Monatseinkommen eines (steuerpflichtigen) Händlers oder Fabrikanten 4.183 Dr (ungefähr 545 DM) und **das eines (steuerpflichtigen) Lohn- und Gehaltsempfängers** 5.305 Dr (ungefähr 690 DM)! Auch hätte sich das angegebene Einkommen bei der Berufsgruppe der Händler, Fabrikanten und Handwerker stärker vermindert als deren Zahl, während bei den übrigen Berufsgruppen die Tendenz genau umgekehrt verläuft.

Angesichts dieser verwunderlichen Angaben soll noch einmal die Frage nach den wahren Gründen dieses Verhältnisses **zwischen Löhnen und Gehältern und Unternehmereinkommen** gestellt werden. Dabei ist vor allem festzuhalten, daß der abhängig Erwerbstätige ungleich geringere Chancen hat, bei der Steuererklärung seine wahre Einkommenshöhe zu verschleiern, zumal solche Bestrebungen in direktem Gegensatz zu den Interessen des Unternehmers stünden, der sein steuerpflichtiges **Einkommen durch Angabe höherer Produktionskosten formell möglichst niedrig halten möchte**. Es ist also anzunehmen, daß die Angaben über die Einkommen der abhängig Erwerbstätigen eher zutreffen und daß, wenn im Verhältnis dazu die Einkommen der Unternehmer unglaublich erscheinen, sie sicherlich weniger einer Korrektur bedürften als die letztgenannten. (Zugleich soll diese Bemerkung insofern noch berichtigt werden, als der Gruppe "Löhne und Gehälter" auch ein Teil der Unternehmereinkommen in Form der "Gehälter", die diese als Beauftragte ihrer Aktiengesellschaften beziehen, oder in Form der "Gehälter" der mithelfenden Familienangehörigen zugerechnet ist.)

Die angeblich sinkenden Unternehmereinkommen können auch kaum durch erhöhte private Investitionen erklärt werden, die gerade zwischen 1958 und 1960 in weit geringerem Maße gestiegen sind (18,5 % ohne Schiffe) als die öffentlichen (78,1 %).¹⁵⁾ So ist der Anteil der privaten Investitionen im gesamten Bereich der Wirtschaft im Jahr 1960 verglichen

mit 1958 um 10,8 % gefallen und ihr Anteil im Industriebereich 1960 sogar um 13 % im Vergleich zum Vorjahr¹⁶). Auch haben die Löhne und Gehälter nicht in dem Maße zugenommen, daß sie als Erklärung der "gesunkenen" Unternehmereinkommen dienen könnten. Dagegen sei darauf hingewiesen, daß zwischen 1957 und 1959 das Gesamteinkommen aus der verarbeitenden Industrie um 11,7 % (in laufenden Preisen), aus dem Handel um über 9 % und das Gesamteinkommen aus privater Unternehmertätigkeit um 11,2 % gestiegen ist¹⁷).

Nach diesen Erörterungen ist es berechtigt, den Schluß zu ziehen, daß die aus den Steuererklärungen hervorgehende Einkommensverteilung nicht den tatsächlichen Einkommensverhältnissen entspricht und daß als entscheidender Faktor für diese Verschleierung und Verzerrung eine weitverbreitete Steuerhinterziehung seitens der Unternehmer anzusehen ist. (Man spricht sogar von einem "Privileg der legalen oder illegalen Steuerhinterziehung" der hohen Einkommen in Griechenland)¹⁹). Aus den vorhandenen Steuerangaben ist daher nicht die Einkommensstruktur selbst, sondern nur die Beteiligung der einzelnen Berufsgruppen an den staatlichen Einnahmen in Form der direkten Steuern festzustellen. Wenngleich also diese Steuerangaben der Untersuchung des Veränderungsprozesses in der Einkommensverteilung nicht weiterhelfen können, so beweisen sie doch, daß den ungleich größeren Teil der schweren Last der direkten Steuern die abhängig Arbeitenden zu tragen haben.

Weiterhin lassen die Steuerangaben erkennen, daß der prozentuale Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am direkten Steueraufkommen sogar noch wächst, während der entsprechende Anteil der Unternehmer sich vermindert.

3. Die Entwicklung der Einkommen
nach amtlichen Zahlen und ihre Konfrontation
mit verschiedenen Statistiken.

Die folgende Tabelle gibt die amtlichen Angaben über die Verteilung des Volkseinkommens nach Einkommensgruppen für die Zeit von 1954 bis 1961 wieder:

Tabelle 46

ANTEIL DES EINKOMMENS AUS DER LANDWIRTSCHAFT,
DER ABHÄNGIGEN ARBEIT UND DER UNTERNEHMERTÄTIGKEIT
AM VOLKSEINKOMMEN (1954-1961).

(in Millionen Dr zu lfd. Preisen)

Jahr	Einkommen aus der Landwirt- schaft	Löhne und Gehälter	Einkommen a.d. Unter- nehmertätigk. u.d. privaten Vermögen ⁺	Summe des Volksein- kommens
1954.....	17.445	18.704	13.198	49.696
1955.....	19.787	21.144	14.927	56.269
1956.....	22.420	25.025	17.942	65.892
1957.....	24.637	27.220	18.213	70.690
1958.....	23.305	29.389	19.897	73.254
1959.....	23.333	31.399	20.754	76.388
1960.....	23.143	34.659	22.582	81.504
1961.....	27.785	38.200	24.530	91.784

Quelle: Koordinationsministerium (Hrsg.), Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1959, S. 14. Dass. Nationalrechnungen Griechenlands 1958-1961, S. 24.

⁺ Ersparnisse der Aktiengesellschaften sowie das direkte Steueraufkommen der AG sind mit enthalten.

Bemerkung: Die Differenz zwischen der Summe des Volkseinkommens und der Summe der Einkommensgruppen stellt das Einkommen aus öffentlicher Unternehmertätigkeit und öffentlichen Vermögen (nach Abzug der Zinsen für öffentliche Schulden) dar.

Hält man sich die ökonomische Situation und die Zunahme der Anzahl der Arbeiter und kleinen Angestellten vor Augen, so erscheint es zweifelhaft, daß diese Statistik die geltenden Einkommensverhältnisse bei den einzelnen Einkommensgruppen in Griechenland zum Ausdruck bringt. Die inhaltliche Bestimmung der Einkommensgruppen und auch die Methode, mit deren Hilfe die Einkommen aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen errechnet werden, sind -wie bereits angedeutet wurde (vgl. S. 117 - 120)- anfechtbar. Nun läßt sich aus der obigen Tabelle schließen, daß die Einkommen aus der Unternehmertätigkeit bzw. den privaten Vermögen zwischen 1957 und 1961 nur um 34,6% angestiegen sind. Die folgenden Angaben liefern jedoch einen Nachweis für eine viel höhere Rentabilität der industriellen Unternehmungen in Griechenland.

Tabelle 47

RENDITE DES EIGENKAPITALS
IN DER GRIECHISCHEN INDUSTRIE

	1957	1958	1959	1960	1961
Zahl v. Unternehmungen	394	391	421	447	461
Eigenkapital (in Mio Dr)	3.386,0	3.517,3	3.617,2	4.193,0	4.766,8
Netto-Profit (in Mio Dr)	180,9	196,2	271,2	465,8	416,1
Rendite.....	5,34%	5,57%	7,50%	11,11%	8,37%

Quellen: Für die Jahren 1957-59 nach Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg), Die griechische Industrie im Jahr 1960, Athen 1961, S. 74-76.
Für die Jahren 1960-61 zitiert nach Papasachos, I., Industrielle Profite und Arbeitseinkommen, in: Synchrona Themata, 1. Jg., Nr. 5, Athen Mai-Juni 1963, S. 565.

Was hierbei interessiert, ist nicht die Höhe der Zahlen, sondern allein ihre verschiedene Entwicklung in den fünf Jahren, die man in Prozentangaben so zusammenfassen könnte:

	<u>1957-59</u>	<u>1957-61</u>
Zunahme der Zahl der Unternehmungen um	6,8%	17,0%
Zunahme des Eigenkapitals um.....	6,8%	40,7%
Zunahme der Netto-Profite um.....	49,8%	130,0%

Wenngleich die Einkommen aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen auch die nicht-industriellen Wirtschaftszweigen einschließen (wodurch eine möglicherweise höhere Profitrate in der Industrie nicht in Erscheinung tritt), ist den obigen Angaben zufolge die steigende Tendenz der industriellen Profitrate also wesentlich stärker, als es die vom Koordinationsministerium angegebene allgemeine Wachstumsrate der Unternehmereinkommen in der Zeit von 1957 bis 1961 (34,6%) vermuten läßt. Die Diskrepanz zwischen der steigenden Tendenz der industriellen Profite und der amtlich angegebenen für das Unternehmereinkommen insgesamt läßt sich sogar noch schärfer zeigen, wenn die Entwicklung von 1957 bis 1960 berücksichtigt wird; dann steigen die Netto-Profite der Industrie um 156,9%, während das Unternehmereinkommen nach der amtlichen Statistik nur eine Zunahme von 24% zu verzeichnen hat.

Auch gegenüber dem Bankwesen und den Versicherungsunternehmen zeigt die Profitbildung des industriellen Kapitals einen beachtlichen Vorsprung.

Tabelle 48

DIE ENTWICKLUNG DES AKTIENKURSES
ZWISCHEN 1952 UND 1960

(1952 = 100)

Jahr	Aktienkurs von Industrie-Untern.	Aktienkurs v. Banken u. Versicherungsunt.
1952.....	100	100
1956.....	191	117
1957.....	203	148
1958.....	202	162
1959.....	231	195
1960.....	411	348

Quelle: Zitiert nach Goutas, D., Löhne und Gehälter in

der EWG und in Griechenland, S. 8.

Darüber hinaus werden die Angaben der offiziellen Statistik noch durch eine Untersuchung des Gewerkschaftsbundes widerlegt, in der den vom Koordinationsministerium veröffentlichten Zahlen andere von der Gewerkschaft gegenübergestellt werden, die aufgrund von Angaben des Sozialversicherungsfonds und des Statistischen Amtes errechnet wurden.

Tabelle 49

GLIEDERUNG DES UNTERNEHMER- UND ARBEITSEINKOMMENS
NACH ANGABEN DES KOORDINATIONSMINISTERIUMS
UND DES GEWERKSCHAFTSBUNDES (1959)

	Nach Koordinations- ministerium ⁺		Nach den Zahlen ¹ des Gewerkschaftsbundes	
	(i. Mio Dr)	(in %)	(in Mio Dr)	(in %)
Summe.....	52.153	100,0	52.153	100,0
I. Arbeitseinkommen				
a) Ohne Beamte....	-	-	(17.507 ⁺⁺)	(33,6)
b) Beamte.....	-	-	(4.068 ⁺⁺)	(7,7)
c) Insgesamt.....	31.399	60,3	21.575 ⁺⁺	41,3
II. Unternehmerein- kommen.....	20.754	39,7	30.578	58,7

Quellen: + Vgl. Tabelle 46 .

++ Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands, XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4, Bericht zum Thema "Entlohnung und Arbeitsbedingungen, Athen Oktober 1961, S. 5.

Unter der Annahme, daß diese Berechnungen der tatsächlichen Einkommensverteilung entsprechen, soll auf die Differenz zwischen den obigen Angabequellen aufmerksam gemacht werden. Beträgt das Gesamteinkommen aus Löhnen und Gehältern (ohne Landarbeiter und Beamten) nach dem Gewerkschaftsbund 17.507 Millionen Dr, so verhalten sich die Anteile der Einkommen aus Löhnen bzw. Gehältern und aus der Unternehmertätigkeit wie 33,6% zu 58,7%, nach den Zahlen des Koordinationsministeriums dagegen fast umgekehrt, nämlich wie 52,4% (das Beamten Einkommen wird nicht berücksichtigt) zu 39,7%. Es ergibt sich demnach zwischen den amtlichen Angaben und

der Berechnung des Gewerkschaftsbundes eine Differenz der Höhe des Arbeitseinkommens (ohne das Beamten Einkommen) von $(31.399 - 4.068 = 27.331 - 17.507 =) 9.824$ Millionen Dr, die 18,8% des gesamten Einkommens beider Gruppen (52.153 Millionen Dr) ausmacht oder 31,3% des amtlich angegebenen Einkommens aus Löhnen und Gehältern (31.399 Millionen Dr). Daraus läßt sich schließen, daß die Summe von 9.824 Millionen Dr Unternehmerprofite bzw. Einkommen der leitenden Angestellten darstellt, oder anders ausgedrückt, daß das Einkommen aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen im Jahr 1959 $(20.754 + 9.824 = 30.578)$ Millionen Dr sich zu etwa 32% seiner Höhe unter der Bezeichnung "Gehälter" verborgen hat.

Aus allen verfügbaren Angaben über die Entwicklung von Produktion und Produktivität, über Beschäftigungsgrad, die Lohnentwicklung und Einkommensverteilung läßt sich nachweisen, daß ein erheblicher Teil des Unternehmereinkommens amtlich als Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger bezeichnet wird oder überhaupt nicht in Erscheinung tritt. Daran wird deutlich, wie sehr die realen Einkommensverhältnisse im heutigen Griechenland verschleiert werden sollen.

4. Die Entwicklung des Nominallohnes in den Jahren von 1953 bis 1963.

Die Entwicklung des Nominallohnes ist während der Periode von 1953 bis 1963 sehr ungleichmäßig. In der unteren Gruppe der Tageslöhne, die ungefähr 20% der abhängig Erwerbstätigen umfaßt²³), ist ein relativ hoher Anstieg zu verzeichnen; demgegenüber ist der Anstieg bei den oberen Einkommensgruppen der abhängigen Arbeit geringer. Die folgenden Zahlen spiegeln die Entwicklung der anteren Löhne bei Männern und Frauen zwischen 1953 und 1962 wieder.

Tabelle 50

ENTWICKLUNG DES UNTEREN NOMINALLOHNS
IN DEN JAHREN 1953 BIS 1962

Jahr	Tageslohn v. Männern (in Dr)	Tageslohn v. Frauen (in Dr)
1953.....	28	22,40
1954.....	31,25	25
1955.....	37	29
1956.....	42	32
1958.....	47,50	36,50
1960.....	52	40
1962.....	57	44
Anstiegsrate 1953-62	103,9 %	96,3 %

Quelle: Goutas, D., Monats- und Tageslöhne in der EWG und in Griechenland, Athen 1962, S. 10; (für die Jahre 1956-1960 vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Greece Today, Nr. 13, Athen Oktober 1960, S 5). Für das Jahr 1962: Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Greece Today, Nr. 34, Athen Juli 1962, S. 6.

Die Steigerung der unteren Tageslöhne beträgt demzufolge zwischen 1953 und 1962 bei den Männern 103,9 % und bei den Frauen 96,3 %. Dagegen nahm der Tageslohn der Lehrlinge in der Industrie zwischen 1956 und 1962 nur um (1956: 16 Dr - 1962: 24 Dr) 50 % zu und in den übrigen Wirtschaftszweigen in der gleichen Zeit auch nur um (1956: 15 Dr - 1962: 22 Dr) 50 %, während die entsprechende Zunahme bei den unteren Monatslöhnen der Männer und Frauen (1956: 1.081 - 1962: 1.430) 32,3 % und (1956: 802 - 1962: 1.160) 44,6 % betrug²⁴).

Um die allgemeine Bewegung des Nominallohns berechnen zu können, werden zunächst die Zahlen des monatlichen Arbeits-
einkommens, die die Gewerkschaft für die Jahre 1954 und 1961
angegeben hat, aufgeführt (in Dr):

Tabelle 51

ENTWICKLUNG DES ARBEITSEINKOMMENS

VON 1954 BIS 1961

(Angaben in Dr)

	1954	1961	Anstiegs- rate %
1. Unqualifizierter Arbeiter..	813	1.297	59,0
2. Qualifizierter Arbeiter (25 Arbeitstage plus 15 Arbeitstage der Ehefrau)...	1.450	2.147	48,1
3. Techniker (25 Arbeitstage plus 15 Arbeitstage der Ehefrau).....	1.593	2.552	60,2

Quelle: XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4, S. 3.

Da eine Berechnung der durchschnittlichen Anstiegsrate des Lohnes bei den obigen drei Gruppen nicht möglich ist, wird hier der günstigste Wert von 60,2% für den allgemeinen Lohnanstieg zwischen 1954 und 1961 angenommen. Mit der optimalen Anstiegsrate von 1953 bis 1954 um (vgl. Tabelle 52) 11,6% ergibt sich also zwischen 1953 und 1961 als höchstmögliche Anstiegsrate knapp 79%.

Die Steigerung des durchschnittlichen Tageslohnes betrug im Jahr 1962 nach einer Stichprobeerhebung des Sozialversicherungsfonds für die Männer (Januar: 77 Dr - Dezember: 82 Dr) 6,5%, für die Frauen (Januar: 48 Dr - Dezember: 52 Dr) 8,5% und für die Lehrlinge (Januar: 31 Dr - Dezember: 33 Dr) 6,4%²⁵). Wenn man berücksichtigt, daß die männlichen Arbeiter und Lehrlinge die große Mehrheit ausmachen, dann ergibt sich ein durchschnittlicher Anstieg von schätzungsweise 7%. Wird diese Erhöhung von 7% der von 79% (1953-1961) hinzugefügt, dann kann die gesamte Zunahme des Nominallohnes in der Zeit von 1953 bis 1962 mit rd. 91% angenommen werden.

Um die bereits erfolgte Schlußfolgerung zumindest durch eine andere Quelle zu prüfen, wird mit Hilfe anderer Angaben noch einmal auf die Zunahme des Nominallohns zwischen 1953 und 1962 eingegangen.

Tabelle 52

DIE ENTWICKLUNG DER NOMINALLÖHNE
IN DEN JAHREN 1953 BIS 1959
(in Dr)

Arbeitszweig	1953	1954	1955	1956	1959	A%
1. Metallindustrie: +						
a) Kesselschmiede (über 5 Jahre Dienst).....	35,84	(Mai) 36,80	41,80	42,00	51,00	42
b) Kupferschmiede (über 7 Jahre Dienst).....	36,96	41,25	46,25	-	56,00	51
c) Schmiede (über 6 Jahre Dienst).	35,84	40,00	45,00	-	55,00	53
2. Angestellte bei der Omnibusgesell- schaft: !!.....						
a) Männer (bis 4 Jahre Dienst)...	756	844	972	1.116	1.250	65
b) Frauen (bis 4 Jahre Dienst)...	728	813	924	1.062	1.050	44

A = Anstiegsrate der nominellen Tages- und Monatslöhne in den Jahren 1953 bis 1959.

+ Nationalvertrag. (Angabe in Tageslöhnen)

++ Vertrag für Gebiet von Athen. (Angabe in Monatslöhnen)

Quelle: Für die Zahlen von 1953 bis 1956: Karalis, A., und Potiris, J., Die Entwicklung der niedrigen Grenze von Löhnen und Tageslöhnen, Athen 1957, S. (1a) 418, (1b) 417, (1c) 418, (2a) 66, (2b) 69. Für die Ziffern von 1959: Bulletin für Arbeitsgesetzgebung, zitiert nach Die Neue Ökonomie, 13. Jg., Nr. 10, Athen Oktober 1959, S. 704.

Im Hinblick auf den nicht repräsentativen Charakter der obigen Angaben soll für den Nominallohn zwischen 1953 und 1959 eine Zunahme von 58% angenommen werden²⁶⁾.

Für die Entwicklung des Nominallohnes von 1960 bis 1962 werden die folgenden Ergebnisse einer Stichprobeerhebung des Sozialversicherungsfonds herangezogen.

Tabelle 53

ENTWICKLUNG DES DURCHSCHNITTLICHEN TAGESLOHNES
ZWISCHEN 1960 UND 1962
(in Dr)

	1960	1961	1962(Dez.)	Anstiegs- rate %
Männer.....	70	73	82	17,1
Frauen.....	42	45	52	23,6
Lehrlinge.....	26	29	33	26,9

Quelle: Sozialversicherungsfonds. Zitiert nach Papasachos, I., Ebenda, S. 564; für Dezember 1962 nach Ökonomikos Tachydromos, Athen 4.7.1963, S. 3.

Die höchste Anstiegsrate in den Jahren von 1960 bis 1962 beträgt für die Lehrlinge 26,9%. Wird die größere Zahl der männlichen Arbeiter bzw. die Anstiegsrate für die Frauen berücksichtigt, so kann als ungefähre Zunahme zwischen 1960 und Dezember 1962 21% angenommen werden. Rechnet man diese Anstiegsrate zu der von 58% (1953-59) hinzu, dann steigt der Nominallohn von 1953 bis 1962 um rd. 91%.

Bei einer Gegenüberstellung dieser Zunahme des Nominallohns um 91% mit der Zunahme der Lebenshaltungskosten und der Verteuerung des Existenzminimums einer Arbeiterfamilie um rd. 150% (vgl. S. 150) ergibt sich eine Abnahme des Reallohnes um rd. 24%.

5. Der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen.

Im Vergleich zu dem Anteil des Unternehmereinkommens macht das Arbeitseinkommen am Volkseinkommen aufgrund der amtlichen Zahlen (vgl. Tabelle 46) folgende Rate aus:

Tabelle 54

ANTEIL DES ARBEITS- UND DES UNTERNEHMEREINKOMMENS
AM VOLKSEINKOMMEN
ZWISCHEN 1954 UND 1961
(Angaben in Prozenten)

	Anteil des Arbeits- einkommens am Volks- einkommen (in %)	Ver- ände- rung + -	Anteil des Unternehmer- einkommens am Volkseinkommen (in %)	Ver- ände- rung + -
1954.....	37,6	-	26,5	-
1955.....	37,6	0,0	26,5	0,0
1956.....	37,9	+ 0,3	27,4	+ 0,9
1957.....	38,5	+ 0,6	25,8	- 1,6
1958.....	40,1	+ 1,6	27,2	+ 1,4
1959.....	41,1	+ 1,0	27,2	0,0
1960.....	42,9	+ 1,8	27,9	+ 0,7
1961.....	41,9	- 1,0	26,9	- 1,0
1954-1961...	-	+ 4,3	-	+ 0,4

Aus den obigen Zahlen läßt sich schließen, daß die Anteile des Arbeits- bzw. des Unternehmereinkommens am Volkseinkommen sich zwischen 1954 und 1961 rund um 40% bzw. 27% bewegen. Daß die angegebenen Anteile einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten, wird am Beispiel des Jahres 1959 deutlich, in dem das gesamte Einkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten nur 22,9% des entsprechenden Volkseinkommens ausmachte, dagegen aufgrund der amtlichen Angaben 37,1%. Eine Feststellung der tatsächlichen Höhe des Anteils aus den zwei Einkommensquellen am Volkseinkommen scheitert an dem mangelhaften statistischen Material. So verliert auch eine Nachprüfung der Veränderung des Anteils beider Einkommensquellen am Volkseinkommen ihre Bedeutung.

Die Statistik des Koordinationsministeriums ist also nicht einmal als Grundlage einer genaueren Berechnung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten und seines tatsächlichen Anteils am Volkseinkommen zu gebrauchen.

Fünftes Kapitel

DIE ENTWICKLUNG VON LOHN, PRODUKTION,
BESCHÄFTIGUNG UND PRO-KOPF-JAHRESPRODUKT
IN DER INDUSTRIE

Zusammenfassend soll die Entwicklung des Nominal- und Reallohnes mit der Entwicklung der industriellen Produktion, der Beschäftigung und des Pro-Kopf-Jahresproduktes verglichen werden.

Tabelle 55INDEX FÜR INDUSTRIELLE PRODUKTION,
BESCHÄFTIGUNG UND PRO-KOPF-JAHRESPRODUKT
(1952=100)

Jahr	Produktion	Beschäftigung	Pro-Kopf-Jahresprodukt
Mit Elektrizitätserzeugung:			
1953.....	113,7	96,5	117,8
1954.....	138,7	100,9	137,5
1955.....	147,6	102,5	144,0
1956.....	152,0	100,0	152,0
1957.....	165,3	100,4	164,6
1958.....	183,0	102,1	179,2
1959.....	189,9	96,9	196,0
1960.....	208,0	99,0	210,0
Ohne Elektrizitätserzeugung:			
1953.....	112,6	95,7	117,7
1954.....	139,6	99,5	140,3
1955.....	144,1	100,4	143,5
1956.....	146,0	97,5	149,7
1957.....	157,2	97,8	160,7
1958.....	173,9	99,5	174,8
1959.....	175,7	94,1	186,7
1960.....	189,2	96,0	197,1

Quelle: Verband griechischer Fabrikanten. Zitiert nach Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1960, S. 147.

Die industrielle Produktion stieg während der Periode von 1953 bis 1960 (mit Elektrizitätserzeugung) um 82,9% bzw. (ohne Elektrizitätserzeugung) um 68,0%. Die Beschäftigung ist als stagnierend anzusehen. Demgegenüber verzeichnet das Pro-Kopf-Jahresprodukt eine Zunahme von 78,1% bzw. 67,5%. Bei stehenbleibender Beschäftigung erfolgte demnach eine Steigerung der Produktion und des Pro-Kopf-Jahresproduktes um rd. 68% (ohne Elektrizitätserzeugung).

Der Vergleich zwischen der Entwicklung von Produktion, Produktivität und Beschäftigung und der des Nominal- und Reallohnes ergibt folgendes Verhältnis:

Tabelle 56

ENTWICKLUNG VON PRODUKTION, PRODUKTIVITÄT,
BESCHÄFTIGUNG UND NOMINAL- bzw. REALLOHN
ZWISCHEN 1953 UND 1960

	Periode 1953 - 1960
1. Wachstumsrate der industriellen Produktion..	68,0 %
2. Wachstumsrate des Pro-Kopf-Jahresproduktes.....	67,5 %
3. Wachstumsrate der Beschäftigung.....	0,7 %
4. Wachstumsrate des Nominallohnes (1953-61)...	79,0 %
5. Verminderung des Reallohnes (1953-61) ⁺	- 14,0 %

+ Vgl. S. 152 der vorliegenden Arbeit.

Es ist zu berücksichtigen, daß das Realeinkommen der abhängigen Arbeit in der Industrie zwischen 1953 und 1961 abnimmt bei stärker Zunahme des Pro-Kopf-Jahresproduktes. Dies weist darauf hin, daß das Wachstum der Produktivität ausschließlich den Unternehmern zugute kommt ¹⁾ und daß es nicht das Arbeitseinkommen ist, das einen Vorsprung in der Entwicklung der Einkommen aufweist. Umgekehrt kann das reale Arbeitseinkommen nicht einmal seine Höhe von 1953 halten.

Sechstes Kapitel

ABZÜGE VOM NOMINALLOHN

Um die Relation zwischen Nominalwert und Kaufkraft des Einkommens eines abhängig Erwerbstätigen feststellen zu können, sind die verschiedenen Institutionen zu erwähnen, die von vornherein einen Teil des Arbeitseinkommens für sich in Anspruch nehmen.

1. Bemerkungen zur steuerlichen Belastung
des Arbeitseinkommens.

(1) Belastung durch die indirekte Besteuerung. Wie die folgende Tabelle zeigt, sind die indirekten Steuern die primäre Einnahmequelle des Staatshaushaltes. Da sie in der Hauptsache in Form von Konsumsteuern erhoben werden, tragen die Arbeitseinkommen, besonders die niedrigen Einkommensgruppen, die Hauptlast.

Tabelle 57

ANTEIL DER DIREKTEN UND INDIREKTEN STEUERN
AN DER GESAMTBESTEuerung.
(in Mill. Dr)

	Direkte Steuer	%	Indirekte Steuer	%	Summe	%
1956:	2.341	22,6	8.007	77,4	10.348	100,0
1957:	2.479	22,0	8.807	78,0	11.286	100,0
1958:	2.677	21,6	9.713	78,4	12.395	100,0
1959: +	2.397	19,6	9.824	80,4	12.221	100,0
1960: +	2.494	18,9	10.720	81,1	13.214	100,0

+ Vorläufige Angaben

Quelle: Oberster Staatsrechnungshof. Zitiert nach der Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1960, S. 56.

Danach stellen die indirekten Steuern 1960 81,1 % des gesamten Steueraufkommens dar, machen also ein Vielfaches der direkten Steuern aus. Darüber hinaus verdeutlicht die obige Tabelle, daß der Umfang der indirekten Steuern wesentlich schneller wächst als der der direkten. Ihr Verhältnis betrug 1956 noch 22,6 % zu 77,4 %, dagegen 1960 schon 18,9 % zu 81,1 %. Während die indirekten Steuern zwischen 1956 und 1960 um 33,8 % anstiegen, nahmen die direkten nur um 6,5 % zu. Es folgt eine Gegenüberstellung der Zusammensetzung des Steueraufkommens aus direkten und indirekten Steuern in Griechenland und in anderen europäischen Ländern im Jahr 1958:

Tabelle 58

ANTEIL DER DIREKTEN UND INDIREKTEN STEUERN
IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN

	Direkte Steuer %	Indirekte Steuer %
Deutschland.....	40,3	59,7
Belgien.....	36,5	63,0
Frankreich.....	39,5	60,5
Griechenland.....	21,6	78,4
Italien.....	19,3	80,7
Luxemburg.....	48,0	52,0
Niederlande.....	53,0	47,0

Quelle: Zitiert nach Société Générale d'Études
et de Planification (Hrsg.), Allgemeine
Umschau der griechischen Industrie, S. 84.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß Griechenland und Italien die Länder sind, bei denen der Umfang der indirekten Besteuerung den der direkten bei weitem übersteigt

Das hohe Maß der indirekten Besteuerung beweist, daß die

Hauptlast der staatlichen Steuerpolitik vorwiegend die unteren Einkommen zu tragen haben. So heben Fachleute hervor¹⁾, daß die hohen Zölle auf Importwaren, die für den allgemeinen Konsum bestimmt sind, einen erheblichen Anteil an der indirekten Steuerbelastung der Arbeiter und Angestellten bilden. 1936 machte die Konsumsteuer nach einer Untersuchung des Obersten Wirtschaftsrates schon 42 % der Lebenshaltungskosten einer Arbeiterfamilie aus²⁾. Gegenwärtig ist eine Bestimmung des Anteils der indirekten Steuerlast an den Lebenshaltungskosten der unteren Einkommensgruppen wegen fehlender Angaben unmöglich.

(2) Belastung durch die direkte Besteuerung. Nach dem Gesetz über die "einheitliche Besteuerung", das im Jahr 1955 in Kraft trat, ist der Anteil des jährlichenlohneinkommens bis zu 50.000 Dr steuerpflichtig, der über den Freibetrag von 12.000 Dr für jeden Erwerbstätigen und 2.000 Dr für jedes weitere Familienmitglied hinausgeht³⁾. (In diese Einkommensgruppe fallen fast alle Arbeiter und Angestellten). Dabei wird stillschweigend unterstellt, daß zur Lebenshaltung der erwerbstätigen Arbeiter und Angestellten pro Monat 1.000 Dr (127 DM) benötigt werden, für seine Ehefrau und seine Kinder 166 Dr (21,50 DM). Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie werden demzufolge jährlich 18.000 Dr (rd. 2.300 DM) als nicht zu versteuernder Freibetrag anerkannt.

Wie aber an anderer Stelle gezeigt wurde, belaufen sich die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie auf mindestens 36.000 Dr (rd. 4.600 DM) jährlich. So müssen also in diesem Fall 18.000 Dr oder die eine Hälfte der minimalen Lebenshaltungskosten bereits versteuert werden.

Bei der Ermittlung der unteren Grenzen des Existenzminimums wurde von amtlicher Seite offensichtlich nicht die Kaufkraft des Arbeitseinkommens berücksichtigt, sondern lediglich die

Höhe des Nominallohnes, denn je mehr die Preise der Waren anstiegen und die Nominallöhne erhöht wurden, dest höher wurden wiederum die unteren Einkommen besteuert⁴⁾. Wird also der gestiegene Nominallohn in eine höhere Besteuerungsklasse eingestuft, bedeutet das unter Umständen einen Rückgang des realen Arbeitseinkommens, falls, wie es meistens geschieht, Preiserhöhungen folgen oder bereits vorausgegangen sind⁵⁾. Die verstärkte steuerliche Belastung des Lohn-einkommens, selbst wenn die Preiserhöhung von einer entsprechenden Lohnerhöhung begleitet wird, zeigt ein Beispiel des Gewerkschaftsbundes für den Fall einer vierköpfigen Beamtenfamilie, wobei die angenommene Preiserhöhung⁶⁾ von 17 % zwischen 1957 und 1961 zugrunde liegt.

Tabelle 59

STUEBERBETRAG DES BEAMTENGEHALTES
IN DEN JAHREN 1957 UND 1960
(Angaben in Dr)

	1957	1960
Jahresgehalt.....	54.000	63.200
Versicherungsbeiträge.....	- <u>3.000</u>	- <u>4.000</u>
	51.000	59.200
Steuerfreies Einkommen ⁷⁾	- <u>16.200</u>	- <u>18.000</u>
	34.800	41.200
Lebenshaltungskosten.....	- <u>18.000</u>	- <u>18.000</u>
Steuerpflichtiges Einkommen..	16.800	23.200
Steuerbetrag.....	1.200	1.950

Quelle: Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands (Hrsg.), XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4, S. 7.

Selbst wenn also die Lohnerhöhung von 17 % die vorangegangenen Preissteigerungen hätte auffangen können, hat die zusätzliche Besteuerung von 750 Dr das reale Arbeitseinkommen doch entsprechend vermindert, die Kaufkraft also verringert. Daran läßt sich das Ausmaß der zusätzlichen

Steuereinnahmen aus der Einkommensgruppe "Löhne und Gehälter" durch Erhöhung der Nominallohne ermessen⁸⁾.

Im Jahr 1962 wurde das Steuergesetz insofern revidiert, als der steuerfreie Betrag des Lohneinkommens von 2.000 auf 4.000 Dr für jedes Familienmitglied hinaufgesetzt wurde⁹⁾. Gleichzeitig mit dieser Revision wurde jedoch die indirekte Besteuerung derjenigen Waren erhöht, die den Großteil des Konsums vor allem der unteren Schichten ausmachen, also namentlich Brot, Zucker, Kaffee, Zigaretten, Bier und außerdem die Telefongebühren¹⁰⁾. Die Begründung, die steuerliche Belastung der Lohnerwerbstätigen verringern zu wollen, erweist sich als nicht stichhaltig, denn die Erhöhung der indirekten Steuern belastet zusätzlich sogar die Einkommen¹¹⁾, die noch unterhalb der Steuerpflichtgrenze liegen¹²⁾.

Als größte Ungerechtigkeit des Steuersystems ist wohl die Vorschrift anzusehen, nach der nicht der jährliche Gesamtverdienst, sondern die Höhe des Tageslohnes über Steuerfreiheit oder Steuerpflicht entscheidet. Das bedeutet im einzelnen: das Arbeitseinkommen ist dann steuerpflichtig, wenn der Arbeiter einen Brutto-Tageslohn von über 70 Dr bezieht, und zwar auch in dem Fall, wenn weniger als hundert Arbeitstage im Jahr gearbeitet wurde. So muß beispielsweise der Arbeiter, der hundert Arbeitstage bei einem Tageslohn von 70 Dr beschäftigt war, also ein Brutto-Jahreseinkommen von 7.000 Dr bezog, davon noch 1 % Steuer bezahlen, obwohl ein Einkommen in dieser Höhe bei anderen Gruppen von Erwerbstätigen nicht steuerpflichtig wäre. Ein anderes Beispiel: Arbeiter und Angestellte, die nicht mehr als 150 bis 180 Arbeitstage beschäftigt sind und ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 17.000 Dr beziehen, müssen davon 3 % Steuern abführen¹³⁾.

Im Gegensatz zur strengen Besteuerung der unteren abhängigen Einkommen sind die Steuerbedingungen für das Unternehmertum und vor allem für das Großunternehmertum als äußerst günstig

zu bezeichnen. Daß die indirekten Konsumsteuern die Groß-einkommen bei weitem nicht so schwer belasten wie die unteren Einkommensgruppen, liegt auf der Hand und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Dazu ist aber auch die direkte Besteuerung der Unternehmereinkommen beträchtlich eingeschränkt, und zwar durch zahlreiche Gesetzesdekrete. So sind die verteilten Profite der Gesellschaften steuerfrei, während auf die nichtverteilten Profite nur eine Steuer von 35 % erhoben wird, wenn diese Profite in der Zeit vom 1.10.1959 bis zum 31.12.1964 (nach der Gesetzesverordnung Nr. 4002 von 1959) nicht zu Investitionen verwandt werden. Zum Vergleich seien die entsprechenden Daten anderer Länder angeführt:

Tabelle 60

STEUERSATZ AUF DIE PROFITE
IN VERSCHIEDENEN LÄNDERN

	Steuer auf die nichtverteilten Profite (in %)	Steuer auf die verteilten Pro- fite (in %)
Belgien.....	25-40	20
Bundesrepublik Deutschland	51	15
Frankreich.....	50	50
Griechenland.....	35	-
Niederlande.....	43	43

Quelle: Zitiert nach Société Générale d'Études et de Planification (Hrsg.), Allgemeine Umschau der griechischen Industrie, S. 85.

Im allgemeinen "könnte man in der Praxis von einer umgekehrten Progressivität des Steuersystems (die indirekte Besteuerung miteingeschlossen) in Griechenland sprechen, demzufolge in der Realität die hohen Einkommen relativ niedriger besteuert werden, während die niedrigen Einkommen eine höhere Last an direkten und indirekten Steuern zu tragen

haben" 14).

Diese Ausführungen sollten beweisen, daß das staatliche Steueraufkommen sich nicht gleichmäßig und angemessen auf die verschiedenen Einkommensgruppen verteilt, sondern im wesentlichen das Einkommen der abhängig Erwerbstätigen belastet. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die Arbeiterklasse nicht nur durch ihr niedrig gehaltenes Einkommen, sondern zusätzlich durch ihren hohen Steuerbeitrag sowohl direkt die staatlichen Ausgaben wie auch indirekt die Geschäfte der Privatunternehmer ermöglicht und finanziert.

Die Belastung eines Jahreseinkommens von 36.000 Dr beläuft sich durch indirekte Steuern auf 40%¹⁵⁾ und durch direkte Steuern (für eine vierköpfige Familie) auf (Steuerbetrag von 540 Dr bei steuerpflichtigem Einkommen von 12.000 Dr) 4,5%.

2. Abzüge vom Bruttolohn.

Hier sollen die Abzüge der gesetzlich festgelegten Pflichtbeiträge vom Bruttolohn der abhängig Erwerbstätigen für 1961 aufgezählt werden: 2)

- a) 5,5 % des Arbeitseinkommens als Beitrag zum Sozialversicherungsfonds (IKA),
- b) 1,0 % als Beitrag zur Organisation für Beschäftigung und Arbeitslosenversicherung (OAAA),
- c) 1,0 % als Beitrag zur Organisation für den Bau von Arbeiterwohnungen (OEK),
- d) 1,0 % als Beitrag zu einem Fonds für Familienzulagen,
- e) 3,0 % als Beitrag für Zusatzversicherungen.
- f) Ein Tageslohn pro Jahr für das "Arbeiterhaus" (Ergatiki Estia).

Insgesamt machen diese Abzüge rd. 11,9 % des Bruttolohnes aus.

3. Zusammenfassung.

Nach diesen Angaben werden von einem durchschnittlichen Bruttolohn von 36.000 Dr jährlich für direkte Steuern (4,5%) und für Sozialbeiträge (11,9%) ungefähr 16,4% abgezogen).

(In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß dem jährlichen Bruttolohn insgesamt 58 Tageslöhne für arbeitsfreie Tage hinzugefügt werden. Bei den vom Sozialversicherungsfonds und vom Gewerkschaftsbund angegebenen Zahlen des Nominallohnes sind entsprechend zusätzliche Einnahmen und Sozialabzüge mitgerechnet).

Siebtes Kapitel

DAS VERHÄLTNIS DES NOMINALLOHNES
ZU DEN LEBENSHALTUNGSKOSTEN

1. Die Zunahme der Lebenshaltungskosten.

Das Fehlen einer vollständigen Statistik der Preisbewegung¹⁾ erschwert diese Untersuchung entscheidend. Es kann nur versucht werden, aufgrund von vorhandenen Zahlen ein Bild der Preisentwicklung zumindest näherungsweise zu konstruieren. Zur Betrachtung der Gesamtentwicklung zwischen 1953 und 1961 dienen die Indexzahlen für die Lebenshaltung der Bank von Griechenland, der Amerikanischen Mission und des Gewerkschaftsbundes^{1a)}.

Tabelle 61INDEXZAHLEN FÜR DIE LEBENSHALTUNGSKOSTEN
ZWISCHEN 1953 UND 1961

	Bank v. Griechenl.	Amerik. Mission	A (GSEE)
1953.....	100,0	100,0	100,0
1954.....	122,1	125,5	133,9
1955.....	129,2	130,6	142,0
1956.....	138,2	144,4	155,5
1957.....	141,3	147,3	160,0
1958.....	143,2	148,6	164,9
1959.....	146,5	155,2	172,3
1960 Januar....	148,2	155,5	175,9
Mai.....	-	159,5	180,3
Juli.....	-	-	183,4
November..	-	-	192,9
1961 Juni.....	-	-	208,5

A = Monatlicher Bedarf eines 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalts nach GSEE.

Quelle: Errechnet nach B., Angaben für die Löhne und Tageslöhne, in: Die Neue Ökonomie, 14. Jg., Nr. 9, Athen September 1960, S. 595-596. Die Ziffern von November 1960 sind errechnet nach B., Das Jahr 1960 der griechischen Arbeitenden, in: Die Neue Ökonomie, 15. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1961, S. 42. Für Juni 1961 vgl. GSEE (Hrsg.), XIV. All-griechischer Kongreß, Heft 6, S. 3.

Nach der Bank von Griechenland steigen die Preise zwischen 1953 und Januar 1960 um 48,2 %, nach Angaben der Amerikanischen Mission um 55,5 % und nach den Feststellungen des Gewerkschaftsbundes um ungefähr 76 % an. Die großen Differenzen zwischen den einzelnen Angaben beruhen darauf, daß die Zusammensetzung des jeweiligen Verbrauchsschemas, nach dem die drei Indexreihen berechnet wurden, verschieden ist. Während die Indexzahlen der Bank von Griechenland und der Amerikanischen Mission auf eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Durchschnittsfamilie zutreffen sollen, spiegeln die Angaben der Gewerkschaft speziell die Bedürfnisse einer Arbeiterfamilie wieder. Von der Bank von Griechenland und der Amerikanischen Mission sind auch Luxus- und Halbluxusgüter in die Berechnung miteinbezogen worden, wohingegen die Gewerkschaft hauptsächlich einfache Konsumgüter erfaßte. Die Differenzen zwischen den drei Angaben beruhen also darauf, daß die Preise für einfache Konsumgüter stärker angestiegen sind als die für Konsumgüter des mittleren und gehobenen Bedarfs²⁾. In der Zeit von 1953 bis November 1960 sind nach den Angaben der Gewerkschaft die Preise der von der Arbeiterfamilie benötigten Konsumgüter um 93 % und bis Juni 1961 sogar um 108,5 % angestiegen.

Unter der Annahme, daß die Preise zwischen Juni 1961 und Mai 1962 sich nicht weiter verändert, dagegen von Juni 1962 bis April 1963 wieder um mehr als 20 % zugenommen haben³⁾, sind die Lebenshaltungskosten eines durchschnittlichen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes bis April 1963 auf ungefähr 4.670 Dr gestiegen, d.h. im Vergleich zu 1953 um ungefähr 15

Den amtlichen Angaben zufolge wird der Preisanstieg zwischen Juni 1962 und April 1963 aber nur auf 8,1 % geschätzt⁴). Das kann jedoch, wie bereits erwähnt, der tatsächlichen Erhöhung der Preise von einfachen Konsumgütern kaum entsprechen.

2. Der monatliche Mindestbedarf.

Der vom Gewerkschaftsbund errechnete Lebensmittelbedarf einer Arbeiterfamilie bezieht sich lediglich auf eine minimale Warenmenge der unteren Verbrauchergruppe und ist in laufenden Preisen berechnet. Die als Durchschnitt angenommene Arbeiterfamilie besteht aus dem Familienvater, der Ehefrau und zwei Kindern, die die Volksschule besuchen. Für Juni 1960 betrug der monatliche Mindestbedarf einer Arbeiterfamilie:

Tabelle 62

MONATLICHER MINDESTBEDARF EINER ARBEITERFAMILIE NACH PREISEN (Juni 1960).

Bedarfsgruppe	Ausgabensumme (in Dr)
1. Nahrungsmittel.....	1.525,45
2. Licht und Heizung.....	140,50
3. Miete (zwei Zimmer mit Vorkriegsmiete)	165,--
4. Reinigung.....	140,95
5. Beförderungsmittel.....	100,80
6. Erziehungsausgaben für zwei Kinder....	80,--
7. Tabak.....	150,--
8. Zeitungen.....	30,--
9. Freizeitausgaben.....	180,--
10. Kirche.....	16,--
11. Kleidung a) Ehemann.....	202,--
b) Ehefrau.....	122,--
c) Knabe.....	74,--
d) Mädchen.....	36,--
Kosten des monatlichen Gesamtbedarfs.....	2.962,70

Quelle: GSEE. Büro für Studium und Statistik. Bulletin, Nr. 82, Athen Juni 1960, S. 2-4.

In Prozenten ausgedrückt, betragen die einzelnen Ausgabenposten einer Arbeiterfamilie:

Nahrungsmittel.....	51,5 %
Wohnung und Reinigung.....	15,1 %
Kleidung.....	14,6 %
Beförderungsmittel.....	3,4 %
Erziehung der Kinder.....	2,7 %
Sonstiges.....	12,7 %

Wie bereits erwähnt wurde (vgl. Tabelle 61), haben sich bis Juni 1961 die Gesamtausgaben einer Arbeiterfamilie⁵⁾ auf 3.390 Dr erhöht.

3. Nominal- und Reallohn.

Stellt man der in dieser Untersuchung angenommenen Erhöhung der Konsumgüterpreise zwischen 1953 und Anfang 1963 um 150 % (vgl. S. 150) die Zunahme des Nominallohnes in der gleichen Zeit um ungefähr 91 % (vgl. S. 136) gegenüber, so ist demzufolge der durchschnittliche Reallohn in Griechenland in der bezeichneten Periode um ungefähr 24 % zurückgegangen.

Gegenüber 1961 - bis dahin hatte der Reallohn seit 1953 bereits um ungefähr 14 % abgenommen (durch Anstieg der Preise um 108,5 % bei gleichzeitiger Zunahme des Nominallohnes um ungefähr 79 %) - wird Anfang 1963 die Existenzgrundlage der Arbeiterschaft weiter geschmälert. Die Verteuerung in den ersten Monaten von 1963 hat, wie bereits jede frühere, zu einer Intensivierung von Arbeitskämpfen geführt, die eine erneute Anhebung des Nominallohnes zur Folge hatte. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die jeweilige Erhöhung des Nominallohnes, die zur Angleichung des Arbeitseinkommens an die bereits angestiegenen Preise vorgenommen wird, nicht das Ausmaß der Verteuerung ausgleichen kann. Die Kaufkraft des Arbeitseinkommens tendiert deshalb zu einer steten Abnahme.

Achstes Kapitel

DAS WACHSENDE DEFIZIT IM ARBEITERHAUSHALT

Aus der Tabelle 62 erweist sich, daß die Kosten des monatlichen Bedarfs einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im Juni 1960 rd. 3.000 Dr betrugen. Bei dieser Berechnung des Gewerkschaftsbundes werden allerdings die Vollbeschäftigung des Familienvaters an 25 Arbeitstagen im Monat sowie die Teilbeschäftigung der Ehefrau an 15 Arbeitstagen im Monat vorausgesetzt. Gleichzeitig verweist die Gewerkschaft auch darauf, daß die Statistik des Sozialversicherungsfonds nicht 25, sondern 22 Arbeitstage als monatliche Beschäftigung annimmt⁶). Entsprechend geringer dürfte die monatliche Beschäftigung der Ehefrau eingeschätzt werden (13 Arbeitstage).

Bei den günstigeren Zahl von Arbeitstagen der Gewerkschaft sollen in den weiteren Ausführungen die günstigeren Werte des Sozialversicherungsfonds in bezug auf den Tageslohn zugrunde gelegt werden (für Juni 1960: 60 Dr für Männer und 37,50 Dr für Frauen). Demnach ergibt die Bilanz des Arbeiterhaushaltes im Juni 1960 folgenden Bild⁷).

Tabelle 63

BILANZ DES ARBEITERHAUSHALTES
IM JUNI 1960

	Angaben in Dr	
Kosten des monatlichen Mindestbedarfes		3.000
Einkommen:		
1. Aus 25 Tageslöhnen des Mannes		
60 X 25 =	1.500	
2. Aus 15 Tageslöhnen der Frau		
37,50 X 15 =	560	
3. Insgesamt.....	2.060	2.060
Defizit im Arbeiterhaushalt.....		940

Die Kosten des monatlichen Mindestbedarfes werden für Juni 1961 auf 3.400 Dr geschätzt⁸). In derselben Zeit betrug der Verdienst eines qualifizierten Arbeiters (25 Arbeitstage) mit seiner Frau (15 Arbeitstage) 2.147 Dr und eines Technikers mit seiner Frau (25 bzw. 15 Arbeitstage) 2.552 Dr (vgl. Tabelle 51). Das Defizit im Arbeiterhaushalt beläuft sich demnach für Juni 1961 auf rd. 1.250 Dr bzw. 850 Dr.

Da aber bis April 1963 der monatliche Mindestbedarf auf rd. 4.100 Dr gestiegen sein dürfte⁹), muß das Defizit im Arbeiterhaushalt selbst bei Zugrundelegung eines Tageslohnes von 82 Dr für Männer und von 52 Dr für Frauen¹⁰) sich im Durchschnitt vergrößert haben.

Tabelle 64

BILANZ DES ARBEITERHAUSHALTES IM APRIL 1963

	Angaben in Dr
Kosten des monatlichen Mindestbedarfes	4.100
Einkommen:	
1. Aus 25 Tageslöhnen des Mannes	
82 X 25 =	2.050
2. Aus 15 Tageslöhnen der Frau	
52 X 15 =	780
3. Insgesamt.....	2.830
Defizit im Arbeiterhaushalt.....	1.270

Die Frage nach der Deckung dieses Defizits im Arbeiterhaushalt kann nur mit dem Hinweis auf die Unterernährung des griechischen Volkes beantwortet werden. Die mangelhafte Ernährungsweise muß also als direkte Folge des so gering bemessenen Arbeitseinkommens angesehen werden¹¹). Hier sei erwähnt, daß die durchschnittliche Ernährung des griechischen Volkes vor dem Krieg 2.300 Kalorien betrug, die des englischen Volkes dagegen während des Krieges immer noch 2.827.

Kalorien¹²). Dabei wurden allein 60 % in Form von Kohlehydraten verzehrt (in England 35 %)¹³). In der Zeit 1954 - 1955 erhöhte sich die durchschnittliche Kalorienzahl auf 2.540¹⁴) (in England 3.230)¹⁵) und in den Jahren 1958 - 1959 auf 2.650¹⁶), wobei jedoch der Anteil der Kohlehydrate immer noch sehr hoch gewesen sein muß¹⁷). Während der Griechen täglich nur 23 Gramm tierische Eiweißstoffe konsumiert, sind es z.B. in der Bundesrepublik Deutschland 45 Gramm und in Frankreich 49 Gramm. Darüber hinaus ist sogar der Fleischkonsum pro Person im Vergleich zur Vorkriegszeit leicht gesunken (rund 5 %). Zwischen 1952 und 1957 verringerte sich auch der Konsum von Öl um 8,7 %, "hauptsächlich wegen der erheblichen Preiserhöhung"¹⁸).

Die Verschlechterung der Ernährung bedeutet eine ernste Gefahr für die Gesundheit besonders der unteren Volksschichten. So hat beispielsweise die Tuberkulose sich immer weiter verbreitet. Allein 1958 sind im Vergleich zum Vorjahr 13,9 % mehr Fälle an Tuberkulose erkrankter Lohnarbeitstätiger in Sanatorien eingeliefert worden¹⁹). Besonders von Drüsentuberkulose (zwischen 10 und 42 %)²⁰) und Milzerkrankungen werden die Kinder befallen. Der permanente Mangel an Eiweiß, Vitaminen und Fett führt oftmals zur Kachexie und dazu, daß das physiologische Wachstum frühzeitig aufhört.

Neuntes Kapitel

DIE GESETZGEBUNG ÜBER DIE LOHNFESTSETZUNG

Im Zuge der Bestrebungen des Staates, den akuten Arbeitskämpfen durch eine staatlich manipulierte Festsetzung der abhängigen Einkommen gesetzlich vorzugreifen und der wachsenden Unruhen in der griechischen Gesellschaft Herr zu werden, wurden von 1935 an endlich Arbeitsverträge ausgehandelt¹⁾. Zwar waren zuvor bereits zweimal Gesetzentwürfe zur Einführung von Tarifverträgen vorbereitet worden (1913 und 1927), doch erlangten diese niemals Gesetzeskraft. Obwohl auch durch das Gesetz 281 (Art. 20 § 5) aus dem Jahr 1914 den "Körperschaften das Recht eingeräumt wurde, Tarifverträge abzuschließen"²⁾, kam eine entsprechende Regelung nie zustande. Als die Gewerkschaftsbewegung sich damals gerade formiert hatte, ließ sie sich auch schon durch Störmanöver der bürgerlichen Klasse aufspalten, so daß sie nicht als einheitliche Machtgruppe dem Unternehmertum gegenüberzutreten konnte.

In dem permanenten Krisenzustand während der dreißiger Jahre waren in Griechenland harte Kämpfe der Arbeiterschaft eine tägliche Erscheinung. Daraufhin gewann in kapitalistischen Kreisen die Idee einer Integration der abhängigen Arbeit durch staatliche Intervention immer mehr an Boden³⁾. Als Folge wurde das Notgesetz über Arbeitstarifverträge im Jahr 1935 verabschiedet, das allerdings ohne Bedeutung blieb⁴⁾, da die Spitzen der beiden Gewerkschaftsorganisationen den Interessen und Zielen der Unternehmer nicht geeint gegenübertraten. Die Unternehmer forderten daher von nun an, daß der Durchsetzung des "sozialen Friedens" und der Einführung von kollektiven Arbeitstarifverträgen die Liquidierung der opponierenden Gewerkschaftsorganisation vorausgehen müsse. Diese Forderung sollte auf die Verstaatlichung der Gewerkschaft insgesamt hinauslaufen. Als diese Bedingung praktisch durch die Diktatur von Metaxas erfüllt worden war

wurde das Notgesetz von 1935 durch das Gesetz 547 (Art. 16)⁵⁾ und durch das Gesetz 99⁶⁾ im Jahr 1937 bzw. 1936 ergänzt. Darin wurde vor allem die zwangsweise Festsetzung der abhängigen Einkommen dekretiert.

Während des Krieges wurde die Gültigkeit der kollektiven Tarifverträge ausgesetzt. Von 1944 bis 1947 setzten die Minister für Wirtschaft und Arbeit die Monats- und Tageslöhne der Arbeiter fest (Notgesetz 28/1944). 1944 wurde "die Kontrolle und Festsetzung der einheimischen Produktionsausgaben vor allem für die Monats- und Tageslöhne usw."⁷⁾ unter die Aufsicht des stellvertretenden Ministerpräsidenten gestellt (Gesetz 395/1944). 1946 ist diese Aufgabe jedoch vom Koordinationsminister übernommen worden⁸⁾. Mit Hilfe eines solchen Verordnungsverfahrens versucht der Staat, die Entwicklung der Monats- und Tageslöhne unter Kontrolle zu halten, um die Arbeitskosten stabilisieren zu können. Im Gegensatz zu dieser strengen staatlichen Aufsicht über ^{die} Löhne wurden die Produktion, die Preisentwicklung und das Konsumangebot überhaupt keiner Kontrolle unterworfen. Die einseitige Maßnahme der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen führte nicht nur dazu, daß die Produktionstätigkeit des Landes sich kaum auf die lebenswichtigen Bereiche der Volkswirtschaft konzentrierte (als Symptom dafür ist das Fehlen einer langfristigen Wirtschaftsplanung des Staates anzusehen), sondern auch dazu, daß die Kaufkraft des Arbeitseinkommens selbst durch willkürliche Preissteigerungen vermindert und der Minimalkonsum der Bevölkerung insgesamt gefährdet wurden⁹⁾. Dieser von 1944 bis 1947 herrschende chaotische Zustand spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder:

Tabelle 65INDEXZAHLEN FÜR DIE KAUFKRAFT DER MONATS- UND
TAGESLÖHNE ZWISCHEN 1944 UND 1947

(1938 = 100)

1938	100
1944 November.....	61
1945 Juni.....	37
1946 Januar.....	22
Juni.....	42
Oktober.....	57
1947 bis November.....	50 - 60

Quelle: Zitiert nach Trimis, G., Die Dürftigkeit des griechischen Arbeitseinkommens, S. 29 und 75-76.

Deutlich tritt hier die Verminderung des Reallohns in der Nachkriegszeit, verglichen mit dem in der Vorkriegszeit, hervor. Die bereits genannten Folgen des vom Staat angewandten Ordnungsverfahrens auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft lassen sich an der Entwicklung der Kaufkraft der Monats- und Tageslöhne ablesen.

Als 1947 die Gewerkschaften erneut de facto verstaatlicht wurden¹⁰⁾, kam es zum Abschluß kollektiver Arbeitsverträge auf nationaler Ebene, wonach jedoch die Festsetzung der Löhne auch weiterhin durch die Regierung verordnet werden konnte¹¹⁾. Im einzelnen bestehen seit dieser Zeit drei Formen der Lohnfestsetzung: die Regierungsverordnung, der Kollektivvertrag und die schiedsrichterliche Entscheidung. Daß diese Situation die Entwicklung der Arbeitseinkommen jedoch nur ungünstig beeinflußt hat, wird durch folgenden Vergleich der Kaufkraft der Löhne mit der im Jahre 1938 gezeigt:

Tabelle 66

INDEXZAHLEN FÜR DIE KAUFKRAFT DER MONATS- UND
TAGESLÖHNE ZWISCHEN 1947 UND 1950

(1938 = 100)

1938	100
1947 bis November (vor dem Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen)	50-60
ab November (nach dem Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen)	70-90
1948 (Rückgang der Kaufkraft des Ar- beitseinkommens um 22 % im Ver- gleich zum Jahr 1947).....	55-68
1949 Mai.....	65
1950.....	58

Quelle: Zitiert nach Trimis, G., Ebenda, S. 29
und 42. Für das Jahr 1950 zitiert nach
Antaios, Nr. 2, Athen Februar 1951, S. 122.

Der Reallohn hatte demnach 1950 seinen Vorkriegsstand bei weitem noch nicht wieder erreicht (lediglich 55 - 60 %). Dagegen hatte die industrielle Produktion bereits bis 1948 wieder 75 - 80 % ihres Vorkriegsstandes erreicht¹²). "Das bedeutet, daß das Einkommen der Unternehmer stieg, während der Tageslohn in demselben Zeitabschnitt zurückgeblieben ist"¹³). Der Stagnation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens stand also eine Zunahme der Profite der Unternehmer gegenüber, eine Tendenz, die durch die geltenden Formen der Lohnfestsetzung stark begünstigt wurde.

1955 trat dann insofern eine Änderung ein, als das Verordnungsverfahren aufgehoben und die Lohnfestsetzung insgesamt umgestaltet wurde (Gesetz 3229/1955)¹⁴). Nach diesem neuen Gesetz wird, wenn die Verhandlungen zwischen Unternehmern und abhängig Erwerbstätigen fehlgeschlagen sind, die Streitfrage unaufgefordert vom Arbeitsministerium an ein Schiedsgericht verwiesen. Dafür ist vorgesehen, daß der Beamte des Arbeitsministeriums, der an den Verhandlungen teil-

nimmt, seinem Ministerium innerhalb von fünf Tagen einen Bericht vorlegt (Art. 9, § 1), der wiederum innerhalb von fünf Tagen an das Schiedsgericht weitergeleitet werden muß (Art. 9, § 2). Die Abfassung und Weiterleitung des Berichtes wird den Verhandlungspartnern schriftlich mitgeteilt (Art. 9, § 3)¹⁵). Mit dem Tag der Bekanntmachung ist "jeder Versuch der Interessierten zur Erzwingung einer für sie günstigen Lösung der betreffenden Streitfrage durch Unterbrechung der Arbeit oder durch Verminderung der Arbeitsleistung usw."¹⁶) für einen Zeitabschnitt von 45 bis 60 Tagen verboten (Art. 18, § 2). Nach amerikanischem Muster ist hier eine zeitlich begrenzte Aussetzung des Streikrechts vorgesehen (sogenannte "cooling off period")¹⁷). Die Verletzung dieses Gesetzes seitens der Arbeiter wird mit Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses, d.h. mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle bestraft. Die Urheber und Anstifter zu dieser Gesetzesverletzung können sogar mit Gefängnis von drei bis sechs Monaten bestraft sowie mit einer Geldbuße belangt werden¹⁸). Dem Sinn des Gesetzes nach ist also das Streikrecht der Arbeiter für anderthalb bis zwei Monate nach Abbruch der Verhandlungen mit den Unternehmern praktisch aufgehoben. Die freie Verhandlung über Lohn und andere Arbeitsbedingungen ist für diese Zeit rechtlich nicht gesichert, das Streikrecht durch Androhung von Strafen beschnitten.

Weiter führt das Gesetz aus: "Falls ein kollektiver Arbeitsvertrag oder ein Schiedsgerichtsbeschluß der allgemeinen oder speziellen Wirtschafts- oder Sozialpolitik der Regierung widerspricht, können die Minister für Koordination und Arbeit durch begründeten Beschluß ... den betreffenden kollektiven Arbeitsvertrag oder Schiedsgerichtsbeschluß ganz oder teilweise verändern oder nicht zulassen"¹⁹). Daran wird deutlich, daß das Ordnungsverfahren zur Festsetzung der Monats- und Tageslöhne durch die Regierung weiter in Kraft bleibt und die Zwangskomponente in der sogenannten "freien Gestaltung der Arbeitsbedingungen" darstellt.

So kann nach Art. 4 § 2 die Gültigkeit jedes Arbeitsver-

trages um zwei Monate verlängert werden, wie es der Dauer der "cooling off period" entspricht. Jedoch kann durch außerordentlichen Ministerbeschluß die Gültigkeit eines Arbeitsvertrages sogar um zwölf Monate verlängert werden (Art. 4, § 3)²⁰). Dieses Verfahren muß als schwerer Eingriff in das Streikrecht betrachtet werden. Die staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik im heutigen Griechenland dienen also **teilweise** zur Ergänzung und Vervollkommenung der autoritären Politik der Metaxas-Diktatur.²¹)

121

Zu den "kollektiven Arbeitsverträgen" muß bemerkt werden, daß einem großen Teil von ihnen kein anderer Inhalt zukommen kann, als der, den die Regierung und die Unternehmer jeweils gelten lassen wollen. Dies mag daraus hervorgehen, daß z.B. die Streiks in den letzten Jahren zum allergrößten Teil erfolglos waren. Wie die Tabelle 90 dieser Arbeit zeigt, wurden bei einer Gesamtzahl von 463 Streiks zwischen 1958 und 1961 nur 34 mit einem vollen und 42 mit einem teilweisen Erfolg beendet. Auf 60 Streiks hin war lediglich eine Zusicherung für zukünftige Verbesserungen seitens der Unternehmer zu erhalten²²). 291 Streiks wurden erfolglos abgebrochen. Die tatsächliche Bedeutung vieler Arbeitsverträge, die seit dem Kriege bis heute abgeschlossen wurden, lag lediglich darin, der von den Unternehmern gewünschten Herabsetzung des Reallohnes, die **durchaus von einer Erhöhung des Nominallohnes verdeckt** sein konnte, einen legitimen Vorwand zu geben. Ebenso stellte das Verfahren der Aushandlung neuer Verträge nur eine Fiktion dar. Einmal sind beide Verhandlungspartner nicht auch wirklich Vertreter entgegengesetzter Interessengruppen. Die sogenannte "Körperschaft der Arbeiter" ist heute nur noch scheinbar eine Arbeiterorganisation, da die Verhandlungen nicht durch Vertreter der Arbeiter geführt werden, sondern durch eine gewerkschaftliche Bürokratie, die ihre Posten und Privilegien den Unternehmern und den Behörden zu verdanken hat. Bei den Kollektivverhandlungen fehlt also die erste elementare Voraussetzung einer wahren Vertretung der Arbeiterschaft²³).

Außerdem unterliegt nur ein Verhandlungspartner staatlichen Eingriffen: während die heutige Arbeitergewerkschaft von Behörden kontrolliert und gelenkt wird, ist bei den Tarifverhandlungen die Körperschaft der Unternehmer nur scheinbar der staatlichen Vermittlungsinstanz untergeordnet. Auf diese Weise wird die Fortsetzung der Arbeitspolitik der Unternehmer durch die angeblich "überparteiliche" Intervention von Behörden ermöglicht. Indirekt wird damit erreicht, daß die Arbeitspolitik der Unternehmer die Kraft behördlicher Entscheidungen erlangt, wobei die Gewerkschaft nur als Instrument von Unternehmern und Staat dient. Wenn trotz dieser Maßnahmen und Einrichtungen eine Erhöhung des Arbeits Einkommens immer noch nicht verhindert werden kann, übernimmt der Staat dann offen die Verantwortung dafür, daß die Arbeitskosten der Unternehmer möglichst niedrig gehalten, die Streiks der Arbeiter mit allen Mitteln gebrochen und die Arbeiter zur Annahme von für die Unternehmer günstigen Bedingungen gezwungen werden. Der Staat tritt also nur fiktiv als überparteilicher Vermittler zwischen den beiden Verhandlungspartnern auf.

Das Gesetz 3239/1955 soll also nur der Erhöhung der Arbeits einkommen entgegenwirken, was eine wesentliche Bedingung für die Beschleunigung der Kapitalakkumulation der Unternehmer ist, und gleichzeitig die Abwehrmöglichkeiten der Arbeiterschaft erheblich einschränken. Unter diesen Umständen von einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer reden zu wollen, kann kaum ernst genommen werden, da der bürgerlichen Gesellschaft Griechenlands innewohnende Antagonismus bisher nur eine Verschärfung erfahren hat.

Teil III

DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE

Die gehemmte Entwicklung der Produktivkräfte in Griechenland verursacht seit der Jahrhundertwende eine permanente Beschäftigungskrise. Daraus ergibt sich ein bedeutender Verlust an Arbeitspotential (sei es durch Arbeitslosigkeit, durch Zunahme schmarotzerischer Gewerbe, sei es durch Unterbeschäftigung bei Familienunternehmungen usw.) mit gleichzeitig hoher Auswanderungsrate von Arbeitskräften¹). Die Diskrepanz zwischen Arbeitssuchenden und Beschäftigungsmöglichkeiten hat sich in der Nachkriegszeit verschärft. Es sind damit nicht solche Beschäftigungsprobleme gemeint, die als Folge des Krieges entstanden sind²), sondern solche, die mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Rückständigkeit der Produktionsgrundlage des Landes eng zusammenhängen.

Im folgenden wird versucht, die Entwicklung der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit, der Unterbeschäftigung sowie der Auswanderung zu analysieren. Eine befriedigende Lösung dieser Aufgabe wird dadurch erschwert, daß zum Beschäftigungsproblem - trotz seiner Wichtigkeit für Griechenland - amtliche statistische Angaben nur unvollständig zu erhalten sind oder gänzlich fehlen.

Zehntes Kapitel

DIE ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGUNG

Eine vollständige statistische Darstellung der Entwicklung der Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie für die Jahre von 1950 bis 1961 ist nicht vorhanden. Doch liegt eine Statistik des Verbands griechischer Fabrikanten vor, die 570 Industrieunternehmungen mit 78.896 Arbeitern und

Angestellten im Jahr 1950 erfaßt. Der Anteil der in den erfaßten Betrieben Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Industrie³⁾ beläuft sich auf 57 %. Im einzelnen wurden folgende Beschäftigtenzahlen erfaßt:

Tabelle 67

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN
BEI 570 AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIE-
UNTERNEHMUNGEN AN DER GESAMTZAHL DER BESCHÄFTIGTEN
IM JEWEILIGEN INDUSTRIEZWEIG (1950)

Industriezweig	Zahl von Beschäftigten	Prozentsatz an d. Gesamtbeschäft.
Metall.....	667	100 %
Maschinenbau.....	9.491	73 %
Bauindustrie.....	3.216	68 %
Textil.....	32.222	55 %
Nahrungsmittel.....	6.207	28 %
Chemie.....	13.119	78 %
Leder.....	833	39 %
Druck und Papier.....	2.573	64 %
Bekleidung.....	292	55 %
Holzverarbeitung.....	952	57 %
Tabak.....	6.110	84 %
Elektrische Industrie.....	2.143	30 %
Elektrotechnische Industrie.	1.071	86 %
Insgesamt.....	78.896	57 %

Quelle: Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1961, Athen 1962, S. 33.

In der nächsten Tabelle wird die Entwicklung der Beschäftigtenzahl bei den obengenannten Industrieunternehmen gezeigt:

Tabelle 68

DURCHSCHNITTliche BESCHÄFTIGTENZAHL
BEI 570 AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIEUNTERNEHMUNGEN
ZWISCHEN 1950 UND 1961

Jahr	Zahl der Beschäftigten	Prozentsatz der Veränderung
		im Vergleich zum Jahr 1950 + - %
1950.....	78.896	-
1951.....	79.142	+ 0,3
1952.....	79.508	+ 0,8
1953.....	76.748	- 2,7
1954.....	80.226	+ 1,7
1955.....	81.459	+ 3,2
1956.....	79.540	+ 0,8
1957.....	79.843	+ 1,2
1958.....	81.175	+ 2,9
1959.....	77.062	- 2,3
1960.....	78.672	- 0,3
1961.....	81.741	+ 3,6

Quelle: Die absoluten Zahlen nach Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1961, S. 35.

Die Beschäftigung bei diesen 570 Industrieunternehmen nahm bis 1961 um 2.845 Personen oder 3,6 % im Vergleich zu 1950 zu. Bedenkt man aber, daß gerade im Vorjahr 1960 die Beschäftigtenzahl die von 1950 um 0,3 % unterschritt und daß während des ganzen Zeitabschnittes von 1950 bis 1961 erhebliche Schwankungen zu verzeichnen sind, kann diese Zunahme um 3,6 % nur als unbedeutend bezeichnet werden. Eher sollte von einer Stagnation der industriellen Beschäftigung gesprochen werden. Demgegenüber ist die industrielle Produktion bei einem Index von 100 für 1950, 1958 auf 193, 1959 auf 195, 1960 auf 210 und 1961 auf 223 angestiegen (ohne Elektrizitätserzeugung)⁴).

Diese gegenläufigen Tendenzen bei Beschäftigung und Produktion der verarbeitenden Industrie⁵⁾ finden ihre Erklärung darin, daß in dieser Zeit Modernisierungs- und teilweise Erweiterungsinvestitionen eine Zunahme des Produktionsvolumens bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl ermöglichten. Da aber die griechische Industrie in ihrer Entwicklung ihren beschränkten Rahmen doch nicht übersteigt, wird es kaum zu einem Anwachsen der Beschäftigtenzahl kommen können⁶⁾.

Zur Gegenüberstellung sei auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in anderen Ländern verwiesen:

Tabelle 69

INDEX FÜR BESCHÄFTIGUNG IN DER VERARBEITENDEN
INDUSTRIE GRIECHENLANDS UND ANDERER LÄNDER

Jahr	Öster- reich ⁺	Däne- mark ⁺⁺	Finn- land ⁺⁺⁺	Bundesrepublik Deutschland ⁺⁺⁺⁺	Griechen- land ⁺⁺⁺⁺⁺
1955.....	94	98	106	88	100
1956.....	98	97	109	94	98
1957.....	100	99	106	98	98
1958.....	100	100	100	100	100
1959.....	100	108	103	102	95
1960.....	103	114	109	107	97
1961.....	106	114	112	110	101

Quelle: UNO, Monthly Bulletin of Statistics, 16. Bd., Nr. 7, New York Juli 1962, S. 10.

- ⁺ Bergbau ist einbezogen.
- ⁺⁺ Seit 1958 ohne Zucker-Fabriken und Raffinerien.
- ⁺⁺⁺ Bergbau ist einbezogen. Die Gelegenheitsarbeiter sind ausgeschlossen.
- ⁺⁺⁺⁺ Vor 1959 ohne Saarland.
- ⁺⁺⁺⁺⁺ Die Elektrizitätserzeugung ist einbezogen. Die Zahlen betreffen allein das Gebiet von Athen und Piräus.

Während also der Beschäftigungsindex in Österreich um 12, in Dänemark um 16, in Finnland um 6 und in der Bundesrepublik Deutschland um 22 zunahm, stieg er in Griechenland um 1.

Elftes Kapitel

ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG

1. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung
zwischen 1946 und 1960.

Aus den vorhandenen Angaben geht hervor, daß zwischen dem 30. Juni 1946 und dem 31. Juli 1947 bei den Arbeitsämtern 115.479 Arbeitsuchende registriert waren und 42 % der Registrierten im Laufe dieser Zeit bereits einen Arbeitsplatz gefunden haben. In Wirklichkeit jedoch gibt die obige Zahl nur einen Teil der Arbeitslosen an¹⁾. Schon im Sommer 1946 wurde ihre tatsächliche Zahl, bei einer Gesamtzahl von 2.630.000 Erwerbspersonen, auf 197.000²⁾ geschätzt. Für 1951 wurden dann 178.800 von 2.839.481 Erwerbspersonen³⁾ als Arbeitslose angegeben. Für Juni 1952 schätzte das Koordinationsministerium 156.000 Arbeitslose, wobei allerdings nur die Arbeiter in den Städten erfaßt wurden⁴⁾.

Als besonderes Kennzeichen der griechischen Wirtschaft ist daneben die Teil- oder Unterbeschäftigung anzusehen. Wie in der "Gewerkschaftlichen Arbeitsrevue" im Jahr 1957 berichtet wurde, waren die Industriearbeiter durchschnittlich nur **an 20 statt an 25 Tagen im Monat⁵⁾ beschäftigt^{5a)}**. Die jährliche Durchschnittsbeschäftigung in der verarbeitenden Industrie betrug 221 Arbeitstage⁶⁾. Diese Situation sei noch durch einen Hinweis auf die Textilindustrie verdeutlicht, in der 1956 von einer Gesamtzahl von 22.000 Webstühlen und 550.000 Spindeln fast die Hälfte außer Betrieb, die andere Hälfte nur mit 50 % ihrer Kapazität eingesetzt waren. Während die maximale Beschäftigungsmöglichkeit der griechischen Textilindustrie auf 100.000 Arbeiter geschätzt wird, sind jedoch nur 40.000 Personen darin tätig⁷⁾.

Noch mehr Unterbeschäftigung als in der Industrie herrscht

in der Landwirtschaft. Der Überschuß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft wurde bereits 1940 mit 40,3 % aller landwirtschaftlich Erwerbstätigen angenommen⁸⁾. In der Nachkriegszeit ist verschiedene Male versucht worden, die Höhe der Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft zu bestimmen. Für 1946 schätzte man bei insgesamt 1.446.000 Erwerbspersonen in der Landwirtschaft den Anteil der Beschäftigten auf 54 %, den der Nichtbeschäftigten auf 46 %.⁹⁾ Für 1953 wurde die Zahl der Unterbeschäftigten in der Landwirtschaft nach "The Economist" mit 800.000 und von griechischen Experten mit 960.000 Personen angenommen¹⁰⁾. Nach einer Untersuchung von K. Ferentinos betrug der Überschuß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft (ohne Forstwirtschaft und Fischerei) für 1953 ebenfalls ungefähr 830.000 Personen, das sind 33,4 % der Gesamtzahl von 2.489.000 Personen im Alter von 15 bis 69 Jahren, die von der Landwirtschaft leben¹¹⁾.

In der nächsten Tabelle werden nach Zahlen der Agrarbank von Griechenland aus dem Jahr 1955 die der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden und die tatsächlich erforderlichen Arbeitskräfte angegeben..

Tabelle 70

ÜBERSCHUSS AN ARBEITSKRÄFTEN IN DER
LANDWIRTSCHAFT IM JAHR 1955
(Angaben in Millionen Tageslöhnen)

1955	Summe	Frühling	Sommer	Herbst	Winter
Vorhandene Arbeitskraft...	450,0	105,8	149,8	114,7	79,7
Erforderliche Arbeitskraft...	250,0	81,8	32,7	84,4	51,1
Überschuß an Arbeitskraft...	200,0	24,0	117,1	30,3	28,6
Überschuß an Arbeitskraft in %	44,4%	22,7%	82,2%	26,4%	35,9%.

Quelle: Zusammengestellt nach Agrarbank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Agrarwirtschaft und die Tätigkeit der Agrarbank im Jahr 1955, Athen 1956, S. 11-13.
Zitiert nach Pepelasis, A. und Panajiotopoulos, P., Der Überschuß an Arbeitskraft in der griechischen Landwirtschaft in den Jahren von 1953 bis 1960, S. 68.

Von der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 69 Jahren im Jahr 1955 - 2.513.000 Personen - sind also im Produktionsprozeß 1.100.000 nicht erforderlich. (Die Agrarbank schätzt diese Zahl allerdings nur auf 800.000.)¹²⁾
Für 1957 sei auf eine Untersuchung von Chrisos Evelpidis verwiesen, der den Überschuß an Arbeitskräften in der Landwirtschaft auf 40 % schätzt¹³⁾, das sind umgerechnet auf die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 69 Jahren - 1957: 2.517.000 - eine Million Personen.

Folgende Zahlen sollen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung im gesamten Bereich der griechischen Wirtschaft¹⁴⁾ zwischen 1958 und 1960 wiedergeben:

Tabelle 71

ENTWICKLUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT UND DER
UNTERBESCHÄFTIGUNG ZWISCHEN 1958 UND 1960

	Arbeitslose und Unterbeschäftigte
1958 ⁺	680.000
Anfang 1960 ⁺	765.000
Juli 1960: ⁺⁺	
a) Arbeitslose 200.000	
b) Unterbeschäft. 1.000.000	1.200.000

Quelle:

- + Die Neue Ökonomie, 14. Jg., Nr. 3, Athen März 1960, S. 203. (Nach einem vertraulichen Bericht der Kommission des Internationalen Währungsfonds im Jahr 1960¹⁵⁾ "wird die offene und die latente Arbeitslosigkeit auf 700.000 Personen geschätzt"¹⁶⁾).
- ++ Ebenda, Nr. 7-8, Athen Juli-August 1960, S. 499.

Wenngleich alle angegebenen Zahlen die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung zwischen 1946 und 1960 nur unvollständig erfassen konnten, wird an ihnen doch eine Tendenz deutlich: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nehmen mehr und mehr zu.

2. Die Arbeitslosigkeit im März 1961.

Aus dem Material der Volkszählung von 1961 hat das Statistische Amt in der Stichprobe von 2 % die allgemeine Situation der Erwerbstätigkeit für die Zeit vom 12. bis 18. März 1961 wie folgt gekennzeichnet:

Tabelle 72

ZAHL DER ERWERBSPERSONEN INSGESAMT UND DER ARBEITSLOSEN ZWISCHEN DEM 12. UND 18. MÄRZ 1961

Industrie- bzw. Gewerbe- zweig	Erwerbs- personen ⁺ absolute Zahlen in Tausend	Arbeits- lose absolute Zahlen in Tausend	Arbeits- lose (in %)
Landwirtschaft.....	1.955,0	36,0	1,8
Bergwerke.....	21,3	0,4	2,0
Verarbeitende Industrie....	481,0	37,1	7,7
Bauindustrie u. öffentl. Werke	166,8	19,0	11,4
Energiewirtschaft.....	21,1	0,1	0,5
Handel, Banken usw.	263,6	3,7	1,7
Transport usw.	159,3	9,0	5,6
Dienstleistungen.....	443,0	7,9	1,9
Kein Nachweis.....	64,4	38,0	59,0
Jugendliche, die die erste Arbeitsstelle suchen.....	87,5	87,5	100,0
Insgesamt.....	3.663,1	238,9	6,5

+ Erwerbstätige und Arbeitslose

Quelle: Results of the Population and Housing Census of 1961, Sample Elaboration, Heft 3, Employment, S. 28. Vgl. Chatzoglou, S., Die Arbeitslosigkeit in Griechenland II, in: Ekonomikos Tachydromos, Athen 14.3.1963, S. 184 (8).

Danach gibt es zwischen dem 12. und 18. März 1961 in Griechenland insgesamt 238.900 Arbeitslose.

Unterteilt man die Landwirtschaft in verschiedene Kategorien, entfallen auf "Ackerbau" und "jährliche Bebauung" 11.700 bzw. 12.700 Arbeitslose, die zusammengenommen bereits 67,7 % (24.400) aller Arbeitslosen in der Landwirtschaft ausmachen. Die Ursachen der landwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit sind wahrscheinlich in der kaum entwickelten Mechanisierung und der allgemeinen technischen Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion zu suchen.

Im Bergbau entfallen von der unbedeutenden Arbeitslosigkeit von 400 Personen allein 200 auf die Untergruppe "Bergwerke für Bausteine, Sand und Ton". Da die Erzeugnisse dieses Produktionszweiges in der Bauindustrie weiter verarbeitet werden, ist anzunehmen, daß der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit auf eine gewisse Verlangsamung des Produktionswachstums in der Bauindustrie¹⁷⁾ zurückgeht.

In der verarbeitenden Industrie verteilt sich der Anteil der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Sektoren folgendermaßen:

Tabelle 73

ANTEIL DER ARBEITSLOSIGKEIT IN
VERSCHIEDENEN INDUSTRIESEKTOREN (1961)

Sektor	Arbeitslose absolute Zahlen (in Tausend)	Arbeitslose (in %)
Nahrungsmittel (ohne Getränke).....	3,1	8,4 %
Getränke und Tabak....	17,3	46,6 %
Textil.....	2,9	7,8 %
Bekleidung.....	5,8	15,6 %
Holz, Kork u. Möbel...	2,8	7,6 %
Übrige.....	5,2	14,0 %
Insgesamt.....	37,1	100,0 %

Quelle: Results of the Population and Housing Census of 1961, Heft 3, S. 28.

Als Hauptgründe der Arbeitslosigkeit in der verarbeitenden Industrie sind folgende Umstände anzusehen: die mangelnde Ausnützung des industriellen Produktionspotentials¹⁸⁾, die Ersetzung älterer Arbeitskräfte durch Lehrlinge¹⁹⁾ und die Einführung moderner Produktionsmittel zur Herabsetzung der Lohnkosten und zur Steigerung der Produktivität, sowie ein Rückgang der Zuwachsrates der Produktion (z.B. in der Nahrungsmittelindustrie)²⁰⁾.

Die Arbeitslosigkeit im Zweig "Bauindustrie und öffentliche Werke" (die sich auf zusammen 19.000 Personen beläuft) findet ihre Erklärung für die Bauindustrie in dem bereits erwähnten Rückgang der Zuwachsrates (vgl. Fußnote 17 dieses Kapitels). Daß saisonbedingte Faktoren einen Einfluß ausgeübt haben könnten, ist kaum anzunehmen, da im März, als die Untersuchung durchgeführt wurde, die Bautätigkeit schon in vollem Gange ist.

Im Transportwesen hängt die Arbeitslosigkeit hauptsächlich

von der Konjunktur des Transportgeschäftes nach Übersee ab.

Daß die Zahl der Arbeitslosen, die in die Gruppe "kein Nachweis" eingestuft wurden, so groß ist, wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Arbeitslosigkeit selbst die Ursache für hohe Fluktuation zwischen den einzelnen Zweigen ist.

3. Der Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung im März 1961.

Genaue Angaben über den Grad der Unterbeschäftigung werden durch die amtliche Stichprobe von 1961 nicht gegeben. Allerdings hat die Redaktion des Ökonomikos Tachydromos versucht, aufgrund der Ergebnisse der Stichprobe von 1961 die Teilbeschäftigten als Arbeitslose einzustufen.

Die Zahl der Unterbeschäftigten ist folgenderweise berechnet: die Anzahl der von den Unterbeschäftigten in der Erhebungswoche geleisteten Arbeitsstunden wird abgezogen von der Zahl der Arbeitsstunden, die die Unterbeschäftigte bei Vollbeschäftigung geleisteten hätten. (Unter Vollbeschäftigung wird eine durchschnittliche Arbeitszeit von 44 Stunden wöchentlich verstanden, d.h. für Arbeiter 48 und für Angestellte 40 Stunden). Die verbleibende Differenz von nicht geleisteten Arbeitsstunden wird ihrerseits umgerechnet auf die Anzahl von Vollbeschäftigten, welche diese Arbeitsstunden geleisteten hätten. Die so errechneten "Vollbeschäftigten" stellen theoretisch ebenso viele Arbeitslose dar.

Nach dieser Interpretation durch den Ökonomikos Tachydromos ergibt sich folgende Darstellung der Beschäftigung, der vollen Arbeitslosigkeit und der "Unterbeschäftigung" für die Zeit vom 12. bis 18. März 1961.

Tabelle 74

SCHÄTZUNG DER BESCHÄFTIGUNG, DER ARBEITSLOSIGKEIT UND
DER UNTERBESCHÄFTIGUNG VOM 12. BIS 18. MÄRZ 1961

(Angaben in Tausend)

	Beschäftigte	Voll- Arbeits- lose	"Unterbe- schäftigte"	Gesamtzahl d. Arbeits- losen	Gesamtzahl d. Erwerbs- personen
A..	1.440,7	35,9	473,4	509,3	1.950,0
B..	569,8	60,3	72,7	133,0	702,8
C..	336,9	4,4	21,1	25,5	362,4
D..	221,7	5,7	17,2	22,9	244,6
E..	133,6	2,4	19,7	22,1	155,7
F..	89,8	6,3	9,8	16,1	105,9
G..	7,0	123,9	10,8	134,7	141,7
Summe	2.799,5	238,9	624,7	863,6	3.663,1
Z u s a m m e n f a s s u n g					
I.	1.440,7	35,9	473,4	509,3	1.950,0
II.	1.358,8	203,0	151,3	354,3	1.713,1
Summe	2.799,5	238,9	624,7	863,6	3.663,1

A = Landwirte.

B = Handwerker, Arbeiter für Bergwerke und Industrie.

C = Handelsangestellte.

D = Beamte und Berufsmilitär.

E = Techniker, Wissenschaftler und höheres Verwaltungspersonal

F = Erwerbstätige beim Transport- und Verkehrswesen.

G = Kein Berufsnachweis.

I = Landwirte

II = Übrige Berufe.

Quelle: Ökonomikos Tachydromos, Athen 18.10.1962, S. 715 (11)

Die Summe der Arbeitslosen und der "Unterbeschäftigten" beträgt somit im März 1961 insgesamt 863.600 Personen, das sind 23,6% aller Erwerbspersonen. Schließt man die Landwirtschaft aus, lauten die entsprechenden Angaben: 354.300 Personen, davon 133.000 allein in der Industrie und im Bergbau, oder 20,6% aller Erwerbspersonen außerhalb der Landwirtschaft sind im März 1961 arbeitslos oder unterbeschäftigt²¹).

Teil IV

DIE ARBEITSBEDINGUNGEN

Zwölftes Kapitel

INNERBETRIEBLICHE RATIONALISIERUNG

Unter Vernachlässigung des allgemeinwirtschaftlichen Aspektes, der z.B. auch die Rationalisierung des funktionalen Aufbaus der Unternehmungen einzubeziehen hätte, wurde in Griechenland bisher das Hauptgewicht auf die Steigerung der Arbeitsleistung im Taylor'schen Sinn gelegt. Die Einseitigkeit dieser Bemühungen geht auch heute teilweise noch so weit, daß nicht einmal die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen im Arbeitsprozeß befriedigend durchgeführt werden.

Eine Produktions- und Profitsteigerung versuchen die Unternehmer vor allem durch eine entsprechend günstige Regelung des Entlohnungsverfahrens zu erreichen. Sie nützen die Unsicherheit des Arbeitsplatzes aus und bestehen auf einem leistungsgebundenen Lohn, der bereits die Grenze des physisch Tragbaren zur Grundlage hat. Dieser leistungsgebundene Grundlohn erfordert schon eine so große körperliche Anstrengung, daß eine Leistungssteigerung über die Minimalgrenze hinaus und damit der Verdienst einer Leistungsprämie fast unmöglich wird.

Bisher haben die griechischen Unternehmer kaum anderer "Anreize" zur Leistungssteigerung bedurft, da die Arbeiter, um wenigstens ihr Leben reproduzieren zu können, zur Annahme dieser Arbeitsbedingungen gezwungen sind. Daß die zu erwartende Reaktion dagegen von seiten der Arbeiterschaft bisher ausgeblieben ist, muß auf die Passivität der Gewerkschaft zurückgeführt werden.

Was auch immer die besonderen Erscheinungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen sein mögen, sie fügen sich durchweg in die vorherrschende Tendenz des Unternehmertums und der staatlichen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit ein, die in dem Versuch bestehen, eine rasche Produktivitätssteigerung bei gleichbleibenden Arbeits-, Einkommens- und Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellte zu erreichen. Diese Bestrebungen, deren offizieller Fürsprecher das "Griechische Produktivitätszentrum (ΕΙΚΕΡΑ)" ist, wurden vom Gewerkschaftsbund als "Stachanowismus" bezeichnet²).

Wo überhaupt die technischen Anlagen modernisiert werden, da geschieht das ohne Rücksichtnahme auf die daran arbeitenden Menschen. Das hat ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitsunfälle zur Folge.

Dreizehntes Kapitel

A R B E I T S Z E I T

Zu Beginn der Industrialisierung betrug die tägliche Arbeitszeit zwölf Stunden, oft sogar mehr. Im Jahr 1912 wurde dann durch Gesetz der Zehn-Stunden-Arbeitstag für Frauen und Kinder festgelegt. Nach Angaben des Ministeriums für Nationalökonomie galten zwischen 1914 und 1920 für verschiedene Industriezweige folgende tägliche Arbeitszeiten:¹⁾

Tabelle 75

GESETZLICHE BEGRENZUNG
DER ARBEITSTAGES IN DER INDUSTRIE
(In Stunden)

	1914	1920
1. Maschinenbau und Metallverarbeitung.....	10	10
2. Textilien.....	10	10
3. Bau.....	12	12
4. Zement.....	12	5 - 8
5. Nahrungsmittel.....	12	8
6. Zuckerprodukte.....	10 - 12	10 - 12
7. Spirituosen.....	12	8
8. Öl und Seife.....	12	10
9. Chemie.....	12	8
10. Gas.....	10	10
11. Glasindustrie.....	12	5 - 8
12. Leder.....	12	10
13. Holzverarbeitung.....	10 - 12	8 - 10
14. Transportwesen.....	10 - 12	10 - 12
15. Elektrizitätswesen.....	8 - 10	8 - 10
16. Bergbau.....	8 - 10	8 - 10

Obwohl 1919 das internationale Abkommen von Washington, das den Acht-Stunden-Tag und die Achtundvierzig-Stunden-Woche²⁾ festlegte, von Griechenland bedingungslos³⁾ ratifiziert wurde⁴⁾, ist in der Praxis seine Anwendung durch den Widerstand der Fabrikanten⁵⁾ verzögert worden.

Für die Industriearbeiter wurde der Acht-Stunden-Tag teilweise seit 1924 und in größerem Umfang erst seit 1946 eingeführt, für die Angestellten der Industrie sowie aller Aktiengesellschaften galt dann ab 1947 der Sieben-Stunden-Tag. Im Einzelhandel und bei der Büroarbeit schwankt die gesetzliche Arbeitszeit zwischen 8 und 9 Stunden, bei einigen Betrieben zwischen 10 und 12 Stunden⁶). Für die Angestellten und das Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe beträgt nach einer Verordnung die wöchentliche Arbeitszeit seit 1956 zwischen 48 und 60, manchmal sogar 66 Stunden⁷). Der Gewerkschaftsbund nimmt für 1956 folgende wöchentliche Arbeitszeiten an⁸):

Tabelle 76
GESETZLICHE
WÖCHENTLICHE ARBEITSZEIT (1956)

Industriearbeiter.....	48 Stunden
Industrie- u. alle AG-Angestellte.	42 Stunden
Beamte im öffentlichen Dienst.....	40 Stunden
Handel usw. (9-12 Stunden Tagesarbeit).....	54-72 Stunden
Gaststätten, Cafes usw.	"die Arbeitsstunden sind fast ohne Beschränkung"

Die Gewerkschaft vertritt die Ansicht, die technische Modernisierung der griechischen Industrie und das Vorhandensein spezialisierter Arbeitskräfte als Voraussetzung für eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 42 Stunden in der Industrie bei gleichbleibender Produktivität seien bereits gegeben⁹). Die gesetzlich angeordnete Arbeitszeit im Handel und im Gaststättengewerbe bezeichnet sie als "unannehmbar", da die internationalen Verträge von 1930 über die Einführung des Acht-Stunden-Tages im Handel verletzt würden¹⁰). Zu ihren Forderungen gehören außerdem

die 39-Stunden-Woche für das Personal der öffentlichen Versorgungsbetriebe und der Banken sowie für die Beamten, der Sieben-Stunden-Tag in der Industrie und im Handel sowie für alle Büroangestellten im privaten Bereich und der Acht-Stunden-Tag für alle anderen Wirtschaftszweige, wobei in den stark gesundheitsgefährdenden Berufen wöchentlich 45 Stunden nicht überschritten werden dürfen¹¹⁾.

Es folgt ein Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit in Griechenland mit der in anderen Ländern:

Tabelle 77

**INTERNATIONALER VERGLEICH DER GESETZLICHEN
BEGRENZUNG DER JÄHRLICHEN ARBEITSZEIT**

Land	Anzahl der Arbeits- stunden pro Jahr
Ägypten.....	2.632 - 2.696
Griechenland, Mexiko.....	2.408
Bundesrepublik Deutschland..	2.296 - 2.320
UdSSR.....	2.248
Kolumbien, Tschechoslowakei.	2.240
Finnland.....	2.220
Polen.....	2.216
Belgien, Schweden.....	2.212
Vereinigtes Königreich.....	2.152 - 2.192
Vereinigte Staaten.....	1.984
Frankreich.....	1.920
Indonesien.....	1.880 - 1.904

Quelle: Internationales Arbeitsamt (Hrsg.),
Die Arbeitszeit, Genf 1958, S. 30.

Dabei weist Griechenland nach Ägypten die höchste jährliche Arbeitszeit auf. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß es sich hier um die gesetzliche Begrenzung der jährlichen Arbeitszeit, nicht die faktisch geleisteten Arbeitsstunden handelt, die in Griechenland ungefähr (vgl. S. 167 : 221 Arbeitstage X 8 Stunden =) 1.800 betragen.

Teil V

DIE SOZIALVERSICHERUNG

Vierzehntes Kapitel

GRUNDZÜGE DES SOZIALVERSICHERUNGSWESENS

1. Form und Organisation des Sozialversicherungswesens

Obwohl die ungünstigen Arbeitsbedingungen bereits sehr früh eine rationelle und wirksame Organisation des Sozialversicherungswesens erfordert hätten, war eine Arbeitsgesetzgebung in diesem Bereich ^{bis 1914} kaum vorhanden¹). Vielmehr kamen die Anfänge der Sozialfürsorge spontan in Form von zahlreichen Selbstunterstützungskassen der abhängig Erwerbstätigen auf, die jedoch miteinander kaum in Verbindung standen und aufgrund ihrer beschränkten Mittel kaum als wirksame Hilfe anzusehen waren. "Während ihrer Entwicklung sorgte die griechische Industrie am wenigsten für die Arbeiter. Die Anlagen und Einrichtungen der Fabriken entsprachen kaum den Sicherheitsbedürfnissen und den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes"²). Das Industriekapital bekämpfte jeden Versuch zur Einführung einer Sozialversicherung (so z.B. den sogenannten "Gesetzentwurf Schönbaum" im Jahr 1932)³), obwohl offensichtlich nicht nur die Unterernährung als Folge des niedrigen Lohnniveaus, sondern auch die Gesundheitsgefährdung bei ungesunden Arbeitsbedingungen unmittelbar die Existenz der Arbeiter bedrohte. Die Organisation einer Sozialversicherung wurde somit zu einem lebenswichtigen Problem der lohnerwerbstätigen Bevölkerung.

Trotzdem herrscht bis heute in der gesamten Organisation des Sozialversicherungswesens eine heillose Anarchie; insgesamt 153 verschiedene Versicherungsträger mit höchst unterschiedlicher Anzahl von Versicherten teilen sich die Kompetenzen im Sozialversicherungswesen.

Tabelle 78MITGLIEDERZAHLEN DER
SOZIALVERSICHERUNGSINSTITUTIONEN

Zahl der Versicherten	Zahl der Versicherungs- träger
Bis 1.000.....	55
1.001 - 5.000	53
5.001 - 20.000	31
Über 20.000	14

Quelle: Zitiert nach: Die Neue Ökonomie, Nr. 10/
1960, S. 698.

Der Staat übernahm erst relativ spät eine Verantwortung innerhalb des Sozialversicherungswesens; er ließ 1937 ein bereits drei Jahre vorher verabschiedetes Gesetz (Nr. 6298/34) über den "Sozialversicherungsfonds" (IKA) in Kraft treten, der als Pflichtversicherung für die abhängig Erwerbstätigen (Arbeiter und Angestellte) dienen sollte. In der Folge beziehen sich die Ausführungen des vorliegenden Abschnittes nur noch auf den "Sozialversicherungsfonds" (IKA)⁴).

2. Umfang der Versicherung bei dem IKA.

Dem Staat ist es bis in die Gegenwart noch nicht gelungen, die soziale Fürsorge wirksam auszubauen und befriedigend zu organisieren. Zunächst war nur die Versicherung gegen Krankheit und Arbeitsunfall in Athen, Piräus und Thessaloniki vorgesehen.

Erst später wurde der Versicherungsschutz auf andere Fälle ausgedehnt und allmählich auch in anderen Gebieten eingeführt⁵). Der Versicherungsschutz wird heute gewährt für: Arbeitsunfall, Verstümmelung, Erreichung der Altersgrenze,

Todesfall, Krankheit, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit und Militärdienst. Die Arbeitslosenversicherung wurde im Jahr 1951 vom Sozialversicherungsfonds getragen um dann 1954 von der neugegründeten "Organisation für Beschäftigungs- und Arbeitslosenversicherung" übernommen zu werden.

Bei Erreichung der Altersgrenze, bei Verstümmelung, Arbeitsunfall und Todesfall kommen in den Genuß des Versicherungsschutzes nur die direkt Versicherten bzw. deren Hinterbliebene, bei Krankheit und Mutterschaft wird der Versicherungsschutz auch gewährt für Frauen und Kinder bei entsprechender Beitragszahlung. Die nächste Tabelle gibt die Zahlen der in den Jahren 1950 bis 1961 beim "Sozialversicherungsfonds" versicherten Personen an:

Tabelle 79

ZAHL DER VERSICHERTEN BEIM
"SOZIALVERSICHERUNGSFONDS" (1950-1961)
(In Tausend)

Jahr	Versichert gegen Alter, Verstümmelung, Arbeitsunfall, Tod ⁺	Versichert gegen Krankheit und Mutterschaft ⁺⁺
1950.....	357	836
1955.....	560	1.245
1956.....	585	1.280
1957.....	610	1.300
1958.....	629,6	1.330
1959.....	657	1.378
1960.....	718	1.516
1961.....	726	1.572

Quelle: Sozialversicherungsfonds, zitiert nach Kourtis K., Ebenda, S. 291.

+ wird nur direkt Versicherten gewährt.

++ wird sowohl direkt wie indirekt Versicherten gewährt.

Danach hat sich die Zahl der versicherten Personen von 1950 bis 1961 verdoppelt.

3. Die Voraussetzungen für die Beteiligung an dem IKA.

Damit in den ersten Jahren nach der Gründung des "Sozialversicherungs fonds" auch älteren abhängig Erwerbstätigen noch ein Versicherungsschutz gewährt werden könnte, brauchte als Bedingung für den Rentenanspruch nur der Nachweis über 750 geleistete Arbeitstage erbracht zu werden. Die Altersgrenze wurde auf 65 Jahre für Männer und auf 60 Jahre für Frauen festgesetzt. 1951 wurde dann die Zahl der geleisteten Arbeitstage auf 2.500 erhöht, in bestimmten Fällen jedoch konnte der Rentenanspruch schon nach 500 geleisteten Arbeitstagen anerkannt werden⁶). Seit September 1960 setzt der Rentenanspruch 6.000 geleistete Arbeitstage voraus, bei Erreichung einer Altersgrenze von 62 Jahren für Männer und von 57 Jahren für Frauen (statt bisher 65 bzw. 60 Jahre)⁷).

4. Höhe der Leistungen des IKA.

Die Leistungen, die von der Sozialversicherung gewährt werden, können im allgemeinen nur als sehr beschränkt bezeichnet werden.

a. Leistungen für ärztliche Behandlung.

Bei der ärztlichen Betreuung ist ein ernsthafter Mangel an wissenschaftlichem Personal, an Spezialkliniken usw. zu verzeichnen. Die Ausgaben für ambulante Behandlung und für Krankenhausaufenthalt weisen eine fallende Tendenz auf, da es an den erforderlichen Mitteln und an einer wirksamen Organisation fehlt⁸). In der nächsten Tabelle ist die Entwicklung der nominellen und der realen Behandlungskosten auf der Grundlage der Entwicklung der Konsumpreise zusammengestellt

(prozentuale Berechnung im Vergleich zu anderen Ländern):

Tabelle 80

NOMINELLE UND REALE VERÄNDERUNG
DER ÄRZTLICHEN BEHANDLUNGSKOSTEN (1950-55)

L Ä N D E R	Medikamentenleistungen (Kosten nach Rezept)		Krankenhausbehandlung (Kosten eines Tages)	
	Nominelle Veränderung %	Reale Veränderung %	Nominelle Veränderung %	Reale Veränderung %
Belgien.....	+ 0,7	- 9,3	+ 32,8	+ 22,8
Bundesrepublik Deutschland...	+ 34,6	+ 25,6	+ 38,7	+ 29,7
England.....	+ 8,1	- 16,9	+ 9,8	- 15,2
Griechenland..	+ 33,6	- 11,4	- 6,5	- 50,5
Italien.....	+ 66,7	+ 46,7	+ 34,2	- 14,2
Jugoslawien...	+ 2,4	+ 15,4	+ 21,6	+ 34,6
Niederlande...	+ 14,4	- 0,6	+ 59,4	+ 44,4
Österreich....	+ 79,0	+ 44,0	+ 51,2	+ 16,2
Portugal.....	+ 1,6	- 0,6	-	-
Schweiz.....	+ 14,2	+ 6,2	- 1,1	- 9,1
Spanien.....	+ 15,6	+ 2,6	-	-

Quelle: UNO, Internationales Arbeitsamt, (Zitiert nach: Die Neue Ökonomie, Nr. 2, Februar 1960, S. 146).

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung haben sich in Griechenland von 1955 bis 1961 folgendermaßen entwickelt:

Tabelle 81

ENTWICKLUNG DER AUSGABEN FÜR
ÄRZTLICHE BEHANDLUNG VON 1955 BIS 1961

Jahr	Ärztliche Behandlung	Krankenhaus- behandlung	Ambulante Behandlung	Zusätzliche Behandlung	Gesamt- summe ⁺⁺
1955...	101.878	117.534	68.793	56.273	345.844
1956...	126.275	148.325	83.083	62.160 ⁺	423.388
1957...	152.582	164.346	96.019	59.326 ⁺	421.345
1958...	154.137	175.680	106.273	58.532 ⁺	508.637
1959...	170.666	198.045	111.516	66.725 ⁺	557.132
1960...	180.151	217.441	120.371	68.203 ⁺	595.085
1961...	193.325	244.624	142.375	70.213	658.397

(Angaben in Tausend Dr)

Quelle: Sozialversicherungsfonds, zitiert nach Kourtis, K.,
Ebenda, S. 295.

+ Die Behandlung in Sanatorien ist eingeschlossen.

++ Es sind die Ausgaben für prophylaktische Behandlung
mitgerechnet.

Eine Beurteilung der Entwicklung der Ausgaben für die ärztliche Behandlung aufgrund der in der vorstehenden Tabelle angegebenen Werte ist jedoch schwierig, da in diesen Zahlen die Lohn- und Gehaltszahlungen für die Beschäftigten des Sozialversicherungsfonds enthalten sind, welche wahrscheinlich einen nicht unwesentlichen Anteil an den Gesamtausgaben ausmachen. So hat zwischen 1955 und 1961 das Verwaltungspersonal seinen Umfang von 3.100 auf 3.800 Personen erweitert (+ 22,6 %), dagegen ist die Zahl der Ärzte nur von 1.877 auf 2.127 (+ 11,8 %) und die Zahl des übrigen im Gesundheitsdienst direkt tätigen Personals von 1.116 auf 1.228 (+ 10 %) gestiegen⁹⁾.

b. Leistungen für Renten.

Ebenso niedrig wie die Sozialleistungen für ärztliche Be-

handlung sind die Rentenleistungen. Die durchschnittlich gezahlte Rente bei dem IKA beläuft sich auf 746 Dr monatlich, der niedrigste Rentensatz beträgt sogar nur 550 Dr. Die für die Rentner unüberwindbare Diskrepanz zwischen ihrem Einkommen und den Ausgaben für ihren minimalen Lebensbedarf ist offensichtlich.

Die augenblickliche Methode der Rentenberechnung hat außerdem zur Folge, daß die Höhe der Renten nicht immer der Versicherungszeit und der Höhe des Lohnes bzw. des Gehaltes angemessen ist. So bezieht z.B. ein Arbeitnehmer, der 35 Jahre lang gearbeitet, aber in den letzten fünf Jahren nicht 500 Arbeitstage erreicht hat, eine kleinere Rente als ein Arbeitnehmer, der zwar weniger Arbeitsjahre, jedoch 500 Arbeitstage in den letzten fünf Jahren nachweisen kann. Die Höhe der Rente, die ein Arbeitnehmer nach Erreichen der Altersgrenze bezieht, ist also weitgehend von seiner (zufälligen) Arbeitssituation (also vorwiegend von der Situation auf dem Arbeitsmarkt) in den letzten Jahren abhängig. Unter diesen Umständen "fehlt jedes Interesse des Versicherten an seinem Versicherungsverhältnis"¹⁰).

5. Die Finanzierung des IKA.

Die Haupteinnahmequelle des IKA sind die Pflichtbeiträge der abhängig Erwerbstätigen und die Zahlungen der Unternehmer. Obwohl der Staat sich 1951 (Gesetz Nr. 1846/1951) verpflichtet hatte, sich an der Finanzierung des IKA direkt zu beteiligen, weigerte er sich bis 1960, den von ihm selbst übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Durch ein Dekret (Nr. 4104/1960) entledigte er sich dann endgültig seiner Verpflichtungen.

(1) Die Pflichtbeiträge der abhängig Erwerbstätigen. Wie bereits früher erwähnt, werden vom Bruttolohn der abhängig Erwerbstätigen 5,5 % vom Unternehmer einbehalten, um dann zusammen

mit den entsprechenden Beiträgen des Unternehmers dem IKA überwiesen zu werden.

Infolge der mangelnden Rationalisierung des IKA ist bisher ein großer Teil der abhängig Erwerbstätigen nicht erfaßt worden, was die Finanzkraft des IKA erheblich beschränkte. Um die Einkünfte zu steigern, hat der IKA in den letzten Jahren wirksamere Kontrollsysteme angewandt, aufgrund derer es ihm gelang, eine größere Zahl von abhängig Erwerbstätigen als Pflichtversicherte zu erfassen¹¹⁾:

1955	584.000
1957	610.000
1958	630.000
1960	718.000

Außerdem hat der Staat durch das Dekret Nr. 4104/1960 die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer erheblich erhöht, um die IKA-Financen zu sanieren, nachdem er sich selbst von seinen Beitragsverpflichtungen durch das gleiche Dekret zurückgezogen hatte.

Daraufhin sind in der ersten Hälfte des Jahres 1961 im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres die IKA-Einnahmen aus regelmäßigen Beiträgen der abhängig Erwerbstätigen um 20,2 % gestiegen¹²⁾.

(2) Die Zahlungen der Unternehmer. Laut Gesetz sind die Unternehmer verpflichtet, den Sozialversicherungsbeitrag der Arbeitnehmer zurückzubehalten, um dann mit ihrem eigenen Beitrag dem IKA zu überweisen. Es ist den großen Unternehmungen im Laufe der Zeit jedoch gelungen, zumindest teilweise diese Überweisungen zu umgehen, während die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bei kleinen Unternehmungen durch die staatliche Aufsichtsbehörde streng kontrolliert wird. So ist es zu erklären, daß die Einnahmen des IKA aus Beiträgen der Unternehmer laufend zurückgehen, was anhand des wachsenden Beitragsrückstandes

der Unternehmer deutlich wird:

Tabelle 82

ENTWICKLUNG DES BEITRAGSRÜCKSTANDES
DER UNTERNEHMER BEI DEM IKA
(1951 - 1962)

Bis 31. Dezember	Rückstand in Millionen Dr	Veränderung in bezug auf das Jahr 1951 a) i. abs. Zahlen b) i. Prozent.	
1951.....	85	-	-
1952.....	143	58	68,2
1953.....	243	158	185,9
1954.....	258	173	203,5
1955.....	347	262	308,2
1956.....	420	335	394,1
1957.....	507	422	496,5
1958.....	613	528	621,2
1959.....	730	645	758,8
1960.....	801	716	842,3
1961.....	890	805	947,1
1962.....	1.003	918	1.080,0

Quelle: Sozialversicherungsfonds. Zusammengestellt für die Jahre 1951-1960 nach Kyriasis, P., Ebenda, und für die Jahre 1961-1962 nach Kourtis, K., Ebenda, S. 299.

Diese auffallende Schuldenlast der Unternehmer dem IKA gegenüber ist nur dadurch zu erklären, daß die großen und einflußreichen Unternehmungen nicht nur ihren eigenen Pflichtbeitrag zur Sozialversicherung zurückbehalten, sondern auch die von ihnen einbehaltenen Pflichtbeiträge der Arbeitnehmer. Dieser Beitrag dürfte ungefähr ein Drittel der gesamten Schuldenlast der Unternehmer ausmachen.

Aufgrund ihres Einflusses ist es diesen Unternehmungen ohne weiteres möglich, die staatlichen Aufsichtsbehörde des IKA dazu zu bewegen, daß ihnen ein Teil der ursprünglichen Schuldenlast einfach erlassen wird. Damit korrigiert de facto der Staat die von ihm gesetzlich festgelegte Beitragshöhe zugunsten der Unternehmer, und diese werden immer von neuem ermutigt, eine rechtzeitige Beitragszahlung abzulehnen.

(3) Die Beteiligung des Staates an der Finanzierung des IKA. Wie bereits erwähnt, entledigte sich der Staat 1960 seiner Verpflichtungen, sich aus eigenen Haushaltsmitteln an der Finanzierung des IKA direkt zu beteiligen. Diese ablehnende Haltung nimmt er jedoch nur speziell dem IKA gegenüber ein, denn es ist ihm durchaus möglich, sich an der Finanzierung anderer Versicherungsträger indirekt zu beteiligen durch sogenannte "Sozialabgaben", die bei der indirekten Besteuerung mit inbegriffen sind. So zahlt er aus diesen "Sozialabgaben" 25,8% der Einnahmen der Versicherungen der selbständig Erwerbstätigen¹³), dagegen nur 6,4% der Einnahmen der Arbeiter und Angestelltenversicherung.

Teil VI

ÜBER DIE WOHNUNGSVERHÄLTNISSE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

Fünfzehntes Kapitel

WOHNVERHÄLTNISSE

Trotz einer gewissen Besserung in den letzten Jahrzehnten sind die Wohnverhältnisse weiter Teile der Bevölkerung nur als ausgesprochen mangelhaft anzusehen. Nach wie vor stellt die Frage der Wohnverhältnisse ein ungelöstes Problem der Sozialpolitik dar. Eine Untersuchung des Amtes für Arbeitsinspektion im Ministerium für Nationalökonomie über die Wohnverhältnisse von 2.000 Arbeiterfamilien in Athen und Piräus ergab 1930 folgende Zahlen:

Tabelle 83

AUFGLIEDERUNG VON FAMILIEN VERSCHIEDENER GRÖSSE NACH ZAHL DER WOHNÄUERE

Zahl von Familienmitgliedern	Zahl von Familien	Zahl von Familien in 1-, 2- oder 3-Zimmer-Wohnungen		
		1	2	3
2.....	306	284	22	-
3.....	435	374	59	2
4.....	396	325	69	2
5.....	337	256	72	9
6.....	248	186	50	12
7 und mehr.....	278	176	85	17
Insgesamt.....	2.000	1.601	357	42

Quelle: Zitiert nach: Die Neue Ökonomie, Athen März-April 1955, S. 105.

Wenngleich diese Zahlen nur eine Übersicht über das Gebiet der Hauptstadt ergeben, kann angenommen werden, daß die Wohn-

verhältnisse in anderen Städten und auf dem Lande eher noch schlechter waren.

Bis 1929 hat die Wohnlage sich kaum verändert. Wie aus einem Bericht hervorgeht, "entsprechen die Wohnverhältnisse und die Lebensweise der griechischen Arbeiter ... nicht den modernen Anschauungen über Hygiene und Erholung"¹⁾.

Im Jahr 1931 untersuchte die Versicherung der Tabakarbeiter 10.433 Wohnungen in verschiedenen Orten Griechenlands. Danach bestanden 51 % der Wohnungen aus einem Zimmer, das im Durchschnitt von mehr als 4 Personen bewohnt wurde. In gesundheitlicher Hinsicht wurden nur 38 % aller Wohnungen als ausreichend bezeichnet²⁾.

1940 führte eine Statistik, die 60.000 Wohnungen in Athen, Piräus und Eleysis erfaßte, zu folgenden Ergebnissen: daß 33 % aller zweiköpfigen Familien, 37 % aller dreiköpfigen, 20 % aller vierköpfigen und 10 % der fünf- und mehrköpfigen Familien eine Einzimmer-Wohnung bewohnten³⁾.

Die Zahl der Wohnungen, die dann während des Krieges in ganz Griechenland zerstört wurden, wird auf 530.000 geschätzt⁴⁾. Da außerdem 70.000 Wohnungen durch Erdbeben unbewohnbar wurden, 20.000 alte Wohnungen jährlich verfallen, und die jährliche Zunahme des Wohnungsbedarfes aufgrund des Bevölkerungswachstums auf 40.000 geschätzt wird, hätten bis 1960 - um die Wohnverhältnisse von 1940 wiederherzustellen - insgesamt 1.800.000 neue Wohnungen gebaut werden müssen. In diesem Zeitraum brachte es die Bautätigkeit dagegen nur auf folgende Anzahl von Wohnungen:

1945-1956 ⁺	795.329
1957-1960 ⁺⁺	249.903
1945-1960	 1.045.232

Quelle: + Kyriasis, P., Über die Wohnungsfrage,
in: Der Wirtschaftskurier, 5. Jg., Nr.
229, Athen 4.9.1958, S. 8-9 (558-559).

++ Statistical Yearbook of Greece, 1962,
S. 216-217.

Im Jahr 1960 fehlten somit ungefähr 750.000 Wohnungen, würden die Wohnverhältnisse von 1940 zum Vergleich herangezogen.

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse im Vergleich der Jahre 1940, 1953 und 1955 ergibt folgendes Bild:

Tabelle 84

ENTWICKLUNG DER WOHNVERHÄLTNISSE
VON 1940 BIS 1955

	1940	1953	1955
Zahl von Wohnungen	1.740.000	1.710.000	1.800.000
Wohnfläche in m ² ..	487.000.000	420.000.000	450.000.000
Zahl von Bewohnern	7.230.000	8.000.000	8.241.000
Zahl von Zimmern..	3.987.000	3.530.000	3.725.000
Personen je Zimmer	1,8	2,3	2,2

Quelle: Zusammengestellt nach Kyriasis, P., Ebenda.

Daraus wird ersichtlich, daß zwischen 1940 und 1955 bei nahezu gleichbleibender Anzahl der Wohnungen die gesamte Wohnfläche um 37 Millionen m² und die Zahl der Zimmer um 262.000 zurückgegangen ist. Demgegenüber ist die Bevölkerung zwischen 1940 und 1955 um ungefähr eine Million gestiegen, was die Personendichte pro Zimmer von 1,8 im Jahr 1940 auf 2,2 im Jahr 1955 anwachsen ließ.

Nach einem amtlichen Bericht, der 1958 im Ekonomikos Tachydromos erschienen ist⁵⁾, ergibt sich bei 60.000 Wohnungen mit 220.000 Bewohnern im Gebiet von Athen folgendes Bild:

Tabelle 85

AUSSTATTUNG UND ZUSTAND DER WOHNUNGEN
IM GEBIET VON ATHEN

Wohnungen ohne Küche.....	28 %
Ohne Bad.....	94 %
Mit schlechter Lüftung.....	11 %
Mit schlechtem natürlichem Licht.....	9 %
Ohne Sonne.....	15 %
Feucht.....	29 %
Ohne elektrische Anlage.....	36 %

Die Verhältnisse sind jedoch in den einzelnen Gegenden unterschiedlich. So hatten in Petrálona 32 % der Wohnungen keine Küche, in Nikaea 38 %. In Palaeà Kokkinià hatten 99 % kein Bad, und 53 % der Wohnungen in Gýsi und 66 % in Nikaea besaßen keinen elektrischen Strom.

Von den oben erwähnten 60.000 Wohnungen im Gebiet von Athen bestanden 57 % aus einem Zimmer, während es in Palaeà Kokkinià 71 % waren.

Im allgemeinen betrug die Personendichte:

- über 3 Personen je Zimmer bei 37 % der Wohnungen,
- über 4 Personen je Zimmer bei 20 % der Wohnungen,
- über 5 Personen je Zimmer bei 10 % der Wohnungen.

In Keratsini und Nikaea⁶⁾ sind 18 % der Wohnungen mit mehr als 5 Personen pro Zimmer belegt, in Ausnahmefällen wohnen sogar 10 bis 15 Personen in einem Zimmer.

Aus einem anderen amtlichen Bericht⁷⁾, der 1958 im Ekonomikos Tachydromos veröffentlicht wurde, geht hervor, daß in Griechenland 50.000-60.000 Wohnungen lediglich als Löcher zu bezeichnen sind, während in 600000-700.000 Einzimmer-Wohnungen sowie in der Mehrzahl der Zweizimmer-Wohnungen die elementarsten hygienischen Anlagen fehlen.

Dieses Bild der allgemeinen Wohnverhältnisse im gegenwärtigen Griechenland erinnert in vielen Beziehungen an die Elendszustände in London 1844⁸⁾.

Es ist fast überflüssig, zu betonen, daß die Arbeiter selbst kaum zu einer Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse beitragen können. Daher gründete der Staat die "Organisation für Arbeiterwohnungsbau" (OEK) (Dekret Nr. 3873/1958), die bis Ende 1961 6.000 fertiggestellte Wohnungen an Arbeiterfamilien übergeben und 3.200 Arbeiter- und Angestelltenfamilien Anleihen zum Selbstbau gewährt hat. Bei diesem Bautempo muß jedoch bezweifelt werden, ob die gegenwärtige Wohnungsnot auch in ferner Zukunft beseitigt sein wird. Dieses langsame Bautempo ist vor allem auf die unzureichenden Mittel des OEK-Fonds zurückzuführen, dem als einzige Einnahmequelle der "Beitrag für Arbeiterwohnungsbau" von 1 des Bruttolohnes der Arbeiter und Angestellten zufließt. So stehen jährlich nur ca. 100 Millionen Dr zur Verfügung, zumal der Staat sich an der Finanzierung nicht beteiligt.

Die OEK berechnet 1960 die Baukosten für eine Wohnung auf 90.000 Dr (beim Selbstbau dagegen auf 45.000-60.000 Dr), ein fast unüberwindbares Problem für den abhängig Erwerbstätigen, zumal die monatliche Abzahlungsrate von 250 Dr sein ohnehin niedriges Arbeitseinkommen belastet.

Sowohl das bisherige Tempo der Bautätigkeit als auch die hohen Baukosten und die hohen Abzahlungsraten haben es der OEK bisher nicht erlaubt, einen spürbaren Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems der abhängig Erwerbstätigen zu leisten. Ob ihr das überhaupt je gelingen wird, ist fraglich, da sie sich einerseits nicht energisch genug um eine Steigerung ihrer Einnahmen durch staatliche Zuschüsse bemüht und andererseits nicht sparsam genug mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wirtschaftet.

Nicht nur beim Wohnungsbau sondern im Wohnungswesen allgemein herrschen auch sonst bedenkliche Zustände, die an

einem Beispiel erläutert werden sollen: die Verteilung fertiggestellter oder beziehbarer Wohnungen wird durch Verlosungen vorgenommen; der Gewinner des Loses muß, bevor ihm tatsächlich seine Wohnung zugewiesen wird, ein "Gesinnungszeugnis"⁹⁾ der Behörde vorlegen. Falls er nun nach Meinung der Polizei "keine nationale Gesinnung" hat, wird ihm dieses Zeugnis nicht ausgestellt, und er kann es zwecks Zuweisung seiner Wohnung nicht einreichen. Auf formell rechtliche Weise wird somit sein Anspruch auf eine Wohnung von der OEK wegen "fehlender Papiere" für ungültig erklärt. Wenngleich dieses Verfahren selbst keines Kommentares bedarf, muß darauf hingewiesen werden, daß dadurch eine große Zahl von Arbeitnehmern, die von den Behörden des autoritären Regimes als "nicht nationalgesinnt" hingestellt werden, eine quasi gesetzliche Herabsetzung ihres Lohneinkommens hinnehmen müssen, insofern sie gezwungen sind, durch Pflichtabgaben von ihrem Bruttolohn einen Wohnungsbau zu finanzieren, auf den sie selbst keinen Anspruch erheben dürfen.

Teil VII

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND STREIKS

Sechzehntes Kapitel

UMRISS DER GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG

1. Die Periode von 1879 bis zur Gründung der "Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands" (GSEE).

Die Vorläufer der Arbeiterbewegung in Griechenland sind, wie auch der Ursprung des griechischen Kapitalismus, auf der Insel Syros beheimatet¹⁾. Es hat bereits vereinzelt Arbeitskämpfe gegeben, z.B. den Kampf der Arbeiter in Ampelákia gegen die Einführung von Maschinen²⁾ und den Streik der Buchdrucker 1826 mit der Forderung ihrer rückständigen Löhne³⁾. Der Beginn der eigentlichen Arbeiterbewegung ist jedoch für das Jahr 1879 anzusetzen.

Die wichtigen Fragen, die die Arbeiterschaft von Syros beschäftigten, waren zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich die der Arbeitszeit, der Lohnfestsetzung und der Arbeitsmöglichkeit überhaupt. Der Zwölf-Stunden-Tag war allgemein die Regel, und in manchen Berufen gab es noch Überreste aus der Zeit der Feudalherrschaft, wie z.B. die Sonntagsfronarbeit der Gerbereiarbeiter⁴⁾.

Im Frühjahr 1879 wurden die Arbeiter durch die Verschlechterung ihrer materiellen Lage⁵⁾ zur Sammlung, Organisation und Aktion getrieben. Die ersten Organisationsversuche der Arbeiterschaft zur Sicherung und Verbesserung ihrer Existenzbedingungen waren gleichzeitig mit spontanen Aktionen verbunden. Die Werfttischler von Syros⁶⁾ schlossen sich

als erste zu einer Berufsorganisation zusammen, zum "Bruderschaftsverein der Werfttischler von Syros", und riefen zum Streik auf. Die Ziele des Vereins wie auch des Streiks sind in folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. Regelung der Arbeitsmöglichkeiten für Werfttischler durch den Verein.
2. Verminderung der Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden pro Tag.
3. Festsetzung des Lohnes in drei Stufen:
für spezialisierte Handwerker, für Handwerker und für einfache Arbeiter.

Nach einer Woche Streik schlossen die Unternehmer mit den Streikenden einen Vertrag ab, in dem sie deren Forderungen zunächst annahmen. Als dann einen Monat später die Unternehmer den Vertrag brachen, indem sie neue Arbeitskräfte von anderen Inseln anwarben, nahm der Verein den Streik wieder auf, der erst nach drei Monaten erfolglos abgebrochen wurde⁷⁾.

Zur gleichen Zeit ist ein Streik der Gerbereiarbeiter von Syros⁸⁾ gebrochen worden, mit dem der Forderung nach Erhöhung der Tageslöhne, nach Beschäftigung aller Gerbereiarbeiter, nach Verkürzung der Arbeitszeit (damals 12 Stunden täglich), nach Abschaffung der zweistündigen Sonntagsfronarbeit usw. Nachdruck verliehen werden sollte⁹⁾. Während des Streiks war es zu Streitigkeiten zwischen Streikenden und Streikbrechern gekommen, die sich später zu Schlägereien zwischen Streikenden und der Polizei entwickelten. Es kam zu größeren Unruhen, und am folgenden Tag traf auf der Insel eine Militäreinheit aus Athen ein, die die Ordnung wiederherstellte¹⁰⁾.

Zwischen 1879 und 1910 verstärkten sich, verbunden mit Streikbewegungen, die Bestrebungen zur Organisation von Gewerkschaften. Man konnte jedoch noch nicht von einer

eigentlichen Arbeitergewerkschaft sprechen, es handelte sich hier vielmehr noch um eine Zwischenform, bei der Elemente der Gilden- und der Gewerkschaftsorganisation zusammenwirkten¹¹⁾.

Seit 1905 trat die Stadt Volos als neuer Mittelpunkt der Arbeiterbewegung hervor. Im Jahr 1908 wurde dort das "Arbeiterzentrum von Volos" gegründet¹²⁾.

Im Jahr 1910 erfolgte dann die Gründung des "Arbeiterzentrums von Athen" (EKA). Danach wurde 1911 auf einem Kongreß - auf Initiative des EKA - die "Allgriechische Arbeiterföderation" (PEO) gegründet¹³⁾. Nach der Auflösung der PEO wurden in den Jahren 1914 und 1916 noch zwei Versuche zum Aufbau einer zentralen Gewerkschaftsorganisation gemacht. Schließlich kam es im Oktober 1918 auf dem Ersten Allgriechischen Arbeiterkongreß zur Gründung der heutigen "Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands" (GSEE)¹⁴⁾.

Es soll hier der Gründungsbeschluß vom 26.10.1918 wiedergegeben werden, da er die Zielsetzung der damaligen griechischen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck bringt¹⁵⁾.

Gründungsbeschluß.

Der erste allgemeine griechische Arbeiterkongreß geht von der Voraussetzung aus,

1. daß es mehr als notwendig ist, alle Arbeiterzentralen, Berufsverbände und -vereine in einer einzigen Organisation zu sammeln;
2. daß die Arbeitsgrundlage dieser einzigen Organisation der Klassenkampf sein muß, damit die Arbeiterklasse Griechenlands frei von jedem bürgerlichen Einfluß organisiert werden kann;
3. daß diese einzige Organisation auf eine Schulung der Arbeiter hinzielen und die Verbesserung der allgemeinen Lage der Arbeiter betreiben muß, wie sie auch eine Verbindung der griechischen Arbeiterbewegung mit allen Arbeitern der Welt herzustellen bemüht sein muß.

Es wird daher beschlossen:

1. Die Gründung des Bundes unter dem Namen "Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands" mit Sitz Piräus.
2. Ziel der Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands ist es:
 - a) die Arbeiter des ganzen Landes in Berufsverbänden zusammenzufassen, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu unterstützen und ihre materielle und moralische Entwicklung zu fördern;
 - b) alle Berufsverbände frei von jedem bürgerlichen Einfluß zu einer einzigen Kraft zusammenzuschließen, die alle klassenbewußten und für die Abschaffung der Ausbeutung der Arbeiter eintretenden Gruppen umfassen soll;
 - c) alle Arbeitervereine Griechenlands einheitlich auszurichten und unter einem einheitlichen Programm zu vereinen.
3. Die Aufgaben der Allgemeinen Konföderation sind:
 - a) Die Schulung der Organisationen und Arbeiter durch geeignete Vorträge, Gespräche, Diskussionen und Veröffentlichungen, um eine vollständige Aufklärung über ihre Stellung in der Gesellschaft und ihre wirklichen Interessen zu erreichen. Eine Weckung ihres Klassenbewußtseins und ihre Aufklärung über die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse, d.h. ihre Vorbereitung für eine energische, bewußte und zweckmäßige Beteiligung an der Befreiungsbewegung der Arbeiter der ganzen Welt ist anzustreben.
 - b) Forderung nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Begrenzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich und die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes.
 - c) Forderung nach gesetzlicher Einführung der Sonntagsruhe und der Sechs-Tage-Woche.
 - d) Kampf gegen Akkordarbeit und Abschluß von Einzelarbeitsverträgen.
 - e) Forderung nach Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Fabriken, Werkstätten, auf den Schiffen und in allen Unternehmen.
 - f) Übernahme der Organisation, Führung und Unterhaltung der gemäß diesem Statut ausgerufenen Streiks zur Unterstützung der Interessen der Arbeiter. Anzustreben ist, Teilstreiks in Generalstreiks zu verwandeln, entsprechend der jeweils gegebenen Lage.
 - g) Ausdehnung der Organisation zur Unterstützung aller Arbeiter und Arbeiterinnen, damit alle Vereine und Unionen im ganzen Land erfaßt werden.
 - h) Zentralisation der Arbeitsvermittlungsstellen, um für die Arbeitslosen Arbeitsstellen nachweisen zu können.

- i) Unterhaltung guter Beziehungen mit den Berufs- und Arbeiterorganisationen aller Länder.
 - j) Anmeldung der "Allgemeinen Konföderation der Arbeiter" in der Internationalen Arbeiterunion¹⁶⁾.
4. Der Verwaltung der Konföderation, die noch zu wählen ist, wird die Aufgabe übertragen, für die Anerkennung des Bundes durch das zuständige Gericht und die Gewährung des Status einer juristischen Person zu sorgen, um der "Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands" die Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeiterunion zu ermöglichen.
 5. Der vorliegende Beschluß wurde vom Kongreß angenommen und von 256 Vertretern der Vereine und aller bedeutenden Arbeiterorganisationen Griechenlands unterzeichnet.

2. Spaltung und Verstaatlichung der Gewerkschaftsorganisation (1919-1936).

Der Einheit der GSEE fehlte jedoch jegliche feste Grundlage. Auf dem außerordentlichen Landeskongreß der GSEE im Jahr 1919 verließen die konservativen Kreise der Gewerkschaftsfunktionäre die GSEE und gründeten eine neue Organisation¹⁷⁾. Doch nahm diese am 3. Kongreß der GSEE im Jahr 1926 wieder teil. Bis dahin stand die GSEE unter dem Einfluß fortschrittlicher Kräfte. Auf dem 4. Kongreß der GSEE im Jahr 1928 kam es dann endgültig zur Spaltung: die fortschrittlichen Kräfte wurden aus dem Kongreß ausgeschlossen und hielten eine eigene Tagung ab. Darauf existierten von 1919 bis 1936 zwei Hauptorganisationen der Gewerkschaft:

1. Die "Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands" unter dem Einfluß kapitalistischer Kreise,
2. die "Allgemeine Einheitskonföderation der Arbeiter Griechenlands" unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei.

Es ist noch eine dritte Organisation zu nennen, die der "Unabhängigen Gewerkschaften", die unter sozialdemokratischem Einfluß aus dem konservativen Lager beim 4. Kongreß hervorging und im Jahr 1931 organisatorisch selbständig

wurde. Nach drei Jahren (1934) sind jedoch die "Unabhängigen Gewerkschaften" aufgelöst worden und "ihre Anhänger hatten sich der konservativen allgemeinen Gewerkschaft angeschlossen"¹⁸⁾.

Die Verhandlungen zur Wiedervereinigung der zwei Gewerkschaftsorganisationen wurden durch die Metaxas-Diktatur von 1935 abgebrochen.

Während der Diktatur "wurde durch das Gesetz 1435 vom Jahr 1938 ein System der staatlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen und ein weiteres Gesetz über die Aufsicht des Staates bei der Bildung von Vereinigungen und Körperschaften erlassen. Dieses Gesetz gab dem Arbeitsminister das Recht, eine Körperschaft als allein vertretungsberechtigt für einen bestimmten Berufszweig zu erklären. Dadurch konnte nur diese Körperschaft mit den Arbeitgebern oder mit dem Staat Tarifverträge abschließen. Alle nicht vertretungsberechtigten Körperschaften wurden aufgelöst"¹⁹⁾. Es ist noch zu erwähnen, daß der Arbeitsminister der Diktatur-Regierung, A. Dimitratos, vor und während der Diktatur Generalsekretär der unter kapitalistischem Einfluß stehenden Arbeiterkonföderation war. Die GSEE wurde damit de facto verstaatlicht.

3. Das Scheitern des Aufbaus einer von kapitalistischem Einfluß freien GSEE in der Nachkriegszeit (1944-46).

Während der Besatzung (1941-44) wurde illegal die "Nationale Befreiungsfront der Arbeiter" (EEAM) als Fraktion der Widerstandsbewegung "Nationale Befreiungsfront" (EAM) gegründet. In der Befreiungszeit wurde die EEAM wieder aufgelöst und ihre Fraktion trat zur Gründung einer neuen Konföderation unter dem Namen "Antifaschistischer Arbeiterbund" (ERGAS) zusammen. Im November 1944 ernannte der Arbeitsminister (Funktionär der Kommunistischen Partei) ein provisorisches Exekutivkomitee für die Wahlen zur Allgemeinen Kon-

föderation der Arbeiter Griechenlands (GSEE)²⁰). Der Verwaltungsapparat der GSEE wurde dadurch vom ERGAS-Apparat übernommen.

Nach den Ereignissen im Dezember 1944 wurden jedoch die Führungsstellen der GSEE aufgrund einer Verordnung der Plastiras-Regierung von Leuten besetzt, die bereits während der Diktatur- und Besatzungszeit amtiert hatten²¹). Die Intervention eines Vertreters der englischen Trade Unions führte aber zur Auflösung der neuen Gewerkschaftsspitze und zur Bildung "einer gemischten Kommission beider Seiten zur Durchführung von Wahlen in den verschiedenen Vereinen, deren Vertreter dann auf einem allgemeinen Kongreß eine neue Hauptverwaltung bestimmen sollten"²²).

Am 1. März 1946 trat der 8. Kongreß der GSEE in Anwesenheit von Vertretern der französischen, englischen und russischen Gewerkschaften zusammen, auf dem die neue Verwaltung der GSEE gewählt wurde²³). Die Vertreter des unter kapitalistischem Einfluß stehenden Flügels verweigerten im letzten Moment ihre Teilnahme an diesem Kongreß, obwohl sie gemeinsame Verträge mit den Vertretern der anderen Flügel sowie mit den ausländischen Vertretern unterschrieben hatten²⁴). Seine Führer, F. Makris und D. Theocharidis, wurden einen Monat später bei der Parlamentswahl als Abgeordnete der rechtsextremistischen "Volkspartei" gewählt, und Theocharidis wurde zum Minister in der Regierung Tsaldaris ernannt²⁵). Diese Regierung der "Volkspartei" löste die in freien Wahlen bestimmte Führung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes unter seinem Generalsekretär D. Stratis wieder auf und ersetzte sie durch eine neue Zentralverwaltung unter dem Generalsekretär I. Patzatzis. Es folgte die Entfernung aller örtlichen Apparate und Arbeiterzentralen. Mit Unterstützung des Staates kam auf diese Weise die gesamte Organisation der Arbeiter in die Hände der Reformisten und der Regierung der Populisten²⁶).

Nach dieser offenen Intervention der Regierung und der

Unternehmer herrschte Chaos in den Gewerkschaften. Der ernannte Vorstand setzte nicht nur die gewählten Vorstände der Föderationen und der Arbeiterzentren ab, sondern entfernte auch eine große Zahl von örtlichen Gewerkschaftsorganisationen aus der GSEE. Allein in Athen wurden auf diese Art 40 Organisationen aus der GSEE ausgeschlossen, in Piräus 26²⁷).

4. Rivalitäten und Demoralisierung innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie.

Bei der Wahl J. Patzatzis' zum Generalsekretär der GSEE kam es zu einem Bruch zwischen seiner "Gruppe" und der "Gruppe" von Makris. Als im November 1947 kollektive Arbeitsverträge unterschrieben wurden, warf Makris, Vorsitzender des Arbeiterzentrums von Athen, Patzatzis in aller Öffentlichkeit vor, daß er von den Fabrikanten gekauft worden sei und die Arbeiterklasse verrate. Makris drohte einen Streik an, den er allerdings im letzten Moment absagte. Patzatzis wiederum klagte Makris öffentlich an, er habe mit dem Ministerpräsidenten Tsaldaris abgesprochen, daß die Regierung die Einziehung der Arbeiter zum Militär verordnen solle²⁸).

Im Januar 1948 traten die "Flügel" von Makris und Theocharidis aus dem Vorstand der GSEE aus mit der Losung, den Vorstand ohne die "Flügel" von Patzatzis usw. zu reorganisieren.

Der 9. Kongreß der GSEE wurde am 28. März 1948 eröffnet und war in seinem Ablauf ein einziger Skandal²⁹). Die "Führer" beschuldigten sich gegenseitig der Korruption³⁰). Die Wahl von A. Dimitratos zum Generalsekretär der GSEE wurde (auf Ersuchen von Makris und Theocharidis) durch staatliche Intervention für ungültig erklärt. In einer neuen Wahl wurden dann Vertreter der konkurrierenden Gruppen in den Vorstand der GSEE gewählt³¹). Der Vorstand

blieb ohne Generalsekretär bis Juni 1948, worauf der Posten von Makris übernommen wurde.

Im Juni 1949 wurde nach dem Austritt von Theocharidis, Patzatzis und anderen die "Einheit" des Vorstandes wieder gefährdet. Theocharidis nannte Makris einen "Verräter der Arbeiterklasse". Kalomiris (aus der "Gruppe" von Makris) erklärte öffentlich, daß, "wenn Theocharidis seinen Parlamentarierschutz nicht hätte, er nicht auf freiem Fuß bleiben dürfte, sondern für seine verräterische Tätigkeit an das Sondergericht von Nürnberg überwiesen werden müßte, wie es die englische Mission gefordert hatte"³²). Nach der Intervention des amerikanischen Gewerkschaftsvertreters (und Vertreters des IBFG³³) Irwing Brown wurde dann eine Einigung der Kontrahenten im Vorstand der GSEE erzielt, und die Vorbereitungen zum 10. Kongreß konnten beginnen. Erneut wurde eine ganze Reihe von örtlichen Organisationen aus der GSEE ausgeschlossen. Die Delegierten wurden durch eine gefälschte Wahl bestimmt. Bei der Eröffnung des Kongresses am 10. September 1950 füllten sich "der Saal des Theaters Kentrikon ... sowie die Galerie mit Polizisten, Geheimpolizisten und Spitzeln, die als Begleiter der Delegierten aus ganz Griechenland gekommen waren. So war es unmöglich zu unterscheiden, wer die Delegierten und wer die Spitzel waren. Ohne tatsächliche Kontrolle der Delegierten begann der Kongreß seine Arbeit und beendete sie in einer Atmosphäre von Angst, ununterbrochenen Drohungen und Schlägereien"³⁴).

Auf diesem Kongreß wurde Makris von Dimitratos als Agent der ehemaligen Metaxas-Diktatur bloßgestellt. Als ein Delegierter von Thessaloniki, Emmanouilidis, versuchte, über den Skandal des Streiks von 1949 zu reden, "schlugen ihn die Rausschmeißer nieder und stießen ihn aus dem Saal"³⁵). Wegen dieses Terrors verließ die Opposition den Saal. Damit konnten Makris, Theocharidis, Patzatzis, Laskaris, Kalomiris u.a. sich ohne Teilnahme der Opposition erneut wählen lassen.

Bis heute hat die Situation sich nicht geändert. Der einzige Flügel, der an den Kongressen legal teilnimmt, ist der unter der Führung von Makris, "weil in vielen Bezirksvertretungen der Arbeiter die Führung es den gegnerischen Kräften nicht gestattete, an den Kongressen teilzunehmen"³⁶). Außerdem hat die Führung im Lauf der Zeit immer mehr örtliche Gewerkschaften von der Liste der GSEE wegen "antinationaler Gesinnung" gestrichen. Die "kommunistischen" und "demokratischen" Kader gründeten daher die "Demokratische Gewerkschaftsbewegung" (DGB), welche die ausgeschlossenen örtlichen Gewerkschaftsgruppen zusammenfaßte und eine oppositionelle Tätigkeit gegen die heutige Führung der GSEE aufnahm.

In jüngster Zeit ist die erneute Spaltung der herrschenden Gewerkschaftsbürokratie offen zutage getreten. Man vermutet, daß Dimitratos, der, wie in der Diktatur-Régierung eine Zeitlang als Minister für Arbeit amtierte, dabei eine wichtige Rolle gespielt hat. Weiterhin wird behauptet, daß die Konkurrenz zwischen der Kaderclique von Makris und der von Theodorou³⁷) eine Konkurrenz zwischen der amerikanischen und der europäischen Sektion des IBFG widerspiegelt³⁸).

Wer auch immer die Initiatoren gewesen sein mögen, fest steht, daß die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter in Griechenland durch die gewerkschaftliche Bürokratie völlig zerstört wurde und die Arbeiterklasse dabei fast nie eine bestimmende Rolle in ihrer eigenen Berufsorganisation gespielt hat.

Darüber hinaus muß man sich bei den Spaltungen der beruflichen Arbeiterbewegung in Griechenland über folgenden Punkt Klarheit verschaffen: diese Spaltungen waren nie eigentlich die Folge einer Entzweiung innerhalb der Arbeiterklasse selbst, sondern mit ihnen wurde die politische Spaltung der bürgerlichen Elemente der Gesellschaft durch die gewerkschaftliche Bürokratie in die Arbeiterbewegung hineingetragen.

Das charakteristische Kennzeichen der Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Griechenland besteht also darin, daß die Gewerkschaft praktisch verstaatlicht ist, daß man im wesentlichen überhaupt nicht von "gewerkschaftlichen Rechten" der abhängig Erwerbstätigen reden kann und daß die in der Verwaltung tätigen Gewerkschaftsfunktionäre nicht selten Angestellte des Arbeitsministeriums ³⁹⁾, der Gewerkschaftsabteilung der Polizei sowie direkt des Unternehmertums sind ⁴⁰⁾. Die Funktionäre der "Demokratischen Gewerkschaftsbewegung" (unter Einfluß der Kommunistischen Partei) erscheinen daher als Vertreter einer "Demokratisierung", obwohl sie letzten Endes ebenso auf eine Verstaatlichung der Gewerkschaft abzielen wie die Funktionäre unter kapitalistischem Einfluß.

Von dem "Gründungsbeschluß" des Ersten Arbeiterkongresses aus dem Jahr 1918 ist nichts übrig geblieben. Aus der gegenwärtigen Situation heraus erwächst jedoch spürbar die Tendenz zur Emanzipation der Arbeiterklasse in Form ihrer selbständigen gewerkschaftlichen und politischen Kampfbewegung.

Siebzehntes Kapitel

STRUKTUR DER GEWERKSCHAFT

Die gewerkschaftliche Organisation in Griechenland faßt Arbeiter und Angestellte zusammen, d.h. abhängig Erwerbstätige, die keine Unternehmung verwalten oder Unternehmerfunktionen haben¹).

Die Struktur der Gewerkschaftsorganisation stellt sich folgendermaßen dar: Die Grundeinheit ist eine lokale Gewerkschaftsorganisation für jeden Wirtschaftszweig. Bei der Zusammenfassung dieser Grundeinheiten sind zwei Organisationsformen zu unterscheiden, eine (1) horizontale und eine (2) vertikale²):

1. Die örtlichen Berufsorganisationen sind zu einem örtlichen "Arbeiterzentrum" zusammengefaßt.
2. Die örtlichen Organisationen jedes Zweiges sind in einer überregionalen Föderation vereinigt.

Damit gehört jede örtliche Berufsgewerkschaft zum örtlichen "Arbeiterzentrum" und zur überregionalen Föderation des entsprechenden Zweiges.

Die Grundeinheiten, die Arbeiterzentren und die Föderationen, bilden zusammen die "Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands" (GSEE).

Die GSEE bezeichnet sich selbst als "organisatorische Abteilung" des "Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften" (IBFG)³).

Achtzehntes Kapitel

DIE ENTWICKLUNG DER STREIKBEWEGUNG

Die ungünstige sozialökonomische Situation der Arbeiter in Griechenland drängt die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern in einen akuten Konflikt, der sich meistens in Streikkämpfen ausdrückt¹⁾. So hat die griechische Arbeiterbewegung immer zu Streikbewegungen tendiert, die Entwicklung der letzten Jahre unterscheidet sich aber besonders darin, daß eine spontane Neigung zu Streiks in den unteren Organisationseinheiten auftritt, die sich rasch verbreitet und verstärkt. Die Initiative im Arbeitskampf ist also von der streikfeindlichen Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeiterschaft selbst übergegangen.

Mit der Grundforderung nach Lohnerhöhung fanden zwischen August und Dezember 1950 folgende Streikkämpfe der Arbeiter und Angestellten (sowie der Beamten) statt:

Tabelle 86

STRIKS UND ARBEITSNIEDERLEGUNGEN
(August bis Dezember 1950)

Stadt oder Gebiet	S T R E I K S						Arbeitsniederlegungen			Summe der gestreikter Arbeitsstunden
	A	B	C	D	E	F	G	H	I	
Athen.....	63	35	4	102	360	60.000	14	18.800	59.600	2.150.700
Piräus.....	40	12	-	52	75	10.000	8	15.000	53.000	220.000
Thessaloniki	3	2	-	5	28	13.750	-	-	-	310.000
Makedonien..	-	5	-	5	16	8.800	-	-	-	237.000
Peloponnes..	-	3	-	3	20	4.175	-	-	-	140.000
Inseln.....	1	4	-	5	25	1.250	-	-	-	43.000
Sterea Hellas	1	2	-	3	9	540	-	-	-	9.200
Insgesamt...	108	63	4	175	543	98.515	22	33.000	113.300	3.109.900

- A = Zahl der Streiks in Fabriken.
 B = Zahl der Streiks in Wirtschaftszweigen (darunter 27 Streiks im öffentlichen Bereich).
 C = Zahl der allgriechischen Streiks (auch im öffentlichen Bereich).
 D = Gesamtzahl der Streiks.
 E = Gesamte Streikdauer in Tagen.
 F = Gesamtzahl der Streikenden.
 G = Zahl der Arbeitsniederlegungen (darunter 2 Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Bereich).
 H = Zahl der Beteiligten an den Arbeitsniederlegungen.
 I = Gesamtdauer der Arbeitsniederlegungen in Stunden.

Quelle: Zitiert nach Antaios, 6. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1951, S. 55.

Dabei wurden nur in Athen und Piräus (wenn auch die 4 allgriechischen Streiks mitgerechnet werden) zwischen August und Dezember 1950 2.150.700 gestreikte Arbeitsstunden erreicht.

Für den Zeitabschnitt von 1951 bis 1953 ist eine Statistik der Streikbewegung nicht vorhanden. Hingegen stellen die amtlichen Zahlen folgende Entwicklung der Streiks für die Jahre von 1954 bis 1961 dar:

Tabelle 87

ENTWICKLUNG DER STREIKBEWEGUNG IN GRIECHENLAND
 IN DEN JAHREN 1954 BIS 1961.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Streikenden	Summe der gestreikten Arbeitsstunden
1954.....	172	49.307	312.173
1955.....	210	50.242	553.028
1956 ⁺	-	-	-
1957.....	169	115.391	1.138.000
1958.....	113	91.951	874.076
1959.....	100	41.502	469.395
1960.....	135	56.180	650.144
1961.....	115	52.994	705.434

+ Angaben sind nicht vorhanden.

Quelle: Zusammengestellt nach Statistical Yearbook of Greece, 1958, S. 114; Ebenda, 1961, S. 157; Ebenda, 1962, S. 159.

Dazu muß bemerkt werden, daß diese amtlichen Zahlen mit dem tatsächlichen Umfang der Streikbewegung kaum übereinstimmen. Der Statistik zufolge betrug z.B. die Zahl der Streikenden im Jahr 1960 nur 56.180, jedoch ist allgemein bekannt, daß gerade in diesem Jahr die Streikbewegung stark zugenommen hat. Allein im Januar hatten 22.000 Lehrer und 6.000 Studienräte die Arbeit niedergelegt, sowie ungefähr 10.000 Personen des Betriebspersonals der städtischen Kraftfahrlinie in Athen (hier auch die Privateigentümer der Omnibusse). Die Zahl der Streikenden betrug im Juni 15.000, im Juli 37.000, im September 23.000, im Oktober 48.000, im November 65.000, am 1. Dezember 100.000 (allgriechischer Streik der Bauarbeiter) und im Dezember insgesamt 162.000 Personen²). Im Frühjahr 1960 fanden außerdem Streiks der Bergarbeiter in Serres und der Druckereiarbeiter der Zeitungen in Athen statt, sowie der Hungerstreik der Arbeiter in der Fabrik für Gummiverarbeitung "Ethel" in Athen. Die Gesamtzahl der Streikenden im Jahr 1960 dürfte sich somit auf ungefähr 400.000 Personen belaufen. In einem Bericht von Dimitris Stratis (Generalsekretär der "Demokratischen Gewerkschaftsbewegung") wird die Zahl der Streikenden im Jahr 1960 auf 380.000 und die Zahl der gestreikten Stunden auf 4.500.000 geschätzt³).

Auch für 1961 scheint die amtliche Zahl der Streikenden (52.994) zu niedrig angegeben zu sein. Denn nach Angaben der Presse belief sie sich auf 215.000 Personen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1962 waren es bereits 427.000 Personen⁴).

Die nächste Tabelle gliedert die Streiks von 1958, 1959, 1960 und 1961 nach ihren Motiven auf:

Tabelle 88

GLIEDERUNG DER STREIKS NACH IHREN FORDERUNGEN
IN DEN JAHREN 1958 BIS 1961.

Forderung	Zahl der Streiks					Zahl der Streikenden	Summe der ge- streikten Ar- beitsstunden
	1	9	5	8	:		
1. Lohnerhöhung.....	66					82.067	760.800
2. Regelung der Arbeits- zeit.....		2				102	1.672
3. Auszahlung rückständi- ger Gehälter.....	22					4.661	67.815
4. Einstellung oder Ent- lassung von Personal...	8					1.029	2.592
5. Streik aus Solidarität.	7					1.208	5.477
6. Übrige Gründe.....	8					2.884	35.720
	1	9	5	9	:		
1. Lohnerhöhung.....	31					29.063	296.499
2. Regelung der Arbeits- zeit.....		5				2.623	14.502
3. Auszahlung rückständi- ger Gehälter.....	26					1.576	18.988
4. Einstellung oder Ent- lassung von Personal...	16					1.333	13.749
5. Streik aus Solidarität.	3					773	38.581
6. Übrige Gründe.....	19					5.954	87.076
	1	9	6	0	:		
1. Lohnerhöhung.....	69					34.644	348.572
2. Regelung der Arbeitszeit.	2					483	3.864
3. Auszahlung rückständi- ger Gehälter.....	24					2.404	33.292
4. Einstellung oder Ent- lassung von Personal...	10					599	4.004
5. Streik aus Solidarität.	8					1.548	5.640
6. Übrige Gründe.....	22					16.502	254.772
	1	9	6	1	:		
1. Lohnerhöhung.....	38					35.748	431.416

2. Regelung d. Arbeitszeit.	1	279	558
3. Auszahlung rückständiger Gehälter.....	39	7.213	50.765
4. Einstellung oder Entlassung von Personal..	5	260	3.400
5. Streik aus Solidarität	7	904	67.882
6. Übrige Gründe.....	25	8.590	151.413

Quelle: Zusammengestellt nach Statistical Yearbook of Greece, 1958, S. 116; Ebenda, 1959-1960, S. 122; Ebenda, 1961, S. 158; Ebenda 1962, S. 159.

Obwohl diese Zahlen nur teilweise den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen dürften, wird aus ihnen doch ersichtlich, daß Streiks zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen weitaus am häufigsten vorkommen (zwischen 1958 und 1961: 204 Streiks mit 181.522 Streikenden und 1.837.287 gestreikten Stunden). Der Schwerpunkt der Streikbewegung liegt also im Kampf um die Sicherung bzw. Verbesserung der Existenzbedingungen. Das Zurückhalten von Löhnen und Gehältern scheint übrigens eine verbreitete Sitte bei den Unternehmern zu sein, wenn es sogar Streiks (zwischen 1958 und 1961: 111 Streiks mit 16.854 Streikenden und 170.860 gestreikten Stunden) verursacht.

Daran anschließend sollen die Streiks von 1958 bis 1961 nach ihrer Dauer und dann noch nach ihrem Ergebnis aufgliedert werden.

Tabelle 89

ZEITDAUER DER STREIKS
IN DEN JAHREN 1958 BIS 1961.

	Weniger als 1 Tag	1 - 2 Tage	3 - 10 Tage	11 - 50 Tage	51-100 Tage
1 9 5 8 :					
Zahl der Streiks.	59	33	17	3	1
Zahl der Strei- kenden.....	29.563	58.166	3.837	355	30
Summe d.gestreik- ten Arbeitsstunden	88.680	624.501	114.335	34.320	12.240
1 9 5 9 :					
Zahl der Streiks.	42	32	24	2	-
Zahl der Strei- kenden.....	13.598	24.931	2.613	360	-
Summe d.gestreik- ten Arbeitsstunden	51.412	265.578	110.765	41.640	-
1 9 6 0 :					
Zahl der Streiks.	44	72	17	2	-
Zahl der Strei- kenden.....	17.194	36.423	1.943	620	-
Summe d.gestreik- ten Arbeitsstunden	57.636	389.008	77.612	125.888	-
1 9 6 1 :					
Zahl der Streiks.	40	54	19	2	-
Zahl der Strei- kenden.....	7.150	41.132	4.058	654	-
Summe d.gestreik- ten Arbeitsstunden	18.128	405.218	187.912	94.176	-

Quelle: Zusammengestellt nach Statistical Yearbook of Greece, 1958, S. 116, Ebenda, 1959-1960, S. 122; Ebenda, 1961 S. 158; Ebenda, 1962, S. 159.

Daraus wird ersichtlich, daß es sich hauptsächlich um ausgesprochen kurze Streiks handelt (allein 191 Streiks von nur 1 - 2 Tagen bei 160.652 Streikenden und 1.648.305 gestreikten Stunden). Dieses Phänomen läßt auf die Schwäche der Arbeiterschaft schließen, die nicht über die notwendigen Vorbedingungen verfügt, um den Streikkampf längere Zeit durchzuhalten.

Tabelle 90

ERGEBNISSE DER STREIKS
IN DEN JAHREN 1958 BIS 1961.

	Zahl der Streiks	Summe der ge- streikten Ar- beitsstunden
1. Erfüllung aller Forderungen...	34	68.156
2. Erfüllung einiger Forderungen.	6	22.748
3. Teilweise Erfüllung der Forde- rungen.....	36	236.156
4. Nur Zusage.....	60	752.470
5. Erfolglos.....	291	1.435.764
6. Kein Nachweis der Ergebnisse..	36	183.756
Insgesamt.....	463	2.699.050

Quelle: Zusammengestellt nach Statistical Yearbook of Greece, 1958, S. 116; Ebenda, 1959-1960, S. 122; Ebenda, 1961, S. 158; Ebenda, 1962, S. 159.

Danach machen die erfolglos gestreikten Arbeitsstunden über 53 % der Gesamtzahl aller gestreikten Stunden aus, die mit einer "Zusage" beendeten dagegen ungefähr 28 %. Ob diese Zusagen später auch gehalten wurden, kann nicht nachgewiesen werden. Demgegenüber betragen die gestreikten Arbeitsstunden mit voller oder teilweiser Erfüllung der Forderungen als Ergebnis 12,1 % der Gesamtzahl.

Bei Betrachtung der praktischen Ergebnisse der Streik-kämpfe wird deutlich, daß die Unternehmer die Streiks nur wenig berücksichtigen und sie den Forderungen der abhängig Erwerbstätigen nur sehr zögernd nachgeben. Diese Haltung wird ihnen dadurch ermöglicht, daß das Unternehmertum und die Behörden die Gewerkschaft völlig desorganisiert haben, und dadurch, daß den Unternehmern Antistreiktruppen der Polizei zur Verfügung stehen und daß andere behördliche Maßnahmen die Abwehrstellung der Unternehmer verstärken. Das gegenwärtige Kräfte-verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in Griechenland läßt sich daran ermessen.

Schlußbetrachtung

DIE GESELLSCHAFTLICHE LAGE IN GRIECHENLAND

I. DIE PRODUKTIONSGRUNDLAGE DER GESELLSCHAFT

1. Landwirtschaft.

Nach einem relativ kontinuierlichen Zuwachs bis 1957 geriet die landwirtschaftliche Produktion in eine Stagnation (die Ausnahme 1961 ist auf Naturfaktoren zurückzuführen). Die Verlangsamung des Wachstumstempos der Produktivität in der griechischen Landwirtschaft ist entscheidend mit dem bisherigen Stand ihrer technischen Grundlage und ihrer Anbaumethoden verbunden, sie bedeutet nämlich, daß weitere Fortschritte eine Strukturveränderung bzw. eine Mechanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft voraussetzen. Die Veränderung der Struktur der griechischen Landwirtschaft hängt aber von einer forcierten Industrialisierung ab. So spiegelt die Stagnation der Produktivität in der Landwirtschaft letztlich das Fehlen einer entwickelten industriellen Basis wieder.

Obwohl eine positive Agrarpolitik sich ohne entsprechende Industrialisierungspolitik als unmöglich erweist, liegt das Schwergewicht der Orientierung der griechischen Regierungen darauf, daß eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion durch Umstellung auf andere Agrarerzeugnisse erreicht werden soll, und zwar als Mittel zur Erhöhung des Exports und damit zu einer Verbesserung der Handelsbilanz. Dem liegt die Annahme zugrunde, daß die Landwirtschaft ihre Produktivität vor allem deshalb nicht erhöhen könne, weil die angebauten Erzeugnisse nicht genug einbrächten oder zu sehr von Naturfaktoren abhängig seien. Durch Anbau anderer Agrarerzeugnisse -unter Berücksichtigung der Wetterbedingungen des Landes und der Nachfrage

auf dem europäischen Markt- sollen nun höhere Preise erzielt werden. Somit wird die landwirtschaftliche Produktivität wieder von Naturfaktoren, zum anderen von Angebot und Nachfrage abhängig gemacht. Das bedeutet: nicht von den Naturfaktoren durch verstärkte Mechanisierung unabhängiger werden, sondern die Agrarproduktion den vorhandenen Naturfaktoren anpassen; bzw.: die europäische Nachfrage (sicherlich mit Recht) beachten, ohne aber zugleich die Wettbewerbsfähigkeit als Ergebnis einer intensiven d.h. mechanisierten und rationellen Agrarproduktion sehen zu wollen. Darin liegt die Logik der Politik für die Verwandlung Griechenlands in einen "Garten Europas".

Ohnehin ist die Umstrukturierung der Agrarproduktion als eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Landwirtschaft zu betrachten. Diese Aufgabe kann jedoch ohne Steigerung der Produktionskapazität durch Mechanisierung -bzw. ohne Koordination mit der Entwicklung der Industrie- nicht gelöst werden. Die griechischen Regierungen beschränken sich darauf, die großen Vorteile bei dem Anbau anderer Erzeugnisse zu betonen und der erschöpften Bauernschaft eine glückliche Zukunft zu versprechen.

Inwieweit man sich aber mit der Umstrukturierung der angebauten Erzeugnissen im Ernst befaßt, wird an folgendem Beispiel deutlich: Die Beteiligung der Viehzucht am Absatz auf dem Binnenmarkt ist so gering, daß die Einfuhr von Fleischwaren, Tieren und Viehzuchterzeugnissen als Wert (1959: 24,3 Millionen Dollar - 1961: 40,1 Millionen Dollar)¹⁾ und als Anteil an der Konsumgütergesamteinfuhr (1959: 6,7% - 1961: 8,6%) eine steigende Tendenz zeigt. Zweifellos wäre eine Haltung der Regierungen wohl begreiflich, die davon ausginge, daß eine entsprechende Umstrukturierung der Agrarproduktion in Richtung auf Futterpflanzen zuerst erfolgen müßte, damit die Grundlage für

eine intensive Entwicklung der Viehzucht bzw. für das Aufhören des entsprechenden Einfuhrvolumens da wäre. Doch zeigt die bisherige Praxis das Gegenteil, obwohl durch das Aufhören dieser Einfuhr ein Teil der heute auf Absatz im Ausland bedachten Agrarproduktion im Binnenmarkt abgesetzt und ein Teil des heutigen Devisenverlustes erspart werden könnten.

2. Industrie.

Die griechische Industrie hat sich als nebensächlicher Sektor der Gesamtwirtschaft entwickelt, der in erheblichen Maße von den jeweiligen Schwankungen in der Landwirtschaft abhängig bleibt. Ebenso muß die Abhängigkeit von der ausländischen Schwerindustrie berücksichtigt werden; als Beispiel sei zu erwähnen, daß der Anteil der Einfuhr von Eisen und Stahl an der Gesamteinfuhr 1954 17,9% (57,2 Millionen Dollar ~~von~~ 319,6 Millionen Dollar) und 1958 15,7% (77,3 Millionen Dollar ~~von~~ 491,5 Millionen Dollar) ausmachte²). Diesen Schwächen liegt die Tatsache zugrunde, daß das industrielle Kapital den Übergang von der Leicht- zur Schwerindustrie wie auch den von der Klein- zur Großindustrie nicht vollzogen hat, obwohl die Jahrzehnte ~~während~~ hohe Profitbildung die Voraussetzung dafür bot. . Stattdessen ist eine Abneigung der Industrieunternehmer gegenüber der Investitionstätigkeit zur festen Tradition geworden, und man hat offensichtlich für die Umwandlung der Struktur der Industrie, bzw. für eine rationelle Industrialisierung und allseitige Entwicklung der Produktivkräfte des Landes überhaupt keine Sorge getragen.

Die Unternehmer beklagen sich zwar, daß es ihnen an dem für die Industrialisierung erforderlichen Kapital fehlt, gleichzeitig liegen aber ihre Interessen häufig "auf dem Grundstückmarkt, in der Schifffahrt, im Handel und bei den Banken"³), sowie bei den Auslandsanlagen⁴). Sie führen ein skandalös luxuriöses Privatleben, ohne sich um ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft

zu kümmern. Was sie interessiert, ist die optimale Steigerung ihrer schon sehr hohen Profite durch niedrige Löhne, Steuerflucht, Bilanzverschleierung⁵⁾, Vergünstigungen und hohe Preise, die der Preisschutz im Namen der Bekämpfung der Inflation gewährleistet. "Industrieförderung bedeutet in diesem System eine Reihe von zusammenhanglosen Vergünstigungen..."⁶⁾, von geschenkartigen Krediten und von Privilegien, wobei es auch Fälle gibt, in denen die Gewährung solcher Kredite nur als ein Mittel dafür aufgefaßt wird, daß die Industrieunternehmer das Eigenkapital aus ihrer Unternehmung zurückziehen können; so zogen manchmal "Industrielle einen Teil ihres eigenen Kapitals aus ihren Fabriken zurück oder versuchten es wenigstens, wenn sie Anleihen erhielten"⁷⁾. Die Industrialisierung wird von dem griechischen Bürgertum im Grunde als eine Gelegenheit betrachtet, große Gewinne zu erzielen und ein Teil seines Eigenkapitals aus der Produktion zurückzuziehen.

Insofern jedoch durch die Auflockerung der Zollschutzmaßnahmen und durch das Eindringen von Fertigfabrikaten vom Ausland her das griechische Industriekapital unter Druck gesetzt wird, oder insofern die einheimischen Industrieunternehmer einen Absatz auf dem internationalen Markt erstreben, wird unter anderem versucht, die Frage der Konkurrenzfähigkeit von dem Bestehenbleiben der vorhandenen Arbeitskosten abhängig zu machen. Der Anteil der Arbeitskosten an den gesamten Produktionskosten betrug 1958 für die Baumwollindustrie zwischen 13,4% und 19,1% , für die Wollindustrie 17,8% , für die Lederindustrie 13,9% und für die Nahrungsmittelindustrie 9,2%; dagegen machte der entsprechende Anteil der Rohstoffkosten 64,0% bzw. 52,3% , 62,1% , 61,8% und 76,8% aus⁸⁾. Der Stundenlohn in der griechischen Industrie ist, verglichen mit dem anderer Länder, äußerst niedrig (1955: in Frankreich in der Baumwollindustrie 17,57 Sf, in der Maschinenbauindustrie 25,34 Sf, und im Bergbau 32,27 Sf; die entsprechenden Zahlen sind

in Griechenland 7,63 Sf, 8,05 Sf und 9,10 Sf)⁹). Dadurch wird bereits deutlich, daß die Konkurrenzfähigkeit der griechischen Industrie keineswegs von den geltenden Arbeitskosten abhängt. Die Konkurrenz des Auslands beruht vielmehr auf den niedrigen Produktionskosten einer hochentwickelten Industrie, der die großenteils veralteten griechischen Produktionsmethoden nicht gewachsen sind.

II. DIE WIRTSCHAFTSLAGE DER ABHÄNGIGEN ARBEIT

1. Die Bauern.

Die Lage der Bauernbevölkerung ist dadurch charakterisiert, daß durch die geltenden Grundbesitzverhältnisse und Anbaumethoden die große Mehrheit der Bauernfamilien sich ihren Lebensunterhalt innerhalb der Landwirtschaft nicht oder nur schwer sichern kann. So ist ein Drittel der Bauern, die im Durchschnitt 15 Stremma Landfläche besitzen, vorwiegend auf eine abhängige Erwerbstätigkeit angewiesen, während zwei Drittel der Bauern (mit 38 Stremma Landbesitz im Durchschnitt) unter ungünstigen Bedingungen leben.

Auß der Landverteilung im Jahr 1951 geht hervor, daß die Gruppe der landwirtschaftlichen Betriebe mit 15 Stremma Grundbesitz im Durchschnitt über weniger Gesamtanbaufläche verfügt, als es für die Gruppe der Betrieben mit 4.800 Stremma der Fall ist, wenngleich die Zahl der Betrieben in den beiden Gruppen sich wie 300.000 zu 1.000 verhält. Darüberhinaus ist die hohe Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe (rd. 190.000) zu berücksichtigen, deren Besitzer außerhalb der Landwirtschaftssphäre erwerbstätig sind, was auf ausgedehnte Abhängigkeitsverhältnisse in der Landwirtschaft (Verpachtung) schließen läßt.

Die Schwierigkeiten der Bauern, die ungefähr 38 Stremma Anbaufläche im Durchschnitt besitzen, hängen vor allem mit der Rückständigkeit der Produktionsstruktur der Landwirtschaft und mit der Ausbeutung zusammen, die das arme Bauerntum durch das Handels-, Industrie- und Bankkapital schwerlastet. Gerade auf diese Faktoren ist die Verlangsamung des Wachstumstempos der Produktivität in der Landwirtschaft, die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem europäischen Markt und das niedrige Einkommen der Bauern zurückzuführen.

2. Die Arbeiter und Angestellten.

Nachdem die griechische Wirtschaft die Entwicklungsmöglichkeiten der Vergangenheit nicht genutzt hat, scheint sie jetzt das Niedrighalten der Löhne und Gehälter als wichtiges Mittel anzusehen, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Industrieländern zu sichern. Bei einer Verstärkung der ausländischen Konkurrenz wäre der Versuch zu erwarten, die Löhne noch herabzudrücken. Wenn sich aber heute die Politik der niedrigen Löhne und Gehälter noch durch den Einsatz des Staatsapparates und die faktische Verstaatlichung der Gewerkschaften durchführen läßt, so wäre in dem Fall, daß sie verschärft werden müßte, die Errichtung einer Diktatur schwerlich zu vermeiden.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland zu sichern, dient nur der Rechtfertigung der Lohnpolitik und wird immer wiederholt. Diese Politik hat zur Folge, daß der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten eine fallende Tendenz zeigt, denn der Reallohn von 1963 liegt unter dem von 1953. Mangelhafte Ernährung, schlechte Wohnverhältnisse und die Gefährdung der Gesundheit gehören zum Alltag eines Drittels der Bevölkerung (von der Bauernschaft ganz zu schweigen). Diesen Menschen hat die bestehende Gesellschaftsordnung durch ihre bisherige Politik nichts zu bieten.

III. DIE POLITISCHEN VERHÄLTNISSE

Die widersprüchliche Struktur der Wirtschaft spiegelt sich in einer zunehmenden Spannung zwischen den einzelnen Klassen und Schichten der Gesellschaft wieder. Die Verringerung der Kaufkraft der breiten Volksschichten sowie der unter oligopolistischen und monopolistischen Bedingungen sich verschärfende Wettbewerb führen zur Verarmung der Kleinunternehmer bzw. zur beschleunigten Konzentration und Zentralisation des Kapitals. (Auf die Spannung zwischen den Monopolteilen der Industrie und den kleinen Industriellen wurde bereits hingewiesen; vgl. S. 61). Dadurch bildet das große Unternehmertum krasser als je zuvor eine geschlossene Interessenschicht, die zur Kooperation oder zur Teilung des Binnenmarktes mit dem ausländischen Kapital neigt und bereitwillig zu "Regierungsabschlüssen mit ausländischen oder internationalen Konsortien" rät, und nicht einsehen kann, "weshalb man die eigenen Kleinunternehmer, die bisher wenig erfolgreich waren, unterstützen sollte"¹⁰). Ebenso macht das Industrie-, Handels- und Bankkapital offen gegen die Bauernschaft Front, indem es ihre materielle Existenz zunichte zu machen droht (vgl. oben S. 63 und 253/6). Außerdem besteht ein starker Interessenantagonismus zwischen dem Großkapital und der Arbeiterklasse sowie der sich proletarisierenden Masse der Bauern. Daraus läßt sich ein Polarisierungsprozeß aufzeigen, der die ganze Gesellschaft erfaßt und sie in zwei Lager spaltet, das des Großkapitals und das der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Kleinunternehmer.

Dieser Prozeß findet seinen Ausdruck auch in einer zunehmenden Polarisierung in der Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung: der Zustimmung durch das Großbürgertum steht die Unzufriedenheit, das Mißtrauen oder die ablehnende Haltung der Arbeitnehmer und Kleinunternehmer gegenüber.

Es ist eine übliche Praxis, daß die kapitalistischen

Parteien immer danach streben, die Gegenströmungen durch massive Propaganda und Billigung ihrer Forderungen unter den eigenen Einfluß zu bringen, wenngleich sie nach der Regierungsübernahme die bisherige Politik im Interesse des Großbürgertums treu weitermachen. Wenn auf diese Weise für kurze Zeit das Vertrauen der Arbeitnehmer und Kleinunternehmer gewonnen werden kann, so folgt dem jedesmal die Empörung über die "Betrüger", wodurch auch der Rest von Autorität dieser politischen Bürokratie noch untergraben wird. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte allerdings die Opposition der "Einheitlichen Demokratischen Linken (EDA)" und der "Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)" ihren Einfluß immer mehr vergrößern. Die EDA und die KKE (unter demselben ideologisch-politischen Dach) bleiben aber weit hinter den Forderungen der Arbeiterklasse und der gesellschaftlichen Entwicklung in Griechenland zurück. Der Beitrag der KKE zur Restauration und Stabilisierung des Kapitalismus nach dem Krieg, gegen den Willen der eigenen einfachen Mitglieder, fand seine natürliche Fortsetzung in der Mitwirkung bei den Bestrebungen des Großbürgertums in den letzten Jahren, die Opposition der Arbeiter- und Volkskräfte gegen die Politik der herrschenden Klasse in eine gegen die regierende Partei "Nationalradikale Union (ERE)" unzuwandeln und sie auf diese Weise in der kapitalistischen Oppositionspartei "Zentrumsunion (EK)" zu kanalisieren. So konnte sich noch einmal das Großbürgertum vom Druck von unten befreien und den Versuch einer eigenen politischen Stabilisierung unternehmen. Auch das Industrialisierungsprogramm der EDA und der KKE hat nur als Kritik Bedeutung, denn im Falle der Machtübernahme hätte dieses Programm wegen der Eingliederung Griechenlands in die sogen. "internationale sozialistische Arbeitsteilung" scheitern müssen. Daß die EDA und die KKE die vorhandenen Chancen für eine fortschrittliche Politik nicht wahrnehmen, hängt nun mit eigenen Strukturschwächen zusammen, nicht mit angeblich ungünstigen objektiven Bedingungen. Der sterilen Denkweise und Politik ihrer Funktionärsschicht

zum Trotz, erwachen in diesen Parteien viele aktive Kräfte und breite Massen, die nach einem parteiorganisatorischen Rahmen suchen, um ihren Gegensatz zur bestehenden Ordnung konkret und unmittelbar auszudrücken. Die linksgerichteten oder linkstendierenden Kräfte sind aber noch weit stärker als die Anhängerschaft der EDA und der KKE; sie treten bei den Wahlen für die Liste der EDA oder der EK ein.

Insofern die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und auch der Kleinunternehmer nicht vermittels eigener politischen Organisationen zu bestimmenden Faktoren der Entwicklung im Lande werden, läßt sich behaupten, daß die Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte im heutigen Griechenland durch die vorhandenen Parteiträger nicht zum Ausdruck gebracht wird. Anscheinend richten die bestehenden Parteien ihre Anstrengungen darauf, die politische Verselbständigung der Arbeitnehmer und der Kleinunternehmer zu verhindern, um sich selbst als Vermittler bzw. Vertreter der Arbeitnehmer und Kleinunternehmer zu bestätigen und so an Stelle der gesellschaftlichen eine Polarisierung innerhalb des vorhandenen Parteiensystems zu setzen. Wenn auch das erste unmittelbare negative Ziel bisher stets erreicht wurde, so ist das zweite trotz vieler Versuche immer wieder gescheitert: so bei der vorübergehenden Konzentration von Stimmen bei den Linksliberalen und Rechten (1951), Rechten und Liberalen (1952), Rechten und EDA (1958), Liberalen und Rechten (1964).

Im Hinblick auf die Tatsache, daß das Großbürgertum und die Funktionärsschicht der KKE bzw. der EDA durch ihre internationalen Bindungen und ihre eigenen Widersprüchen den weiteren Fortschritt der Wirtschaft und Gesellschaft nicht gewährleisten können, kann jede Entwicklung nur von dem selbständigen politischen Auftreten der Arbeiterklasse sowie der Kleinunternehmer erwartet werden. Voraussetzung

zur Aufhebung des herrschenden Widerspruchs wäre das einheitliche politische Handeln der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der gewerblichen Kleinunternehmer unter einem gemeinsamen Programm. Nur dadurch würde es möglich, die Staatskontrolle zu übernehmen und erste Maßnahmen zu ergreifen, die der Erholung des Wirtschaftslebens und der Erzeugung und Organisation der materiellen Basis für die weitere Entwicklung dienen sollten. Die gewerblichen Kleinunternehmer schwanken jedoch zwischen Hoffnung und der Unmöglichkeit einer Koexistenz mit dem Großbürgertum und sind nicht in der Lage, die Initiative zu ergreifen. Auch die Bauernschaft allein ist dazu nicht fähig. Sie hat durch ihre Mitwirkung in der revolutionären Bewegung der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit aber bewiesen, daß sie im Rahmen einer einheitlichen Volksbewegung außerordentliche Aktivität zu entfalten vermag und dazu bereit ist. Die Arbeiterklasse, als selbständige Partei konstituiert, ist gemäß ihrer objektiven Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft das aktive Zentrum, das alle Kräfte der Werktätigen gegen die Herrschaft des Großkapitals zusammenziehen könnte. Die Organisation einer autonomen Partei der Arbeiterklasse wäre also die Voraussetzung für den Aufbau einer einheitlichen politischen Bewegung der werktätigen Bevölkerung. Die Existenz einer Arbeiterpartei wird zum Schlüsselproblem für die gesellschaftliche Entwicklung in Griechenland überhaupt.

Nach Ende des Bürgerkrieges (1945-49) und im Laufe der Fünfziger Jahren sind in der griechischen Arbeiterbewegung die ersten Gruppen entstanden, die ihre Arbeit der Vorbereitung zur Lösung dieses Problems widmeten. Inzwischen sind diese Gruppen zu einem sich stets verstärkenden Aktivistenkern gewachsen, der in der Fabriken und Betrieben den Parteaufbau fortsetzt und sich um die Autonomie und Einheit der Gewerkschaften bemüht. Dies ist die Bewegung der "Arbeiterlinken", die sich bis heute, abseits der

Öffentlichkeit, mit der Polizei, der Gewerkschafts-bürokratie, den politischen Vertretern des Kapitalismus und den EDA- bzw. KKE-Funktionären auf Lokalbasis hart auseinandersetzt.

Die politischen Verhältnisse in Griechenland sind nicht verfestigt, vielmehr befinden sie sich in einem Krystallisationsprozeß, während dessen die Vereinigung der Kräfte, deren Interessen mit der gesellschaftlichen Entwicklung identisch sind, sich als notwendig erweist.

IV. DIE PERSPEKTIVE

Eine Fortsetzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Griechenland ist nicht aufzuhalten, denn diese Entwicklung wird zum Bedürfnis der Gesellschaft selbst. Wenn die vorhandene Ordnung die Industrialisierung verhindert¹¹), dann bleibt nichts anderes übrig, als diese Ordnung durch eine solche zu ersetzen, in deren Rahmen die freie industrielle Entwicklung gesichert wird. Wenn die herrschende Klasse in ihrer Kurzsichtigkeit die materiellen Existenzbedingungen der werktätigen Bevölkerung nicht mehr gewährleisten und die Forderung nach Änderung nicht erfüllen kann, dann bereitet sie selbst eine Lage vor, welche dieser Bevölkerung die praktische Aufgabe stellen wird, die von ihr geforderte Änderung durch eigene Initiative und Aktion zu verwirklichen. So scheint auch für Griechenland zuzutreffen, was Dr. Orlando Fals Borda (soziologische Fakultät der Nationalen Universität Bogotá) für Kolumbien sagt:¹²

"The ruling classes here are committing what I call involuntary hara-kiri. The hour is late, and they simply cannot bring themselves to put through the drastic social and economic reforms that could avert the revolution".

ANHANG

NACHWEISE UND ANMERKUNGEN

Einleitung. ÜBER DEN ENTWICKLUNGSSTAND DER WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN GRIECHENLAND

I. DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

- 1) Diese Tendenz kam am konkretesten im Peloponnes zum Ausdruck. Die Pioniere des griechischen Bürgertums Geórgios, Gemistós und Bessaríon forderten in Denkschriften den Kaiser Manuel und den Fürsten von Mystras, Theodor, auf, durch Gesetzesreformen die Ablösung der feudalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine bürgerliche Ordnung einzuleiten. (Mystras hatte sich in dieser Zeit zu einem wichtigen kommerziellen und handwerklichen Schwerpunkt entwickelt). Vgl. Kordatos, J. Geschichte des neueren Griechenlands, 1. Bd., Athen 1957, S. 22-28. Vgl. Zografos, D., Geschichte der griechischen Landwirtschaft, 1. Bd., Athen 1921, S. 4-7. (Griechischsprachige Arbeiten sind im Literaturverzeichnis auch mit dem griechischen Originaltext aufgeführt.)
- 2) Vgl. Kordatos, J., Die soziale Bedeutung der griechischen Revolution von 1821, 4. Aufl., Athen 1946, S. 21.
- 3) Vgl. Dobb, M., Studies in the Development of Capitalism, 7. Aufl., London 1959, S. 34.
- 4) Vgl. Marx, K., Das Kapital, 3. Bd., Berlin 1957, S. 359.
- 5) Marx, K., Ebenda, S. 364.
- 6) Vgl. Maximos, S., Die Morgendämmerung des griechischen Kapitalismus. (Türkenherrschaft 1685-1789), Athen 1945, S. 20.
- 7) Kordatos, J., Ebenda, S. 33.
- 8) Ebenda, S. 54. Es muß hinzugefügt werden, daß auch unter der Herrschaft der Franken (1212-1380) im Peloponnes die griechischen Grundherren nicht enteignet wurden, während aus dem Kleingrundbesitz Lehnsgüter der Franken gemacht worden waren. (Vgl. Zografos, D., Ebenda, 1. Bd., S. 2-3, Fußnote).
- 9) Zografos, D., Ebenda, S. 18.

- 10) Vgl. Mathiopoulos, B., Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961), Hannover 1961, S. 29.
- 11) Kordatos, J., Ebenda, S. 52. Verwaltungsfunktionen übten die griechischen Grundherren auch unter der Herrschaft von Venedig im Peloponnes aus (1380-1540 und 1686-1715). Vgl. Zografos, D., Ebenda, S. 16.
- 12) Kordatos, J., Ebenda, S. 50
- 13) Ebenda, S. 49.
- 14) Maximos, S., Ebenda, S. 20 und 27.
- 15) Kyriasis, D., Zur Entwicklung des Gewerbes im heutigen Griechenland, Athen 1916, S. 149.
- 16) Vgl. Ebenda, S. 150.
- 17) Maximos, S., Ebenda, S. 19.
- 18) Kyriasis, D., Ebenda, S. 57.
- 19) Hopf, "Geschichte Griechenlands", in: Ersch und Gruber, Enzyklopädie, 85. Bd., S. 176. Zitiert nach Kyriasis, D., Ebenda, S. 57.
- 20) Kyriasis, D., Ebenda, S. 57.
- 21) Maximos, S., Ebenda, S. 19.
- 22) Ebenda, S. 26.
- 23) Ebenda, S. 17-18.
- 24) Ebenda, S. 18: Das osmanische Kaiserreich "ließ die fremde Industrie frei ihre Waren in Massen anbieten und sich Rohstoffe verschaffen. Und zwar geschah dies zu Lasten des örtlichen Handwerks und des inländischen Handels".
- 25) Ebenda, S. 27.
- 26) Ebenda, S. 16.
- 27) Zografos, D., Ebenda, S. 31.
- 28) Maximos, S., Ebenda.
- 29) Die Produktion Griechenlands während des 18. Jahrhunderts beruhte hauptsächlich auf dem Spinner- und Färberhandwerk, aber auch auf dem Gerberei-, Metall-, Teppichhandwerk und der Pulverherstellung. Die Absatzmärkte für das Spinner- und Färberhandwerk waren vorwiegend Deutschland und Österreich Vgl. Fotiadis, E.,

"Die Wirtschaftslage der Griechen während der Türkenherrschaft", in: Wirtschafts- und Buchhaltungszyklopädie, 4. Bd., Athen 1958, S. 101 (gr.). Dazu vgl. Kordatos, J., Ampelakia und der Mythos seiner Gemeinschaft. Beitrag zur sozialökonomischen Geschichte Ost-Thessaliens in den Jahren der Türkenherrschaft, Athen 1955, S. 56 (gr.). Vgl. auch Marx, K., Das Kapital, 3. Bd., S. 367.

- 30) Es sei hier als Beispiel die Beschäftigung billiger weiblicher Arbeitskräfte in Griechenland erwähnt, was wahrscheinlich die Anwendung von Maschinen in der Produktion verhinderte. Vgl. Kordatos, J., Ebenda, S. 48.
- 31) Vgl. Marx, K., Ebenda, S. 362.
- 32) Ebenda, S. 362 und 367.
- 33) Vgl. Patatzis, S., Johannis Sofianopoulos, Athen 1961, S. 24-25 (gr.).
- 34) Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 36 und 115; Kordatos, J., Die soziale Bedeutung der griechischen Revolution von 1821, S. 116; Ders., Geschichte des neueren Griechenlands, 2. Bd., Athen 1957, S. 665; Kalitsounakis, D., Angewandte Volkswirtschaft, 4. Aufl., Athen 1957, S. 101; Marx, K., Das Kapital, 1. Bd., Berlin 1959, S. 761-762.
- 35) Patatzis, S., Ebenda, S. 25-26; Marx, K., Ebenda, S. 754 und 756.
- 36) Vgl. auch Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 35.
- 37) Anastasopoulos, G., Geschichte der griechischen Industrie, 1. Bd., Athen 1947, S. 70: Zitat aus der Zeitung Athina (31.12.1838): "Wieviele Banken wären gegründet, wenn die Verfassung wiederhergestellt worden wäre! Jede Garantie für die Sicherheit der Person und des Vermögens beruht auf der Verfassung, so daß die Händler oder die Bankherren in ihr Sicherheit für ihre Unternehmung finden können" (gr.).
- 38) In der Türkenzeit (genau gesagt im Jahr 1750) betrug der Zinssatz 8 % und am Vorabend der Revolution von 1821 ungefähr 12 %; (vgl. Maximos, S. (Voreios), "Theoretische Ökonomie" und ökonomische Urteilslosigkeit, Athen 1943, S. 15). Im Jahr 1830 betrug der Zinssatz für Kredite gegen Pfand 12, 20 und 25 % (vgl. Kapodistrias, J., Briefe, 4. Bd., S. 112, zitiert nach Zografos, D., Ebenda, 1. Bd., S. 225) und im Jahr 1834 25 bis 30 % (nach Anastasopoulos, G., Ebenda, S. 64).
- 39) Vgl. den Bericht eines Komitees von Eigentümern, Händlern und Handwerkern an König Othon am 2./14. April 1834; (Anastasopoulos, G., Ebenda, S. 68).

- 40) Vgl. Anastasopoulos, G., Ebenda, S. 71.
- 41) Ebenda, S. 63.
- 42) Vgl. den Bericht eines Komitees an König Othon (2./14. April 1837): "Es ist traurig für uns, zu sehen, wie unsere nationalen Produkte unbearbeitet ausgeführt und fertig bearbeitet zu dem fünf- bis zehnfachen Preis wieder eingeführt werden". (Zitiert nach Anastasopoulos, G., Ebenda, S. 68).
- 43) Kyriazis, D., Ebenda, S. 156; Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 48; Pournaras, D., Geschichte des internationalen Sozialismus, 2. Bd., Athen 1945, S. 221-222 (gr.); Anastasopoulos, G., Ebenda, S. 162-163.
- 44) Kyriazis, D., Ebenda, S. 36-37: "Die erste Stufe dieser städtischen Entwicklung bildet die Entvölkerung der Bergdörfer, der Zudrang in die Ebene ... Es waren zunächst die ... (Kotzabassides) und die Kaufleute, die den Anstoß zu dieser Bewegung gaben; sie wollten ihre Interessen und früheren Privilegien dadurch aufrechterhalten oder wenigstens damit ersetzen, daß sie die politische Leitung im Staate in die Hand zu nehmen strebten; dadurch mußten sie aber ihre verborgenen und entlegenen Dörfer verlassen und sich nach den Behördensitzen begeben. Nach den Kotzabassides wanderten nach und nach auch "ihre Leute" ab".
- 45) Ebenda, S. 37-38.
- 46) Vgl. Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 48.
- 47) Vgl. Tabelle 2 der vorliegenden Arbeit.
- 48) Vgl. Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 49.
- 48a) Vgl. Mantoux, P., La Revolution industrielle au XVIIIe siecle, 2. Aufl., Paris 1959, S. 97.
- 49) Über die Entwicklung seit den achtziger Jahren vgl. Herkner, H. und Kalitsounakis, D., Die Arbeiterfrage, 2. Bd., Athen 1920, S. 349-350 (gr.).
- 50) Statistisches Amt von Griechenland (Hrsg.), Statistical Yearbook of Greece. 1959-1960, Athen 1961, S. 12.
- 51) Kalitsounakis, D., Angewandte Volkswirtschaft, S. 220-221
- 52) Vgl. Maximos, S., "Der Beitrag von D. Kalitsounakis zu den Wirtschaftswissenschaften in Griechenland", in: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Prof. Dr. D.E. Kalitsounakis, Athen 1961, S. 196.
- 53) Evelpidis, Chr., "Agrarökonomie", in: Wirtschafts- und Buchhaltungszyklopädie, 2. Bd., Athen 1957, S. 351.

- 54) Gaitanides, J., Griechenland ohne Säulen, Innsbruck 1955, S. 180: "... die Tonnage der national-griechischen Handelsmarine stieg von 85.502 t im Jahr 1838 bis auf 404.000 t im Jahr 1870". Vgl. Kordatos, J., Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung, S. 11-12: Anstieg der Zahl der Handelsschiffe von 615 im Jahr 1813 auf 5.422 im Jahr 1870.
- 55) Gaitanides, J., Ebenda, S. 180: "Zwei Drittel der Donauschiffe und fast der gesamte Handel im Schwarzen Meer waren immer noch " (um die siebziger Jahre) "in griechischer Hand, seit 1841 auch ein Drittel des ägyptischen Seeverkehrs".
- 56) Ebenda: Verdoppelung der landwirtschaftlichen Anbaufläche von 1840 bis 1860.
- 57) Vorher wurde als einzige Eisenbahn die von Athen nach Piräus gebaut (1869).
- 58) Psaros, D., "Geschichte der griechischen Verkehrspolitik", in: Wirtschafts- und Buchhaltungszyklopädie, 4. Bd., S. 185.
- 59) Vgl. Anastasopoulos, G., Ebenda, 3. Bd., Athen 1947, S. 1574-1576. (Das Streckennetz der Eisenbahn wurde von 2.397 km im Jahr 1920 auf 2.635 km im Jahr 1938 ausgebaut).
- 60) Zitiert nach Kalitsounakis, D., Ebenda, S. 220.
- 61) Ebenda: Der Zolltarif von 1884 "war nicht vor allem protektionistisch, da er keinen Unterschied zwischen unbearbeiteten und halbbearbeiteten Materialien machte, sondern hauptsächlich fiskalisch. In der Praxis aber wirkte er, wegen seiner hohen Zölle, schützend".
- 62) Zolotas, X., Griechenland auf der Stufe der Industrialisierung, Athen 1926, S. 15.
- 63) Die Höhe der Investitionen des ausländischen Kapitals in Griechenland betrug 100 Millionen Gold-Franken bis zum Jahr 1880 und 223 Millionen Gold-Franken in der Periode von 1880 bis 1893.
- 64) Vgl. Agelopoulos, A., Die griechische Wirtschaft und ihre Verhältnisse zum Ausland, Athen 1946, S. 15.
- 65) Es werden die öffentlichen Anleihen von 1893 bis 1922 mitgerechnet, deren Nominal- und Realwert 672 bzw. 604 Millionen Gold-Franken betrug. (Vgl. Dertilis, P., Die öffentlichen Schulden Griechenlands und die Auffassungen über ihre Regelung, Athen 1960, S. 163.
- 66) Agelopoulos, A., Ebenda, S. 16.
- 67) Dertilis, P., Ebenda, S. 167.

- 68) Als Folge des Bankrotts von 1893 wurde die Wirtschaftspolitik des griechischen Staates bis zum Jahr 1941 durch die sogenannte "Internationale Wirtschaftskontrolle" diktiert. Für die Ursachen dieses Bankrotts vgl. Pournaras, D., Charilaos Trikoupi, 2. Bd., Athen o.J., S. 215-217, 229-232 und 253-254 (gr.). (Der erste Bankrott war im Jahr 1843.)
- 69) Kyriasis, D., Ebenda, S. 42.
- 70) Zolotas, X., Ebenda, S. 29.
- 71) Kyriasis, D., Ebenda, S. 43.
- 72) Charitakis, G., "Die heutige griechische Industrie", in: Ziebarth, E. (Hrsg.), Hellas-Jahrbuch 1929, Hamburg 1929, S. 16: "Wegen der Ausdehnung des Krieges wurden die Seetransporte, welche für Griechenland im Kriege das einzige Verbindungsmittel mit den großen industriellen Zentren von Westeuropa und Nordamerika bildeten, von 1915 und den folgenden Jahren an täglich schwieriger und teurer. Die Schwierigkeiten der Seeverbindungen vermehrten von 1915 an einerseits der Unterseebootkrieg und andererseits die Zusammenziehung eines großen verbündeten Heeres in Makedonien, welches eine große Anzahl von Schiffen für seine Verpflegung in Anspruch nahm. Endlich fiel Griechenland vom Dezember 1916 bis Juni 1917 unter eine vollständige Blockade, welche ihm von den Mächten der Entente auferlegt wurde. Alle diese Ereignisse hatten die natürliche Folge, den griechischen Verbraucher zu zwingen, sich der einheimischen Produktion zuzuwenden".
- 73) Vgl. Zolotas, X., Ebenda, S. 18.
- 74) Im Jahr 1911 umfaßte die Industrie 1.578 Fabriken mit 26.207 Arbeitern. (Nach Andreadis, A., "Les Progrés économiques de la Grece", in: Gesammelte Werke, 2. Bd., S. 213; zitiert nach Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 50).
- 75) Kalitsounakis, D., Ebenda, S. 221.
- 76) Charitakis, G., Ebenda, S. 22.
- 77) Ebenda, S. 23. Der mittlere Wert für 100 Gold-Franken stieg von 101 Dr im Jahr 1915 auf 345 Dr im Jahr 1921, auf 1.250 Dr im Jahr 1923 und auf 1.500 Dr im Jahr 1928 an.
- 78) Ebenda, S. 23.
- 79) Ebenda, S. 23-24.
- 80) Durch die Zwangsemigration der griechischen Bevölkerung aus Kleinasien und die Rückkehr der türkischen Bevölkerung aus Griechenland ergab sich eine Erhöhung der Einwohnerzahl des griechischen Staates um 850.000; (vgl. Charitakis, G., Ebenda, S. 22).

- 81) Als Beispiel wird das Kapital von 135 Teppichwirkanstalten in Form von Maschinen und Materialien erwähnt, das mehr als eine Million Pfund betrug; (vgl. Malamattianos, K., Über das Wirtschaftsproblem Griechenlands, Athen 1930, S. 84 gr.).
- 82) Es handelt sich um einen schon 1923 beschlossenen Zolltarif, der jedoch erst im Jahr 1926 angewandt wurde. Vgl. Kalitsounakis, D., Ebenda.
- 83) Vgl. Damaskinidis, A., Ebenda, S. 578.
- 84) Die monopolistischen Marktbedingungen schufen in Griechenland ein dem Weltmarkt gegenüber erhöhtes Preisniveau, was dem Industrie-Unternehmertum besonders hohe Profite zufließen ließ. Vgl. Zolotas, X., Schöpferischer Sozialismus, Athen 1944, S. 274-275.
- 85) Vgl. Zolotas, X., Griechenland auf der Stufe der Industrialisierung, S. 117-118.
- 86) Vgl. Agelopoulos, A., Das Wirtschaftsproblem Griechenlands, Athen 1945, S. 24.
- 87) Im Jahr 1928 hatten die einheimische Industrie 59 % und die ausländische 41 % der Konsumgüter auf dem griechischen Markt geliefert. Die entsprechenden für das Jahr 1939 lauten 81 % und 19 %. (Vgl. "Die Industrie in Griechenland", in: Wörterbuch für Sozialwissenschaften, 2. Bd., S. 1295). Dazu vgl. auch Stefanidis, D., Nationale Wirtschaftspolitik, Athen 1961, S. 75.
- 88) Vgl. Damaskinidis, A., "Die Struktur der griechischen Wirtschaft", in: Wirtschafts- und Buchhaltungsenzyklopädie, 4. Bd., S. 576; Batsis, D., Die Schwerindustrie in Griechenland, Athen 1947, S. 11 (gr.).
- 89) Die Landwirtschaft war nicht in der Lage, dem Lande das nötige Nahrungsminimum zu sichern. Als Beispiel sei erwähnt, daß im Jahr 1937 35 % des Absatzes an Weizen, 25 % des Absatzes an Getreide und 20 % des Absatzes an Hülsenfrüchten durch importierte Agrarerzeugnisse gedeckt wurden; (vgl. Stefanidis, D., Ebenda, S. 74). Die Einfuhr von Fischen, Getreiden, Hülsenfrüchten, Reis und Zucker betrug im Jahr 1938 677.709 Tonnen und (mit 536.118 Stücken Schlachttieren zusammen) 3.784 Millionen Dr; (vgl. Agelopoulos, A., Ebenda, S. 37).
- 90) Vgl. Wissenschaftliches Institut für Konjunkturforschung des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR (Hrsg.), Der Außenhandel der kapitalistischen Länder. Statistisches Nachschlagewerk für die Jahre 1945-1950 im Vergleich zur Vorkriegszeit, Berlin 1953, S. 43.
- 91) Vgl. Kalitsounakis, D., Ebenda.

- 92) Vgl. Sweet-Escott, Bickham, Greece. A political and economic Survey 1939-1953, London u. New York 1954, S. 9.
- 93) Vgl. Anastasopoulos, G, Ebenda, 3. Bd., S. 1581; für das Jahr 1939 vgl. Sideris, N.G. und Floros, P.K., Die Industrie des Gebiets von Athen und Piräus in den Jahren von 1955 bis 1957, Athen 1958, S. 16 (gr.).

II. DIE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFT IN DER NACHKRIEGSPERIODE

- 1) Vgl. Agelopoulos, A., Das Wirtschaftsproblem Griechenlands, S. 123, 196 und 198; vgl. auch Karavidas, J., Die Entwicklung der griechischen Wirtschaft, hrsg. vom Koordinationsministerium, Athen 1949, S. 1 (gr.); vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Probleme der griechischen Zahlungsbilanz, Athen o.J. (griechische Ausgabe: 1958), S. 45: "Der Zusammenbruch des Wirtschaftsapparates des Landes als Folge des Krieges und vor allem die weitgehende Zerstörung und der Verschleiß der Ausrüstung der Wirtschaft an Investitionsgütern boten ihr die einmalige Gelegenheit, sich während des Wiederaufbaus von den charakteristischen Vorkriegsschwächen zu befreien"
- 2) Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Probleme der griechischen Zahlungsbilanz, S. 45.
- 3) Vgl. Bank von Griechenland, (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, Athen 1955, S. 17.
- 4) Ebenda.
- 5) Vgl. American Mission for Aid to Greece (Hrsg.), Der Marshallplan in Griechenland (Juli 1948 - Januar 1952), Athen 1952, S. 71: "... die Tendenz zum Wachstum der Produktivität wurde in Griechenland notwendigerweise durch gesellschaftliche Grundbedingungen und durch relative Arbeitslosigkeit verzögert, die vielleicht schlimmer sind als in manchen anderen Ländern des Marshallplans".
- 6) Vgl. Wappenhans, W., Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes, Gießen 1960, S. 25.
- 7) Karavidas, J., Ebenda, S. 2; vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Ebenda, S. 46: "Auf diese Weise wurde die gebotene Gelegenheit versäumt. Derjenige Teil der finanziellen Hilfe, der nicht für die Beschaffung von Konsumgütern benutzt wurde, diente zur Wiedergutmachung der durch die Kriegsergebnisse verursachten Schäden, zur Wiederherstellung der öffentlichen Bauten und für den Neuaufbau einiger schon vor dem Krieg bestehenden Privat-

unternehmungen. Die einzige erwähnenswerte Ausnahme bildete die Errichtung von vier neuen Kraftwerken".

- 8) OEEC (Hrsg.), Vierter Bericht: Europas Wirtschaft im Aufstieg, Bad Godesberg 1953, S. 279: "Das Defizit der Bilanz der laufenden Zahlungen, das ungefähr 60 v.H. der gesamten Ausgaben von 1948 bis 1952 ausmachte und auch in den kommenden Jahren sehr hoch bleiben wird, ist zweifellos das vordringlichste Problem der griechischen Wirtschaft".
- 9) Zolotas, X., Währungsstabilität und wirtschaftliche Entwicklung, in: Bank von Griechenland (Hrsg.), Archiv für Studien und Reden, 1. Bd., Athen 1958, S. 54 (gr.).
- 10) Vgl. Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, Athen 1963, S. 120.
- 11) Nach einem britischen Bericht bildete die griechische Industrie bis zum 31. Dezember 1952 Kapitalersparnisse von 1.304 Milliarden Dr oder 87 Millionen Dollar Kaufkraft von 1952. (Vgl. Laskaris, K., Die griechische Wirtschaft vom Standpunkt des Syndikalismus, Athen 1956, S. 25).
- 12) Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, Athen 1962, S. 158.
- 13) Ebenda.
- 14) Vgl. Laskaris, K., Ebenda, S. 26.
- 15) Damalas, V., Ebenda, S. 160.
- 16) Es handelte sich hauptsächlich um die Textil- und Maschinenbauindustrie, die seit der zweiten Hälfte von 1950 ihre Produktion auf ein Minimum beschränkten. Die Produktion von vielen der großen Maschinenfabriken sank im Jahr 1951 um 15 % verglichen mit 1950 (oder um 65 % gegenüber 1939) und im Jahr 1952 um 52 % gegenüber 1950. Diese Fabriken entließen zwei Drittel ihrer Arbeiter und ihres technischen Personals; einige, die in den Jahren 1948-49 1.500 Arbeiter beschäftigten, entließen davon 1.300. Dank der Produktionssteigerung in anderen Industrie-Branchen, wie z.B. in der Zement-, Beton-, Eisen-, Eisen- und Gummiindustrie, erhöhte sich jedoch der Index der industriellen Gesamtproduktion im Jahr 1952. (Index des industriellen Produktionsvolumens 1939 = 100: 1950 = 123, 1951 = 121, 1952 = 128). Vgl. Sideris, N., Die griechische Industrie, Athen 1953, S. 5-8 und 17.
- 16a) 1945 war durch Gesetz ein Dollar 500 Dr gleichgesetzt worden; 1946 waren es 5.000 Dr; 1947 10.000 Dr; 1949 15.000 Dr; schließlich wurde 1953 der Wert eines Dollars auf 30.000 Dr erhöht. Im Jahr 1954 wurden die drei letzten Nullen gestrichen, so daß der Dollar nunmehr 30 Dr gleichkam. (Vgl. Dertilis, P., "Staatshaushalt und Finanzsystem Griechenlands", in: Handbuch der Finanzwissenschaft-

ten, 3. Bd., 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 383.

- 17) Vgl. OEEC (Hrsg.), Fünfter Bericht: Fortschritte und Probleme der europäischen Wirtschaft, Bad Godesberg 1954, S. 154.
- 18) Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Ebenda, S. 49.
- 19) Sie betrifft die Aufhebung von "mengenmäßigen Beschränkungen der Einfuhr aus dem EZU-Raum, dem Dollar-Raum und einigen anderen Ländern - mit Ausnahme bestimmter Luxuswaren", sowie die Abschaffung von "Sondereinfuhrsteuern und Ausfuhrsubventionen". Vgl. OEEC (Hrsg.), Ebenda, S. 154.
- 20) Ebenda, S. 16.
- 21) Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, Athen 1955, S. 9 (gr.).
- 22) Ebenda, S. 11.
- 23) Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft in den Jahren von 1955 bis 1956, Athen 1957, S. 21.
- 24) Ebenda.
- 25) Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1957, Athen 1958, S. 93.
- 26) Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Ebenda, S. 50.
- 27) Ebenda, S. 52: "Die Tatsache, daß die Liberalisierung der Einfuhren nicht den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen angepaßt wurde und daß inflationäre Strömungen bei gleichzeitiger starker Neigung zu Konsum und Import weiterhin bestehen blieben, bildete bald eine Gefahr für die Zahlungsbilanz und für die industrielle Tätigkeit des Landes".
- 28) Ebenda, S. 53.
- 29) Ebenda, S. 51-52: "Die verspätete Einleitung einer richtigen Investitionspolitik hatte zur Folge, daß die Industrie, trotz ihrer besseren Organisation, keinen besonderen Beitrag - weder zur Sanierung der Handelsbilanz noch zur Beschäftigung der Bevölkerung - leisten konnte. Die Europäische Freihandelszone, ... hat für Griechenland die Form einer Bedrohung seiner Wirtschaft angenommen; denn der im Rahmen der Europäischen Freihandelszone gezogene Vergleich zwischen den griechischen Produktionsbedingungen und denen der übrigen Länder läßt deutlich den Rückstand Griechenlands in der Produktivität hervortreten. Wenn die hohen Schutzzölle ermäßigt würden, könnte ein großer Teil der Industrie der Auslandskonkurrenz nicht standhalten".

- 30) Bank von Griechenland (Hrsg.), Ebenda, S. 20 und 49.
- 31) Ebenda, S. 20.
- 32) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, Athen 1955, S. 9; Die griechische Wirtschaft im Jahr 1957, Athen 1958, S. 102; Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, Athen 1962, S. 17 (gr.); dazu vgl. Wolff, S., "Wachstum und Umbau der griechischen Wirtschaft", II, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich 11.6.1963, Abendausgabe Nr. 2393, Blatt 3.
- 33) Vgl. Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 189.
- 34) Vgl. Wolff, S., Ebenda, I, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2.6.1963, Pfingstausgabe Nr. 2265, Blatt 10.
- 35) Vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Quarterly Review, Nr. 13-14, Athen 1963, S. 8.
- 36) Vgl. Trakakis, G., Die Industrialisierung des Landes, Athen 1954, S. 11.
- 37) Zitiert nach Iliou, I., Die nationale und die öffentliche Wirtschaft im Jahr 1960 (Bericht zum Parlament), Athen 1960, S. 23.
- 38) Ebenda, S. 26 und 42.
- 39) Durch diese Simplifizierung wird die starke Differenzierung der Einkommen in Griechenland verschleiert. Denn, nach dem Ergebnis einer Untersuchung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinigten Nationen, "regional differences in per capita incomes are much larger in the less developed countries of Europe, such as Spain, Portugal, Greece, and also Italy, than in the highly industrialized economies (United Kingdom, Germany)"; vgl. Balassa, Bela, The Theory of economic integration, Homewood (Illinois) 1961, S. 201.
- 40) Wolff, S., Ebenda.
- 41) Ebenda.
- 42) "Die griechische Wirtschaft in den Jahren von 1958 bis 1961", in: Die Neue Ökonomie, 16. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1962, S. 12; dazu vgl. Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. XII und 167-168.
- 43) Vgl. Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 190.
- 44) Ebenda.
- 45) Ebenda.

- 46) Eftaxias, L., in: Ikonomikí Poría, Heft April 1960. Zitiert nach Iliou, I., Ebenda, S. 68.
- 47) Vgl. Iliou, I., Ebenda.
- 47a) Ziegler, Gert, Griechenland in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, München 1962, S. 30-31.
- 48) Damalas, V., Ebenda, S. 190.
- 49) Ebenda: "Wenn die Kredite aus dem Ausland, die die Investitionen finanzieren, von der Gesamtsumme abgezogen werden, dann bleibt nur ein kleiner und ungenügender Restbetrag übrig".
- 50) Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Quarterly Review, Nr. 2, S. 11.
- 51) Ebenda, S. 3: "Industry has gone through a period when the whole of the productive machinery has been renewed and modernized and extensions made to existing plant. Moreover, new undertakings have been established on a fairly large scale. ... During this recent phase of industrial development there have been no structural changes in the relative importance of the various branches of industry and in the general pattern of production".
- 52) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1960, S. 137.
- 53) Zitiert nach Iliou, I., Ebenda, S. 69.
- 54) Vgl. Caucig, Franz von, "Griechenland sucht neue Entwicklungswege", in: Der Volkswirt, 14. Jg., Nr. 44, Frankfurt a.M. 29. Oktober 1960, S. 2423.
- 55) Ebenda, S. 2424.
- 56) Auch während der Industrialisierung im 19. Jahrhundert kam es zu einer Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, bzw. einem Wachstum der Agrarproduktion. "This increase in agricultural output is not to be regarded as a pre-condition of growth, if only because it usually accompanied rather than preceded the acceleration of growth. It is rather a part of the growth ..." (Vgl. Habakkuk, H.J., "Some factors in historical experience relevant to contemporary economic development", in: National Planning Association of USA (Hrsg.), Development Research Digest, 1. Bd., Nr. 3, Washington Januar 1963, S. 18).
- 57) Vgl. Rostow, W.W., The Stages of Economic Growth, Cambridge 1960, S. 22.
- 58) Zum Thema vgl. Nurkse, R., Equilibrium and Growth in the World Economy, Cambridge 1961, S. 314-315.
- 59) Vgl. Bulletin der Handels- und Industriekammer von Athen, 34. Jg., Nr. 7, Athen Juli 1959, S. 10.

- 60) Dabei sollte man noch einmal betonen, daß das Kapital für die Industrieinvestition keineswegs zur Schaffung einer schwerindustriellen Basis bereitgestellt, sondern zum erheblichen Teil für den Wohnungsbau und für das Verkehrswesen verwendet wird. (Über die "verhältnismäßig niedrige Investitionsquote" in der verarbeitenden Industrie vgl. Wappenhans, W., "Griechenlands Investitionen unter der Lupe", in: Der Volkswirt, 14. Jg., Nr. 12, Frankfurt a.M. 19. März 1960, S. 508).
- 60a) Zur Infrastruktur gehören die Energieversorgungs- sowie die Verkehrsanlagen, die als Vorbedingung einer industriellen Wirtschaft gelten.
- 61) Vgl. Wolff, S. "Wachstum und Umbau der griechischen Wirtschaft" III, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich 26.6.1963, Morgenausgabe Nr. 2616, Blatt 3. Vgl. auch Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Report for the Year 1961, Athen 1962, S. 31.
- 62) Vgl. Wolff, S., Ebenda: "Allgemein wird man festzustellen haben, daß die ersten Neugründungen meistens auf die Initiative der Regierung zurückgingen ..."
- 63) Nach Meinung der Regierung zielt der staatliche Plan eigentlich auf die Schaffung der Infrastruktur für eine rentable Unternehmertätigkeit. Vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Investing in Greece, Athen 1961, S. 27.
- 64) Pollock, Friedrich, "Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung", in: Institut für Sozialforschung, Frankfurt a.M. (Hrsg.), Zeitschrift für Sozialforschung, 1. Jg., Leipzig 1932, S. 26.
- 65) Ebenda.
- 66) Ebenda, S. 27: "Eine kapitalistische Planwirtschaft kann von den Eigentümern der Produktionsmittel schon allein aus dem Grunde nicht geduldet werden, weil sie ... ihrer ökonomischen Funktion entkleidet und zu bloßen Rentenbeziehern degradiert werden müßten. In keiner Gesellschaftsordnung hat sich aber bisher der bloße Bezug von Renten auf Kosten der Gesellschaft ohne sichtbare Gegenleistung auf die Dauer aufrecht erhalten lassen".
- 67) Vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Quarterly Review, Nr. 1, Athen Februar 1960, S. 26.
- 68) Vgl. Handels und Industriekammer von Athen (Hrsg.), Umschau der Wirtschaft des Gebiets von Athen im Jahr 1959, S. 22.
- 69) Im Jahr 1950 betrug der Anteil der Tabak- sowie der Korinthen- und Rosinenproduktion am Gesamtexport Grie-

chenlands 42 % bzw. 32 %. (Vgl. Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.), Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1955, S. 200). Für das Jahr 1960 betrug der Anteil ungefähr 36 % bzw. 13,7 %; (vgl. Statistisches Amt von Griechenland (Hrsg.), Foreign Trade of Greece, 1960, Athen 1962, S. XXVIII, 525-526 und 544-545). Auch im Jahr 1960 machte der Anteil der Baumwolle 9,4 % an der gesamten Ausfuhr aus; (vgl. Ebenda, S. 573-574).

- 70) Vgl. Erdman, Paul und Rogge, Peter, Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer, Tübingen 1960, S. 244: "Die griechischen Exporte ... weisen ... eine sehr ausgeprägte gütermäßige Konzentration auf Nahrungsmittel und Rohstoffe auf". Wie hier erwähnt wird, machten im Jahr 1956 die folgenden drei Güter zwei Drittel (123,3 Millionen Dollar) der Gesamtausfuhr (189 Dollar) aus:
- a) unverarbeiteter Tabak (64,7 Mill. Dollar oder 34,1 %)
 - b) Baumwolle (28,2 Mill. Dollar oder 14,9 %) und
 - c) Trockenfrüchte (30,4 Mill. Dollar oder 16 %).

70a) Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. 249.

70b) Wapenhans, W., Griechenland, S. 26.

70c) Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 91.

70d) Wapenhans, W., Ebenda, S. 69.

70e) Bank von Griechenland, Ebenda.

70f) Wapenhans, W., Ebenda, S. 71.

70g) Ebenda: "Letztlich ist aber für den Reichtum eines Landes nicht die Höhe seiner Devisenreserven maßgebend, sondern seine Produktivität, die in einem Gebäude von Mitteln besteht...".

70h) Vgl: S. 54-55 der vorliegenden Arbeit.

70i) Wapenhans, W., Ebenda, S. 23.

70j) Ebenda.

- 70k) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1958, S. 73: Anteil der Militärausgaben im Staatshaushalt 1955 36,7 %, 1956 40,5 %, 1957 38,0 %, 1958 36,1 %; mit den Ausgaben für Militär- und Kriegspensionen: (1955) 45,6 %, (1956) 49,7 %, (1957) 46,7 % und (1958) 45,3 %.
- 71) Eine Analyse der "geheimen Ausgaben" im Staatshaushalt des Jahres 1960 vgl. bei Iliou, I., Ebenda, S. 146-153.
- 72) Vgl. Dertilis, P., "Staatshaushalt und Finanzsystem Griechenlands", in: Handbuch der Finanzwissenschaften, 3. Bd., 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 380: "Es sei erwähnt, daß von den insgesamt 125 Budgets von der Befreiung des Königreichs (1830) bis zum Jahr 1955/56 nur 15 - nämlich die der Jahre 1851, 1854, 1857, 1858, 1859, 1860, 1862, 1870, 1876, 1879, 1880, 1886, 1930/31 und 1932/33 - vor Beginn des Haushaltsjahres votiert worden sind. Einzelne Haushaltspläne, wie z.B. der für 1921/22 und die für den Zeitraum zwischen dem Haushaltjahr 1946/47 und dem Haushaltjahr 1955/56, wurden beim Abgeordnetenhaus eingebracht, ohne später überhaupt votiert worden zu sein".
(Anmerkung: Dazu muß nur angemerkt werden, daß es nie eine Befreiung eines griechischen Königreichs gegeben hat. Der Revolution von 1821 folgte eine (wenngleich nur formelle) Demokratie und erst 1833 erhielt das Land durch Beschluß der drei Mächte England, Frankreich und Rußland einen König).
- 73) Vgl. Wolff, S., "Wachstum und Umbau der griechischen Wirtschaft", IV, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich 30.6.1963, Fernausgabe Nr. 177, Blatt 11: "Fragt man nach den Ursachen der zusätzlichen Geldschöpfung, so entdeckt man deren Hauptquelle in der öffentlichen Finanzwirtschaft".
- 74) Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. 189.
- 75) Ders., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 184.
- 76) Vgl. Damalas, V., Ebenda, S. 67.
- 77) Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steigerung des Geldumlaufs auch zu der Zunahme der Einlagen beigetragen hat. (Vgl. Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, S. 191).
- 78) Ebenda.
- 79) »

- 80) Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Report for the Year 1962, Athen 1963, S. 37: "It ist a fact that the banks' liquidity at the present time is well above the permitted minimum; excess deposits are indeed already beginning to be formed. This is so despite the fact that the commercial banks have some Dr 2.700 million invested in interest-bearing Treasury bills".
- 81) Vgl. Iliou, I., Ebenda, S. 82.
- 82) Damalas, V., Ebenda, S. 192.
- 83) Vgl. Kommerzialbank von Griechenland (Hrsg.), Bericht für das Jahr 1959, Athen o.J., S. 14; Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Report for the Year 1960, Athen 1961, S. 40; Ders., Report for the Year 1962, S. 37-39.
- 84) Zitiert nach Iliou, I., Ebenda, S. 85.

III. STRUKTUR UND WIDERSPRUCH DER GRIECHISCHEN GESELLSCHAFT

- 1) Vgl. Gaitanides, J., Ebenda, S. 180.
- 2) Ebenda.
- 3) Vgl. Herkner, H. und Kalitsounakis, D., Ebenda, S. 350.
- 4) Vgl. Pournaras, D., Charilaos Trikoupis, 1. Bd., S. - 251-252, 259 und 280.
- 5) Vgl. Mathiopoulos, B., Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961), S. 121-124.
- 6) Agelopoulos, A., "Die Aktiengesellschaften in Griechenland von ökonomischem und öffentlichrechtlichem Standpunkt", in: Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 8. Bd., Athen 1928, S. 12.
- 7) Das Kapital der Aktiengesellschaften in Griechenland betrug 1927 4.882.506.000 Dr; (vgl. Agelopoulos, A., Ebenda, S. 38).
- 8) Vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Report for the Year 1962, S. 23-25.

- 10) Vgl. Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 125.
- 11) Ebenda.
-
- 14) Die in der Landwirtschaft abhängig Erwerbstätigen (mit einem Hof bis zu 29 Stremma), die in der amtlichen Statistik als selbständig Erwerbstätige bezeichnet werden, bleiben in der obigen Tabelle unberücksichtigt.
- 15) Fischer, A.J., "EDA - das griechische Wespennest", in: Politische Studien, 9. Jg., Nr. 101, München September 1958, S. 638.
- 16) Es muß bemerkt werden, daß nicht nur die Möglichkeit eines Krieges, sondern auch die einer Volkserhebung die Angst in der Oberschicht verursacht. Vgl. Sowjetologie, 2. Bd., Nr. 5, Athen Mai 1961, S. 260: "Wenn der Kommunismus in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren nicht die Herrschaft Griechenlands an sich gerissen hat, dann wird er den günstigen Augenblick nicht ausgenutzt und den Bus verpaßt haben". (Dabei identifiziert sich die herrschende Klasse in ihrer Propaganda mit Griechenland und jede oppositionelle Bewegung der Arbeiterklasse, des verarmten Bauerntums und Kleinbürgertums mit der Kommunistischen Partei, obwohl der Kapitalismus sein partikulares Interesse gegen die Interessen der großen Mehrheit des Volkes durchsetzt und seine eigene Existenz nach dem zweiten Weltkrieg der Politik der Kommunistischen Partei Griechenlands zu verdanken hat).
- 17) Seton-Watson, H., Die osteuropäische Revolution, München 1956, S. 314.
- 18) Der gebräuchliche griechische Ausdruck für die Mitbestimmung des Auslands in wirtschaftspolitischen und militärischen Fragen, der Ausdruck "fremder Faktor", zeigt an, wie weit dieses Phänomen verbreitet ist und wie selbstverständlich es in weiten Kreisen akzeptiert wird.
- 19) Vgl. Pritt, D.N., Im Schatten des Sternenbanners, Berlin 1948, S. 117-118.
- 20) Vgl. Legris, Michel, "La Grèce: deux masques, deux visages" II, in: Le Monde, Nr. 5749, Paris 12.7.1963, S. 4.

- 21) Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 87, Zürich 29.3.1963, Blatt 3.
- 21a) Die weitgehende Entmachtung der Gewerkschaften, ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen, wird dadurch erreicht, daß der Staat durch versteckte oder offene Intervention die maßgebenden Stellen durch ihn genehme Personen besetzt.
- 22) Als Hinweis für die indirekte Kontrolle der Bevölkerung, welche durch die Administration im Land ausgeübt wird, vgl. Legris, M., ebenda, I, in: Le Monde, Nr. 5748, Paris 11.7.1963, S. 2: "Il faut, dans les villages, en passer par elle (l'administration locale) pour l'octroi d'engrais, de crédits agricoles, ou de petits postes dans la fonction publique".
- 23) Es seien hier die Ermordung des Abgeordneten Lambrakis und der Mordversuch gegen den Abgeordneten Tsarouchas am 22.5.1963 in Thessaloniki erwähnt. Die Täter sind Mitglieder staatlich geförderter Organisationen, und siebzehn höheren Polizeioffizieren wird vom Richter Mitschuld vorgeworfen. (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.1963, S. 3).
- 24) Legris, M., Ebenda.
- 25) Zitiert nach Tò Vima, Athen 22.2.1963.
- 26) Vgl. Ebenda.
- 27) Kerber, Karl, "Griechenland ist ein Sonderfall des Westens. Eine Industriegesellschaft bildet sich erst", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main 20.2.1961, S. 2.
- 28) M.V., "Die politische Krise in Griechenland", in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 223, Zürich 15.8.1963 Blatt 1.
- 29) Sicherlich hat die herrschende Vorstellung, die Arbeiterklasse habe kein eigenes politisches Bewußtsein, zu der Unterstellung geführt, daß jeder Kampf gegen die kapitalistischen Interessen von der Kommunistischen Partei inszeniert sein müsse. (Wie auch umgekehrt in den von der Kommunistischen Partei regierten Ländern diese unterstellt, daß ein Arbeiteraufstand gegen ihr Regime von Agenten der Kapitalisten gesteuert sei). In beiden Fällen beruht diese Unterstellung jedoch auf taktischen Überlegungen. Die griechische Oberschicht deklariert sich als Retter der "Nation", um dann je-

den Widerstand des Volkes mit der KP identifizieren und als "antinationale Unruhen" niederschlagen zu können.

Es handelt sich hier also um den Versuch, den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft in den Machtantagonismus zwischen kapitalistischer und kommunistischer Führungsschicht umzudeuten. Das mag auf einer früheren Phase in der Praxis richtig gewesen sein. Nachdem aber die Funktionärschicht der KP Griechenlands die Widerstandsbewegung von 1941-44 wegen sowjetischer Interessen im Stich ließ, danach zur Restauration des Kapitalismus in Griechenland energisch beitrug und das fortbestehende Partisanentum erst bekämpfte, um nachher seine Führung zu übernehmen und es dann im russisch-jugoslawischen Konflikt 1949 wieder zu verraten, ist eine erneute Koalition der revolutionären Arbeiterbewegung und der Funktionärschicht der KP nicht mehr realistisch.

- 31) Pfeffer, Karl Heinz und Schaafhausen, Irma, Griechenland. Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg, Hamburg 1959, S. 67: "Griechenland ist weder eine ländliche Gesellschaft noch eine bürgerliche Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft von Erfolgsklassen. Die Gesellschaftsordnung befindet sich in einem flüssigen Aggregatzustand. Klassengrenzen sind nicht starr. Für die Einzelperson und für die einzelne Familie sind sozialer Aufstieg und sozialer Abstieg noch verhältnismäßig ohne Hindernisse möglich". Dazu vgl. Ward, Benjamin, Probleme der griechischen regionalen Entwicklung, Athen 1963, S. 27.
- 32) Pfeffer, K.-H. und Schaafhausen, I., Ebenda, S. 69: "Nur wenn man das Bauprinzip der Erfolgsgesellschaft versteht, ... wird klar, daß die Sozialschichtung in Griechenland einen "Pluralismus von Gruppen bildet".
- 33) Ebenda, S. 67-68: "Die Produktionsmittel liegen zwar in privater Hand, doch wechseln ihre Besitzer oft. Sie sind also nicht zum ständigen Instrument der Herrschaft von Menschen über Menschen geworden".
- 34) Ebenda, S. 63: "Die wirtschaftlich führende Schicht besteht insgesamt aus vielleicht 500 Familien oder 2.000 Personen".
- 35) Ebenda.
- 36) Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1958, Athen 1959, S. 6.

- 37) Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1959, Athen 1960, S. 12.

Teil I. DIE BERUFGSLIEDERUNG

1. Kapitel. ALLGEMEINE BERUFGSLIEDERUNG

- 1) In bezug auf die dargestellte berufliche Klassifizierung vgl. Wagenführ, R., Ebenda, S. 48. Es muß hier gesagt werden, daß der Begriff "mithelfende Familienangehörige" unklar ist. Insofern nämlich die "mithelfenden Familienangehörigen" unter den üblichen Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten beschäftigt sind, haben sie ihrer Stellung im Arbeitsprozeß nach die Funktionen des abhängig Erwerbstätigen, und somit bedeutet der Unterhalt dieser Familienangehörigen durch den Inhaber ein Entgelt in natura. In anderen Fällen nehmen die "mithelfenden Familienangehörigen" als solche an den Verwaltungsfunktionen des Unternehmens teil. So könnte man annehmen, daß diese Gruppe eigentlich entweder eine Art von Arbeitern bzw. Angestellten oder eine solche von Unternehmern darstellt. Ebenso stellen sich die gleichen Fragen bei dem Begriff "Arbeiter" bzw. "Angestellte", wenn man bedenkt, daß "bei den abhängig Beschäftigten Generaldirektoren und einfachste Hilfsarbeiter" (richtiger: Direktoren und Arbeiter bzw. Angestellte) scheinbar "gleichgestellt sind". (vgl. Wagenführ, R., Ebenda, S. 49).

2. Kapitel. DIE BERUFGSLIEDERUNG IN DEN EINZELNEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN

- 1) Kienitz, F.K., Existenzfragen des griechischen Bauerntums, Berlin 1960, S. 10: "... Griechenland mit seinen nur stellenweise fruchtbaren Böden, seinen zahlreichen kahlen Wald- und Wasserverhältnissen bietet von Natur für die Landwirtschaft meist ... ungünstige Voraussetzungen ...".
- 2) Als krasses Beispiel sei hier verwiesen auf das heutige Israel, das es unter ungleich härteren Naturbedingungen (weit größerer Anteil des Landes ist reines Wüstengebiet) fertig gebracht hat, eine landwirtschaftliche Produktion überhaupt erst zu schaffen und diese dann durch gleichzeitige Integration in den Industrialisierungsprozeß kräftig zu entwickeln.

- 3) Ein Stremma entspricht 0,1 Hektar.
- 4) Vgl. Sarakandanis, K., Das Problem des produktiven Bodens, in: Antaios, 1. Jg., Nr. 2, Athen 10. Juni 1945, S. 34-35.
- 5) Vgl. Sarakandanis, K., Ebenda, S. 36.
- 5a) Statistisches Amt von Griechenland (Hrsg.), Résultats du Recensement de l'Agriculture de la Grèce, 1950, Athen 1958, S. VI.
- 5b) Ebenda.
- 5c) Ebenda, S. VI, Fußnote 1.
- 5d) Vgl. Wirtschafts- und Luchhaltungszyklopädie, 4. Bd., S. 371.
- 6) Die Errechnung der Anbaufläche jeder Gruppe landwirtschaftlicher Betriebe stützt sich auf die Angaben des Statistischen Amtes, die aber die verschiedenen Größenklassen nur im Hinblick auf die Gemeindebasis wiedergeben. Es ist nämlich wahrscheinlich, daß ein Betrieb auf verschiedenen Gemeinden an verschiedenen Größenklassen registriert ist, so daß seine tatsächliche Gesamtanbaufläche in dieser Untersuchung nicht erfaßt werden kann. Im Falle dieses Fehlers wäre die Fläche von größeren Betrieben an die Gesamtfläche der unteren Größenklassen miteinbezogen, was eine gewisse Verschleierung der Größe des Grundbesitzes der größeren Betrieben verursacht, die Untersuchung der Lage der Zwergbetriebe aber nicht widerlegen, sondern vielmehr stärker unterstützen könnte.
- 6a) Pfeiffer, K.-H. und Schaafhausen, I., Griechenland, S. 114.
- 6b) Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 125: "Die Ergebnisse der Bodenreform entsprachen nicht den Erwartungen, und die landwirtschaftliche Frage stellte sich nach dem Zweiten Weltkrieg erneut. Die Bodenreform brachte in Griechenland nicht eine Übertragung des Eigentums von den Großgrundbesitzern auf die kleinen, sondern eine Befreiung der Sklaven und ihre Erhebung zu unabhängigen Kleingrundbesitzern".
- 7) Vgl. Kalitsounakis, D., Ebenda, S. 92.

- 8.) Die 1 Million landwirtschaftlicher Betriebe war im Jahr 1950 in 6.592.049 Parzellen geteilt; (vgl. Résultats du Recensement de l' Agriculture de la Grèce, 1950, S. XVII). Es wurde von Betrieben berichtet, die sich in 50 sogar in 100 Parzellen zersplitteten. Diese Parzellenzahl dürfte sich in der Zwischenzeit infolge der durchgeführten Fluorbereinigung relativ verringert haben (vgl. Wirtschafts- und Buchhaltungszyklopädie, Ebenda).
- 9) Vgl. Sykianakis, G., Ebenda, S. 21. (Die erforderliche Betriebsfläche für Gartenerzeugnisse wird mit 1,9 Hektar angegeben).
- 10) Vgl. Ebenda, S. 18.
- 11) Statistisches Amt (Hrsg.), Agricultural Statistics of Greece Year 1961, Athen 1962, S. 35.
- 12) Ebenda, S. 37.
- 13) Ebenda, S. 35.
- 14) Kanellopoulos, A., Auffassungen über die Entwicklung der griechischen Wirtschaft, S. 178; (Daten vom 26. 11.1961). Dazu vgl. Eustratiou, Georg, Die Problematik der griechischen Energiewirtschaft, Karlsruhe 1953, S. 33.
- 14a) Vgl. Mathiopoulos, B., Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in Griechenland, S. 132.
- 14b) Vgl. Résultats usw., S. VI, Fußnote 2. Die Anzahl der Landbesitzer, die nicht im Landwirtschaftsbereich erwerbstätig sind, sowie die ihnen zukommenden Durchschnittsfläche, werden nicht angegeben.
- 15) Die Verteilung des Ackerlandes (in Stremma) nach Verwaltungsarten des Hofes gibt die folgende Darstellung wieder (vgl. Résultats du Recensement de l' Agriculture de la Grèce, 1950, S. 2):

	<u>Fläche in Stremma</u>
Verwalter des Bauernhofs:	
1. Eigentümer.....	31.980.664
2. Mieter.....	1.890.533
3. Pächter.....	726.290
4. Andere Person.....	291.537
5. Kein Nachweis.....	1.165.831
Insgesamt (Betriebe: 1.311.980)	36.054.855

- 16) Vgl. Trimis, G., Die Forderungen der Arbeitenden, Athen 1948, S. 129: "Die in bezug auf unsere Bedürfnisse ungleichmäßige Vergrößerung der Zahl der Vermittlungsberufe ... muß dem Überschuß der Arbeitskräfte zugeschrieben werden" (gr.).
- 17) Vgl. Trimis, G., Ebenda. Über das Verhältnis des Handels und des Dienstleistungsgewerbes zur Bevölkerung wird folgendes Beispiel angeführt: 'im Durchschnitt entfällt in Griechenland auf je 57 Einwohner ein Handelsgeschäft, im Gebiet von Athen dagegen bereits auf je 25 Einwohner. Bei den Dienstleistungen ist das Verhältnis 1 zu 19 und im Gebiet von Athen 1 zu 9.

Teil II

DIE ÖKONOMISCHE LAGE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

4. Kapitel. DIE LOHNQUOTE

- 1) Unter dem Terminus "Arbeitseinkommen" oder "Einkommen der abhängigen Arbeit" versteht man das aus Löhnen und Gehältern bestehende Einkommen desjenigen Teils der erwerbstätigen Bevölkerung, der eine nichtselbständige Erwerbstätigkeit im ökonomischen Prozeß ausübt. Vgl. Wappenhans, W., Griechenland, S. 118: "Das Arbeitseinkommen umfaßt Löhne und Gehälter aus nichtselbständiger Arbeit".
- 2) Koordinationsministerium (Hrsg.), Nationalrechnungen Griechenlands 1948-1959, Athen 1961, S. 20 (gr).
- 3) Ebenda, S. 21.

- 4) Vgl. Geronymakis, Stylianos (Direktor des Koordinationsministeriums). "Volkseinkommen und Beschäftigung in Griechenland" II, in: Ökonomikos Tachydromos, 8. Jg., Nr. 397, Athen 23. November 1961, S. 902: "Zur Gruppe der Lohnarbeitenden" gehören "alle Erwerbstätigen gegen Gehalt oder Lohn bei den übrigen Sektoren der Erwerbstätigkeit (außer der Landwirtschaft), sowie die mithelfenden Familienangehörigen der Unternehmer".
- 5) Koordinationsministerium(Hrsg.), Nationalrechnungen Griechenlands. 1948-1959, S. 21.
- 6) Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S.172. Vgl. auch Damalas, V., Der Lauf unserer Wirtschaft, S.26.
- 7) Vgl. Epitheorisis Ellinikis Ökonomias, 6. Jg., Nr. 90-91, Athen 20.8.1955, S. 551 (Wiedergabe des amtlichen Textes).
- 8) Koordinationsministerium (Hrsg.), Ebenda.
- 11) Ebenda. Man darf sich hier die Bemerkung erlauben, daß eine solche Zurückhaltung bei der Berechnung der Unternehmerbezüge zumindest befremden muß, nachdem die Statistik sich zugetraut hat, etwa den Eigenkonsum von hundert Eiern für einen Bauern anzunehmen, den Preis hierfür seinem fiktiven Einkommen hinzuzurechnen, also die Geldform des Einkommens der Bauernschaft mit verwunderlichem Fleiß festzustellen. Damit ist die Tendenz dieser Statistik deutlich gezeigt: die unteren Einkommen wurden systematisch nach oben verschoben, um nachher die oberen Einkommen indirekt durch Abzug der hohen übrigen Gruppen niedriger einzustufen, obwohl man durchaus annehmen kann, daß die Möglichkeit zur direkten Bestimmung des Einkommens aus der Unternehmertätigkeit und den privaten Vermögen gegeben ist.
- 13) Verdeutlicht wird das noch bei einem Vergleich der Zu- bzw. Abnahme der Personenzahl und des angegebenen Einkommens bei diesen drei Berufsgruppen. (Die Angaben erfolgen hier in Prozenten).
- | | Veränderung in Prozenten (1958-60): | |
|-------------------------|-------------------------------------|------------------------------|
| | <u>Personenzahl</u> | <u>angegebenes Einkommen</u> |
| Rentner..... | - 10,4 % | - 17,9 % |
| Unternehmer..... | + 26,1 % | + 18,0 % |
| Lohn-u.Gehaltsempfänger | + 19,7 % | + 27,2 % |
- 14) Roukis, Ekk., Ebenda, S. 585.
- 15) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1960, S. 136.

- 16) Vgl. Ebenda, S. 137.
- 17) Vgl. Roukis, Emm., Ebenda, S. 586.
- 19) Vgl. GSEE, XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4, S.16.
- 23) Vgl. "Das Jahr 1960 der griechischen Arbeiter", in: Die Neue Ökonomie, 15. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1961, S. 42.
- 24) Vgl. Nationalbank von Griechenland (Hrsg.), Greece Today, Nr. 13, Athen Oktober 1960, S. 5 und Nr. 34, Athen Juli 1962, S. 6.
- 25) Zitiert nach Ökonomikos Tachydromos, Athen 4.7.1963, S. 3.
- 26) Eine entsprechende Schätzung der Zeitschrift Die Neue Ökonomie (13. Jg., Nr. 10, Athen Oktober 1959, S. 704) ergibt 55%.

5. Kapitel. DIE ENTWICKLUNG VON LOHN, PRODUKTION, BESCHÄFTIGUNG UND PRO-KOPF-JAHRESPRODUKT IN DER INDUSTRIE

- ¹) Vgl. Dimitrakopoulos, Petros, "Politik für Steigerung der Produktivität", in: Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 41. Jg., Nr. 3, Athen Juli-September 1961, S. 425: Unter den gegenwärtigen Bedingungen der griechischen Wirtschaft fließt das Einkommen, das aus der Produktivitätssteigerung hervorgeht, in die Profite.

6. Kapitel. ABZÜGE VOM NOMINALLOHN

- ¹) Vgl. beispielweise Zolotas, X., Währungsproblem und griechische Wirtschaft, Athen 1950, S. 74: "Es sind die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, die gerade durch die erdrückende indirekte Besteuerung gefährlich betroffen werden".
- 2) Vgl. Agelopoulos, A., Das Wirtschaftsproblem Griechenlands, S. 13.
- 3) Gesetz über die "einheitliche Besteuerung", Kap. 4, Art. 8. Vgl. Epitheorisis Ellinikis Ökonomias, 6. Jg., Nr. 90-91, Athen 20.8.1955, S. 501 und 574.
- 4) Vgl. GSEE (Hrsg.), Der griechische Syndikalismus und die Probleme der Arbeiter, Athen 1956, S. 122-123.
- 5) Vgl. Roukis, Emm., Ebenda, S. 585: Der Anstieg der Zahl von Personen mit niedrigem Einkommen, die zwischen 1958 und 1960 steuerpflichtig geworden sind, "berührt ... hauptsächlich auf dem Anstieg der Ireise, dem eine Einkommenserhöhung folgte, so daß die 1958 noch steuerfreien Einkommen 1960 dann in die untere Steuerklasse eingestuft wurden".

- 6) Die Rate der Preiserhöhung zwischen 1957 und 1961 wurde aus Angaben des Finanzministers vom Gewerkschaftsbund übernommen.
- 7) Das steuerfreie Einkommen ergibt sich aus dem prozentualen Abzug eines Anteils des Einkommens aus Löhnen und Gehältern, der gesetzlich nicht steuerpflichtig ist.
- 8) Vgl. Roukis, Emm., Ebenda.
- 9) Regierungsblatt des Königreichs Griechenland, Nr. 135, Erstes Heft, Athen 1. September 1962, S. 1017.
- 10) Vgl. Tò Vima, Athen 2. und 4. August 1962.
- 11) Die staatlichen Einnahmen aus der indirekten Besteuerung erhöhten sich insgesamt um 700 Millionen Dr; (Brot: 100 Mill. Dr, Zigaretten: 200 Mill. Dr, neue Konsumsteuer: 400 Mill. Dr); vgl. Tò Vima, Athen 31.7.1962.
- 12) Als Beispiel seien die Folgen der erhöhten indirekten Besteuerung für die Beamten erwähnt: bei 2.500 Dr Monatsgehalt beträgt das Einkommen eines Beamten 30.000 Dr jährlich. Nach Abzug von 30% (steuerfreie Rate für die Beamten) bleibt eine Summe von 21.000 Dr übrig. Nach Abzug der Lebenshaltungskosten (12.000 für den Erwerbstätigen plus 4.000 Dr für jedes Familienmitglied) fällt dieses Einkommen dann zwar in die niedrigste Steuerklasse, so daß sich an der direkten Besteuerung dieser Beamten nichts geändert hat, doch wurde die Kaufkraft des Beamtengehaltes durch die neue Erhöhung der indirekten Besteuerung erheblich verringert (vgl. Tò Vima, Athen 3.8.1962).
- 13) Vgl. Der griechische Syndikalismus und die Probleme der Arbeitenden, S. 123-124.
- 14) Zolotas, X., Ebenda, S. 75.
- 15) Vgl. XIV. Allgriechischer Kongreß des Gewerkschaftsbundes, Heft 4, S. 8: die entsprechende Belastung durch indirekten Steuern beträgt 20% für ein Jahreseinkommen von 200.000 Dr (mit Jahreskonsum von 100.000 Dr), 8% für ein Jahreseinkommen von 1.000.000 Dr und 4% für ein Jahreseinkommen von 2.000.000 Dr (mit Jahreskonsum jeweils von 200.000 Dr).
- 16) Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1960, S. 41.

7. Kapitel. DAS VERHÄLTNIS DES NOMINALLOHNES ZU DEN LEBENSHALTUNGSKOSTEN

- 1) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Labour Problems in Greece, S. 37: "Statistics of price, salary and wage movements in Greece are extremely inadequate". Diese Bemerkung gilt auch heute noch im Hinblick auf die Tatsache, daß eine vollständige Statistik der Preis- und Lohnentwicklung amtlich nicht gegeben wird.
- 1a) Der häufige Gebrauch von Statistiken der GSEE könnte die Vermutung aufkommen lassen, daß die vorliegende Untersuchung die Angaben des Gewerkschaftsbundes als Argumente gegen denjenigen der Behörden und Unternehmer verwendet, obwohl betont wird, daß die GSEE einer gewerkschaftlichen Bürokratie untergeordnet ist, die im Dienst der kapitalistischen Interessen handelt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die heutige Führung der GSEE hat mehrmals die Veröffentlichung von Zahlen und eigenen Behauptungen als Druckmittel benutzt, um ihre Privilegien zu festigen bzw. zu erweitern oder um sich die staatliche Unterstützung bei der Ausschaltung von Konkurrentengruppen zu sichern. Die gelegentliche Opposition zu den Unternehmern und den Regierungen gibt somit abundzu den Anlaß für die Ausarbeitung gewisser Zahlen, die freilich nie zu einer entsprechenden Gewerkschaftspolitik geführt haben. Somit sind die Angaben der GSEE nur als durch die Behörden weniger kontrollierte Quellen anzusehen, deren Konfrontation mit den amtlich angegebenen Zahlen einer näheren Betrachtung der geltenden Verhältnissen dient. Darüberhinaus sei zu erwähnen, daß die gewerkschaftliche Bürokratie der GSEE immer vermeidet, kontinuierlich eigene Schriften herauszugeben bzw. zu verbreiten und Stellung zu der Lage und den Problemen der Arbeiterklasse zu nehmen. Sie verpaßt jedoch keine Gelegenheit, zu wiederholen, daß sie ihre Ziele durch die "Klassenkollaboration" verfolgt; (so auch auf dem XIV. Kongreß, Heft 4, S. 19).

- 2) Vgl. Die Neue Ökonomie, 13. Jg., Nr. 10, Athen Oktober 1959, S. 704.
- 3) Vgl. To Vima, Athen 27.4.1963.
- 4) Ebenda.
- 5) Gegen die Struktur des monatlichen Gesamtbedarfs der Arbeiterfamilie, wie sie der Gewerkschaftsbund festgelegt hat, könnte berechtigt Kritik erhoben werden. Es werden lediglich die minimalen Bedürfnisse berücksichtigt, ohne daß auf das Kulturniveau eingegangen wurde. Die Gewerkschaft gesteht das freilich selbst zu (vgl. XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 6, S.4.).

8. Kapitel. DAS WACHSENDE DEFIZIT IM ARBEITERHAUSHALT

- 6) Vgl. Ebenda.
- 7) Vgl. auch Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands. Büro für Studium und Statistik. Bulletin, Nr. 82, S. 5.
- 8) Drs. XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 6, S. 3.
- 9) Schätzung unter Berücksichtigung der Verteuerung zwischen Juni 1961 und April 1963 um 20 %.
- 10) Ergebnisse einer Stichprobe des Sozialversicherungsfonds, zitiert nach Ökonomikos Tachydromos, Athen 4.7.1963, S. 3.
- 11) Goutas, D., Monats- und Tageslöhne in der EWG und in Griechenland, S. 17.
- 12) Vgl. Agelopoulos, A., Das Wirtschaftsproblem Griechenlands, Athen 1945, S. 10-11.
- 13) Ebenda, S. 11.
- 14) Simonet, Henri, La formation du capital dans les pays sous-développés et l'assistance financière étrangère, Bruxelles 1959, S. 77.
- 15) FAO, Yearbook of Food and Agricultural Statistics 1955, Tabelle 80; zitiert nach Simonet, H., Ebenda, S. 77.
- 16) Goutas, D., Ebenda.

- 17) Ebenda, S. 18: Der griechische Arbeiter ernährt sich hauptsächlich von Gemüse, Hülsenfrüchten und Getreidearten, d.h. mit billigeren Nahrungsmitteln, obwohl sein Einkommen auch für diese nur mit Mühe ausreicht.
- 18) Ebenda, S. 17.
- 19) Sozialversicherungsfonds (Hrsg.), Rechenschaftsbericht für das Jahr 1958, Athen o.J., S. 112.
- 20) Ergebnisse einer amtlichen Röntgenuntersuchung bei den Volksschülern im Kreis Serrai (Makedonien); prozentuale Durchschnittsberechnung aufgrund von Angaben, zitiert nach I Makedonia, Thessaloniki 7.7.1961.

9. Kapitel. DIE GESETZGEBUNG ÜBER DIE LOHNFESTSETZUNG

- 1) Bis zum Jahr 1935 war die Festsetzung der Monats- und Tageslöhne in Griechenland ausschließlich privaten Verhandlungen zwischen Lohnarbeitern und Unternehmern überlassen. Die öffentlichen Maßnahmen beschränkten sich auf den juristischen Schutz des Lohnarbeiters bei seinem Anspruch auf Lohn (d.h. nur dann, wenn der Unternehmer sich weigerte, Löhne zu bezahlen, konnte der Arbeiter Ansprüche rechtlich geltend machen) sowie auf den Schutz vor Beschlagnahme bzw. Überweisung des verschuldeten Einkommens, wodurch dem Lohnarbeiter die Existenzmittel geraubt worden wären. (Vgl. Trimis, G., Die Dürftigkeit des griechischen Arbeitseinkommens, Athen 1949, S. 11).
- 2) Touloupas, D., Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Griechenland, Berlin 1939, S. 98.
- 3) In bezug auf die Gesetze 5288 von 1931, Art. 5 und 6059 von 1934 vgl. Trimis, G. und Laskaris, K., "Kollektivverträge und das Produktivitätsproblem in Griechenland", in: Gewerkschaftliche Monatsrevue, 1. Jg., Nr. 11, Athen August 1957, S. 6 (gr.).
- 4) Touloupas, D., Ebenda, S. 96-97: "...nach der Einführung des Gesetzes über Arbeitstarifverträge vom 16./21. November 1935 wurde kaum ein Tarifvertrag abgeschlossen bis zu der Zeit, in der der Tarifvertrag das Mittel zur Durchführung der Arbeitspolitik der autoritären Staatsregierung (bzw. von Metaxas) geworden ist".
- 5) Vgl. Ebenda, S. 98.

- 6) Vgl. Ebenda, S. 97.
- 7) Zitiert nach Trimis, G., Ebenda, S. 26.
- 8) Vgl. Ebenda, S. 25-26
- 9) Vgl. Ebenda, S. 28, 38 und 42.
- 10) Vgl. Kapitel 16, § 3 der vorliegenden Arbeit.
- 11) Karalis, A. und Potiris, J. Die Entwicklung der unteren Monats- und Tageslöhne, S. 5: "Somit kann man sagen, ... daß das System der Anordnung durch die Minister für Wirtschaft und Arbeit auch nach den nationalen kollektiven Arbeitsverträgen von 1947 (bis zu seiner Aufhebung) das im Land herrschende System der Festsetzung der Löhne bleibt".
- 12) Vgl. Trimis, G., Ebenda, S. 47.
- 13) Ebenda.
- 14) Regierungsblatt des Königreichs Griechenland, Nr. 125, Erstes Heft, Athen 20. Mai 1955: Gesetz 3239, S. 834-844.
- 15) Ebenda, S. 836.
- 16) Ebenda, S. 839.
- 17) Vgl. Biedenkopf, Kurt, Unternehmer und Gewerkschaft im Recht der Vereinigten Staaten von Amerika, Heidelberg 1961, S. 158; dazu vgl. Killingsworth, Charles C., State Labor Relations Acts. A study of public policy, Chicago 1948, S. 62.
Es muß jedoch ergänzt werden, daß das Verfahren zur Bestimmung der "cooling off"-Frist in Griechenland und in den Vereinigten Staaten unterschiedlich ist. In den Vereinigten Staaten beginnt die "cooling off period" mit der Bekanntmachung der Gewerkschaft an die Unternehmer, daß sie einen schon vorhandenen Tarifvertrag revidieren, bzw. beenden will. Es wird mit der "cooling off"-Frist bezweckt, "den Vertragspartnern ausreichend Gelegenheit zu geben, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu kommen und den verhandlungswilligen Teil vor plötzlichen Kampfmaßnahmen der Gegenseite zu schützen" (vgl. Biedenkopf, K., Ebenda, S. 159). Dagegen beginnt die "colling off period" in Griechenland, wenn die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmern gescheitert ist und das Schiedsgericht angerufen wird. Dies bedeutet, daß die "cooling off period" in Griechenland keine eigentliche Frist gewährt, sondern lediglich eine zeitliche

Beschränkung des Streikrechts während der Intervention des Staates bei den uneinigen Verhandlungspartnern ist.

- 18) Regierungsblatt usw., S. 839.
- 19) Ebenda.
- 20) Ebenda, S. 835.
- 21) Über eine kritische Stellungnahme zur Arbeitspolitik der Metaxas-Diktatur vgl. Touloupas, D., Ebenda, S. 97.
- 22) Es fehlt an Beweismaterial, inwieweit diese Zusagen zu positiven Ergebnissen geführt haben.
- 23) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Collaboration des Employeurs et des Travailleurs, Genf 1947, S. 2:
 "En premier lieu, toute collaboration entre employeurs et salariés est conditionnée par le fait qu' il existe, pour les employeurs aussi bien que pour les travailleurs, mais en particulier pour ceux-ci, un organe représentatif habilité à défendre leur intérêts professionnels
"

Teil III

DIE BESCHÄFTIGUNGSKRISE

II. Kapitel. DIE ENTWICKLUNG DER BESCHÄFTIGUNG

- 1) Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Labour Problems in Greece, S. 49: "Greece has always had a population surplus and has always been an exporter of labour".
- 2) Ebenda, Fußnote 1: nach einer Aussage des Arbeitsministers umfaßte die Erwerbstätigkeit in bestimmten Industriegebieten Griechenlands 525.552 Personen im Jahr 1940, dagegen nur 386.262 im Jahr 1946, d.h. 26 % weniger, was durch die im Jahr 1946 herrschende Desorganisation der griechischen Industrie zu erklären ist.
- 3) Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie im Jahr 1950 betrug 150.000 Personen; vgl. Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1961, Athen 1962, S. 33.
- 4) Vgl. Die griechische Industrie im Jahr 1961, S. 13.

- 5) Vgl. Leitartikel, "Die neue Struktur des Volkseinkommens", in: Die Neue Ökonomie, 15. Jg., Nr. 10, Athen Oktober 1961, S. 666; vgl. B., "Aus der Sozialpolitik des Fünfjahrplanes", in: Die Neue Ökonomie, 14. Jg., Nr. 9, Athen September 1960, S. 605.
- 6) Vgl. anonym, "Die Lohnarbeit und ihre Probleme", in: Die Neue Ökonomie, 16. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1962, S. 70.

1. Kapitel. ARBEITSLOSIGKEIT UND UNTERBESCHÄFTIGUNG

- 1) Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Labour Problems in Greece, S. 50.
- 2) Jessen, R.J., Blythe, Jr., Kempthorne, O. und Edwards, Deming, W., "On a Population Sample for Greece", in: Journal of the American Statistical Association, September 1947, S. 357-384, zitiert nach Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Ebenda, S. 26.
- 3) Vgl. Anonym, "Die griechische Wirtschaft und die Sozialprobleme des Landes", in: Gewerkschaftliche Arbeitsrevue, 1. Jg., Nr. 5, Athen, Februar 1957, S. 11.
- 4) Vgl. Sweet-Escott, B., Ebenda, S. 134.
- 5) Vgl. Anonym. Ebenda, S. 11. Auf diese Situation der Unterbeschäftigung in der Industrie wurde auch für die Vierzigerjahre bereits hingewiesen. Vgl. Trimis, G., Die Forderungen der Arbeitenden, S. 128: "Die durchschnittliche Zahl der jährlich erreichten Arbeitstage je Arbeiter ist nicht höher als 230 gegenüber 300 Arbeitstagen, welche er erreichen könnte".
- 5a) Es wird darauf hingewiesen, daß "beschäftigt" 6-10 Stunden pro Woche bedeuten kann.
- 6) Vgl. Laskaris, K., Die griechische Wirtschaft vom Standpunkt des Syndikalismus, S. 24. (Im Dienstleistungsgewerbe wurde 1956 im Durchschnitt an 217 Arbeitstagen gearbeitet).
- 7) Ebenda.
- 8) Simitsek, P., "Über das überflüssige Agrarpotential", in: Die Neue Ökonomie, 14. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1960, S. 23.
- 9) Vgl. Clark, Collin, The Conditions of Economic Progress, 3. Aufl., London 1960, S. 319.

- 10) Sweet-Escott, B., Ebenda, S. 134-135: "In an article in The Economist it was stated in (23 May) 1953 that the 'wastage of manpower from underemployment is estimated as equivalent to a wastage of 800.000 fully unemployed'. The article further stated that 'Greek experts estimate the effective unemployment ... at 960.000 out of an employable population of about four million'. Many men stay on the land simply because there ist no alternative".
- 11) Zitiert nach Pepelasis, A. und Panajiotopoulos, P., Der Überschuß an Arbeitskräften in der griechischen Landwirtschaft in den Jahren von 1953 bis 1960, Athen 1962, S. 68.
- 12) Vgl. Grigorjjanis, A., Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands, Athen 1959, S. 56.
- 13) Zitiert nach Pepelasis, A. und Panajiotopoulos, P., Ebenda, S. 67-68.
- 14) Es sei auf eine Schätzung vom Jahr 1953 hingewiesen, wonach der gesamte Arbeitskräfteüberschuß 960.000 Personen betrug; vgl. Schregle, Johannes, Europäische Sozialpolitik, Köln-Deutz 1954, S. 67.
- 15) Die Kommission besuchte Griechenland im Jahr 1960 und führte Verhandlungen mit Vertretern der Regierung, der Bank von Griechenland und der Ministerien für Koordination, Handel und Landwirtschaft.
- 16) Zitiert nach Goutas, D, "Eine Umschau über die Probleme der Arbeiterklasse", in: Die Neue Ökonomie, 15. Jg., Nr. 3, Athen März 1961, S. 184.
- 17) Wenn die Produktion des Jahres 1939 (= 100 %) zugrunde gelegt wird, ist der Index 1959 auf 345, 1960 auf 392,5, 1961 aber nur auf 436 gestiegen. Während die Produktion also zwischen 1959 und 1960 um 13,1 % zunahm, verringerte sich ihre Zuwachsrate zwischen 1960 und 1961 auf 11,1%. (Vgl. Verband griechischer Fabrikanten (Hrsg.), Die griechische Industrie im Jahr 1961, S. 12).
- 18) Ders., Die griechische Industrie im Jahr 1959, S. 72: Es wird hier geschätzt, daß die griechische Industrie unter besseren Bedingungen ihre Produktion um 2.145 Mill. Dr, bzw. 71,5 Mill. Dollar, und die Zahl der Beschäftigten um 22.045 Personen erhöhen kann.
- 19) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, S. 101: Als Folge der Ersetzung von Arbeitern durch Lehrlinge (unter 19 Jahren) verdoppelte sich die Rate der Lehrlinge in der griechischen Industrie während des Jahres 1954.

- 20) Die Produktionssteigerung ist in der Nahrungsmittelindustrie von 6,5 % zwischen 1959 und 1960 auf 4 % zwischen 1960 und 1961 gefallen. (Vgl. Die griechische Industrie im Jahr 1961, S. 12).
- 21) Vgl. Ökonomikos Tachydromos, Athen 18.10.1962, S. 720 (16).

Teil IV

DIE ARBEITSBEDINGUNGEN

12. Kapitel. INNERBETRIEBLICHE RATIONALISIERUNG

- 1) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954, S. 92: Unter den Bedingungen der vorhandenen Industrie-Konzentration in Griechenland "sind die Möglichkeiten für Massenproduktion und für die Anwendung neuerer technischer Methoden im Sinn der rationalen Organisation sowie die intensive Nutzung von technischen Mitteln sehr beschränkt".
Dazu vgl. Société Générale d' Études et de Planification. Allgemeine Umschau der griechischen Industrie, S. 89.
- 2) Makris, Ph., "Das Griechische Produktivitätszentrum wird durch die Arbeitgeberklasse beherrscht", in: Gewerkschaftliche Arbeitsrevue, 1. Jg., Nr. 1, Athen Oktober 1956, S. 41. Ebenda, S. 40: "Das Griechische Produktivitätszentrum ... zeigt die Tendenz, sich zu einem Organ zur Systematisierung und Weiterentwicklung der stachanowistischen Methoden in unserem Land zu entwickeln".

13. Kapitel. ARBEITSZEIT

- 1) Vgl. Zolotas, X., Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, S. 81-82.
- 2) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Entwürfe von Übereinkommen und Empfehlungen, die von der Internationalen Arbeitskonferenz im Laufe ihrer zwölf Tagungen von 1919 bis 1929 angenommen worden sind, Genf 1930, S. 14: "Entwurf eines Übereinkommens über die Begrenzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und achtundvierzig Stunden wöchentlich", Artikel 12: "In Griechenland kann das ... Inkrafttreten dieses Übereinkommens" (anstatt bis 1.7.1921) "hinausge-

schoben werden, und zwar auf den 1.7.1923, für die folgenden gewerblichen Betriebe: Schwefelkohlenstofffabriken, Säurefabriken, Gerbereien, Papierfabriken, Druckereien, Sägewerke, Tabakhäuser und Betriebe zur Verarbeitung des Tabaks, Arbeiten über Tag in Bergwerken, Gießereien, Kalkwerke, Färbereien, Glashütten (Bläser), Gaswerke (Heizer), Auf- und Abladen von Waren, und spätestens auf den 1. Juli 1924 für die folgenden gewerblichen Betriebe: mechanische Gewerbe, Baugewerbe, Faserstoffgewerbe, chemische Industrie, Lederverarbeitung, Papier- und Buchdruckereigewerbe, Bekleidungsgewerbe, Holzverarbeitungsgewerbe, elektrische Industrie und Beförderung zu Lande". (Dieses Übereinkommen trat am 13.6.1921 in Kraft).

- 3) Vgl. Fehlinger, H., Internationaler Arbeiterschutz, 2. Aufl., Berlin 1931, S. 52.
- 4) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Die Arbeitszeit, Genf 1958, S. 15.
- 5) Nach einer Denkschrift der griechischen Fabrikanten an die Regierung im Jahr 1924 hätte die Einführung des Achtstundentages dazu beigetragen, daß die noch schwache griechische Industrie durch diesen Ausfall konkurrenzunfähig gegenüber der fremden Industrie geworden wäre. (Vgl. Zolotas, X. Ebenda, S. 83).
- 6) Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Ebenda S. 108.
- 7) Ebenda, S. 74.
- 8) Vgl. Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands - GSEE (Hrsg.), Der griechische Syndikalismus und die Probleme der Arbeitenden, S. 49-50.
- 9) Ebenda, S. 47.
- 10) Ebenda, S. 50.
- 11) Ders., XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4, S. 20.

Teil V

DIE SOZIALVERSICHERUNG

14. Kapitel. GRUNDZÜGE DES SOZIALVERSICHERUNGSWESENS

- 1) Im vergangenen Jahrhundert wurden nur für die Marineinvaliden (1836) sowie für die Bergarbeiter (1861) so-

zialpolitische Maßnahmen ergriffen. Im Jahr 1914 setzte das Gesetz Nr. 551 die Pflicht der Unternehmer im Bau- und Transportwesen und allgemein in Unternehmungen, die Maschinen anwenden, fest, im Falle eines Arbeitsunfalles (der allerdings die Beschäftigungsmöglichkeit für über vier Tage ausschließen mußte) die Arbeiter und Angestellten zu entschädigen.

- 2) Zolotas, X., Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung, S. 86.
- 3) Vgl. Kalitsounakis, D., Angewandte Volkswirtschaft, S. 261.
- 4) Es muß darauf hingewiesen werden, daß der "Sozialversicherungsfonds" seit dem Jahr 1951 auch gewisse Gruppen von selbständig Erwerbstätigen mit einbezieht.
- 5) Vgl. Kourtis, K., "Die Sozialversicherung in Griechenland", in: Die Neue Ökonomie, 17. Jg., Nr. 4, Athen April 1963, S. 291.
- 6) Vgl. Kyriasis, P., Was muß für die Sozialversicherung getan werden?, in: Ökonomikos Tachydromos, 8. Jg., Nr. 401, Athen 21. Dezember 1961, S. 968 (10).
- 7) Vgl. Die Neue Ökonomie, 16. Jg., Nr. 1, Athen Januar 1962, S. 75.
- 8) Vgl. Mavros, G., Die Krise der Sozialversicherung, in: Die Neue Ökonomie, 14. Jg., Nr. 10, Athen Oktober 1960, S. 686-687: "Die Qualität ... der ärztlichen Behandlung der IKA ist sehr niedrig. Die Versicherten unterwerfen sich täglicher Herabwürdigungen, warten viele Stunden und manchmal Tage vor den Heilanstalten des IKA, um sich irgendwann vom Arzt untersuchen zu lassen, den sie zum erstenmal sehen und der über die Vergangenheit des Kranken, den er untersucht, nichts weiß. Die Versicherten wenden sich an den Sozialversicherungsfonds, weil sie einfach nicht die Mittel haben, um die Hilfe eines freien Arztes in Anspruch zu nehmen. Schon allein diese Feststellung beweist auffallend den Bankrott der Sozialversicherung in Griechenland".
- 9) Vgl. Kourtis, K., Ebenda, S. 298.
- 10) Kyriasis, P., Ebenda.
- 11) Kyriasis, P., Was muß für die Sozialversicherung getan werden?, in: Ökonomikos Tachydromos, 8. Jg., Nr. 401, Athen 21.12.1961, S. 959 (1).
- 12) Mylonas, D., Der IKA kommt wieder zu Kräften, in: Ökonomikos Tachydromos, 8. Jg., Nr. 386, Athen 7.9.1961, S. 579 (7).

- 13) Darunter gibt es einzelne Versicherungskassen, die sogar 85,2% (Börsenmakler), bzw. 73,4% (Juristen) ihrer Gesamteinnahmen aus diesen "Sozialabgaben" beziehen; vgl. Kyriasis, P., Die Sozialversicherung, in: Ökonomikos Tachydromos, 8. Jg., Nr. 399, Athen 7.12.1961, S. 932 (6); derselb., Die Juristenkasse. Eine privilegierte Organisation, in: Ebenda, 9. Jg., Nr. 406, Athen 25.1.1962, S. 62 (6).

Teil VI

ÜBER DIE WOHNUNGSVERHÄLTNISSE DER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

15. Kapitel. WOHNVERHÄLTNISSE

- 1) Charitakis, G., Die heutige griechische Industrie, in: Hellas-Jahrbuch 1929, Hamburg 1929, S. 26.
- 2) Vgl. Die Neue Ökonomie, Februar 1951, S. 84.
- 3) Vgl. Stratis, D., Das Wohnungsproblem, in: Die Politik, 1. Jg., Nr. 2, Athen Januar 1960, S. 37.
- 4) Vgl. Kyriasis, P., Über die Wohnungsfrage, in: Ökonomikos Tachydromos, Athen 4.9.1958, S. 8-9 (556-557).
- 5) Ministerium für Wohnungswesen, zitiert nach: Ökonomikos Tachydromos, Ebenda.
- 6) Petrálona, Nikaea, Palaeá Kokkiniá, Keratsíni, Gýsi sind vorwiegend Arbeiterviertel von Athen und Piräus.
- 7) Ministerium für Wohnungswesen, Bericht Nr. E 24771 vom 10.6.1958 über die Volkswohnung, zitiert nach: Ökonomikos Tachydromos, Ebenda, S. 9 (557).
- 8) Vgl. Engels, Fr., Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Marx-Engels, Werke, 2. Bd., Berlin 1959, S. 263.
- 9) Dieses "Gesinnungszeugnis" stellt im heutigen Griechenland einen festen Bestandteil des öffentlichen Lebens dar und ist Voraussetzung dafür, daß der einfache Bürger seinen Existenzbedürfnissen nachkommen kann. Die Pariser Zeitung Le Monde erwähnt z.B. "que, tout citoyen est tenu de présenter un 'certificat de civisme' pour toutes les formalités de la vie, qu' il s' agisse d' obtenir un emploi, un passeport ou un permis de conduire. Faute de ce sésame (censé signifier que l' intéresse est nationaliste, donc hostile au communisme), il n' est pas —en principe—

d' existence possible". Diese Regel gilt, wie gesagt, vorwiegend für den einfachen Bürger, "tandis que, pour les élites, le 'certificat du civisme' compte peu en réalité". Vgl. Legris, Michel, La Grèce: deux masques, deux visages I, Le Monde, Nr. 5748, Paris 11.7.1963, S. 2.

Teil VII

GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG UND STREIKS

16. Kapitel. UMRISSE DER GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG

- 1) Vgl. Kordatos, J., Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung, S. 21. Dazu vgl. Mathiopoulos, B. Ebenda, S. 63.
- 2) Vgl. Kordatos, J., Ampelákia und der Mythos von seiner Gemeinschaft, S. 101.
- 3) Vgl. Kordatos, J., Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung, S. 27-29.
- 4) Ebenda, S. 32. Die Gerbereiarbeiter mußten in Syros zwei Stunden Sonntagsfronarbeit (ohne Bezahlung) für den Arbeitgeber leisten.
- 5) Ebenda, S. 31.
- 6) Die Zahl der Werfttischler betrug im Jahr 1874 1.500 Personen. (Zitiert nach Mathiopoulos, B. Ebenda, S. 63).
- 7) Kordatos, J. Ebenda, S. 31-32.
- 8) Die Zahl der Gerbereiarbeiter von Syros betrug im Jahr 1874 500 Personen. (Zitiert nach Mathiopoulos, B. Ebenda, S. 63).
- 9) Vgl. Kordatos, J. Ebenda, S. 32. Diese Forderungen sind den Arbeitgebern schriftlich vorgelegt worden. Es mußte

somit (nach Kordatos) "irgendwelche Gewerkschaft vorhanden sein".

- 10) Vgl. Ebenda, S. 32-33.
- 11) Ebenda, S. 25-26: "Die ersten Berufsvereinigungen der Arbeiter hatten weder eine Richtung noch eine entwickelte Klassensolidarität ...; sie wirkten alle für eigene Ziele und wurden von einem Philanthropie- und Almosengeist beherrscht. Das ist die Periode, in der der Syndikalismus seine ersten Schritte machte. Darum wird er von der Auffassung beeinflusst, daß die Gilde die kollektiven Interessen wahren kann. Die meisten Statuten der Arbeitergewerkschaften von 1880 bis 1910 beweisen, daß die beruflichen Arbeiterorganisationen sich in einer Zwischenform von Gilden- und Gewerkschaftsorganisation befanden".
Dazu vgl. Trimis, G. Die Forderungen der Arbeitenden, S. 31: Bis 1910 "fehlt das Bewußtsein des 'Berufes' in den Arbeiterorganisationen ...".
- 12) Vgl. Kordatos, J. Ebenda, S. 135-147.
- 13) Ebenda, S. 179.
- 14) Ebenda, S. 303-308. Vgl. Laskaris, K. Die Gründung der GSEE, in: Hochschule für Industriestudien (Hrsg.), Erste Jahresausgabe des "Zentrums für Sozialstudien" der Hochschule für Industriestudien, Athen 1958, S. 119-121.
- 15) Zitiert nach Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 86-87.
- 16) Es handelt sich um die Internationale Arbeiterunion (IFTU) die sich nach ihrer Auflösung während des Ersten Weltkrieges im Kongreß von Amsterdam (Juli 1919) rekonstituierte.
- 17) Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 92.
- 18) Ebenda, S. 97.
- 19) Ebenda, S. 108.
- 20) Vgl. Sweet-Escott, B., Ebenda, S. 139.
- 21) Demokratische Gewerkschaftsbewegung (Hrsg.), Schwarzbuch, Ein Jahrzehnt der griechischen Gewerkschaftsbewegung, Athen 1955, S. 2 (gr.).
- 22) Vgl. Mathiopoulos, B., Ebenda, Dazu vgl. Demokratische Gewerkschaftsbewegung (DGB). Ebenda, S. 2.
- 23) Vgl. DGB, Ebenda, S. 4.
- 24) Ebenda.
- 25) Ebenda.

- 26) Mathiopoulos, B., Ebenda, S. 168. Vgl. DGB, Ebenda, S. 5.
- 27) DGB, Ebenda, S. 5.
- 28) Ebenda, S. 28. Darüber vgl. Artikel von J. Patsatzis in der Zeitung Arbeiterkampf (Mytilini) vom 15.11.1947 und Wiedergabe in der Zeitung von D. Theocharidis, Arbeitende Welt (Thessaloniki), vom 24.11.1947. In dieser Zeit kämpften Patsatzis und Theocharidis zusammen gegen Makris. Nach vier Monaten trat aber Theocharidis an die Seite von Makris gegen Patsatzis.
- 29) Seton-Watson, H., Die osteuropäische Revolution, S. 311-312: "Der Kongreß" (für den "große Scharen von Arbeitern weder wählen noch Kandidaten vorschlagen konnten") "war eine klägliche Angelegenheit. Die rechtsorientierten Gewerkschaftsführer griffen einander mit den wildesten Verleumdungen an. Nach den Worten ihrer Redner mußte jeder Mann im Saal ein Hochstapler gewesen sein".
- 30) Unter anderem wurde auf diesem Kongreß die Fotokopie eines Briefes von Makris veröffentlicht, in dem Makris an Patsatzis und an seinen Rechtsanwalt und Berater Christos Fodiadis schreibt, er habe Geld von dem Großfabrikanten Bodosakis verlangt. Makris gab diesen Fall während des Kongresses zu.
- 31) Seton-Watson, H., Ebenda, S. 312: Die im Kongreß gewählten Körperschaften "waren weit davon entfernt, die Repräsentanten der griechischen Arbeiterschaft zu sein, und was die Politik der gestoppten Löhne betraf, taten sie nicht mehr, als ihre eigenen Gehälter in Empfang zu nehmen".
- 32) DGB, Ebenda, S. 12.
- 33) IBFG = Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.
- 34) DGB, Ebenda, S. 14.
- 35) Ebenda.
- 36) Mathiopoulos, B. Ebenda, S. 168-169. Es wird hier weiter gesagt, daß "dieses Verbot damit begründet wurde, daß die betreffenden Vertreter Kommunisten seien. Alle der konservativen Führung nicht freundlich "gesinnten" örtlichen Organisationen der Arbeiter hatten damit keine Berechtigung zur Wahl eines ihnen genehmen Vertretungsorgans".
- 37) D. Theodorou beschuldigte Makris als Kollaborateur der "Kommunisten" und verlangte eine völlige Säuberung der Gewerkschaften von allen "Nichtnationalisten" durch eine direkte Initiative und Kontrolle des IBFG. Sein Flügel trat aus dem 13. Kongreß der GSEE im Jahr 1958

aus und gründete das Komitee "Demokratische Funktion der Allgemeinen Konföderation der Arbeiter Griechenlands", das die Intervention des Arbeitsministeriums bei der Gewerkschaftsbewegung erleichterte. Seitdem versucht Theodorou sogenannte "parallele Gewerkschaften" aufzubauen, um sich an die Spitze einer neuen GSEE zu setzen. (Für die Stellungnahme des Flügels von Theodorou nach den Austritt aus dem 13. Kongreß der GSEE vgl. Arbeiterkampf, Sonderausgabe, Thessaloniki 18. Oktober 1958, S. 1-4.)

38) Beim 13. Kongreß der GSEE hat Walter Scherenels, Generalsekretär der Europäischen Regional-Organisation (ERO) des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), die Arbeiterpolitik der griechischen Regierung scharf verurteilt. Diese Stellungnahme von Scherenels befand sich in klarem Gegensatz zur regierungsfreundlichen Position von Brown. Aus diesem Zusammenhang wollte man schließen, daß die Gemeinsamkeiten von Scherenels und Makris während des 13. Kongresses wahrscheinlich als Zeichen einer Konkurrenz zwischen der amerikanischen und europäischen Sektion des IBFG gedeutet werden müssen.

39) Vgl. Pfeffer, K.-H. und Schaafhausen, I., Griechenland, S. 67: 1936 schloß Metaxas "die Organisationen der Arbeitnehmer in eine Arbeitsfront unter staatlicher Aufsicht zusammen... Diese Lage hat sich grundsätzlich nicht geändert. Laßgebende Gewerkschaftsführer sind Angestellte des Arbeitsministeriums. Die Einziehung der gewerkschaftlichen Pflichtbeiträge wird durch den Staat garantiert. Die leitenden Funktionäre ... sitzen fest in ihren Pfründen".

40) Durch diese Einstellung der Verwaltung der GSEE erklärt sich auch ihr Streben danach, daß eine sogenannte "paternalistic relationship" seitens der Unternehmer und Behörden anerkannt und institutionalisiert wird. Nach dem paternalistischen Verhältnis "the employer has a clear superiority over the union in terms of power and prestige in the plant, but the union is recognized as a kind of junior partner which should reflect management's wishes and policies"; (vgl. Harbison, Frederick H., Egypt, in: Galenson, Walter (Hrsg.), Labor and Economic Development, New York und London 1959, S. 169). Da aber die Unternehmer in Griechenland schon eine Kontrolle über die Gewerkschaft ausüben, handelt es sich bei der Forderung der GSEE-Verwaltung darum, daß die gewerkschaftliche Bürokratie eine aktivere Teilnahme am ökonomischen Prozeß erreicht.

17. Kapitel. STRUKTUR DER GEWERKSCHAFT

- 1) Vgl. Statut der GSEE (Artikel 3, § 12), in: GSEE (Hrsg.) Der griechische Syndikalismus und die Probleme der Arbeitenden, S. 155.
- 2) Ebenda, (Artikel 2), S. 153.
- 3) Ebenda, (Artikel 6), S. 157.

18. Kapitel. DIE ENTWICKLUNG DER STREIKBEWEGUNG

- 1) Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Bericht des Generaldirektors. Teil I: Die Arbeitsbeziehungen, Genf 1961, S. 111: "Wichtig sind die Arbeitsniederlegungen vor allem als Symptom dafür, daß die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen einen kritischen Punkt erreicht haben".
- 2) Vgl. Avgi, Athen 13. und 14.1.1961.
- 3) Stratis, Dimitris, Die Arbeiterbewegung im Jahr 1960, in: Die Politik, 1. Jg., Nr. 8, Athen November-Dezember 1960, S. 26.
- 4) Vgl. Avgi, Athen 4.12.1962.

Schlußbetrachtung

DIE GESELLSCHAFTLICHE LAGE IN GRIECHENLAND

- 1) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961, S. 60.
- 2) Vgl. Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1959, S. 99 und Damalas, V., Griechenland und der gemeinsame Markt, S. 185.
- 3) Pfeffer, K.-H. und Schaafhausen, I., Griechenland, S. 115.

- 4) Ebenda, S. 113.
- 5) Ebenda.
- 6) Ebenda, S. 114.
- 7) Ebenda, S. 115.
- 8) Bank von Griechenland (Hrsg.), Die griechische Wirtschaft im Jahr 1958, S. 146.
- 9) Angaben des Internationalen Arbeitsamtes; zitiert nach Ebenda, S. 145.
- 10) Pfeffer, K.-H. und Schaafhausen, I., Ebenda.
- 11) Ebenda, S. 114: "Der Weg zur Industrialisierung, die einen neuen Anfang bedeuten müßte, ist vom Wesen des Staates und der Gesellschaft her schwierig".
- 12) Zitiert nach Armstrong, Richard, Bericht über Lateinamerika, in: The Saturday Evening Post, 29. Juni - 6. Juli 1963, S. 20.

L I T E R A T U R

I. WERKE

- AGELOPOULOS, Agelos, *Τό Οικονομικό πρόβλημα τῆς Ἑλλάδος* (Das Wirtschaftsproblem Griechenlands), Athen 1945.
- *Ἡ Ἑλληνικὴ Οἰκονομία καὶ οἱ σχέσεις τῆς μετὰ τὸ Ἐξωτερικόν* (Die griechische Wirtschaft und ihre Verhältnisse zum Ausland), Athen 1946.
- *Οἰκονομικὲς Ἀπόψεις. 1946-1958* (Ökonomische Auffassungen. 1946-1958), Aufsatzesammlung, Athen 1958.
- ANASTASOPOULOS, Georg, *Ἱστορία τῆς Ἑλληνικῆς Βιομηχανίας. 1840-1940* (Geschichte der griechischen Industrie. 1840-1940), 3 Bde, Athen 1947.
- BALASSA, Bela, *The Theory of economic integration*, Homewood (Illinois) 1961.
- BATSIS, Dimitrios, *Ἡ Βαρὺν Βιομηχανία στὴν Ἑλλάδα* (Die Schwerindustrie in Griechenland), Athen 1947.
- BECK, C. H., *Entwicklungsländer. Eine Einführung in ihre Probleme*, München 1961.
- BIEDENKOPF, Kurt, *Unternehmer und Gewerkschaft im Recht der Vereinigten Staaten von Amerika*, Heidelberg 1961.
- BÜCHER, Karl, *Die Entstehung der Volkswirtschaft*, Erste Sammlung, 12. und 13. Aufl., Tübingen 1919.
- CHALIKIAS, Dimitrios, *Ἡ Ἐκβιομηχάνισις τῆς Ἑλλάδος* (Die Industrialisierung Griechenlands), in: Bank von Griechenland (Hrsg.), *Archiv für Studien und Reden*, 3. Bd., Athen 1958.
- CHELMIS, D., *Ἐκθεσις* (Bericht), hrsg. von der Nationalbank von Griechenland, Athen 1962.
- CLARK, Colin, *The Conditions of Economic Progress*, 3. Aufl., London 1963.

- DAMALAS, Vasilios, 'Η 'Ελλάς καί ἡ Κοινὴ 'Αγορά (Griechenland und der Gemeinsame Markt), Athen 1962.
- 'Η Πορεία τῆς Οἰκονομίας μας (Der Lauf unserer Wirtschaft), Athen 1963.
- DECASOS, Panajotis, Die Landwirtschaft im heutigen Griechenland, Dissert., Altenburg 1904.
- DERTILIS, Panajotis, Τό Δημόσιον Χρέος τῆς 'Ελλάδος καί ἀπόψεις περί τοῦ διακανονισμοῦ του (Die öffentliche Schuld Griechenlands und die Auffassungen für ihre Regelung), Athen 1960.
- DOBB, Maurice, Studies in the Development of Capitalism, London 1959.
- ENGELS, Friedrich, Die Lage der Arbeitenden Klasse in England, in: Marx-Engels, Werke, Bd., 2, Berlin 1959.
- ERDMAN, Paul und ROGGE, Peter, Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer, Tübingen 1960 (S. 243-255).
- EUROPA Year Book 1960 (The), 1. Bd., London 1960.
- EUSTRATIOU, Georg, Die Problematik der griechischen Energiewirtschaft, Dissert., Karlsruhe 1953.
- GAITANIDES, Johannes, Griechenland ohne Säulen, Innsbruck 1955.
- GALENSON, Walter (Hrsg.), Labor and Economic Development, New York and London 1959.
- GERONYMAKIS, S., Οἰκονομικὴ 'Ανάπτυξις καί 'Ιδιωτικὴ Κατανάλωσις (Wirtschaftliche Entwicklung und privater Verbrauch), Athen 1961.
- GOUTAS, D., Μισθοί καί ἡμερομίσθια στὴν Κοινὴ 'Αγορά καί στὴν 'Ελλάδα (Löhne und Tageslöhne in der EWG und in Griechenland), Athen 1962.
- GRIGOROGIANNIS, A. 'Η Οἰκονομικὴ 'Ανάπτυξις τῆς 'Ελλάδος (Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands), Athen 1959.
- HERKNER, H. und KALITSOUNAKIS, D., Τό 'Εργατικόν Ζήτημα (Die Arbeiterfrage), 2 Bde, Athen 1920.

- ILIOU, Ilias, 'Η 'Εθνική καί ἡ Δημοσία Οἰκονομία τό 1960 (Die nationale und die öffentliche Wirtschaft im Jahr 1960) Bericht zum Haushalt der Einnahmen und Ausgaben des Staates im Wirtschaftsjahr 1960 an das Parlament, Athen 1960.
- 'Η 'Αλήθεια γιά τήν Κοινή 'Αγορά (Die Wahrheit für den Gemeinsamen Markt), Athen 1962.
- KALBITZER, Hellmut, Entwicklungsländer und Weltmächte, Frankfurt am Main 1961.
- KALITSOUNAKIS, Dimitrios, 'Εφηρμοσμένη Πολιτική Οἰκονομία (Angewandte Volkswirtschaft), 4. Aufl., Athen 1957.
- Festgabe für D. Kalitsounakis zum 70. Geburtstag. οἰκονομία καί Κοινωνία (Wirtschaft und Gesellschaft), Athen 1961.
- KANELLOPOULOS, A., 'Απόψεις ἐπί τῆς ἀναπτύξεως τῆς 'Ελληνικῆς Οἰκονομίας (Auffassungen über die Entwicklung der griechischen Wirtschaft), Aufsatzesammlung, Athen o.J.
- KARALIS, A. und POTIRIS, J., 'Η 'Εξέλιξις τῶν κατωτάτων ὁρίων τῶν μισθῶν καί ἡμερομισθίων (Die Entwicklung der unteren Grenze von Löhnen und Tageslöhnen), Athen 1957.
- KARAVIDAS, J., 'Η 'Αναπτυξις τῆς 'Ελλην.Οἰκονομίας (Die Entwicklung der 'griechischen Wirtschaft), Athen 1949.
- KIENITZ, Friedrich Karl, Existenzfragen des griechischen Bauerntums. Agrarverfassung, Kreditversorgung und Genossenschaftswesen. Entwicklung und Gegenwartsprobleme, Berlin 1960.
- KILLINGSWORTH, Charles C., State Labor Relations Acts. A Study of public policy, Chicago 1948.
- KORDATOS, Jannis, 'Η κοινωνική σημασία τῆς 'Ελληνικῆς 'Επαναστάσεως τοῦ 1821 (Die soziale Bedeutung der griechischen Revolution von 1821), 4. Aufl., Athen 1946.
- Τά 'Αμπελάκια καί ὁ μῦθος γιά τό Συνεταιρισμό τους (Ampelakia

und der Mythos von seiner Genossenschaft. Beitrag zur sozialökonomischen Geschichte Ost-Thessaliens in den Jahren der Türkenherrschaft), Athen 1955.

KORDATOS, Jannis, 'Ιστορία τοῦ Ἑλληνικοῦ Ἑργατικοῦ Κινήματος (Geschichte der griechischen Arbeiterbewegung), 2. Aufl., Athen 1956.

'Ιστορία τῆς Νεώτερης Ἑλλάδος (Geschichte des neueren Griechenlands), 5 Bde, Athen 1957-1958.

KYRIAZIS, Damianos, Zur Entwicklung des Gewerbes im heutigen Griechenland, Dissert., Athen 1916.

LANARAS, K.D., Νομοθεσία Ἑργατική καὶ Ἀσφαλιστική (Arbeits- und Versicherungsgesetzgebung), Thessaloniki 1960.

LASKARIS, K., Ἡ Ἑλληνικὴ Οἰκονομία ὑπὸ τὸ πρῖσμα τοῦ Συνδικαλισμοῦ (Die griechische Wirtschaft vom Standpunkt des Syndikalismus), Athen 1956.

MCNEILL, William Hardy, The Greek Dilemma. War and Aftermath, Philadelphia and New York 1947.

MAIAMATIANOS, K., Τὸ Οἰκονομικὸν Πρόβλημα τῆς Ἑλλάδος (Das wirtschaftliche Problem Griechenlands), Athen 1930.

MANTOUX, Paul, La Révolution industrielle au XVIIIe siècle. Essai sur les commencements de la grande Industrie moderne en Angleterre, 2. Aufl., Paris 1959.

MARLIO, Louis, Le sort du capitalisme, Paris 1938.

MARX, Karl, Das Kapital, 1. und 3. Bd., Berlin 1959 und 1957.

MATHIOPOULOS, Basil, Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in Griechenland (1821-1961), Hannover 1961.

MAXIMOS, Serafim, Ἡ Αὐγὴ τοῦ Ἑλληνικοῦ Καπιταλισμοῦ (Das Morgenrot des griechischen Kapitalismus. Türkenherrschaft 1685-1789), Athen 1945.

- "Θεωρητικὴ Οἰκονομικὴ" καὶ οἰκονομικὴ ἀκρισία ("Theoretische Ökonomik" und ökonomische Urteilslosigkeit), Athen 1943.

NURKSE, Ragnar, Equilibrium and Growth in the world Economy, Cambridge 1961.

- PALYI, Melchior, Das Dollar-Dilemma. Licht und Schatten der Amerikahilfe, München 1955.
- PAPANDELOU, Andreas, Στρατηγική οικονομικής ανάπτυξεως τῆς Ἑλλάδος (Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands), Athen 1962.
- PATATZIS, Sotiris, Ἰωάννης Σοφιανόπουλος (Johannis Sofianopoulos), Athen 1961.
- PEPELASSIS, A. und PANAJIOTOPOULOS, P.K., Ἡ πλεονάζουσα ἐργατική δύναμις εἰς τὴν Ἑλληνικὴν Γεωργίαν. 1953-1960 (Die überflüssige Arbeitskraft in der griechischen Landwirtschaft 1953-1960), Athen 1962.
- PFEFFER, K.-H. und SCHAAFHAUSEN, I., Griechenland, Hamburg 1959.
- POLITIS, D., Παραγωγή, Παραγωγικότης καὶ Ἐθνικὸν Εἰσόδημα (Produktion, Produktivität und Volkseinkommen), Athen 1952.
- POURNARAS, D., Ἱστορία τοῦ Διεθνοῦς Σοσιαλισμοῦ (Geschichte des internationalen Sozialismus), 2 Bde, Athen 1945.
- Χαρίλαος Τρικούπης (Charilaos Trikoupis), 2 Bde, Athen o.J.
- PRITT, D.N., Im Schatten des Sternenbanners, Berlin 1948.
- ROSTOW, W.W., The Stage of Economic Growth, Cambridge 1960.
- SCHRAMM-von Thadden, Ehrengard, Griechenland und die Großmächte. 1913-1923, Göttingen 1923.
- Griechenland und die Großmächte im zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 1955.
- SCHREGLE, Johannes, Europäische Sozialpolitik, Köln-Deutz 1954.
- SETON-WATSON, Hugh, Die osteuropäische Revolution, München 1956.
- SIDERIS, Nikolaos, Ἡ Ἑλληνικὴ Βιομηχανία (Die griechische Industrie - in den Jahren von 1949 bis 1952 im Vergleich zum Jahr 1939), Athen 1953.
- SIDERIS, N. und FLOROS, P.K., Ἡ Βιομηχανία τῆς περιοχῆς Ἀθηνῶν-Πειραιῶς κατὰ τὰ ἔτη 1955-1957 (Die Industrie der

- Region von Athen und Piräus in den Jahren von 1955 bis 1957), hrsg. von der Handels- und Industriekammer von Athen, Athen 1958.
- SIMONET, Henri, La formation du capital dans les pays sous-développés et l'assistance financière étrangère, Bruxelles 1959.
- SOMDART, Werner, Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 2. Halbbd., 3. Aufl., München und Leipzig 1919.
- STEFANIDIS, D., 'Εθνική Οικονομική Πολιτική (Nationale Wirtschaftspolitik), Athen 1961.
- SWEET-ESCOTT, Bickham, Greece. A political and economic Survey 1939-1953, London und New York 1954.
- SYKIANAKIS, Georg, Strukturänderungen im Wirtschaftsleben Griechenlands als Voraussetzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, Dissert., Mainz 1962.
- TESCHNER, Manfred, Zum Verhältnis von Betriebsklima und Arbeitsorganisation. Eine betriebssoziologische Studie, hrsg. vom Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main 1961.
- TOULOUPAS, Dimitrios, Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Griechenland, Dissert., Leipzig 1939.
- TRAKAKIS, G., 'Η Έκβιομηχάνισις τῆς Ἑλλάδος (Die Industrialisierung Griechenlands), Athen 1954.
- TRIMIS, Georg, Αἱ νέαι κατευθύνσεις τῆς Κοινωνικῆς Πολιτικῆς (Die neue Richtungen der Sozialpolitik), Korinth 1946.
- Αἱ διεκδικήσεις τῶν Ἑργαζομένων (Die Forderungen der Arbeitenden), Athen 1948.
- Ἡ πενιχρότης τοῦ ἑλληνικοῦ Ἑργατικοῦ Εἰσοδήματος (Die Dürftigkeit des griechischen Arbeitseinkommens), Athen 1949.
- VAGENFÜHR, Rolf, Der internationale Wirtschafts- und sozialstatistische Vergleich, Freiburg 1959.
- VAPPENHANS, Willi, Griechenland. Untersuchungen über die Wirtschaft eines kontinentaleuropäischen Entwicklungslandes, Gießen 1960.

- WARD, Benjamin, 'Ελληνική Περιφερειακή 'Ανάπτυξις (Griechische regionale Entwicklung), Athen 1963.
- ZEVGOS, Jannis, Εύντομη μελέτη τῆς Νεοελληνικῆς 'Ιστορίας (Kurze Studie der neugriechischen Geschichte), 2 Bde, Athen 1945-1946.
- ZIEGLER, Gert, Griechenland in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, München 1962.
- ZOGRAFOS, D., 'Ιστορία τῆς 'Ελληνικῆς Γεωργίας (Geschichte der griechischen Landwirtschaft), 3 Bde, Athen 1921-1924.
- ZOLOTAS, Xenophon, 'Η 'Ελλάς εἰς τό στάδιον τῆς 'Εκβιομηχανίσεως (Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung), Dissert., Athen 1926.
- ZOLOTAS, Xenophon, Δημιουργικός Σοσιαλισμός (Schöpferischer Sozialismus), Athen 1944.
- 'Η 'Ελλάς πρέπει νά γίνῃ βιώσιμος (Griechenland muß lebensfähig werden), Athen 1945.
 - Νομισματικόν Πρόβλημα καί 'Ελληνική Οικονομία (Währungsproblem und griechische Wirtschaft), Athen 1950.
 - Αἱ πληθωρικαί πιέσεις εἰς τήν 'Ελληνικήν Οικονομίαν (Der Inflationsdruck in der griechischen Wirtschaft), Athen 1951.
 - Νομισματική Σταθερότης καί Οικονομική 'Ανάπτυξις (Währungsstabilität und wirtschaftliche Entwicklung), Athen 1958.

II. AUFSÄTZE

- ADAMOS, S.J., 'Η σταθερότης τοῦ νομισματός καί τό πρόβλημα τῶν μισθῶν καί ἡμερομισθίων (Die Währungsstabilität und das Problem der Löhne und Tageslöhne), in: 'Η Νέα Οικονομία (Die Neue Ökonomie), Jg. 14, Nr. 9, Athen September 1960, S. 594-595.
- AGELOPOULOS, A., Αἱ 'Ανώνυμοι 'Εταιρεῖαι ἐν 'Ελλάδι ἀπό οικονομι-

κῆς καὶ δημοσιονομικῆς ἀπόψεως (Die Aktiengesellschaften in Griechenland von ökonomischem und öffentlichrechtlichem Standpunkt), in: 'Αρχεῖον Οἰκονομικῶν καὶ Κοινωνικῶν Ἐπιστημῶν (Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), Bd. 8, Athen 1928, S. 1-120.

Τὸ πρόβλημα χρηματοδοτήσεως τῆς οἰκονομικῆς ἀναπτύξεως τῆς Ἑλλάδος (Das Finanzierungsproblem der wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 1, Nr. 4, Athen April 1946, S. 171-180.

Ἀπολογισμὸς μιᾶς πενταετίας (Rechenschaftsbericht von fünf Jahren), in: ebenda, Jg. 4, Nr. 1, Athen Januar 1950, S. 1-4.

AGELOPOULOS, A., Πρόσοψις εὐημερίας καὶ ἐπίτασις ἀνισότητος (Wohlstandsfassade und Verschärfung der Ungleichheit), in: ebenda, Jg. 15, Nr. 10, Athen Oktober 1961, S. 673-675.

ANONYM, Μισθοὶ καὶ Ἡμερομίσθια. Μιὰ Ἐπισκόπηση (Die Löhne und Tageslöhne. Eine Umschau), in: Ἀνταῖος (Antaios), Jg. 2, Nr. 5-6, Athen Januar-März 1947, S. 181-182.

- Ἡ Ἑλληνικὴ Οἰκονομία καὶ τὰ κοινωνικὰ προβλήματα τῆς χώρας (Die griechische Wirtschaft und die Sozialprobleme des Landes), in: Συνδικαλιστικὴ Ἐπιθεώρησις Ἐργασίας (Gewerkschaftliche Arbeitsrevue), Jg. 1, Nr. 5, Athen Februar 1957, S. 9-14.

- Ἡ Βιομηχανία στὴν Ἑλλάδα (Die Industrie in Griechenland), in: Λεξικὸ Κοινωνικῶν Ἐπιστημῶν (Wörterbuch für Sozialwissenschaften), 3. Bd., Athen 1958, S. 1287-1300.

- Θέματα Κοινωνικῆς Πολιτικῆς. Μιὰ Ἐπισκόπηση (Fragen für Sozialpolitik. Eine Umschau), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 13, Nr. 9, Athen September 1959, S. 629-631.

- Ἡ Κοινωνικὴ Πολιτικὴ τὸ 1959 (Die Sozialpolitik im Jahr 1959), in: ebenda, Nr. 12, Athen Dezember 1959, S. 864-867.

- Ἡ οἰκονομικὴ ἐπιβάρυνση τῶν φοιτητῶν τοῦ Πανεπιστημίου

'Αθηνῶν (Die wirtschaftliche Belastung der Studenten an der Universität Athen), in: ebenda, Jg. 14, Nr. 2, Athen Februar 1960, S. 151-152.

- 'Η Μέση Παιδεία (Die Mittelschulbildung), in: ebenda, Nr. 7-8, Athen Juli-August 1960, S. 568-571.

- Στοιχεῖα γιά τούς μισθούς καί τά ἡμερομίσθια (Angaben für die Löhne und Tageslöhne), in: ebenda, Nr. 9, Athen September 1960, S. 595-597.

- 'Από τήν Κοινωνική Πολιτική τοῦ Πενταετοῦς (Aus der Sozialpolitik des Fünfjahrplanes), in: ebenda, S. 602-609.

- Στοιχεῖα καί Σχόλια γιά τήν Κοινωνική 'Ασφάλιση (Angaben und Kommentare für die Sozialversicherung), in: ebenda, Nr. 10, Athen Oktober 1960, S. 696-699.

ANONYM, Les industries chimiques en Grèce, in: La Revue d' Athènes (hrsg. von Marc Marceau), Jg. 11, Nr. 36, Athen Dezember 1960, S. 22-23.

- 'Η Οἰκονομία μας κατά τό 1960 (Unsere Wirtschaft im Jahr 1960), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 15, Nr. 1, Athen Januar 1961, S. 34-36.

- Τό 1960 τῶν 'Ελλήνων ἐργαζομένων (Das Jahr 1960 der griechischen Arbeitenden), in: ebenda, S. 41-46.

- 'Η νέα διάρθρωση τοῦ 'Εθνικοῦ Εἰσοδήματος (Die neue Struktur des Volkseinkommens), in: ebenda, Nr. 10, Athen Oktober 1961, S. 665-668.

- 'Η 'Ελληνική Οἰκονομία κατά τήν τετραετίαν 1958-1961 (Die griechische Wirtschaft in den Jahren von 1958 bis 1961), in: ebenda, Jg. 16, Nr. 1, Athen Januar 1962, S. 11-28.

- 'Η μισθωτή ἐργασία καί τά προβλήματα της (Die Lohnarbeit und ihre Probleme), in: ebenda, S. 69-79.

- Belastung des Bundeshaushalts durch Griechenland-Assoziation, in: Europäische Wirtschaft, Jg. 5, Nr. 5, Bonn 15. März 1962, S. 116.

- Türkei und Griechenland in der OECD-Gesundheitsprüfung,

in: ebenda, Nr. 17-18, Bonn 15. September 1962, S. 91-92.

AXELOS, Kostas, La guerre civile en Grèce, Décembre 1944, in: Institut Imre Nagy de Sciences Politiques (Hrsg.), Études, Jg. 4, Nr. 1, Bruxelles 1962, S. 76-87.

CAUCIG, Franz von, Griechenland sucht neue Entwicklungswege, in: Der Volkswirt, Jg. 14, Nr. 44, Frankfurt am Main 29. Oktober 1960, S. 2423-2424.

CHARITAKIS, G., Die heutige griechische Industrie, in: Ziebarth, Erich, (Hrsg.), Hellas-Jahrbuch 1929, Hamburg 1929, S. 14-30.

DAMALAS, V., 'Η εξέλιξις τῆς διεθνoῦς οἰκονομίας καὶ ἡ ἐμπορικὴ μας πολιτικὴ (Die Entwicklung der internationalen Wirtschaft und unsere Handelspolitik), in: Σπουδαί (Studien), Jg. 4, Nr. 1, Athen 1953-54, S. 13-29.

- 'Η προστασία τῆς ἐγχωρίας παραγωγῆς (Der Schutz der einheimischen Produktion), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 10, Nr. 2, Athen Februar 1956, S. 68-78.

DAMALAS, V., Σύντομος 'Ιστορία τῆς Δραχμῆς - ἀπὸ τοῦ 1833 μέχρι τοῦ 1953 (Kurze Geschichte der Drachme - von 1833 bis 1953), in: Studien, Bd. 9, Nr. 9-10, Athen Mai-Juni 1959, S. 32-45.

- 'Ελευθερία εἰσαγωγῶν καὶ οἰκονομικὴ ἀνάπτυξις (Einfuhrfreiheit und wirtschaftliche Entwicklung), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 13, Nr. 5, Athen Mai 1959, S. 325-329.

- Τὸ Πιστωτικὸν μας Πρόβλημα (Unser Kreditproblem), in: ebenda, Jg. 14, Nr. 7-8, Athen Juli-August 1960, S. 497-502.

- 'Η Κοινωνικὴ Ἀσφάλισις εἰς τὴν χώραν μας (Die Sozialversicherung in unserem Land), in: ebenda, Nr. 10, Athen Oktober 1960, S. 688-696.

DAMASKINIDIS, A.N., Τὸ Πρόβλημα τῆς Βιομηχανικῆς Πίσσεως (Das Problem des industriellen Kreditwesens), in: Δελτίον Ἐμπορικoῦ-Βιομηχανικοῦ Ἐπιμελητηρίου Θεσσαλονίκης (Bulletin des Handels- und Industriekammers von Thessaloniki), Jg. 5, Nr. 11-12, Thessaloniki Dezember 1951, S. 555-572.

- 'Η διάρθρωσις τῆς Ἑλληνικῆς Οἰκονομίας (Die Struktur der griechischen Wirtschaft), in: Οἰκονομική καὶ λογιστικὴ Ἑγκυκλοπαίδεια (Wirtschafts- und Buchhaltungsenzyklopädie), Bd. 4, Athen 1958, S. 554-600.

- DERTILIS, P., Staatshaushalt und Finanzsystem Griechenlands, in: Handbuch der Finanzwissenschaften, Bd. 3, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 380-395.

- DIMITRAKOPOULOS, P., Πολιτικὴ ὑψώσεως τῆς Παραγωγικότητος (Politik für Steigerung der Produktivität), in: Archiv für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 41, Nr. 3, Athen Juli-September 1961, S. 379-426.

- EVELPIDIS, Chr., Γεωργία καὶ Οἰκονομία (Landwirtschaft und Ökonomie), in: Studien, Bd. 4, Nr. 3, Athen 1953-54, S. 176-185.

- Γεωργικὴ Οἰκονομία (Agrarökonomie), in: Wirtschafts- und Buchhaltungsenzyklopädie), Bd. 2, Athen 1957, S. 345-362.

- FOTIADIS, E., Τὰ Οἰκονομικά τῶν Ἑλλήνων ἐπὶ Τουρκοκρατίας (Die Wirtschaftslage der Griechen während der Türkenherrschaft), in: ebenda, Bd. 4, S. 99-110.

- GOUTAS, D., Μία ἐπισκόπηση στὰ προβλήματα τῆς ἐργατικῆς τάξεως (Eine Umschau über die Probleme der Arbeiterklasse), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 15, Nr. 3, Athen März 1961, S. 183-186.

- Ἡ κατανομή τοῦ ἐθνικοῦ εἰσοδήματος πτὴν ΕΟΚ καὶ στὴν Ἑλλάδα (Die Einteilung des Volkseinkommens in der EWG und in Griechenland), in: ebenda, Jg. 17, Nr. 6, Athen Juni 1963, S. 487-489.

- HABAKKUK, H.J., Some factors in historical Experience relevant to contemporary economic development, in: National Planning Association of USA (Hrsg.), Development Research Digest, Bd. 1, Nr. 3, Washington Januar 1963, S. 15-22.

- HARBISON, F.H., Principles of Manpower Planning, in: ebenda, S. 47-55.

- HÖPKER, W., Athen -ein griechisches Verhängnis, in: Christ

und Welt, Jg. 16, Nr. 28, Stuttgart 12.7.1963, S. 6.

JOHNSON, S.E. und BACHMAN, K.L., Increasing the Productivity of Semi-Commercial and Subsistence Farming, in: Development Research Digest, Bd. 1, Nr. 1, Washington July 1962, S. 35-39.

KALOGRIS, K., 'Η χρηματοδότησις τῆς οἰκονομικῆς ἀναπτύξεως (Die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung), in: 'Ελληνική 'Εταιρεία Οἰκονομικῶν 'Επιστημῶν, 'Η Οἰκονομική 'Ανάπτυξις τῆς 'Ελλάδος (Griechische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands), Bd. 1, Athen 1960, S. 65-130.

KATSOURAKIS, G., 'Η οἰκονομική ἀνάπτυξις καὶ ἡ παραγωγικότης (Die wirtschaftliche Entwicklung und die Produktivität), in: ebenda, S. 131-150.

KERBER, K., Griechenland ist ein Sonderfall des Westens. Eine Industriegesellschaft bildet sich erst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main 20.2.1961, S. 2.

- Die griechische Dauerkrise, in: ebenda, Frankfurt am Main 1.4.1963, S. 2.

KLADAS, S., 'Η ἐξέλιξις τῶν μισθῶν καὶ ἡμερομισθίων ἐν τῇ βιομηχανίᾳ διεθνῶς (Die Entwicklung der Löhne und Tageslöhne in der internationalen Industrie), in: Gewerkschaftliche Arbeitsrevue, Jg. 1, Nr. 11, Athen August 1957, S. 1-5.

KOURTIS, K., Αἱ Κοινωνικαὶ 'Ασφαλίσεις ἐν 'Ελλάδι (Die Sozialversicherung in Griechenland), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 17, Nr. 4, Athen April 1963, S. 289-300.

- Μερικαὶ ὑποδείξεις ἐπὶ τῆς πολιτικῆς τῶν κοινωνικῶν ἀσφαλίσεων (Vorschläge zur Politik der Sozialversicherung), in: ebenda, Nr. 12, Athen Dezember 1963, S. 986-987.

KRIARIS, A., 'Επέκταση καὶ Ἐνταση τῆς Καλλιέργειας (Ausdehnung und Intensivierung des Ackerbaus), in: Ἀνταῖος, Jg. 1, Nr. 9, Athen 5.10.1945, S. 204-209; Nr. 10, 20.10.1945, S. 231-235; Nr. 13-14, 31.12.1945, S. 308-313; Nr. 15-16, 31.1.1946, S. 348-353; Nr. 19-20, 31.3.1946, S.

416-420; Nr. 21-22, 10.5.1946, S. 459-465; Nr. 23-24, 10.6.1946, S. 502-505; Jg. 2, Nr. 2, 15.9.1946, S. 78-79; Nr. 3, 31.10.1946, S. 110; Nr. 7-8, April-Mai 1947, S. 225-227; Nr. 9, Juni 1947, S. 259-261.

KRIKOS, A., 'Επισκόπησις τῶν μεταναστευτικῶν κινήσεων τῶν Ἑλλήνων πρὸς τὰς ΗΠΑ (Übersicht der Abwanderungsbewegung der Griechen in die Vereinigten Staaten Amerikas), in: Studien, Bd. 4, Nr. 4, Athen März-April 1954, S. 307-317.

KRITIKOS, M., "Ἐπιτεύξεις" τῆς ὀκταετίας καὶ πραγματικότης ("Errungenschaften" der acht Jahren und Wirklichkeit), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 17, Nr. 11, Athen November 1963, S. 886-890.

- Οἰκονομικά χαρακτηριστικά τῆς ἐλληνικῆς βιομηχανίας (Ökonomische Kennzeichen der griechischen Industrie), in: ebenda, Nr. 6, Athen Juni 1963, S. 475-479.

KYRIASIS, P., Αἱ Κοινωνικαὶ Ἀσφαλίσεις (Die Sozialversicherung) in: Οἰκονομικὸς Ταχυδρόμος (Der Wirtschaftskurier), Jg. 8, Nr. 399, Athen 7. Dezember 1961.

- Τί πρέπει νά γίνη διὰ τὴν Κοινωνικὴν Ἀσφάλειν (Was muß für die Sozialversicherung getan werden?), in: ebenda, Nr. 401, Athen 21. Dezember 1961.

KYRIASIS, P., Τὸ Ταμεῖον Νομικῶν. Ἕνας προνομιοῦχος ὀργανισμός (Die Juristenkasse. Eine privilegierte Organisation), in: ebenda, Nr. 406, Athen 25. Januar 1962.

LASKARIS, K., Ἡ ἱδρυση τῆς ΓΣΕΕ (Die Gründung der GSEE), in: Α' ἐτησίᾳ ἔκδοσις τοῦ Κέντρου Κοινωνικῶν Σπουδῶν τῆς Ἀνωτάτης Βιομηχανικῆς Σχολῆς (Industrie-Hochschule (Hrsg.), Erste Jahresausgabe des Zentrums für Sozialstudien), Athen 1958, S. 118-124.

LEGRIS, M., La Grèce: deux masques, deux visages I-II, in: Le Monde, Nr. 5748 und 5749, Paris 11 und 12.7.1963.

MANTALOUKAS, K., Ἡ χρονία ἐργατικὴ ὑποαπασχόλησις εἰς τὴν Ἑλλάδα

(Die chronische Arbeiterunterbeschäftigung in Griechenland), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 10, Nr. 5, Athen Mai 1956, S. 225-230.

MAVROS, G., 'Η κρίσις τῆς Κοινωνικῆς Ἀσφαλίσεως (Die Krise der Sozialversicherung), in: ebenda, Jg. 14, Nr. 10, Athen Oktober 1960, S. 686-688.

MAXIMOS, S., Τό Ἑλληνικό Ἐξωτερικό Ἐμπόριο (Der griechische Außenhandel), in: Antaios, Jg. 1, Nr. 10, Athen 20. Oktober 1945, S. 222-225.

- 'Η Ἀνοικοδόμησις στό φῶς τῶν ἀντιθέσεων τῆς σύγχρονης οἰκονομίας (Der Wiederaufbau ins Licht der Gegensätze der modernen Wirtschaft), in: ebenda, Nr. 15-16, Athen 31. Januar 1946, S. 326-328; Nr. 19-20, Athen 31. März 1946, S. 406-411.

- Τό ἐξωτερικό ἐμπόριο καί ἡ οἰκονομική μας ἀνεξαρτησία (Der Außenhandel und unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit), in: ebenda, Nr. 23-24, Athen 10. Juni 1946, S. 486-489.

- Τό πρόβλημα τῆς ἐκβιομηχανίσεως (Das Problem der Industrialisierung), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 13, Nr. 3, Athen März 1959, S. 184-185.

- 'Η συμβολή τοῦ Δ. Καλιτσουνάκη στίς οἰκονομικές ἐπιστῆμες στήν Ἑλλάδα (Der Beitrag von D. Kalitsounakis zu den Wirtschaftswissenschaften in Griechenland), in: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Prof. D.E. Kalitsounakis, Athen 1961, S. 193-201.

MYLONAS, D., Τό ΙΚΑ ἀναρρωνύει (Der IKA kommt wieder zu Kräften), in: Der Wirtschaftskurier, Jg. 8, Nr. 386, Athen 7. September 1961.

- Προσαρμογή ἀποδοχῶν βάσει ὕψους εισοδήματος καί τιμῶν (Angleichung von Einkommen und Preisen), in: ebenda, Nr. 392, Athen 19. Oktober 1961.

PAPAIΟΑΝΝΟΥ, Α., Ἐξέλιξις καί προβλήματα τῆς Ἑλληνικῆς Βιοτεχνίας (Entwicklung und Probleme des griechischen Handwerks),

in: Studien, Bd. 7, nr. 10, Athen Juni 1957, S. 43-59.

PAPASPILIOPOULOS, S., Οικονομική Ἀνάπτυξη καί ἐξωτερικά κεφάλαια (Wirtschaftliche Entwicklung und ausländisches Kapital), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 13, Nr. 2, Athen Februar 1959, S. 78-83.

POLLOCK, Friedrich, Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt am Main (Hrsg.), Zeitschrift für Sozialforschung, Jg. 1, Leipzig 1932.

- Automation in USA. Betrachtungen zur "zweiten industriellen Revolution", in: Adorno, Theodor W. und Dirks, Walter (Hrsg.), Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 1: Sociologica. Aufsätze, Max Horkheimer zum sechzigsten Geburtstag gewidmet, Frankfurt am Main, S. 77-156.

PSAROS, D.K., Ἱστορία τῆς ἐλληνικῆς πολιτικῆς ἐπὶ τῶν συγκοινωνιῶν (Geschichte der griechischen Verkehrspolitik), in: Wirtschafts- und Buchhaltungsenzyklopädie, Bd. 4, S. 184-209.

- Ἱστορία τῆς ἐλληνικῆς ἐργατικῆς πολιτικῆς (Geschichte der griechischen Arbeitspolitik), in: ebenda, S. 209-237.

REINSCH, Dieter, Die Studenten von Athen, in: Konkret, Nr. 7, Hamburg Juli 1963, S. 17.

ROUKIS, E., Ἀπὸ τὰ δεδομένα τῆς ἀπασχολήσεως (Aus den Gegebenheiten der Beschäftigung), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 15, Nr. 10, Athen Oktober 1961, S. 676-679.

ROUSSOPOULOU, A., Οικονομική ἀνάπτυξη καί κοινωνικὲς τάξεις στὴν Ἑλλάδα (Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Klassen in Griechenland), in: Κοινωνιολογικὴ Ἔρευνα (Soziologische Forschung), Jg. 1, Nr. 2-3, Athen Dezember 1957, S. 153-159.

- SARAKANTANIS, K., **Τό πρόβλημα τῆς παραγωγικῆς γῆς** (Das Problem des produktiven Bodens), in: Antaios, Jg. 1, Nr. 2, Athen 10. Juni 1945, S. 32-39; Nr. 3, 24. Juni 1945, S. 65-70; Nr. 4, 8. Juli 1945, S. 104-106.
- **Τό πρόβλημα τῶν γεωργικῶν κεφαλαίων στήν Ἑλλάδα** (Das Problem des landwirtschaftlichen Kapitals in Griechenland), in: ebenda, Jg. 2, Nr. 1, Athen 15. Juli 1946, S. 6-12; Nr. 2, 15. September 1946, S. 59-62; Nr. 3, 31. Oktober 1946, S. 104-106; Nr. 4, 30. November - 31. Dezember 1946, S. 128-131; Nr. 7-8, April-Mai 1947, S. 218-220.
- SIMITIS, Spiros, Griechenlands Dilemma, in: Offene Welt, Nr. 55, Frankfurt am Main 1958, S. 258-269.
- SIMITSEK, P., **Γύρω ἀπ' τό πλεονάζον ἀγροτικό δυναμικό** (Über das überflüssige Agrarpotential), in: Die Neue Ökonomie, Jg. 14, Nr. 1, Athen Januar 1960, S. 23-25.
- SOMERITIS, S., **Τό πρόβλημα τῶν μισθῶν καί ἡμερομισθίων** (Das Problem der Löhne und Tageslöhne), in: ebenda, Nr. 9, Athen September 1960, S. 588-594.
- STRATIS, D., **Τό Στεγαστικό Πρόβλημα** (Das Wohnungsproblem), in: **Ἡ Πολιτική** (Die Politik), Jg. 1, Nr. 2, Athen Januar 1960, S. 37-40; Nr. 3, Februar-März 1960, S. 28-30.
- TRIMIS, G. und LASKARIS, K., **Συλλογικά συμβάσεις καί τό πρόβλημα τῆς παραγωγικότητος** (Kollektivverträge und das Produktivitätsproblem in Griechenland), in: Gewerkschaftliche Arbeitsrevue, Jg. 1, Nr. 11, Athen August 1957, S. 6-9.
- V.M., Karamanlis über die Auslandshilfe an Griechenland, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 241, Zürich 3.9.1962, Blatt 3.
- Die Finanzhilfe für Griechenland, in: ebenda, Fernausgabe Nr. 211, Zürich 4.8.1962, Blatt 2.

WAPPENHANS, W., Griechenlands Investitionen unter der Lupe,
in: Der Volkswirt, Jg. 14, Nr. 12, Frankfurt am Main
19. März 1960, S. 508.

WOLFF, S., Wachstum und Umbau der griechischen Wirtschaft,
in: Neue Zürcher Zeitung Pfingstausgabe Nr. 2265,
Zürich 2.6.1963, Blatt 10; Abendausgabe Nr. 2393,
11.6.1963, Blatt 3; Fernausgabe Nr. 174, 27.6.1963,
Blatt 10; Fernausgabe Nr. 177, 30.6.1963, Blatt 11;
Fernausgabe Nr. 182, 5.7.1963, Blatt 10.

ZIEBARTH, E. (Hrsg.), Hellas-Jahrbuch 1929, Hamburg 1929.

- Hellas-Jahrbuch 1930, Hamburg 1930.

- Hellas-Jahrbuch 1936, Hamburg 1936.

- Hellas-Jahrbuch 1937, Hamburg 1937.

ZIGDIS, J.G., 'Η οικονομική πολιτική από της υποτιμήσεως της δραχμής
(Die Wirtschaftspolitik seit der Drachmeabwertung),
in: Die Neue Ökonomie, Jg. 14, Nr. 6, Athen Juni 1960,
S. 417-425.

- Φύσις καὶ ἔκτασις τῆς μεταπολεμικῆς ἀναπτύξεως τῆς ἑλληνικῆς
Οἰκονομίας (Die Natur und der Umfang der Entwicklung
der griechischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit, in:
'Εθνικὴ Ἀνασυγκρότησις (Nationaler Wiederaufbau), Jg.
9, Nr. 116, Athen Juni 1960, S. 1 und 12-13.

ZOLOTAS, X., Τεχνολογικὴ πρόοδος, τεχνικὴ ἐκπαίδευσις καὶ οἰκονομ. ἀνάπτυξις
(Technologischer Fortschritt, technische Bildung und
wirtschaftlicher Entwicklung), in: Die Neue Ökonomie,
Jg. 13, Nr. 12, Athen Dezember 1959, S. 830-833.

- Οἰκονομικὴ ἀνάπτυξις καὶ τεχνικὴ ἐκπαίδευσις - Ἡ μεταπολεμικὴ
κατάστασις εἰς τὴν Ἑλλάδα (Wirtschaftliche Entwicklung
und technische Bildung - Die Nachkriegslage in Grie-
chenland), in: Griechische Gesellschaft für Wirtschafts-
wissenschaften (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung
Griechenlands, Bd. 1, S. 9-23.

III. VERÖFFENTLICHUNGEN VON BEHÖRDEN UND VERBÄNDEN

ALLGEMEINE KONFÖDERATION DER ARBEITER GRIECHENLANDS

(Hrsg.), 'Ο 'Ελληνικός Συνδικαλισμός καί τά προβλήματα τῶν 'Εργαζομένων (Der griechische Syndikalismus und die Probleme der Arbeitenden), Athen 1956.

- XIV. Πανελλαδικόν Συνέδριον. Εισήγησις ἐπὶ τοῦ θέματος: (IV) (XIV. Allgriechischer Kongreß, Heft 4: Bericht zum Thema "Entlohnung und Arbeitsbedingungen"), Athen Oktober 1961.

AMERIKANISCHE MISSION IN GRIECHENLAND (Hrsg.), Τό Σχέδιον Μάρσαλ στήν 'Ελλάδα (Der Marshallplan in Griechenland. Juli 1948 - Januar 1952), Athen o.J.

BANK VON GRIECHENLAND (Hrsg.), 'Η 'Ελληνική Οικονομία, κατὰ τό ἔτος 1954 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1954), Athen 1955.

- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τὰ ἔτη 1955 καί 1956 (Die griechische Wirtschaft in den Jahren 1955-1956), Athen 1957.
- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τό ἔτος 1957 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1957), Athen 1958.
- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τό ἔτος 1958 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1958), Athen 1959.
- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τό ἔτος 1959 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1959), Athen 1960.
- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τό ἔτος 1960 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1960), Athen 1961.
- 'Η 'Ελληνική Οικονομία κατὰ τό ἔτος 1961 (Die griechische Wirtschaft im Jahr 1961), Athen 1962.
- Monthly Statistical Bulletin (1961).

DEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG (Hrsg.), Μαύρη βίβλος (Schwarzbuch. Ein Jahrzehnt der griechischen Gewerkschaftsbewegung), Athen 1955.

HANDELS- UND INDUSTRIEKAMMER VON ATHEN (Hrsg.), 'Η θέση τῆς Ἑλλάδος ἐναντί τῆς ΕΖΕΣ (Die Stellung Griechenlands gegenüber der Europäischen Freihandelszone/EFTA), Athen 1957.

- 'Η Κοινωνική Ἀσφάλις ἐν Ἑλλάδι καί τό ΙΚΑ (Die Sozialversicherung in Griechenland und der ΙΚΑ), Athen 1958.
- 'Εν ὄψει τῆς συνδέσεως τῆς Ἑλλάδος μέ τήν Κοινήν Ἀγοράν (Angesichts der Verbindung Griechenlands mit dem Gemeinsamen Markt), in: Δελτίον Ἐμπορικοῦ καί Βιομηχανικοῦ Ἐπιμελητηρίου Ἀθηνῶν (Bulletin des Handels- und Industriekammers von Athen), Jg. 34, Nr. 7, Athen Juli 1959, S. 7-17.
- Ἐπισκόπησις τῆς Οἰκονομίας τῆς Περιφερείας Ἀθηνῶν κατὰ τό 1959 (Umschau der Wirtschaft des Gebiets von Athen im Jahr 1959), Athen 1960.
- Ἐπισκόπησις τῆς Οἰκονομίας τῆς Περιφερείας Ἀθηνῶν κατὰ τό 1960 (Umschau der Wirtschaft des Gebiets von Athen im Jahr 1960), Athen 1961.

INTERNATIONALES ARBEITSAMT (Hrsg.), Labour Problems in Greece, Genf 1949.

- Collaboration des Employeurs et des Travailleurs, Genf 1947.
- Soziale Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Genf 1956.
- Die Arbeitszeit, Genf 1958.
- Bericht des Generaldirektors. Teil I: Die Arbeitsbeziehungen, Genf 1961.
- Le Coût de la sécurité sociale. 1949-1957, Genf 1961.

KOORDINATIONSMINISTERIUM. Allgemeine Direktion für Wirtschaftspolitik und Programm. Direktion für Nationalrechnungen (Hrsg), Ἐθνικός Λογαριασμός τῆς Ἑλλάδος.

1948-1959 (Nationalrechnungen Griechenlands. 1948-1959), Athen 1961.

- 'Εθνικοί Λογαριασμοί της 'Ελλάδος. 1960 (Nationalrechnungen Griechenlands. 1960), Athen 1961.

KOORDINATIONSMINISTERIUM (Hrsg.), 'Εθνικοί Λογαριασμοί της 'Ελλάδος. 1958-1961 (Nationalrechnungen Griechenlands. 1958-1961), Athen 1963.

NATIONALBANK VON GRIECHENLAND (Hrsg.), Problems and Development of Greek Industry. I. Cotton Industry, Athen 1957.

- Probleme der griechischen Zahlungsbilanz, Athen 1958.
- Deutschland und der griechische Markt, Athen 1958.
- Προσανατολισμοί του 'Εξωτερικού 'Εμπορίου της 'Ελλάδος. I. 'Η Γερμανική 'Αγορά (Orientierung des Außenhandels Griechenlands. I. Der deutsche Markt), Athen 1958.
- 'Εξελίξεις καί Προβλήματα της 'Ελληνικής Βιομηχανίας. Β' 'Εργασία (Entwicklung und Probleme der griechischen Industrie. II. Textilindustrie), Athen 1960.
- Greek Produktion and Exports in Figures, 2. Aufl., Athen 1960.
- Greek Produktion and Exports in Figures. Supplement 1960, Athen 1960.
- Investing in Greece, Athen 1961.
- The Trend of Greek economy in 1959 - Determining Factors and their Extension, in: Quarterly Review, Jg. 1, Nr. 1, Athen Februar 1960, S. 5-15.
- The role of the commercial Banks in industrialization and in the development of the Capital market, in: ebenda, Nr. 2, Athen April 1960, S. 3-21.
- Trends in industrial produktion in 1960, in: ebenda, Nr. 3, Athen August 1960, S. 3-10.

- The Trend of the economy in 1961, in: ebenda, Jg. 2, Nr. 5-6, Athen o.J., S. 3-37.
- The development of Exports, in: ebenda, S. 39-42.
- Bank and industrial Credit, in: ebenda, Nr. 7-8, Athen o.J.

NATIONALBANK VON GRIECHENLAND (Hrsg.), Greek Agricultural Exports to the European Economic Community, in: ebenda, S. 24-47.

- Trends in the balance of Payments, in: ebenda, Nr. 9, Athen 1. Viertel von 1962, S. 3-22.
- Incentives to promote Industrialisation, in: ebenda, Nr. 10-11, Athen 2. und 3. Viertel 1962, S. 5-24.
- Economic Trends during 1962, in: ebenda, Nr. 12, Athen 4. Viertel 1962, S. 3-18.
- A decade of economic progress, in: ebenda, Nr. 13-14, Athen 1. und 2. Viertel von 1963, S. 5-31.
- Report for the Year 1959, Athen 1960.
- Report for the Year 1960, Athen 1961.
- Report for the Year 1961, Athen 1962.
- Report for the Year 1962, Athen 1963.
- Greek Production and Exports in Figures. Supplement 1962, Athen 1962.
- Greece Today. Monthly Review of economic and business conditions, Athen 1960, 1961, 1962 und 1963.

NATIONALSTATISTISCHES AMT VON GRIECHENLAND (Hrsg.). Statistical Summary of Greece, 1954, Athen 1955.

- Statistical Yearbook of Greece, 1958, Athen 1959.
- Statistical Yearbook of Greece, 1959-1960, Athen o.J.
- Statistical Yearbook of Greece, 1961, Athen 1962.
- Statistical Yearbook of Greece, 1962, Athen 1963.
- Household Survey. Carried out in the urban areas of

Greece during 1957-1958, Athen 1961.

- Résultats du Recensement de l'Agriculture de la Grèce, Année 1950, Athen 1958.
- Recensement des établissements industriels et commerciaux effectué le 15 Novembre 1958, Athen 1960.

NATIONALSTATISTISCHES AMT VON GRIECHENLAND (Hrsg.),
Results of the population and housing Census of
19 March 1961. Sample Elaboration, volume I.
Demographic characteristics, Athen 1962.

- Results of the population and housing Census of
19 March 1961. Sample Elaboration, volume II.
Education, Athen 1962.
- Results of the population and housing Census of
19 March 1961. Sample Elaboration, volume III.
Employement, Athen 1962.

ORGANISATION FOR EUROPEAN ECONOMIC COOPERATION (Hrsg.),
Internal financial stability in member countries,
Paris 1950.

- Vierter Bericht: Europas Wirtschaft im Aufstieg,
Bad Godesberg 1953.
- Fünfter Bericht: Fortschritte und Probleme der
europäischen Wirtschaft, Bad Godesberg 1954.

REGIERUNGSBLATT des Königreichs von Griechenland, Nr.
125, Erstes Heft, Athen 20. Mai 1955: Gesetz 3239.

SOCIÉTÉ GÉNÉRALE D'ÉTUDES ET DE PLANIFICATION, γενική
'Επισκόπησης της 'Ελληνικής Βιομηχανίας (Allgemeiner Umschau
der griechischen Industrie), hrsg. von der Organi-
sation für industrielle Entwicklung, Athen 1961.

SOZIALVERSICHERUNGSFOND-ΙΚΑ (Hrsg.), 'Απολογισμός 'Ιδρύματος'
Κοινωνικών 'Ασφαλ. 1958 (Rechenschaftsbericht für das
Jahr 1958), Athen o.J.

- 'Απολογισμός 'Ιδρύματος Κοινωνικών 'Ασφαλίσεων έτους 1959
(Rechenschaftsbericht für das Jahr 1959), Athen o.J

UNO (Hrsg.), Demographic Yearbook 1960, New York 1960.

VERBAND GRIECHISCHER INDUSTRIELLEN (Hrsg.), 'Η 'Ελληνική Βιομηχανία κατά τό έτος 1958 (Die griechische Industrie im Jahr 1958), Athen 1959.

— 'Η 'Ελληνική Βιομηχανία κατά τό έτος 1959 (Die griechische Industrie im Jahr 1959), Athen 1960.

— 'Η 'Ελληνική Βιομηχανία κατά τό έτος 1960 (Die griechische Industrie im Jahr 1960), Athen 1961.

— 'Η 'Ελληνική Βιομηχανία κατά τό έτος 1961 (Die griechische Industrie im Jahr 1961), Athen 1962.

WIRTSCHAFTSINSTITUT DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UdSSR (Hrsg.), Die Wirtschaft der kapitalistischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg, Berlin 1955.

WISSENSCHAFTLICHES INSTITUT FÜR KONJUKTURFORSCHUNG des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR (Hrsg.), Der Außenhandel der kapitalistischen Länder. Statistisches Nachschlagewerk für die Jahre 1945-1950 im Vergleich zur Vorkriegszeit, Berlin 1953.

L e b e n s l a u f

Am 23.1.1928 wurde ich als Sohn des Lehrers Johannes Kabanas und seiner Frau geb. Sarakassidi zu Daphnon/Xanthi in Griechenland geboren. Meine Staatsangehörigkeit ist griechisch.

Zwischen 1934 und 1937 besuchte ich die Volksschule und dann von 1938 bis 1946 das 3. bzw. 1. humanistische Gymnasium zu Patras. Nach der Reifeprüfung bekam ich das Reifezeugnis mit der Gesamtnote "gut".

Im Jahr 1948 konnte ich mich nach einer Zulassungsprüfung an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Athen immatrikulieren. Nach vierjährigem Studium (von 1948-49 bis 1951-52) bestand ich eine eingehende Diplomprüfung und bekam am 20. Oktober 1955 das Diplom für Philologie mit der Gesamtnote "gut".

In den Jahren von 1951 bis 1952 habe ich mein Militärdienst geleistet. Von 1956 bis 1958 wurde ich beruflich im Verlagwesen beschäftigt.

Im Sommersemester 1959 immatrikulierte ich mich an der Philosophischen Fakultät der J.-W. Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Während meines zehensemestrigen Studiums habe ich vorwiegend bei den Professoren Dr. Theodor W. Adorno, Dr. Max Horkheimer, Dr. Monscheimer und Dr. Gottfried Salomon-Delattre gehört.

